

„Bologna“, Bildung, Humboldt, ...

**Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft
für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.**

Band 26, Oktober 2010

„Bologna“, Bildung, Humboldt, ...

**Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft
für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.**

Band 26, Oktober 2010

„Bologna“, Bildung, Humboldt, ...

mit Beiträgen von

Erich Bammel, Inge Brose-Müller, Udo von der Burg, Kurt A. Heller,
Dagmar Hülsenberg, Jörg Katerndahl, Friedmar Kerbe, Erwin Kuntz,
Ulrich Martin, Peter Nenniger, Ulrich Sarcinelli und Dittker Slark

Humboldt-Gesellschaft
für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft,
Kunst und Bildung e.V., Mannheim
ISBN: 978-3-940456-13-7

Copyright 2010 by Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.
Sitz Mannheim

Jede Art der Vervielfältigung und Wiedergabe ist untersagt.

Redaktion: Prof. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg, Ilmenau

Layout, Druck und Verlag: TZ-Verlag & Print GmbH, 64380 Roßdorf

www.edition-tz.de www.tz-verlag.de

Inhalt

Anschrift der Autoren	6
Vorwort.....	7
ERWIN KUNTZ, DAGMAR HÜLSENBERG, ERICH BAMMEL, KURT A. HELLER und PETER NENNIGER Zweites Positionspapier der Humboldt-Gesellschaft zur Bologna-Vereinbarung	9
UDO VON DER BURG Die bildungspolitischen Thesen Wilhelm von Humboldts	21
UDO VON DER BURG Wilhelm von Humboldts dritter Brief an Friedrich von Gentz (1791/92) – die erste Fassung der „Idee zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ – Einleitung, Text nach Albert Leitzmann sowie zusätzliche Anmerkungen	43
ULRICH SARCINELLI Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft: Historische Reminiszenzen und aktuelle Herausforderungen	83
JÖRG KATERNDAHL Jugendstilelemente im Werk von August Croissant.....	97
INGE BROSE-MÜLLER Lyrik und Leid nach Fünfundvierzig	117
DITTKER SLARK Bettina von Arnim – zum 150. Todestag und 225. Geburtstag. Von der romantischen Poesie zur sozialen Realistik.....	131
FRIEDMAR KERBE und DAGMAR HÜLSENBERG Alexander von Humboldts Tätigkeit für Keramikunternehmen in den Jahren 1792 und 1793	147
ULRICH MARTIN Ein europäisches Verkehrssystem als Grundlage für ein erfolgreich zusammen- wachsendes Europa	167

Anschriften der Autoren

Dr. Erich Bammel, Jungbornweg 3, 45219 Essen-Kettwig
<ebammel-dr@t-online.de>, Tel. 0205/45272

Inge Brose-Müller, Nadlerstr. 1, 68259 Mannheim
<ingebrosemueller@t-online.de>, Tel. 0621/823131

PD Dr. Udo von der Burg, Massenezstr. 25, 44265 Dortmund
<u.vdb@hotmail.de>, Tel. 0231/460116

Prof. em. Dr. Kurt A. Heller, Hauptstr. 6, 82237 Wörthsee bei München
<heller@edpsy.uni-muenchen.de>, Tel. 08153/7736

Prof. i.R. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg, Lindenberg 60, 98693 Ilmenau
<dagmar.huelsenberg@t-online.de>, Tel. 03677/882878

Dr. Jörg Katerndahl, In der Au 6b, 76833 Siebeldingen
<Katerndahl@t-online.de>, Tel. 06345/954975

Friedmar Kerbe, W.-Seelenbinder-Str. 44, 07629 Hermsdorf/Thür.
<bkerbe@versanet.de>, Tel. 036601/82237

Prof, em. Dr. Dr. h.c. Erwin Kuntz;
Auf dem Kronberg 6, 35582 Wetzlar-Dutenhofen
<karin@puscher.com>, Tel 0641/21424

Prof. Dr. Ulrich Martin, Pfaffenwaldring 7, 70511 Stuttgart
<post@ievvwi.uni-stuttgart.de>, Tel. 0711/6856367

Prof. em. Dr. Peter Nenniger, Münzbergweg 7, 76829 Landau/Pf.
<nenniger@zepf.uni-landau.de>, Tel. 06341/63993

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli, Fortstr. 7, Gebäude I, 76829 Landau
<vize-ld@uni-koblenz-landau.de>, Tel. 06341/28032200

Dittker Slark, Wegscheide 9, 64291 Darmstadt

Vorwort

Immer wieder neu stellt sich die Frage nach einer thematischen Eingrenzung der Abhandlungen und damit nach ihrem auf dem Deckblatt erscheinenden Titel. Besonders schwierig war ihre Beantwortung bei dem vorliegenden, 26. Band.

Einerseits begrüßen die befragten Mitglieder der Humboldt-Gesellschaft die bisherige thematische Breite. Dadurch werden immer wieder die verschiedensten fachlichen Interessen angesprochen. Die nun zur Tradition gewordene fachliche Vielfalt, die auch das „geistige Leben“ unserer Gesellschaft abbildet, motiviert dazu, den jeweils aktuellen Band nicht achtlos beiseite zu legen. Dieses Vorgehen garantiert auch eine einigermaßen angemessene Nähe der Veröffentlichungen zum Datum des Eingangs der Artikel. Außerdem entspricht es der Gestaltung der Tagungen unserer Gesellschaft, auf denen Wissenschaft, Kunst und Bildung eine Einheit bilden. – Das wären also die Vorteile, wie sie sich vor allem für die Mitglieder der Humboldt-Gesellschaft zeigen.

Der Nachteil äußert sich darin, dass es bei der inhaltlichen Breite der Beiträge kaum gelingt, die Bände der Abhandlungen unter ein Generalthema zu stellen, das nicht plakativ (und damit vielleicht auch wenig aussagekräftig) klingt. Unser Anspruch besteht ja gerade in der exakten, nachprüfbaren Darstellung von Überlegungen und Fakten. Ein „griffiger“ Titel, der gleichzeitig den Inhalt treffend widerspiegelt, wäre für die Präsentation im Internet und die allgemeine Nachfrage nach Exemplaren der Abhandlungen förderlich. Er lässt sich aber in der Regel nicht über die Breite der in den Bänden veröffentlichten Beiträge finden.

In den vorliegenden 26. Abhandlungen wurde deshalb (wie schon in Band 23) der Versuch gewagt, einen Titel zu finden, der *einem* Schwerpunkt der Beiträge entspricht. Die „...“ sollen darauf verweisen, dass der Band aber auch fachlich anders geartete Aufsätze enthält. Zu warten, bis für *einen* Band der Abhandlungen genügend unter ein Generalthema passende Artikel vorliegen, würde die Aktualität erheblich einschränken. Die zuerst einreichenden Autoren müssten ungebührlich lange auf die Veröffentlichung ihrer Arbeiten warten.

Meinungen unserer Mitglieder zu der einen oder anderen Variante der Gestaltung der Abhandlungen sind sehr erwünscht.

Oktober 2010

DAGMAR HÜLSENBERG
Kordinatorin des Akademischen Rates
der Humboldt-Gesellschaft

HUMBOLDT-GESELLSCHAFT

FÜR WISSENSCHAFT, KUNST UND BILDUNG e.V.



Zweites Positionspapier der Humboldt-Gesellschaft zur Bologna-Vereinbarung

Im Februar 2009 hatte die Humboldt-Gesellschaft ein Erstes Positionspapier zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes gemäß der Bologna-Vereinbarung veröffentlicht. Auf Grund vieler negativer Erfahrungen nach nunmehr 10 Jahren fühlt sich die Humboldt-Gesellschaft verpflichtet, erneut zur Umsetzung dieser bildungspolitischen Vereinbarung Stellung zu nehmen. Das Zweite Positionspapier beinhaltet:

- I. Historische Entwicklungen bis zur Bologna-Vereinbarung
- II. Der Bologna-Prozess – eine Reform, ein Experiment?
- III. Vorschläge der Humboldt-Gesellschaft für das Hochschulsystem

Die Humboldt'schen Bildungsprinzipien

Es war das Erziehungs- und Bildungsideal Wilhelm von Humboldts für die *Schule*, dass der Schulunterricht *allgemeine Menschenbildung* vermitteln sollte. Dabei geht es nicht nur um Wissensvermittlung, sondern um *Bildung und Entwicklung der intellektuellen, ästhetischen und moralischen Kräfte*. Die *spezielle Berufsausbildung* sollte erst danach erfolgen.

Das Studium an einer *Universität* hat die Aufgabe, die *Einheit der Wissenschaft* zu begreifen und wahre *Bildung* durch *innere, produktive Tätigkeit* hervorzubringen. Der Student sei angehalten, sich auch in andere Wissenschaftsgebiete einzuarbeiten, die für seine individuelle Bildung erforderlich sind. Dabei soll der Unterricht nicht nur in die Tiefe eines Fachgebietes eindringen, sondern auch bereits in die *praktische Anwendung* des Erlernten einführen. Am 1. Dezember 1809 schickte Wilhelm von Humboldt seinen „*Bericht der Sektion des Kultus und des Unterrichts*“ an den König. Die von Humboldt 1810 gegründete Universität in Berlin sollte seine Prinzipien realisieren. [18]

Diese Grundsätze universitärer Bildung, wie sie auch von dem Gründer der Universität Dublin, J. H. Newman, Mitte des 19. Jahrhunderts über-

nommen wurden [11], galten als Grundsätze von Universitäten in Europa, Asien und Amerika.

Die Humboldt'schen Prinzipien des universitären Bildungssystems sind bis heute von aktueller Bedeutung und stellen nach wie vor eine Anleitung zum Handeln dar.

I.

Historische Entwicklungen bis zur Bologna-Vereinbarung

Die 1810 mit der Gründung der Humboldt-Universität in Berlin eingeleitete neue Epoche der Universitätsstruktur und -aufgabe wurde hundert Jahre später in ihrer Weiterentwicklung abrupt durch den 1. Weltkrieg (1914–1918) und die Nachkriegszeit (1918–1933) mit extremer wirtschaftlicher Notlage des Staates und weltweiter ruinöser Inflation behindert.

Die nachfolgende Zeit des Nationalsozialismus begünstigte zwar scheinbar die Universitäten, jedoch nach vorgegebenen Zielen und unter Aufhebung jeglicher Autonomie-Strukturen. *Nur „völkische“ Interessen wurden gefördert!* Die Humboldt'schen Prinzipien des universitären Studiums hatten bei dieser staatlichen Zielsetzung keine Existenzchance.

Nach dem 2. Weltkrieg (1939–1945) waren in Deutschland die meisten Universitätsgebäude beschädigt oder zerstört. Das wissenschaftliche Personal war meist nicht mehr vorhanden. Bereits mit dem Wintersemester 1945/1946 erlaubten die jeweiligen Besatzungsmächte in ihren Zonen die Wiedereröffnung einiger Universitäten mit eingeschränktem Lehrbetrieb. Den Studenten wurde sogar ein Studium Generale mit Vorlesungen in Philosophie, Theologie, Germanistik, Latein usw. angeraten.

Mit der Währungsreform und dem in den alten Bundesländern einsetzenden „Wirtschaftswunder“ sowie der Übergabe der Universitäten in die jeweilige Bundeslandhoheit erfolgten hier endlich wieder Aufbau- und Neubaumaßnahmen. Die wirtschaftliche Lage des akademischen Nachwuchses blieb jedoch schlecht, z.B. unbezahlte Tätigkeiten mit jährlicher Kündigung sogar dieser Beschäftigungsverhältnisse. Seit Ende der 50er Jahre schien es aufwärts zu gehen. Die unbezahlte Tätigkeit von Akademikern wurde allmählich beendet, neue Planstellen entstanden. Forschung und Lehre schienen gesichert.

Für viele unerwartet, überzogen jedoch 1968 in den alten Bundesländern Studenten-Demonstrationen die Universitäten. Die sich gerade erholenden Universitäten wurden nachhaltig politisiert, ideologisiert und auch – das Gegenteil von dem, was viele Studenten beabsichtigt hatten – reglementiert mit allen negativen Folgen.

Doch bald trat in den alten Bundesländern ein weiteres Problem auf: Die Anzahl der Studenten stieg stetig an. Wie sollten die Bundesländer dies finanziell verkraften? Als Folge setzte seit 1975 ein rigoroser Abbau von Lehrpersonal ein. Fast der gesamte akademische Mittelbau, somit auch die Basis für exzellente Lehre und Spitzenforschung, wurde gestrichen. Aus Kapazitätsgründen wurde die Zulassung zu bestimmten Studiengängen zunehmend begrenzt. Nun mussten Studienbewerber für Numerus-clausus-Fächer mit einer Abiturnote schlechter als etwa 1,6 in der „Warteschleife“ ein bis mehrere Semester auf einen Studienplatz hoffen oder auf dem Klageweg ihr „Zulassungsglück“ versuchen.

Versäumnisse und Fehler, die der Bologna-Prozess nicht beseitigen kann

Es ist eine Lehre der Geschichte, dass die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit spätestens die nachfolgende Generation einholen und von ihr die Begehung einfordern.

Das **allgemeinbildende Schulsystem** ist zunehmend nicht mehr in der Lage, die Studierfähigkeit zu garantieren.

Die **universitäre Situation** stellte sich Ende der 90er Jahre wie folgt dar:

- Eine stete Zunahme der einen Studienplatz suchenden Abiturienten.
- Ein großer Mangel an Räumen für Lehrzwecke.
- Unzureichende und meist auch noch veraltete Lehrtechnik.
- Ein völlig inakzeptables Verhältnis von Lehrenden zu Studenten infolge Personalmangels.
- Die bürokratisch-rigide Abwicklung der Zulassung zu einem Numerus-clausus-Studienplatz ausschließlich nach der Abiturdurchschnittsnote. Hieraus resultiert ein Heer von jungen Menschen mit Abitur (von zudem unterschiedlicher Aussagekraft), aber abgeschoben in eine oft mehrjährige Warteschleife bei einem speziellen Studienwunsch. Tausende dieser Wartenden konnten zwar an ausländischen Universitäten ihr Studium beginnen. Es ist aber nicht bekannt, wie viele von ihnen nach erfolgreichem Studium wieder zurückkehrten!
- Das Fehlen von äußerer, aber auch innerer Autonomie der Universitäten.

Die **Situation vieler Staaten** war gekennzeichnet von

- einer immensen Verschuldung,
- einer stetigen Verminderung der Staatsausgaben pro Student,
- einer überbordenden Bürokratie und Reglementierung,

- dem Mangel an weitsichtiger, zukunftsfähiger Bildungspolitik sowie Forschungsförderung.

Die **Wirtschaft** stand unter dem doppelten Zwang der Expansion und Globalisierung. Neben dem heftig beklagten (jedoch selbst verschuldeten!) *Facharbeitermangel* wurden nun zunehmend auch mehr *Akademiker* benötigt; letztere möglichst schnell verfügbar, zielgerichtet ausgebildet und nach wie vor auf dem gewohnt hohen akademischen Niveau. Denn: *Universitäten* waren bisher der *Bildung* vorbehalten, während die in der Neuzeit gegründeten *Fachhochschulen* und *Berufsakademien* der fachlichen *Ausbildung* dienten. So sollte das Reputationsmerkmal „Universität“ nun für ökonomisch orientierte Interessen (OECD, WTO) eingesetzt werden.

II.

Der Bologna-Prozess – eine Reform, ein Experiment?

Diese Auflistung der auch von der Humboldt-Gesellschaft beanstandeten Missstände löste Betroffenheit und Vorwürfe an Parteien, Regierungen und Institutionen aus. Selbstkritisches Hinterfragen der entscheidenden Ursachen der Situation kam bei den Verantwortlichen jedoch selten in Betracht. Stattdessen traten „Reformer“ auf, die die Spitzen der Eisberge abbrechen, nicht aber die wirklichen Ursachen der Probleme beseitigen wollten.

Unter dem begrifflichen Schleier „Europäische Union“ und „Einheitlicher Europäischer Hochschulraum“ sollten nun durch die Bologna-Vereinbarung die folgenden drei Problemkreise mit einem großen Wurf bereinigt werden:

Fiskalisches Ziel:

Verkürzung der Studiendauer, Kostensenkung für Lehre und Forschung sowie Kompensation der fehlenden Grundausrüstung durch Mittelbeschaffung aus Auftragsforschung.

Ökonomisches Ziel:

Schnellere „Produktion“ und gleichzeitig größere Anzahl von Akademikern; Ausbildung (nicht Bildung) für einen jeweiligen Berufszweig sowie Rationalisierung und Reglementierung der akademischen Ausbildung.

Strukturelles Ziel:

Überwindung des traditionellen Universitätssystems, politische und wirt-

schaftliche Einflussnahme auf Lehre und Forschung, Abschaffung des Magister- und Diplom-Abschlusses mit Ersatz durch Bachelor und Master.

Aber: Der amerikanische wie auch der englische BA/MA haben eine jeweils ganz unterschiedliche schulische Voraussetzung und sind miteinander nicht zwingend vergleichbar. In Europa interpretiert jedes Land den Bachelor und Master eigenständig. Daher gibt es die gegenseitigen Anerkennungsprobleme.

Aus dem zeitlichen Ablauf wird zudem folgendes deutlich:

- Am 10. November 1997 hat die deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die *Empfehlung zur Einführung des BA/MA* beschlossen, wobei zu fragen ist: 1. Wer waren die Ideengeber und warum? 2. In welchen Gremien und warum wurde die Idee geboren, einen „europäischen“ BA/MA einzuführen? 3. Wer bzw. was hat die Hochschulrektorenkonferenz bewogen, diese Empfehlung zu beschließen?
- Für die Realisierung dieser „Empfehlung“ wurde 1998 eigens eine *Experimentierklausel* in das Hochschulrahmengesetz (HRG) eingefügt. Dabei wurden die *Kriterien* einer „Reform“ oder eines „Experimentes“ völlig außer acht gelassen! Vor allem das Fehlen einer Kontrollgruppe war und ist ein schwerwiegendes Versäumnis.
- Schon am 17. März 1999 verfasste der Deutsche Hochschulverband (DHV) eine *kritische Resolution*, um diese „Empfehlungen“ vom deutschen Bildungssystem fernzuhalten. Vergeblich! Keiner der sachlichen Einwände wurden von den Verantwortlichen zur Kenntnis genommen.

Mit der Konferenz der Europäischen Bildungsminister am 19. Juni 1999 in Bologna setzte (in den einzelnen Ländern unterschiedlich) ein Prozess ein, der bald neue – und in dem Umfang wohl nicht erwartete – Fakten schuf, z. B.

- *eine unaufhörlich wachsende, Unsummen verschlingende „Monster“-Bürokratie* (z. B. Akkreditierungsagenturen),
- *eine Zerstörung der Universität Humboldt'scher Prägung in Richtung primär berufsorientierter „Fachhochschule“ („Studenten-Fabrik“ [4], „Lernfabrik“ [12]).*

In **kritischen Stellungnahmen** wurden seitdem ausführlich alle wesentlichen Bestandteile der Bologna-Vereinbarung angesprochen und ihre negativen Fol-

gen, Unsinnigkeiten, Unrealisierbarkeiten, Ineffizienz und sogar rechtliche Bedenken aufgezeigt. [1–3, 5, 6, 9, 10, 12–17, 19]

Es waren schon immer Anpassungen an die Erfordernisse einer jeweiligen Epoche zwingend notwendig. Sie wurden vielfach auch realisiert, aber zerstört nicht, was sich als sinnvoll erwiesen hatte. *Und wie viel Bewährtes konnte man über Jahrzehnte in unserem Bildungssystem erhalten – in steter Anpassung an die Ist-Probleme!* Ein solches Vorgehen wäre auch jetzt kostensparender und effizienter, vor allem auch weitsichtiger und nachhaltiger.

► *Es ist ein kardinaler Fehler der (deutschen Interpretation der) Bologna-Vereinbarung, alles „neu“ zu gestalten ohne angepasste Beibehaltung von Bewährtem (denn damit wird postuliert, dass alles Bisherige falsch sei) und dann auch noch ohne Pilotprojekte und Kontrollgruppen [19], ohne Planungssicherheit, vorangegangene Realisierbarkeitsprüfung, Testung der Auswirkungen, Durchrechnung des Aufwandes usw.*

Als ein Ziel der Bologna-Vereinbarung ist eindeutig festgeschrieben: „... die uneingeschränkte Achtung der Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der nationalen Bildungssysteme und der Autonomie der Universitäten ...“. Diese Zielsetzung der Bologna-Vereinbarung unterstützt die Humboldt-Gesellschaft uneingeschränkt. Aber, warum zerschlägt man sein eigenes, auch international anerkanntes Bildungssystem mit seinen bewährten Graduierungen Magister, Diplom, Staatsexamen, Promotion und Habilitation?

Es ist weiterhin unerfindlich, warum die für die Umsetzung der Bologna-Vereinbarung Zuständigen aus dem Passus der Vereinbarung: „*Förderung der europäischen Zusammenarbeit und der Qualitätssicherung*“ eine im gesamten Text nirgends erwähnte **Akkreditierungsbürokratie** herausgelesen haben. *Die Akkreditierungsagenturen sind überflüssig; die fachgebundenen Aufgaben gehören in die Verantwortung der Fakultäten!* Dieses verwaltungsrechtlich nicht definierte, bürokratische Monster belastet die Hochschulhaushalte mit mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr. Es ist ungeklärt, ob die – mittlerweile in Deutschland existierende – Akkreditierungspflicht überhaupt mit Artikel 5, Abs. 3, sowie Artikel 20, Abs. 3, des Grundgesetzes vereinbar ist. [8] Das Akkreditierungssystem beruht lediglich auf einem Beschluss der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 6. Juli 1998 und den nachfolgenden Beschlüssen der Kultusministerkonferenz (KMK). *Es wurde also vor der Unterzeichnung der Bologna-Vereinbarung ins Leben gerufen und ist keine Folge von ihr!* Außerdem sind alle diese Beschlüsse Exekutivvereinbarungen, jedoch *keine* Rechtsnormen. [8]

Die **Modularisierung der Studiengänge** hat vielerorts zu einem Studienchaos geführt, da Vereinbarungen weder zwischen den Ländern noch den Universitäten bestanden. Die schon bisher geringe *Mobilität* der Studierenden sank weiter dramatisch ab. Wenn schon die föderalistische Bundesrepublik keine abge-

stimmte Modularisierung schaffte, wie soll dies *gemeinsam* mit den übrigen europäischen Staaten gelingen?

Ein europäisches System zur *Festsetzung der Studienzeitbelastung (ECTS)* hat sich in seiner jetzigen Form als nicht realisierbar erwiesen. Die angestrebte *berufsbezogene Qualifizierung des Bachelor* ist in diesem System nur sehr bedingt erreichbar.

► *Die Bologna-Vereinbarung ist aus rechtlicher Sicht eine „unverbindliche Absichtserklärung“ der beteiligten Regierungen – und nicht mehr! Durch die vorgenannten Probleme werden die in Abschnitt I formulierten, historisch gewachsenen Aufgaben nicht gelöst, sondern vielmehr verstärkt. Durch falsche Auslegung, Aktionismus, willkürliche und absurde Eingriffe in den Bildungsprozess ist die Bologna-Vereinbarung nun selbst zum Problem der schon genug vorhandenen Probleme geworden.*

► **Fazit:** Nach 10 Jahren muss man ernüchtert feststellen – und da helfen alle Beteuerungen von „handwerklichen Fehlern“, „Anlaufschwierigkeiten“, „erforderliche Nachbesserungen“ und „noch ungenügende Finanzmittel“ nichts [7]: **Aus heutiger Sicht ist der Vollzug der Bologna-Vereinbarung (zumindest in der deutschen „Version“) praktisch gescheitert. Dies wird sowohl aus der Stellungnahme der von der Bundesregierung eingerichteten EFI (s. FAZ 25.02.10, S. 4) wie auch aus der Feststellung der Präsidentin der HRK ersichtlich, dass es ein „gutgemeinter Vorschlag“ war, ein „Werkzeugkasten“ (s. FAZ 19.03.10, S. 34). • Eine „Reform der Reformen“ darf nicht erst an den ruinösen, hausgemachten Folgen der Bologna-Vereinbarung ansetzen, sondern das politische Handeln muss inhaltlich weit vor der Vereinbarung beginnen, um die jahrzehntelangen Versäumnisse und Fehler wirklich zu beseitigen!**

III.

Vorschläge der Humboldt-Gesellschaft für das Hochschulsystem

In großer Sorge um unser höchstes Gut, bestens akademisch gebildete Absolventen zu sichern, bekräftigt die Humboldt-Gesellschaft in Übereinstimmung mit anderen gesellschaftlichen Institutionen und Persönlichkeiten noch einmal folgende Forderungen:

1. *Realisierung einer kooperativen Autonomie der Universitäten – nach außen wie auch nach innen. Als Ziel gilt ein exzellentes „Bildungswissen“ in allen universitären Fachbereichen.*

2. *Revision der Zulassungsbedingungen* für Studienanfänger/-innen, die eine sinnvolle, deren Intentionen und die Eignung berücksichtigende Zulassung in Verantwortung und Freiheit der Betroffenen ermöglichen. Dies sollte in Verbindung von *fachnotengewichteten Abiturzeugnissen* und erforderlichenfalls *fachbezogener Assessments* stattfinden, die eine rechtzeitige Studienorientierung und Facheignungsfeststellung ermöglichen. *Die erfolgreiche Durchführung eines praktischen Jahres sollte Studienbewerberinnen und -bewerber mit einem Zulassungs-Bonus honoriert werden!*
3. Wiederherstellung eines sinnvollen und eine erfolgreiche Ausbildung gewährleistenden *Betreuungsverhältnisses* (Anzahl von Lehrenden zu Studierenden).
4. *Kontinuierliche* Instandsetzung, Modernisierung und Ausbau der räumlichen, apparativen und technischen Ausstattung der Universitäten. *Keine weitere Gründung* von Universitäten oder Fachhochschulen (mit jeweils neuem Verwaltungsapparat etc.), sondern *Ausbau* der vorhandenen Kapazitäten.
5. *Sicherstellung geeigneter und nachhaltiger finanzieller Voraussetzungen* für eine exzellente Forschung und Lehre unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Fächer.
6. *Personelle Wiederherstellung* des zur nachhaltigen Gewährleistung der Kontinuität von Forschung und Lehre erforderlichen *längerfristig beschäftigten Mittelbaus* als tragende akademische Säule.
7. *Klar formulierte Studieninhalte* in jedem Studiengang. Der jeweilige Fachvertreter sollte bei einem Universitätswechsel der Studierenden selbständig entscheiden, welche Studienleistungen anerkannt werden. Zusätzliche Leistungen können individuell abgesprochen werden. Auf internationaler Ebene ist die *gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Prüfungsordnungen und akademischer Grade* zu garantieren.
8. Verstärkte Förderung der Mobilität der Studierenden und Lehrenden *durch Ermutigung und Unterstützungsmaßnahmen der Universitäten bei der Aufnahme von Wechslern*, um wirkliche akademische Freiheit zu gewähren, nämlich andere Universitäten, akademische Lehrkräfte und Lehrinhalte nach eigenen Vorstellungen kennen zu lernen.
9. *Rechtzeitige Exmatrikulation von Studierenden mit ungenügenden Leistungsnachweisen* gemäß Prüfungsordnungen. Hierdurch reduziert sich einerseits die Anzahl der Studierenden um die wirklich ungeeigneten, die nur Studienplätze blockieren, und es verhindert andererseits das Bummelanten-Studium.
10. *Elite-Förderung* (sowohl für die Studierenden als auch den wissenschaftlichen Nachwuchs) in jedem Fachgebiet unter Nutzung aller erdenkli-

- chen Möglichkeiten im In- und Ausland, z. B. durch interuniversitäre Kooperationsabkommen im nationalen und internationalen Kontext.
11. *Keine Beeinträchtigung der Lehre und Forschung* durch die Einwerbung von Drittmitteln, sondern Entlastung und personelle Unterstützung bei der Antragstellung, die mit einem zunehmenden bürokratischen Aufwand (besonders bei EU-geförderten Projekten) verbunden ist.
 12. *Aufwertung der auf die „Ausbildung“ orientierten bzw. dafür zuständigen Fachhochschulen und Berufsakademien durch die Einführung eines graduierten Vor- und Endabschlusses. Ihre finanzielle und personelle Ausstattung hat ebenfalls höchsten Ansprüchen zu genügen. Den Absolventen ist die Möglichkeit zur Promotion an einer sachverwandten, universitären Fakultät zu geben.*
 13. *Wiedereinführung international konkurrenzfähiger Besoldungsstrukturen für Professuren an deutschen Universitäten. Eine weitere Abwanderung von Spezialisten oder Spitzenkräften muss beendet werden!*
 14. *Veränderung der derzeit geltenden Regelungen zur Versetzung von Professoren in den Ruhestand in Richtung auf einen modifizierten, international üblichen Emeritenstatus.*

In „Bildungswissen“ und „Ausbildung“ liegen die wichtigsten nachhaltigen Ressourcen unseres Staates. Deshalb müssen die gegenseitige Abstimmung innerhalb eines kooperativen Föderalismus verstärkt und die Zusammenarbeit mit dem Bund effektiver gestaltet werden!

Literatur:

1. **Brandt, H. (2010).** In dieser Flasche war kein Geist. Gegen die Legende, unwillige Professoren hätten die Bologna-Reform scheitern lassen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.01.2010*, S. 5
2. **Brenner, P. J. (2008).** Die Wüste wächst. Über die Selbstzerstörung der deutschen Universität im Bologna-Prozess. *Forschung und Lehre*, 1, 11–17
3. **Edel, K.-O. (2009).** Bologna als internationale Systemdivergenz. *Forum [Band 78]*, 35–45
4. **Friedmann, J. et al. (2008).** Die Studenten-Fabrik. *Der Spiegel*, 18, 56–69

5. **Hering, Th. (2003).** Mogelpackung und Irrweg – Über Bachelor- und Masterstudiengänge. *Forschung und Lehre*, 10, 426–428
6. **Hering, Th. (2005).** Die Universitäten als Unternehmen – Akademische Zerrbilder und ideologische Illusionen einer Anti-Elite. In: F. Keuper & Ch. Schaefer (Hrsg.). *Führung und Steuerung öffentlicher Unternehmen* (S. 83–107). Logos Verlag, Berlin, ISBN 3-8325-0839-2
7. **Kaube, J. (2009).** Jetzt räumen sie Fehler ein. Die Bologna-Reformer sind um Ausreden nicht verlegen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.2009*, S. 5
8. **Lege, J. (2009).** Akkreditierung als rechtlicher Systemfehler. *Forum [Band 78]*, 59–68
9. **Liesmann, K. P. (2009).** Bologna als unnötige Bildungsreform. *Forum [Band 78]*, 157–167
10. **Meyer, H. J. (2009).** Nur Mut zu einer Reform der Reformen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.07.2009*, S. 7
11. **Newman, J. H. (1852 & 1859).** *The Idea of A University. Defined And Illustrated [2 vol.]*, London
12. **Reiser, M. (2009).** Warum ich meinen Lehrstuhl räume. Gegen die Selbstauflösung der deutschen Universität durch Verwandlung in eine Lernfabrik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2009*, S. 5
13. **Schirmmacher, F. (2009).** Hört die Verzweiflungsrufe! *Focus*, 32, 41–42
14. **Schmoll, H. (2009).** Kein europäischer Hochschulraum. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.06.2009*, S. 3
15. **Schmoll, H. (2009).** Reform oder Deform – über die Veränderungen der deutschen Hochschulen. *Südwestrundfunk*, 2, vom 15.06.2008
16. **Schmoll, H. (2010).** Wie die Bologna-Studiengänge zu verbessern wären. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.02.2010*, S. 4
17. **Scholz, Ch.; Stein, V. (Hrsg.). (2009).** Bologna-Schwarzbuch. *Forum [Band 78]*, 202 Seiten, ISBN 978-3-924066-89-5
18. **Spitta, D. (2006).** *Menschenbildung und Staat. Das Bildungsideal Wilhelm von Humboldts angesichts der Kritik des Humanismus*. Verlag J.M. Mayer, Stuttgart, 224 Seiten, ISBN 3-932386-92-2

19. **Winter, St. (2005).** Man könnte auch irren! Die Elimination von Kontrollgruppen als Gestaltungsprinzip der Hochschulpolitik. *Forschung und Lehre*, 12, 642–643

Mannheim, den 27. Februar 2010

Namens der Humboldt-Gesellschaft:

Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Kuntz, Wetzlar, Präsident

Prof. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg, Ilmenau, Koordinatorin des Akademischen Rates

Dr. Erich Bammel, Essen, Mitglied des Akademischen Rates

Prof. Dr. Kurt A. Heller, München, Mitglied des Akademischen Rates

Prof. Dr. Peter Nenniger, Landau, Mitglied des Akademischen Rates

Die bildungspolitischen Thesen Wilhelm von Humboldts*

VON UDO VON DER BURG

I. Der Staatszweck

1. Das Zweck-Mittel-Verhältnis

Die frühen Schriften Wilhelm von Humboldts, insbesondere die Jugendschriften, und unter diesen insbesondere die Reisetagebücher, haben in der Fachliteratur immer wenig Beachtung gefunden. Dies mag auf die bis in unsere Tage hineinreichende, vorherrschend werkimmanente Interpretation der Schriften Humboldts zurückzuführen sein. Diese Geringschätzung verhält sich allerdings umgekehrt proportional zu dem Informations- und auch Unterhaltungswert, den diese Schriften zeigen. Die Tagebücher waren nur für einen sehr kleinen Leserkreis bestimmt. Wilhelm tut deshalb sein Denken in erquickender Offenheit kund; er äußert schonungslose Kritik angesichts von Einfalt und Überheblichkeit seiner adeligen Standesgenossen sowie Ironie, auch Selbstironie gegenüber Reiseerlebnissen, die nicht sein Gefallen finden. Identität mit seinem Heimatort Berlin kehrt er deutlich hervor. Die Tagebücher enthalten zudem bereits eine Vielzahl grundlegender Auffassungen und Ideen, an denen Wilhelm von Humboldt zeit seines Lebens festgehalten bzw. die er später vertieft hat.

Auf der Rückreise aus der Schweiz im Jahre 1789 besucht Wilhelm von Humboldt Ende September die Militärakademie – „vielmehr ietzt Academie überhaupt“¹ – in Stuttgart, die etwa 10 Jahre zuvor Friedrich Schiller besucht hatte. Humboldt fällt die Uniformität in Kleidung und Frisur ins Auge, das Marschieren zu Tisch, der Kommando-Ton. Die Anstalt scheint ihm von daher „nicht bloss fehlerhaft, sondern ganz und gar schädlich. Welche einseitigkeit muss die folge einer so vom zartesten knaben- bis zum reifsten iünglingsalter eingezwängten regelmässigen erziehung sein? Welcher *esprit de corps* muss unter den iungen leuten, welche einförmigkeit ihrer bildung entstehn? Jeder mensch existiert doch eigentlich für sich; ausbildung des individuums für das individuum und nach den dem individuum eigenen kräften und fähigkeiten muss also der einzige zwek alles menschenbildens sein. Daraus dass man diesen

* Schriftliche Fassung des Vortrags, gehalten in Landau am 07.05.2010 zur 91. Tagung der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.

¹ 1770 Militärakademie, 1781 allg. Hochschule bzw. Universität.

zwek – den man freilich nicht immer im auge behalten kann, weil selbst die ausbildung des individuums ein vergesellschaften, und folglich bindung fürs ganze erfordert – oft nicht genug beachtete sind eine grosse menge sehr schädlicher folgen entstanden. Die iugend, die zeit ehe der mensch wenigstens als thätiges mitglied in die gesellschaft tritt, ist vor ieder andren zeit geschickt zu dem behufe der freien individuellen ausbildung. Sie sollte also vorzüglich dazu genutz werden. Mit recht tadelt man schon an unsern universitäten die einseitige faltung, die sie geben. Wie nun aber, wenn die universität in ein klosterleben verwandelt, und die studirenden an eine militärisch einformige pünktlichkeit gebunden werden? Diess abgerechnet ..., mag das institut sehr gut sein. Es sind geschickte männer als lehrer angestellt, das gebäude ist gross und bequem, durch bade und spielplätze ist für die gesundheit der iungen leute gesorgt, es ist mit der anstalt eine bibliothek und verschiedene kabinetter verbunden, die schlafsäle sind reinlich, luftig, gesund. Nur – und was doch so wichtig ist – für das eigne studiren giebt's keine andre plätze, als den ewig unruhigen schlaf- und die lectionssäle in den zwischenstunden“².

Anschließend Ende Oktober in Bern notiert Humboldt zu seinem Gespräch mit dem von ihm mit hohem Lob bedachten Professor der Philosophie und Oberbibliothekar Johann Samuel Ith (1747–1813), wobei es u. a. um Peinliche Gesetzgebung ging: „Nun aber ist der zwek des staats der, den bürgern freiheit zur erreichung aller ihrer zwecke zu verschaffen, d. i. recht verstanden: sicherheit“³.

Es ist dies die frühe Form der Antwort auf die eine der beiden später in der Schrift: „Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“⁴ aufgeworfenen zentralen Fragen. Diese lautet in der Ur-Fassung, d. h. dem dritten Brief an Friedrich (v.) Gentz (1764–1832), verfasst in der Zeit zwischen Gentzens Besuch in Burgörner im Mansfeldischen Anfang November 1791 und dem 9. Januar 1792: Was verlangen die in Gesellschaft lebenden Menschen angesichts des Bedürfnisses gemeinschaftlicher Führung „von der Regierung, und worauf schränkt man ihren Zweck ein?“⁵. Diese Frage ist, so Humboldt, „mehr aus der Moral oder dem Naturrecht geschöpft“⁶, während die andere, in die Politik gehörende Frage, wie man es dahin bringe, „daß die Re-

² Wilhelm von Humboldt: Tagebücher, hrsg. v. Albert Leitzmann. Erster Bd. 1788–1798, Berlin 1916, S. 154f. (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften Bd. XIV). – Die ursprüngliche Schreibweise in den Zitaten wurde beibehalten.

³ A. a. O., S. 214.

⁴ Im Folgenden als „„Staatsschrift““ zitiert.

⁵ Leitzmann, Albert: Politische Jugendbriefe Wilhelm von Humboldts an Gentz, in: Historische Zeitschrift 1935, 152. Bd., S. 53.

⁶ A. a. O., S. 54.

gierung nie mehr thun wolle, aber dieß immer thun könne“⁷, mithin die Frage nach dem Mittel, der ersteren untergeordnet sei. Das Zweck-Mittel-Verhältnis durchzieht den Gedankengang des gesamten Briefes. Es war nicht neu in Humboldts Denken, vielmehr schon als Gliederungsprinzip in den bekannten Vorlesungen bzw. Nachschriften von 1785/86 vorhanden. In der Ur-Fassung, dem genannten dritten Brief an Gentz, griff Humboldt auf die gerade erlassene neue französische Verfassung als Denkmodell zu, die er allerdings als „noch weit von dem Ruhme eines Vernunftideals“⁸ entfernt einordnete. Die im Sommer 1792 fertiggestellte End-Fassung der „„Staatsschrift““ behandelte darüber hinausgehend die „Staatseinrichtung“⁹ ganz allgemein und schloss das zeitgleich in einem neuralgischen Erlassprozess befindliche neue „Preußische Allgemeine Landrecht“ in die Überlegungen ein.

Der Zweck-Mittel-Fragenkomplex war Humboldt wenige Wochen vor dem Aufenthalt in Stuttgart am 25. Juli auf der Hinreise nach Paris durch seinen vormaligen Lehrer Christian Wilhelm (v.)¹⁰ Dohm (1751–1820) in Aachen in ein neues Verständnis gerückt worden: „Dohm behauptete der zweck des staats müsste allein sicherheit sein“¹¹. Während Humboldt die Auffassung vertrat, der Staat habe zum Wohl des Bürgers die Anwendung der Mittel möglich und leicht zu machen, trug Dohm als „Hauptidee“ vor: Alle „mittel, welche die menschen zu erreichung ihres physischen, intellectuellen, und moralischen wohls anwenden, gedeihen besser ohne als mit zumischung des staats; so akkerbau, fabriken, handel, aufklärung, sittlichkeit“¹².

Humboldts Nachschrift zu den Vorträgen, die 1785/86 Ernst Ferdinand Klein (1744–1810) gehalten hatte, zeigte noch die Auffassung, der Staat könne „auch die innerliche Glückseligkeit ... befördern, und zwar durch Zwangsmittel ..., nur nicht unmittelbar und auf der Stelle, sondern mittelbar und nach und nach“¹³, wobei er zu den Zwangsmitteln Schulen, Erziehungsanstalten, Gottesdienste, Gesetze, Strafen zählte. Ebenfalls das in der Nachschrift entworfene Bild vom Monarchen war gutgläubig: Wie man aus der Moral heraus immer das Beste

⁷ A. a. O., S. 53f.

⁸ A. a. O., S. 52.

⁹ Wilhelm von Humboldt: Werke, hrsg. v. Albert Leitzmann. Erster Bd. 1785–1795, Berlin 1903, S. 99 (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften Bd. I). – Reclam (RUB) Bd. 1991, S. 13.

¹⁰ Geadelt 1786.

¹¹ Tagebücher I (s. Anm. 2), S. 90.

¹² A. a. O., S. 90f.

¹³ Wilhelm von Humboldt: Werke, hrsg. v. Albert Leitzmann. Siebter Bd. Zweiter Halbband. Paralipomena, Berlin 1908, S. 479 (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften Bd. VII. 2).

von dem Anderen voraussetzen müsse, so sei man dazu insbesondere „gegen den Regenten verbunden: einmal, weil der Regent bei der genaueren Kenntnis, die er von den Staat und seinen Verhältnissen hat, viel besser ... zu beurtheilen im Stande ist, was seinen Pflichten gemäss, und was zum Besten der Bürger erforderlich ist, und weil ich also schon aus diesem Grunde mein Urtheil dem seinigem unterwerfen muss; zweitens aber, weil es für die innere Ruhe des Staats höchst gefährlich ist, selbst Verdacht in die Einsichten und die Denkungsart des Regenten zu setzen, und noch mehr ihn bei andern zu erregen ... Wer also diese Ideen unterhält und bestärkt, kann leicht Gelegenheit zu Empörung und Aufruhr geben“¹⁴.

Von diesen Vorstellungen kehrte sich die Auffassung, die Dohm Humboldt jetzt vortrug, grundsätzlich ab. Offensichtlich war Dohm, dem Lehrer, überhaupt sehr daran gelegen, dass sich Humboldt mit der politischen Frage näher befasste. Er forderte ihn auf, zwei Schriften zu rezensieren, die als Diskussionsbeitrag zum derzeitigen Aachener Verfassungskstreit¹⁵ erschienen waren: zunächst die Schrift „Freymütige Betrachtungen eines Weltbürgers zum Wohl von Aachen“¹⁶, in der in erster Linie der in Aachen herrschende Zunftzwang angeprangert wurde. Die Schrift ließ Gedankengut erkennen, das an Adam Smith erinnerte. Während in der Rezension Humboldt diese Schrift mit Zustimmung bedachte, wertete er die zweite Schrift, die von Peter Josef Franz Dautzenberg¹⁷ stammte, dem Sohn eines Aachener Goldschmieds, „als leere Declamation gegen Einzelherrschaft und Herrschaftsleidenschaft“ ab. Indessen enthielt der Vorspann dieser Schrift einige Sätze, die Humboldt durchaus in sein neu gewonnenes Denken integrieren konnte: „Der Staat ist eine große Maschine, deren Entzweck die Glückseligkeit der Bürger ist. Die Triebfedern davon sind die Gesetze, und für die Handhabung derselben zu wachen, ist die vornehmste Sorge eines ächten Patrioten“¹⁸.

¹⁴ A. a. O., S. 481.

¹⁵ In der freien Reichsstadt Aachen hatten restaurative Verhältnisse zu Unruhen geführt, die in reichskammergerichtlichem Auftrag der preußische Gesandte im Niederreinkreis, Humboldts ehemaliger Lehrer Dohm, als Vorsitzender einer kaiserlichen Kommission durch eine Verfassungsrevision beenden sollte.

¹⁶ Vollständiger Titel: „....., bei Gelegenheit der bevorstehenden Constitutions-Verbesserung dieser Reichsstadt“, Frankfurt und Leipzig, im September 1788.

¹⁷ „Meine Gedanken über die in unserer Vaterstadt vorzunehmende Verbesserung, vermittelst Abschaffung wirklicher Mißbräuche insbesondere und Befestigung unserer demokratischen Verfassung im ganzen Umfange“, Aachen 1788. Dautzenberg, geb. 1769, war Sohn eines Aachener Goldschmieds. Der Verfasser der – anonym erschienenen – erstgenannten Schrift war Dohms Schwager Johann Arnold von Clermont (1728–1795). – Ablehnung bzw. Befürwortung der Schriften war Humboldt von Dohm offensichtlich vorgegeben worden.

¹⁸ A. a. O., S. 7.

2. Glückseligkeit

Der Begriff der Glückseligkeit war im Verlauf des 18. Jahrhunderts zu einem kameralistischen Schlüsselbegriff geworden, der auf einen wünschenswerten qualitativen Endzweck eines Staates oder Gemeinwesens abzielte, auf eine Art äußerliche Vollkommenheit des Lebensvollzuges. Es ging vorrangig nicht um die Glückseligkeit von Individuen, sondern um diejenige der Gemeinschaft. Glückseligkeit war als eine Art Suchbewegung gedacht, deren Verständnis man sich am besten durch Fixierung einer Fülle von Anhaltspunkten näherte, die als Merkmale des gewünschten Zustandes gelten sollten bzw. die Verhaltensanweisungen auf dem Wege dorthin abgeben konnten. Kennzeichen für Glückseligkeit sollten insbesondere sein: Innere und äußere Sicherheit des Gemeinwesens; eine als vernünftige Freiheit verstandene Selbstentfaltung der Individuen innerhalb des Gemeinwohls; Rechtssicherheit durch entsprechend eindeutig gefasste Gesetze und Vorschriften; und den Unterhalt sichernde Eigenerwerbschancen in einer intakten Staats- und Volkswirtschaft. Indem zunächst nur das optimistische Bild eines wohlmeinenden Staates und einer fürsorglichen Regierung zugrunde lag, galt eine feste und umsichtige Staatslenkung als Garant für die Geltung dieser Glücksgüter. Bis in die 80er Jahre des 18. Jahrhunderts, lebende Vorbilder vor Augen, geriet die Hoffnung auf den weisen Fürsten, einen „Vater des Vaterlandes“, der „mit mässigen Kräften große Dinge ausrichten, die Nation glücklich machen, und sein Andenken in Segen erhalten kann“¹⁹, den man also getrost die Glückseligkeit definieren und einrichten lassen durfte, nicht ins Wanken.

Etwa im Verlauf der 80er Jahre musste man allerdings auch die Möglichkeit einer gegensätzlichen Entwicklung erfahren, dass nämlich der Regent nicht guten Willens und besten Könnens war, dass die Regierung in einer perfektionistisch-maschinenhaften, wohlfahrtsstaatlich-bevormundenden Verwaltung erstarrte. Auch hier bot Preußen wieder ein anschauliches Beispiel und manifestierte sich in dem Bild von Friedrich Wilhelm II. (1786–1797), den der junge Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher als „unsere dike regierende Fleischmasse, diese Mixtur von Wolust, Schwachheit und Andächtelei“²⁰, verächtlich machte.

¹⁹ Pfeiffer, Johann Friedrich von: Grundsätze der Universal-Cameral-Wissenschaft, Frankfurt/Main 1783, S. 44. Johann Friedrich von Pfeiffer (1718–1787), Militärdienst, preußischer Kriegs- und Domänenrat, Gesandter an Höfen verschiedener Reichsfürsten, dann Privatgelehrter, seit 1782 Professor für Kameralwissenschaft in Mainz; das zitierte Werk ist sein Hauptwerk.

²⁰ Brief Nr. 128 v. 9.12.1789: Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher. Briefwechsel 1774–1796 (Briefe 1 – 326), hrsg. v. Andreas Arndt und Wolfgang Virmond, Berlin – New York 1985. S. 172 (= Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher. Kritische Gesamtausgabe. Fünfte Abteilung. Briefwechsel und biographische Dokumente. Bd. 1.1).

Die von Wilhelm von Humboldt in seinen Schriften vorgetragene Lösung bestand nun am allerwenigsten darin, zusätzliche Absicherungen gegenüber der Staatsmacht vorzuschlagen, sondern in der radikalen Ablehnung des Prinzips der Glückseligkeit als Staatszweck. Vielmehr setzte Humboldt auf entgegengesetzte, auf das Individuum ausgerichtete Werte, auf die eigenverantwortliche Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen Menschen.

3. *Adam Smith*

Den Hinweis, dass Wilhelm von Humboldt einen der Grundgedanken seiner „„Staatschrift““, nämlich die Staats- bzw. Verwaltungskritik, offenbar der Lektüre von A. Smiths Werk über den Wohlstand der Nationen²¹ verdanke, formulierte erstmalig offensichtlich Paul Wittichen im Jahre 1906²². Wittichen konnte jedoch aus seiner spätwilhelminischen Sicht²³ heraus kein Verständnis für Humboldts Vorstellungen entwickeln; ihm erschien die „„Staatschrift““ als „ein unreifer Versuch, das Prinzip hoher individueller Geisteskultur auf die komplizierte und anders geartete Materie des Staats zu übertragen“²⁴.

Die von Adam Smith vertretene Wirtschaftstheorie war den Brüdern Humboldt zumindest seit den Vorträgen von Christian Wilhelm Dohm bekannt. Dohm seinerseits hatte sich bereits direkt nach dem Erscheinen von „Wealth of Nations“ in den 1770er Jahren mit den Ausführungen dieses Buches befasst²⁵. Die Gedankengänge seiner Schrift „Über das physiokratische System“ von 1778, die eine literarische Diskussion mit seinem Freund und Kasseler Professorenkollegen am dortigen Collegium Carolinum, Jakob Mauvillon (1743–1794)²⁶, darstellen,

²¹ S. unten Anm. 33.

²² Wittichen, Paul: Zur inneren Geschichte Preußens während der französischen Revolution. Gentz und Humboldt, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 19, 1906, S. 349f.

²³ Wittichen spricht von der „Dilettantenhaftigkeit“ (S. 349) der Anschauungen Wilhelm von Humboldts; ferner: „Auch die Forderung, daß der Staat sich aller positiven Einrichtungen enthalten soll, statt die Nation zum Kriege zu bilden, zeigt ihn ganz in den Zeitirrtümern befangen“ (S. 350).

²⁴ A. a. O., S. 351. – Immer wenn Staat, Verwaltung oder andere gesellschaftlich-politische Kräfte unzulässig herrschen möchten, so sehen sie zu, dass Wilhelm von Humboldts politische Schriften ins Abseits des Interesses geraten oder zumindest lediglich seine sprachlichen Schriften Beachtung finden – diese sind allerdings von der Intention her unmissverständlich politisch verstanden, als eine Art Chiffrierung von Humboldts politisch-gesellschaftlichen Grundgedanken.

²⁵ Rapaport, Mordche W.: Christian Wilhelm Dohm der Gegner der Physiokratie und seine Thesen, Berlin 1908, S. 21. – Ob Dohm Adam Smith in der Originalsprache las oder in der Übersetzung von Joh. Friedr. Schiller (1731–1815), dem Vetter und Paten von Friedrich Schiller, ist hier unerheblich.

²⁶ Mauvillon entstammte einer Hugenottenfamilie; er gehört sicherlich zu den anregendsten politischen Schriftstellern seiner Zeit. Mit aller Wahrscheinlichkeit hat auch Mauvillon Smiths „Wealth

der indessen selbst entschiedener Physiokrat²⁷ war, sind bereits durch Dohms Smith-Rezeption beeinflusst.

Dohms Vorträge verfolgten das didaktische Ziel, den Zuhörern ein Grundwissen über Nationalökonomie zu vermitteln. Zumindest die Familie der Brüder Humboldt war trotz einigen Grundbesitzes eher der Gruppe der Kapitalisten und Kaufleute als derjenigen der Agrarier zuzuordnen. Der leitfadentartige Charakter des Lehrgangs wird von Dohm an der Stelle durchbrochen, an der die Darstellung des Wirtschaftssystems ansteht. Hier stellt Dohm die beiden zeitgenössischen Wirtschaftssysteme, das Merkantil- und das physiokratische System, gegenüber. Dohm hat bei seinem Vergleich eher den agrarisch ausgerichteten Wirtschaftszustand Deutschlands vor Augen; bei ihm ist z. B. nicht von einer maschinell strukturierten Industrie die Rede, wie sie bereits im Vereinigten Königreich bestand. Dohm konzentrierte sich vielmehr auf den Aspekt, der steuerpolitisch gesehen höhere Erträge versprach, das Prinzip der Handelsfreiheit²⁸, nachdem das von Friedrich d. Gr. favorisierte Regiesystem unter den Erwartungen geblieben war und erhebliche Mängel offenbart hatte.

Humboldt hat Adam Smiths Wirtschaftsparadigma allerdings nicht nur durch Dohms Vorträge kennen gelernt, sondern höchstwahrscheinlich noch viel gründlicher durch Gentz²⁹, der im Winter 1790/91 sein ständiger und intensiver Diskussionspartner in Berlin war. Die Bekanntschaft mit Humboldt war Gentz von seinem Lehrer, dem Popularphilosophen Christian Garve (1742–1798) empfohlen worden³⁰. Dem Brief an Garve vom 5.12.1790 zufolge kennt sich Gentz in der Literatur zur Nationalökonomie aus. Ausdrücklich hält er fest, er habe zu

of Nations“ gekannt. Das Wissen um publizistische Novitäten verbreitete sich bereits zu der damaligen Zeit außerordentlich schnell, wozu auch die vertriebliche Beweglichkeit der Verleger und Buchhändler beitrug.

²⁷ Rapaport: S. 17.

²⁸ Gerade dieser Aspekt findet sich in den Vorträgen betont (Wilhelm von Humboldt: Werke VII. 2 (s. Anm. 13), S. 513–538), während Dohms Aufsätze von 1778 bzw. 1782 eher die Diskussion um neue Wirtschafts- und Steuersysteme in Gang bringen sollten. Dort werden z. B. die Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten und das Motiv der Vereinfachung der Steuererhebung hervorgehoben.

²⁹ Geadelt in österreichischen Diensten, in die er später trat; Metternichs Mitarbeiter. Demzufolge vertrat Gentz schließlich politische Vorstellungen, die denen Wilhelm von Humboldts widersprachen und beide auf dem Wiener Kongress und auch später zu Gegenspielern werden ließen.

³⁰ Gentz, Friedrich von: Briefe an Christian Garve (1789–1798), hrsg. v. Dr. Schönborn, Breslau 1857, S. 65 (Brief v. 5.12.1790); vgl. Briefe von und an Friedrich von Gentz. Auf Veranlassung und mit Unterstützung der Wedekind-Stiftung zu Göttingen hrsg. v. Friedrich Karl Wittichen, 1. Bd.: Briefe an Elisabeth Braun, Christian Garve, Karl August Böttiger u. a., München und Berlin 1909, S. 183. Im Brief an Garve v. 19.4.1791: „Ihr scharfer Blick ... hatte ihn in einer großen Gesellschaft ausgefunden und hervorgezogen. Sie drangen recht eigentlich in mich, dass ich mich ihm nähern sollte“ (Schönborn, S. 90; Wittichen S. 198).

dieser Zeit „Smith on national wealth zum dritten Mal mit größter Aufmerksamkeit durchstudirt“³¹ und über das Buch eine Analyse von 40 Bogen angefertigt.

Als Wirtschaftslehre war Smith für Humboldt unmittelbar nicht relevant; Humboldt verstand sich nicht als wirtschaftlichen, sondern als politischen Reformers. Der preußische Staat, wie er sich 1788 und in den Folgejahren bot, war politisch wesentlich aggressiver als der Staat, in dem Adam Smith lebte. Humboldt griff diejenigen Gedankengänge auf, die ihm die Grundlegung der eigenen politischen Auffassung bilden halfen³²: Smith war der Auffassung, dass der König gerade nicht alles in seinem Staat wissen, beurteilen und verfolgen könne, vielmehr, wenn er dies trotzdem versuche, „stets unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein“ werde. Neben dem Schutz vor äußeren Feinden sowie dem durch eine zuverlässige Rechtspflege zu erreichenden Schutz jedes Individuums im Staat gegenüber anderen Individuen oblagen dem Staat lediglich die Betreuung jener öffentlichen Anstalten und Einrichtungen, „die ein einzelner oder eine kleine Gruppe aus eigenem Interesse nicht betreiben kann, weil der Gewinn ihre Kosten niemals decken könnte, obwohl er häufig höher sein mag als die Kosten für das ganze Gemeinwesen“³³.

4. *Der wahre Zweck des Menschen*

Das bekannte, oft formelhaft zitierte Verständnis Wilhelm von Humboldts über den Zweck des Menschen lautet: „Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionirlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste, und unerlassliche Bedingung. Allein ausser der Freiheit erfordert die Entwicklung der menschlichen Kräfte noch etwas andres, obgleich mit der Freiheit eng verbundenes, Mannigfaltigkeit der Situationen. Auch der freieste und unabhängigste Mensch, in einförmige Lagen versetzt, bildet sich minder aus. Zwar ist nun einestheils diese Mannigfaltigkeit allemal Folge der Freiheit, und andernteils

³¹ Schönborn, S. 63; Wittichen, S. 181.

³² Entsprechendes stellt Schmolders, G.: Stein und Adam Smith. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der preußischen Reformzeit, in: Historische Forschungen und Probleme. Peter Rassow zum 70. Geburtstag dargebracht, hrsg. v. K. E. Born, Wiesbaden 1961, S. 239, für den Freiherrn von Stein fest, der ebenfalls Adam Smiths Buch vom Reichtum der Nationen gründlich durchgearbeitet hatte.

³³ Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Aus dem Englischen übertragen und mit einer Würdigung von Horst Claus Recktenwald, München 1974, S. 582; vgl. Smith, Adam: Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Bd. II, übers. v. Monika Streissler, hrsg. und eingeleitet von Erich W. Streissler, Düsseldorf 1999, S. 671f.

gibt es auch eine Art der Unterdrückung, die statt den Menschen einzuschränken, den Dingen um ihn her eine beliebige Gestalt giebt, so dass beide gewissermaßen Eins und dasselbe sind“³⁴.

a) Was heißt „proportionirlich“ ?

Die Bedeutung von „proportionirlich“ wird hier nicht in der Mathematik zu suchen sein. Das Wortfeld „Proportion“ bezeichnet in der zeitgenössischen gelehrten Literatur, z. B. von Adam Smith über Kant bis Herder, dermaßen weitgespannte Vorstellungen, dass ebenso gut ein Einfluss der kameralistischen bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Literatur angenommen werden könnte, deren Gedankenwelt in der Familie Humboldt in Anbetracht ihrer vielfältigen wirtschaftlichen und finanziellen Unternehmungen sicherlich nicht fremd war. Wilhelm von Humboldts Schwiegervater, der Kammerpräsident Karl Friedrich von Dacheroeden (1732–1809) spricht in dem von ihm verfassten „Magazin der Regierungskunst“ von der „gerechten Proportion“³⁵. Der Begriff lässt also auch eine qualitätsbezogene bzw. moralische Perspektive zu, und eine solche dürfte in Humboldts Formulierung mitschwingen.

b) Was heißt: „Mannigfaltigkeit der Situationen“ ?

Wilhelm hat sich in Göttingen neben den Universitätsstudien gleichermaßen leidenschaftlich mit der aktuellen innenpolitischen Problematik in Preußen befasst. Im Dezember 1788 hält er in seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen fest: „Ich liebe ietzt sehr neue Lagen. Der Grundsatz dass man in vielen Lagen aller Art gewesen sein müsse, ist so fest in mir, dass mir jede, in der ich noch nicht war, schon darum angenehm ist“³⁶. – Der Hinweis auf die „neuen Lagen“ durchzieht Wilhelm von Humboldts Briefe der nächsten Monate: Er meint damit einen Prozess der Auseinandersetzung mit neuen Erkenntnissen und Erfahrungen, im Verlauf dessen er geistige Selbstständigkeit gewinnt. Man wird hier im weiten Sinne den Prozess annehmen können, den die gegenwärtige Soziologie unter Sozialisation versteht. Das bedeutet: Menschen, die nicht in der Lage sind, sich selbst bzw. sich zureichend in „neue Lagen“ zu bringen, bedürften dazu der Hilfe des Staates, allerdings nicht unter dem Glückseligkeitsprinzip und unter dem Zweck der Manipulation, sondern in Gestalt eines vom Individuum frei wähl-

³⁴ Wilhelm von Humboldt: Werke I (s. Anm. 9), S. 106. – RUB Bd. 1991, S. 22.

³⁵ Dacheroeden, Karl Friedrich: Magazin der Regierungskunst, der Staats- und Landwirtschaft, Erstes Stück, Leipzig 1775, S. 132.

³⁶ Wilhelm von Humboldt: Tagebücher I (s. Anm. 2), S. 69.

baren Angebotes. In seiner Besprechung von Goethes „Hermann und Dorothea“ erläutert Humboldt den Begriff „Mannigfaltigkeit“ in seiner Bedeutung für den Menschen wie folgt: „Je grösser die Anzahl der Richtungen ist, welche ihm offen liegen, je reichhaltiger der Stoff, welchen unsre Cultur ihm darbietet, desto mehr fühlt sich auch der bessere Kopf verlegen, unter dieser Mannigfaltigkeit eine verständige Wahl zu treffen und auch nur Mehreres davon mit einander zu verbinden. Ohne diese Verbindung geht aber die Cultur selbst verloren“³⁷.

c) Zur „beliebigen Gestalt“ als Unterdrückung

Fehlende Ordnung kann unterdrücken bzw. zur Unterdrückung führen. In Staat und Öffentlichkeit, in Schule und Unterricht ist das sehr schnell feststellbar. Bereits Wissen vorzuenthalten, ist unter Menschen ein beliebtes Herrschaftsinstrument. Im Hinblick auf die Rechtspflege lässt die Ordnung des Wirtschaftssektors riesige Defizite erkennen. Individuen bleiben dort gegenüber Wirtschaftsherrschenden völlig ungeschützt. Der heutige Staat erfüllt hierin die ihm von Adam Smith – dem so gern verschrienen Liberalisten – gestellte Aufgabe nicht oder nur sehr unzureichend³⁸.

Unbestritten wird deutlich, wenn man das Denken Humboldts auf dem zeitgenössischen geistesgeschichtlichen Hintergrund mit den „mannigfaltigen Situa-

³⁷ Wilhelm von Humboldt: Werke, hrsg. v. Albert Leitzmann. Zweiter Bd. 1796–1799, Berlin 1904, S. 118 (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften Bd. II). – Während seines Aufenthaltes in Zürich vom 12.–16. Oktober 1789 hatte Humboldt auch notiert: „Die Bildung des Mannes erfordert Erfahrung, mannigfaltige Verbindungen, vielfaches Interesse; dadurch allein erhält er Vielseitigkeit“ (Tagebücher I (s. Anm. 2), S. 180).

³⁸ Wilhelm von Humboldt hat diese Möglichkeit gesehen und in dem Brief an Gentz bei seiner Auseinandersetzung mit Montesquieus principes angeführt: Zwei Klippen seien „zu vermeiden, dem Staat nicht zu wenig Gewalt zu verleihen, damit er sicher wirken könne, und nicht zu viel einzuräumen, damit er die Grenzen nicht überschreite“ (Leitzmann, Albert: Politische Jugendbriefe (s. Anm. 5), S. 54). Die erstgenannte Entwicklung war allerdings zur Zeit des aufgeklärten Absolutismus bzw. des Beginns der Durchgestaltung einer effizienten Verwaltung kaum relevant, und Humboldt hat sich folglich nicht näher damit befasst. – Es steht außer Frage, dass der moderne Staat unabdingbar auch eine Vielzahl von Leistungen zu erbringen hat, damit die Bewohner ein hinreichendes Maß an Sicherheit erfahren. Gegenüber der Zeit Wilhelm von Humboldts haben sowohl Notwendigkeit wie Vielfältigkeit solcher Leistungen eher zu- als abgenommen, und die Bedrohung beim Fehlen dieser – oft scheinbar subtiler – Leistungen erweist sich als sehr hoch. Z.B. Öffentlicher Geldmangel darf nicht fraglos durch privates Sponsoring ersetzt werden. Es wäre gewiss bedenklich, bei knappen öffentlichen Kassen zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Studiengebührenfreiheit akademische Übungen an Universitäten durch Süßwaren- oder Nudelfabrikanten sponsern zu lassen usw. Die durch Praktizierung eines solchen Prinzips unweigerlich eintretende Fremdbestimmung kann nur zu höchst unerwünschten Folgen führen.

onen“ unserer Zeit vergleicht, dass das Glückseligkeitsprinzip zur Verfolgung eines Staats- und Bildungszweckes auch in der Gegenwart fröhliche Urstände feiert. Aufklärung und Freiheit müssen somit immer wieder erst gewonnen, stets müssen Menschen neu dazu befähigt werden. Diese Forderung stellt ein wesentliches Element aus dem geistigen Erbe Wilhelm von Humboldts dar, das von überzeitlicher Bedeutung ist und als permanente zwingende Aufgabe gelöst werden muß³⁹.

II. Staatsmittel

5. Das Religionsedikt

Die Frage nach den Mitteln des Staates zur Beförderung der Bildung des Individuums hatte Humboldt bereits ein Jahr zuvor im Winter 1788/89 in seinem Aufsatz „Über Religion“ aufgegriffen. Unversehens konnte er hier ein durch und durch brisantes Beispiel aus der eigenen Lebenswelt aufgreifen, anhand dessen er seine Vorstellungen exemplifizieren konnte. Humboldt stand Fragen der Religion grundsätzlich empfänglich gegenüber⁴⁰. Er stammte, zumindest was die Familie seiner Mutter betraf, aus einer religiös-engagierten, reformierten Familie.

Der Aufsatz „Über Religion“ dürfte sein Entstehen einem die preußische Religions- und Innenpolitik aufs Schärfste belastenden Anlass zu verdanken haben: Dem Religionsedikt vom 9. Juli 1788. Das Edikt stärkte die kirchliche Orthodoxie gegenüber der Aufklärung. Es lähmte dadurch allerdings für die Folgejahre das geistig-kulturelle Leben⁴¹ in Preußen und beeinträchtigte die gerade von der insbesondere höheren protestantischen Geistlichkeit geförderte religiöse Aufklärungsbewegung erheblich. Das Religionsedikt stieß auf den Protest nahezu aller geistlicher Oberkonsistorialräte sowie weiter Kreise der geistig führenden kirchlichen und politischen Öffentlichkeit. Insbesondere die Refor-

³⁹ Die gegenwärtig hier und da geäußerte Auffassung, Humboldt müsse „neu gedacht“ werden, kaschiert möglicherweise nichts anderes als den mehr oder weniger bewussten Versuch, Humboldt zu verzwecken und damit das Denken von Menschen zu manipulieren. – Wilhelm von Humboldt leistet unmissverständlich Herrschaftskritik, und darin sollte man ihn nicht „neu denken“.

⁴⁰ Hierzu sind weitere Studien dringend erforderlich. Humboldt war ein Kind der Berliner religiösen Aufklärung. Vgl. auch Humboldts Erstlingswerk: „Sokrates und Platon über die Gottheit, über die Vorsehung und Unsterblichkeit“ (1785–1787), in: Werke I (s. Anm. 9), S. 1–44.

⁴¹ Vgl. die differenzierte Beurteilung von Valjavec, Fritz: Das Wöllnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung, in: *Histor. Jahrbuch* 72, 1953, S. 387ff. Valjavec weist allerdings auch darauf hin, dass das Religionsedikt – nicht völlig zu Unrecht – im Hinblick auf die unvermeidlichen Irritationen, die infolge der religiösen Aufklärung entstanden waren, von etlichen Zeitgenossen als Schutz vor einer zu weitgehenden, sich verselbstständigenden religiösen Emanzipation aufgefasst wurde.

mierten wussten von ihren Vorfahren, welche Gefahr religiös intolerante Könige bedeuten konnten. Es stand hier nicht nur die Aufklärung, sondern im Vorfeld der Hundertjahrfeier des Ediktes zu Potsdam (1689) der innere Religionsfriede in Preußen auf dem Spiel, der jeden Hugenottenabkömmling, auch die Humboldts⁴², existentiell berührte.

Binnen weniger Wochen lag eine öffentliche Publizistik vor; wobei es insbesondere die reformierte Geistlichkeit war, die besonders starken Widerstand leistete. Humboldt stand mit seiner Mutter bzw. seinem Erzieher und Hauslehrer Gottlob Johann Christian Kunth (1757–1829) – oder weiteren Bekannten in Berlin – in ständiger brieflicher Verbindung; er besaß genaue und aktuelle Kenntnis über die Vorgänge. Die Humboldts hatten Zugang zu den Entscheidungs- und Informationsträgern in Berlin. Aus den Tagebuchnotizen der am 19. September 1788 von Göttingen aus beginnenden Reise ins Reich wird deutlich, wie wichtig für Wilhelm die Auffassung seiner Gesprächspartner zum Religionsedikt war. Es scheint manchmal fast so, als erwarte er kein objektives Urteil, sondern eine Bestätigung seiner Einschätzung.

Dem Religionsedikt folgten am 19. Dezember 1788 ein Zensuredikt, sodann neben weiteren Zwangsmaßnahmen eine verschärfte Prüfungsordnung für Geistliche⁴³, der Versuch, einen einheitlichen Landeskatechismus einzuführen, sowie die am 14. Mai 1791 verfügte Einrichtung der „Immediat-Examinations-Kommission“ als schärfster aller Kontrollmechanismen. Die vor allem außenpolitisch bedingte Aufgabe der Kommission bestand darin, dem Vordringen der Ideen der französischen Revolution Einhalt zu gebieten, und dies geschah in rigider Vorgehensweise. Seit Januar 1792 gab Johann Erich Biester (1749–1816) die „Berlinische Monatsschrift“ in Dessau, danach in Jena in Druck, also im anhaltinischen bzw. sächsisch-weimarischen Ausland, legte aber die Beiträge der Berliner Zensur vor. Friedrich Nicolai (1733–1811) gab seine „Allgemeine deutsche Bibliothek“ in die Hände des Hamburger Buchhändlers Bohn, der sie nunmehr in Kiel, also im zu Dänemark gehörenden Holstein, erscheinen ließ. Der Druck des Aufsatzes „Von dem Kampfe des guten Principis mit dem bösen, um die Herrschaft über den Menschen“, 1792 von Immanuel Kant vorgelegt, wurde abgelehnt.⁴⁴

⁴² Im Bestand der alten Bibliothek Schloss Tegel (Sprachstudium, Klassisches Altertum) befanden sich etliche Buchtitel mit hugenottischer Thematik. Marie Elisabeth Humboldt war Mitglied der reformierten Parochial-Gemeinde.

⁴³ Darüber berichtet Alexander Einzelheiten an seinen Freund Wegener im Dezember 1788: Jugendbriefe Alexander von Humboldts an Wilhelm Gabriel Wegener, hrsg. v. Albert Leitzmann, Leipzig 1896, S. 31f.

⁴⁴ Die separat erschienenen Teil-Kapitel aus der „„Staatsschrift““, die die Zeitgenossen gedruckt lesen konnten, ergeben je für sich keinen klaren Eindruck von der eigentlichen Brisanz des Inhaltes

6. Die Schrift „Über Religion“

Religion als Mittel zur Bildung ist – so Wilhelm von Humboldt – „nicht des Bürgers, sondern des Menschen“, und „unsere Religion ist für den Menschen als Menschen, bezieht sich auf seine Sittlichkeit, seine individuelle Glückseligkeit. Sie fordert also Überzeugung“⁴⁵. Der Gesetzgeber, d. h. hier der König, so formuliert Humboldt bereits hier, muss einen Staat bilden, „in dem es dem Bürger möglich bleibt, ... seine ganze Bestimmung als Mensch vollkommen zu erfüllen; muss ihm selbst zur Erreichung dieses erhabnen Zwecks durch alle Mittel behülflich sein, die ihm zu Gebote stehn“. Er darf kein Mittel wählen, „wobei die Freiheit der eignen, sich selbst gelassnen Bildung leide“. Vielmehr ist „nichts unbenuzt zu lassen, ... sie zu befördern“⁴⁶. Es geht nicht darum, Menschen „zu äussren Zwecken“ zu ziehen, sondern Menschen zu bilden, wobei „es auf die Bestimmung des innren moralischen Werthes ankommt“⁴⁷. Und schließlich: „Die Mittel, welche der Gesezgeber anwendet, um die moralische Bildung seiner Bürger zu befördern, sind immer in dem Grade zwekmässig und nützlich, in dem sie die innere Entwiklung der Fähigkeiten und Neigungen begünstigen. Denn alle Bildung hat ihren Ursprung allein in dem Innren der Seele, und kann durch äussre Veranstaltungen nur veranlasst, nie hervorgebracht werden“⁴⁸.

7. Jacobi und Forster

In den Zusammenhang der Entstehungsgeschichte der Schrift „Über Religion“ gehört der Gedankenaustausch Wilhelm von Humboldts mit Friedrich Heinrich Jacobi (1743–1819) sowie mit Johann Georg Adam Forster (1754–1794). Im Grunde wirkte hier persönliche Synergie auf Humboldt ein. Dohm, Jacobi und Forster kannten sich untereinander. Dohm und Forster waren bis Ende der 1770er Jahre Professoren am Collegium Carolinum zu Kassel gewesen, einer von jenen Hochschulen neuen Typs, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts große Bedeutung gewannen⁴⁹ – man ist versucht, sie als die Fachhochschulen der Aufklärung zu bezeichnen.

der Gesamtschrift. Als Einzelkapitel konnten sie leichter – oder auch gerade noch – die Zensur passieren. Erst als Ganzheit erscheint die Schrift in ihrer eigentlichen Schärfe.

⁴⁵ Wilhelm von Humboldt: Werke I (s. Anm. 9), S. 52.

⁴⁶ A. a. O., S. 54.

⁴⁷ A. a. O., S. 62.

⁴⁸ A. a. O., S. 70.

⁴⁹ Insbesondere das Collegium Carolinum in Braunschweig und die bereits erwähnte Karlsschule in Stuttgart – sie glich trotz der Anerkennung als Universität in der Struktur mehr den anderen beiden Hochschulen.

Für Jacobi waren durch den Pantheismus-Streit mit Mendelssohn die Berliner Aufklärer zwar höchst suspekt. Jetzt der Angriff auf die Aufklärung schlechthin war für ihn allerdings eine prinzipielle Sache, die alte Feindschaften vergessen ließ. Mit Georg Forster war Wilhelm von Humboldt seit dem Studium in Göttingen bekannt. 1788 und 1789 hatte Humboldt Forster in Frankfurt bzw. Mainz aufgesucht, und beide hatten über Forsters Aufsatz „Über Proselytenmacherei“ diskutiert. Insbesondere in den allgemeinen Ausführungen dieser Schrift beschrieb Forster die sehr ernsten Folgen einer Vereinnahmung der Religion durch den Staat und entwarf damit eine Vorstellung, die voll und ganz derjenigen von Humboldt entsprach: „Ist die Religion in die Verfassung unzertrennlich verwebt, ist sie ein Hauptrad der großen Staatsmaschine, und sieht sich aus diesem Grunde die gesetzgebende Macht gezwungen, ...dem Gewissen des Bürgers Fesseln anzulegen, so hat alle freie Diskussion ein Ende: von Vernunft, Aufklärung und Wahrheitsliebe kann weiter nicht die Rede sein; Denkfreiheit und Moralität ... sind vernichtet“⁵⁰.

Im Herbst bzw. Winter 1791 also direkt während der Arbeit an dem zu Anfang erwähnten dritten Brief an Gentz, der Ur-Fassung der „„Staatschrift““, bekam Humboldt Forsters Schrift: „Ansichten vom Niederrhein“ zu lesen: „Die Einsicht des Regenten sei noch so vortrefflich; sobald er es nach derselben versucht, die Menschen auf einem Wege, den sie selbst sich nicht wählten, vor sich hin zu treiben: sobald erfährt er auch, daß die eigenen Lebenskräfte in seiner Staatsmaschine stocken oder schlafen ... Durch die ins Unendliche vervielfältigten Gesetze und landesherrlichen Verordnungen, so gut es oft damit gemeint seyn mag, und durch jene, von Schmeichlern und Parasiten so gepriesene Kleingeisterei der Fürsten, die mit unermüdlicher Sorgfalt in eines jeden Bürgers Topf gucken, oder gar sich um seine Privatmeinungen und Gedanken bekümmern, richten die Regenten allmählig, ohne es selbst zu wollen, ihre Staaten zu Grunde, indem sie die freie Betriebsamkeit des Bürgers hemmen, mit welcher zugleich die Entwicklung aller Geistesfähigkeiten aufhört“⁵¹.

⁵⁰ Forster, Georg: Werke. Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe, Bd. 8: Kleine Schriften zu Philosophie und Zeitgeschichte, bearb. v. Siegfried Scheibe, Berlin 1974, S. 200f. Zuerst erschienen: Berlinische Monatsschrift (Berlin), 14. Bd., 12. Stück, Dezember 1789. – Johann Erich Biester hatte zuvor in der Berliner Monatsschrift einen Vorgang aus dem Mainzer Kurfürstentum angeprangert, wo eine evangelische Witwe eines Katholiken ihren Sohn in der lutherischen Religion erziehen lassen wollte, deshalb allerdings von dem katholischen Amtmann behelligt worden war. Forster griff den konkreten Fall auf, um damit in genereller Intention auch der in Preußen unter Friedrich Wilhelm II. eingesetzten religiösen Restauration zu widersprechen.

⁵¹ Ansichten vom Niederrhein, von Brabant, Flandern, Holland und Frankreich, im April, Mai und Juni 1790, 3 Bde., Berlin 1791 – 1794, in: Forster, Georg: Werke. Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe, Bd. 9: Ansichten vom Niederrhein, bearb. v. Gerhard Steiner, Berlin 1958, S. 35f. Vgl. auch

8. Die „„Staatsschrift““ und das neue Allgemeine Landrecht

An dem Kapitel VI der „„Staatsschrift““ („Über Innere Sicherheit bzw. Öffentliche Erziehung“) dürfte Humboldt einer Briefstelle bei Karoline von Beulwitz geb. Lengefeld (1763–1847) zufolge etwa im Februar 1792 gearbeitet haben. Er bezieht sich hier auf Mirabeaus d. Ä. „Travail sur l' éducation public“, erschienen 1791. Honoré Gabriel Riquetti, Comte de Mirabeau (1749–1791), hatte sich dafür eingesetzt, lediglich notwendige Gesetze (des lois nécessaires) zu erlassen. Humboldt indessen führt weitergehend aus, dass Bildung des Menschen ohne den Staat vonstatten gehen müsse. Ohne staatliche Erziehung, also ohne eine solche, die von Staats wegen die Sitten zu verbessern trachtet, sind „die Eltern eifriger bestrebt für ihre Kinder zu sorgen, und, bei höherem Wohlstande, auch vermögender, ihren Wünschen hierin zu folgen. Bei freien Menschen entsteht Nacheiferung, und es bilden sich bessere Erzieher, wo ihr Schicksal von dem Erfolg ihrer Arbeiten, als wo es von der Beförderung abhängt, die sie vom Staat zu erwarten haben“⁵². Das heißt allerdings nicht, dass Humboldt Schulen ablehnend gegenüber steht, aber diese sollen die Kinder nicht zu einer bestimmten, nicht zu einer festen, zu einer verfügbaren Form erziehen. Indem der Staat solche Anstalten zur Verfügung stellt, also lediglich das sachliche Mittel Schule, genügt er seiner Sorgfalts- und Sicherheitspflicht voll und ganz. Niemals aber dürfen diese Anstalten zu Glückseligkeitsinstitutionen entarten.

In der End-Fassung, der „„Staatsschrift““, stehen nicht die Verfassungsverhältnisse in Frankreich, sondern die Zuspitzung in der Religions- und Rechts- bzw. Verfassungspolitik in Preußen im Mittelpunkt der Schrift. Speziell das Kapitel V („Sorgfalt des Staats für die Sicherheit gegen auswärtige Feinde“) ist auf die im Frühjahr 1792 von Frankreich ausgehenden politischen Aggressionen einschließlich der am 20. April erfolgten Kriegserklärung an den Kaiser als „König von Böhmen und Ungarn“ und an Preußen – geschickter Weise also nicht gegen das Reich – ausgerichtet. Zeitparallel lief im Frühjahr 1792 in Berlin der spektakuläre Prozess gegen den Prediger Johann Heinrich Schulz (1739–1829) in Gielsdorf bei Berlin ab. Der „Zopfschulze“, so genannt, weil er seit Jahren nicht mehr im Talar, sondern in der normalen bürgerlichen Kleidung mit Zopf die Kanzel betrat, hatte einige Aufklärungsschriften verfasst, konnte sich jedoch bis 1786 des Wohlwollens Friedrich d. Gr. erfreuen. Die neue Regierung unter Friedrich Wilhelm II. konfrontierte Schulz alsbald mit dem Vorwurf, in Wort und Schrift Irrlehren zu verbreiten. Obwohl das Kammergericht zu

Steiner: Nachwort, S. 937ff. – Diese Reise hatte Forster in Begleitung von Alexander von Humboldt unternommen.

⁵² Werke I (s. Anm. 9), S. 145. – RUB Bd. 1991, S. 73.

einem Freispruch kam, indem Schulze immerhin zugebilligt wurde, ein christlicher Prediger zu sein, und in Hinsicht auf theologische Fragen sich das Gericht indessen für unzuständig erklärte, verfügte der König unter dem 21. Mai 1792 die Entlassung des Predigers Schulze. Zugleich drohte Friedrich Wilhelm II. den an der Urteilsfindung beteiligten Gerichtsräten im Wiederholungsfall eines seinen ausdrücklichen Anordnungen widersprechenden Urteils die Entlassung an, verbot ihre mögliche weitere Beförderung und legte ihnen eine Geldbuße zugunsten des Berliner Irrenhauses auf. Humboldt wurde bei seinem Berliner Aufenthalt Ende Juli 1792 vom Kammerpräsidenten Friedrich Leopold Kirchheim (1749–1825) – nicht zuletzt infolge guter, auch auf beider Väter zurückgehender Bekanntschaft – ein vertraulicher Einblick in die Akten gewährt⁵³.

Inzwischen hatte Friedrich Wilhelm II. auch am 18. April 1792 die für den 1. Juni vorgesehene Einführung des neuen preußischen Gesetzbuches ausgesetzt. Er verstand sich 1794 nur zu einer Fassung des Allgemeinen Landrechtes, die die Königsmacht unangetastet ließ⁵⁴. In dem neuen Allgemeinen Gesetzbuch war ursprünglich der § 79 vorgesehen gewesen; dieser sollte die naturrechtliche Neuorientierung der Staatsmacht dokumentieren. Aber 1794 war dieser § 79 gestrichen. Er hatte gelautet: „Die Gesetze und Verordnungen des Staats dürfen die natürliche Freiheit und Rechte der Bürger nicht weiter einschränken, als es der gemeinschaftliche Endzweck erfordert“⁵⁵.

Das Kapitel VII der „„Staatschrift““ von 1792 schließt mit einem etwa zwei Seiten umfassenden Zusatz. Mit diesem Zusatz bindet Humboldt seine Gedankengänge in die durchgehend behandelte Fragestellung ein, welche Maßnahmen positiver Sorgfalt überhaupt für den Staat notwendig sind, um innere Sicherheit zu garantieren. Humboldt lehnt positive Sorgfalt ab; unter positiver Sorgfalt leidet die Freiheit: „Je freier ... der Mensch ist, desto selbstständiger wird er in sich, und desto wohlwollender gegen andre“⁵⁶.

⁵³ Dies ist dem Brief entnehmbar, den Humboldt kurz vor seiner Rückreise nach Burgörner am 1. August an Kirchheim schrieb und in dem er rückblickend seine Einschätzung festhielt; Abdruck des Briefes bei Stölzel, Adolf: Carl Gottlieb Svarez. Ein Zeitbild aus der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, Berlin 1885, S. 350f.

⁵⁴ Vgl. dazu Conrad, Heinrich: Das allgemeine Landrecht von 1794 als Grundgesetz des friderizianischen Staates, Berlin 1965, S. 16ff. 26 (=Schriftenreihe der juristischen Gesellschaft Berlin, H. 22).

⁵⁵ Ausgabe 1791, S. 13; vgl. Conrad, Heinrich: A. a. O., S. 16.

⁵⁶ Werke I (s. Anm. 9), S. 163. – RUB Bd. 1991, S. 97.

III. Theorie der Reformen

Ein neuer Zweck, wie ihn Humboldt entwickelt, erfordert die Durchführung von Reformen. Folgerichtig erarbeitet Humboldt dazu eine Theorie: Der Gesetzgeber muss, noch gerade zulässig vereinfacht gesagt, vor Augen haben: (a) ein sorgfältig ausgearbeitetes Theorie-Konstrukt seiner Reform, (b) die Wirklichkeit, die er umgestalten will – dazu gehört sinngemäß eine „philosophisch empirische Menschenkenntnis“⁵⁷ – und (c) die Gewissheit, dass die neu gewährte Freiheit nicht bisherige bewährte Resultate zerstört. Ferner gilt es, (d) die gegenwärtige Lage und deren geplante Veränderung sorgfältig zu vergleichen und ihre beiderseitigen Folgen zu beurteilen. (e) Die Reform darf nicht eher durchgeführt werden, bis Wunsch und Bereitschaft bei den Betroffenen vorhanden sind: Der Staat soll erst dann die Umänderung vornehmen, wenn „sich ihm gleichsam die Anzeiger dazu in den Bürgern darbieten“⁵⁸. Ob überhaupt eine Reform geboten ist, hängt davon ab, ob diese dem Prinzip der Notwendigkeit standhält. Von dem Notwendigen grenzt Humboldt das Nützliche ab. Das Nützliche ist moralisch indifferent oder gar zweifelhaft. Das Nützliche führt meistens zu positiven, sehr schnell aufgedrungenen Veranstaltungen.

Notwendig – so Humboldt – hingegen ist, was die Eigentümlichkeit des natürlichen und die Individualität des wirklichen Menschen begründet, ermöglicht und fördert. Das Notwendige drängt sich dem Gefühl mit Macht auf. Es ist unentbehrlich, es gewährt der eigenen Kraft größeren Spielraum, es befreit von einengenden Fesseln. Das Notwendige ist gebunden an die Ehrfurcht vor der Individualität selbsttätiger Wesen, an die aus dieser Ehrfurcht entspringende Sorgfalt. Nur wenn sie aus Notwendigkeit entstanden sind, bekommen Gesetze Macht und Ansehen. Ansonsten verdrießen sie die Menschen und bewirken Ablehnung⁵⁹.

IV. Beispiele

a) Die Vasken

Die Reisetagebücher lassen erkennen, dass für Wilhelm von Humboldt allerorten Zweck und Mittel von Bildung, Verfassungs- und soziale Fragen zu den hauptsächlichen Beobachtungsgegenständen zählen.

⁵⁷ Vgl. z. B. Einleitung Hermann und Dorothea (s. Anm. 37), S. 116 und anderswo.

⁵⁸ Werke I (s. Anm. 9), S. 243 – RUB Bd. 1991, S. 201.

⁵⁹ Dazu ebd., S. 244f. – RUB Bd. 1991, S. 203f.

Ein Zweck von Bildung ist es, unter dem Volk Aufklärung zu verbreiten. Humboldt notiert dazu in seinem Bericht über die Reise zu den Vasken (1801): „So z. B. ist, besonders um Marquina, die Einimpfung der Blattern so gewöhnlich, dass auch einzelne Hausbewohner im Gebirge sie selbst an ihren Kindern verrichten. Die Verbreitung derselben verdankt man vorzüglich dem rastlosen Eifer des Vaters des damaligen GeneralDeputirten von Vizcaya D. Josef Maria Murga's, einem aufgeklärten und edeln Manne, der schon dadurch und durch die Bildung, die er seinem durch vielfache Kenntnisse und geschickte Geschäftsführung ausgezeichneten Sohne, grösstentheils allein unter seiner eignen Aufsicht gegeben hat, hinlänglich beweist, wie wohlthätig ein scheinbar kleiner, still ausgefüllter Wirkungskreis einem Lande und einer Nation werden kann“⁶⁰.

Gesetzliche Regelungen können Bildungsmittel sein, sofern sie hinlänglichen Schutz, insbesondere aber auch die notwendige Freiheit gewähren. Wilhelm verweist als Beispiel darauf, dass die Privilegien des Landes in einem auf das Jahr 1526 zurückgehenden Gesetzbuch gesammelt sind: „Nach diesem Gesetzbuche nun, von dem es ausdrücklich heisst, dass es mehr nach Billigkeit und schlichtem Menschenverstande, als nach rechtlichen Spitzfindigkeiten verfasst sey, sollen alle Streitigkeiten zwischen Viscayern entschieden ... werden“⁶¹. Vor allem wichtig „sind diejenigen Immunitäten, die eine unmittelbare Beziehung auf die ganze Nation haben: die Freiheit von Abgaben, die Freiheit des Handels, und der eigne Gerichtsstand aller Viscayer. ... Die Handelsfreiheit ist uneingeschränkt, und ihr allein verdankt Vizcaya, dass es seine vortheilhafte Lage am Meer so glücklich benutzen kann“⁶².

b) Wissenschaftliche Anstalten in Berlin

In der während seiner amtlichen Tätigkeit in Berlin verfassten Denkschrift: „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Lehranstalten in Berlin“ formuliert Wilhelm von Humboldt seine bildungspolitischen bzw. -theoretischen Grundsätze wie folgt: „Was man ... höhere wissenschaftliche Anstalten nennt, ist, von aller Form im Staate losgemacht, nichts Anderes als das geistige Leben der Menschen, die äussere Musse oder inneres Streben zur Wissenschaft und Forschung hinführt. ... Diesem Bilde muss auch

⁶⁰ Wilhelm von Humboldt: Werke, hrsg. v. Albert Leitzmann. Dreizehnter Bd. Nachträge, unter Mitwirkung von Siegfried Kähler und Eduard Spranger, Berlin 1920, S. 83f. (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften Bd. XIII).

⁶¹ A. a. O., S. 169.

⁶² A. a. O., S. 170f.

der Staat treu bleiben, wenn er das in sich unbestimmte und gewissermassen zufällige Wirken in eine festere Form zusammenfassen will. Er muss dahin sehen,

1. die Thätigkeit immer in der regsten und stärksten Lebendigkeit zu erhalten;
2. sie nicht herabsinken zu lassen, die Trennung der höheren Anstalt von der Schule ... rein und fest zu erhalten.

Er muss sich eben immer bewusst bleiben, dass er nicht eigentlich dies bewirkt noch bewirken kann, ja dass er vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hineinmischt, dass die Sache an sich ohne ihn unendlich viel besser gehen würde⁶³.

Der Staat hat allerdings – so Humboldt –, „da es nun einmal in der positiven Gesellschaft äussere Formen und Mittel für jedes irgend ausgebreitete Wirken geben muss, ... die Pflicht..., diese auch für die Bearbeitung der Wissenschaft herbeizuschaffen“. Doch muss er Vorsorge dabei treffen, da sowohl „die Art, wie er diese Formen und Mittel beschafft“, wie auch äussere Formen und Mittel an sich schon schädlich sein können. Das führt dazu, dass der Staat allein „darum vorzüglich wieder das innere Wesen vor Augen haben muss, um gutzumachen, was er selbst, wengleich ohne seine Schuld, verdirbt oder gehindert hat“⁶⁴.

Wo liegen die größten Gefahren für den Zweck des Studiums? Wilhelm von Humboldt: „Sobald man aufhört, eigentlich Wissenschaft zu suchen, oder sich einbildet, sie brauche nicht aus der Tiefe des Geistes heraus geschaffen, sondern könne durch Sammeln extensiv aneinandergereiht werden, so ist alles unwiederbringlich und auf ewig verloren; verloren für die Wissenschaft, die, wenn dies lange fortgesetzt wird, dergestalt entflieht, dass sie selbst die Sprache wie eine leere Hülse zurücklässt, und verloren für den Staat. Denn nur die Wissenschaft, die aus dem Innern stammt und in's Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es ebenso wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu thun“⁶⁵.

Entscheidend im Studium ist die Tiefe des Geistes, nicht sind es die Hilfsmittel. Humboldt warnt davor, „ja nicht die Anhäufung todter Sammlungen für die Hauptsache zu halten, vielmehr ja auch nicht zu vergessen ..., dass sie sogar leicht beitragen, den Geist abzustumpfen und herabzuziehen, weshalb auch ganz und gar nicht die reichsten Akademien und Universitäten immer diejeni-

⁶³ Wilhelm von Humboldt: Politische Denkschriften, hrsg. v. Bruno Gebhardt. Erster Bd. 1802–1810, Berlin 1903, S. 252. (Nachdruck 1968) (= Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. d. Kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften Bd. X). – Zur Datierung 1809 oder 1810: S. 250f.

⁶⁴ A. a. O., S. 253.

⁶⁵ Ebd.

gen gewesen sind, wo die Wissenschaften sich der tiefsten und geistvollsten Behandlung erfreuten“⁶⁶.

Der Weg zur Wissenschaft „ist einfach und sicher. Sie muss nur auf harmonische Ausbildung aller Fähigkeiten in ihren Zöglingen sinnen; nur seine Kraft in einer möglichst geringen Anzahl von Gegenständen an, so viel möglich, allen Seiten üben und alle Kenntnisse dem Gemüt nur so einpflanzen, dass das Verstehen, Wissen und geistige Schaffen nicht durch äussere Umstände, sondern durch seine innere Präzision, Harmonie und Schönheit Reiz gewinnt“⁶⁷.

V. Abschließende Überlegungen

Eines ist deutlich: Humboldt entwickelt keine Bildungs- bzw. Bildungsinstitutionentheorie, keinen Geheimitipp, kein Rezept, wodurch sich unsere heutige Jugend über Nacht hochbegabt oder zumindest bienenfleißig und für alle denkbaren beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben verwendbar machen ließe. Ganz anders weist er darauf hin, dass es zuerst und grundsätzlich darauf ankommt, dass der Mensch sich an die eigenen Kräfte und deren Entwicklung hält und sich selbst hilft. Der Staat hat lediglich bestimmte Leistungen zu erbringen, die Individuen allein nicht schaffen können, die jedoch unabdingbar sind, damit Menschen ihre geistigen Kräfte zu gestalten vermögen. Humboldts Vorstellungen sind komplex. In der eingangs zitierten Notiz zum Gespräch bei Johann Samuel Ith in Bern verdeutlicht Humboldt seine Vorstellungen von – politischer – Freiheit, indem er sie auf den Begriff „Sicherheit“ verdichtet. So hatte sich auch zuvor sein Lehrer Dohm geäußert. Basis des Bestehens jeglicher freiheitlicher Gemeinschaft ist Sicherheit. Das politische Prinzipiengefüge weitet sich auf den pädagogischen und didaktischen Aufgabenbereich aus: Sicherheit ist ein tragendes Prinzip für den Erfolg von Schule, Unterricht, und überhaupt jeglicher Erziehung und Bildung.

Nichts ist für Individuen gefährlicher, als wenn der Staat durch positive Leistungen Individuen in Abhängigkeit bringt und sie zu beherrschen sucht. Sie sind dann nicht mehr sicher. Die Reform „von oben“ ist eine positive Leistung. Subtile Mechanismen, wie sie in Demokratien auftreten können, entwickeln kaum weniger Schaden als staatliche Reglementierungen in Diktaturen. Auch in der Gegenwart führt eine Glückseligkeitsideologie zu ständiger Bevormundung. Der Staat fordert das Entstehen eines neuen Glückseligkeits-Industriezweiges geradezu heraus: Agenturen aller Art und Kommissionen in einer schillernden Zusammensetzung von häufig genug Nicht-Fachleuten werden darauf

⁶⁶ A. a. O., S. 255.

⁶⁷ A. a. O., S. 256.

angesetzt, dem Staat Glückseligkeiten zu entwickeln, die er den Bürgern vorschreiben kann. Strukturen sind gefragt, nicht die Menschen. Im Bildungssektor lautet gegenwärtig die Frage: Wie lassen sich die Bologna-Studiengänge verbessern. Sie lautet nicht: Wie fördere ich junge Menschen und die ihnen eigenen Kräfte? Wer das heute völlig vergessene Buch von Josef Dolch „Lehrplan des Abendlandes“⁶⁸ aufmerksam studiert, dem will es scheinen, als träten die Mängel der alten vor-aufklärerischen Universität in gegenwärtigen Reformmaßnahmen geradezu multipliziert auf. Und in einem vor wenigen Jahren erschienenen Lexikon der überflüssigen Dinge wird ernsthaft die Frage gestellt, ob politische Reformen überhaupt humane Errungenschaften hervorzubringen vermögen⁶⁹. – Doch, sie können! Dazu müssen ihre Urheber allerdings Wilhelm von Humboldts Staatskritik lesen, verstehen und anwenden⁷⁰.

⁶⁸ Dolch, Josef: Lehrplan des Abendlandes. Zweieinhalb Jahrtausende seiner Geschichte, Ratingen 1959. Josef Dolch war Schüler von Georg Kerschensteiner.

⁶⁹ Schönburg, Alexander, von: Lexikon der überflüssigen Dinge, Berlin 2006, S. 161.

⁷⁰ Humboldts Gedankengänge sind übertragbar auf sämtliche gesellschaftliche Herrschaftsbestrebungen, wie sie in der Gegenwart in weitaus größerer Zahl erscheinen als zur Zeit von Wilhelm von Humboldt.

**Wilhelm von Humboldts dritter Brief an
Friedrich von Gentz (1791/92) –
die erste Fassung der „Ideen zu einem Versuche,
die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“
Einleitung, Text nach Albert Leitzmann
sowie zusätzliche Anmerkungen***

VON UDO VON DER BURG

Einleitung

Von den drei Politischen Jugendbriefen, die Wilhelm von Humboldt im Herbst und Winter 1791/92 an Friedrich von Gentz (1764–1832), den Freund und Diskussionspartner während der vorhergegangenen Referendarzeit in Berlin, richtete, besitzt der dritte Brief als Ur-Fassung der im Frühsommer 1792 endgültig fertiggestellten Schrift über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates – im Folgenden „Staatsschrift“ genannt – besonderen Wert. Albert Leitzmann selbst, dem Herausgeber, war bewusst, welche Bedeutung gerade dieser dritte Brief, am 9. Januar in Burgörner abgeschlossen, für die Entstehung der in der „Staatsschrift“ gestalteten Gedankenwelt aufweist, indem er feststellte, dass die Ur-Fassung „mit der späteren Bearbeitung im einzelnen zu vergleichen nicht ohne Reiz“¹ sei. Da dieser Brief an Gentz nicht in den Werkausgaben Eingang fand, sondern von Leitzmann nur unspektakulär und nach Abschluss seiner Werkausgabe gleichsam als späterer Archivfund veröffentlicht wurde bzw. werden konnte, scheint es dringend geboten, diese Ur-Fassung aktuell erneut vorzulegen und damit auf ihre hohe Bedeutung als Forschungsgegenstand aufmerksam zu machen².

Die hier veranstaltete Textwiedergabe gibt den von Leitzmann publizierten Text – also in der ursprünglichen Schreibweise und als Brieffassung – wieder. Sämtliche Anmerkungen wie auch von ihm vorgenommene Textkorrekturen bzw.

* Der Beitrag stellt eine für das Verständnis des voranstehenden Aufsatzes wichtige Ergänzung dar und erleichtert die Bezüge. Der vom Verfasser des Beitrags formulierte Text einschließlich in den Anmerkungen wurde *kursiv* geschrieben.

¹ Leitzmann, Albert: *Politische Jugendbriefe Wilhelm von Humboldts an Gentz*, in: HZ 152, 1935, S. 49.

² Es ist nicht zu erkennen, dass die Humboldt-Forschung bisher die Ur-Fassung näher aufgegriffen hat. Dies ist jetzt aber ganz einfach, in Humboldts eigene Formulierung gebracht, „nothwendig“.

-ergänzungen (gekennzeichnet mitf [...]) wurden übernommen. Die Seitenzahl des Leitzmann-Textes ist jeweils vorangestellt (HZ ...). Leitzmann vermerkte am Textrand die entsprechenden Seiten der in Band I der Werke Humboldts³ abgedruckten End-Fassung. Auch diese Verweise wurden aufgenommen. Sämtliche am Leitzmann-Text vorgenommenen Bearbeitungszusätze wurden in Kursivdruck gesetzt. Dazu zählen die Angabe einiger weiterer Parallelstellen in der End-Fassung und bei jedem Seitenverweis auch die beigegebene entsprechende Text-Seitenzahl in der als Arbeitsmaterial recht praktikablen Reclam-Ausgabe⁴. Die Anmerkungen wurden ergänzt durch Hinweise auf den historischen Kontext, der an verschiedenen Stellen zum Ausdruck kommt bzw. sich anzudeuten scheint. Dadurch lassen sich weitergehende inhaltliche Bedeutungen sowie zeitliche Präzisierungen gewinnen, die Leitzmann – und auch manchem Humboldt-Interpreten nach ihm – aufgrund des damaligen Forschungsstandes und einer vorwiegend literaturwissenschaftlichen Zugriffsweise verdeckt bleiben mussten⁵.

Bereits in der ursprünglichen Brief-Fassung hatte Humboldt angedeutet, dass seine Gedankengänge durchaus „im Einzelnen ein größeres Détail“ erfahren könnten: „So bei der Bestimmung der Art, wie der Staat nun für die innre Sicherheit sorgen darf, und sogar muß“. Auch was er „hier nur aus dem Gesichtspunkt des Erspießlichen und Besten“ betrachte, müsste „nicht uninteressant

³ Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften. Band I. 1785–1795, Berlin 1903, S. 97–254.432f. RUB Bd. 1991.

⁵ Dazu eines von vielen Beispielen: Christina Sauter-Bergerhausen theoretisiert in ihrem Aufsatz „Vom ‚blutigen Krieger‘ zum ‚friedlichen Pflüger‘ (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte NF. 12, 2002, S. 211–262) zwar weitläufig über Humboldts Auffassungen zum Krieg, sie unterlässt es allerdings, die Einbettung der „Staatschrift“ in den historischen Kontext zu reflektieren. Eine solche Sichtverengung kann dann bei einem heutigen Betrachter verständlicher Weise wirklich nur „Ratlosigkeit“ (ebd., S. 258) hervorrufen. Humboldt wird verurteilt, weil er den „neuzeitlichen Krieg“ nicht vorausgesehen hat (S. 259). Christina Sauter-Bergerhausen erwähnt zwar den dritten Brief an Gentz in der Fußnote 11, verzichtet jedoch darauf, auf dessen Inhalt bzw. einen näheren Vergleich mit der späteren „Staatschrift“ einzugehen. Bei der Lektüre der Ur-Fassung wird deutlich, dass das Vorhandensein stehender Armeen für Humboldt ein wesentlicher Kritikpunkt ist (S. 74). Aber bereits zur Zeit der Abfassung des Briefes wurde die Revolution in Frankreich als höchst gefährlicher Unruheherd empfunden. Jacques Pierre Brissot (1754–1793) hatte am 20. Oktober in der Nationalversammlung mit massiver Kriegspropaganda begonnen, die ständig an Zustimmung gewann. Nach einem von der französischen Regierung im März ausgesprochenen Ultimatum erklärte Frankreich am 20. April 1792 an Preußen und den „König von Böhmen und Ungarn“ (nicht an den Kaiser, weil man sich mit dem Deutschen Reich militärisch nicht verstricken wollte) den Krieg. Somit wird verständlich, wenn Humboldt in der End-Fassung innerhalb eines zusätzlichen Abschnittes den stehenden Armeen einen „grossen, unbestrittenen Nutzen“ zuspricht: „Sie sind ein Theil des Ganzen, welches nicht Plane eitler menschlicher Vernunft, sondern die sichre Hand des Schicksals gebildet hat“ (S. 139).

sein, aus dem Gesichtspunkt des Rechtes zu prüfen“⁶. Es ist also keineswegs so, dass erst spätere Erfurter Gesprächspartner, etwa der Koadjutor Karl Theodor Anton Maria Reichsfreiherr von Dalberg (1744–1817), den Anstoß zu den weiterführenden Überlegungen in der End-Fassung gegeben hätten, sondern diese Perspektiven sind Humboldt bereits im Januar 1792 bewußt.

In der End-Fassung griff Humboldt für die Kapitel I bis VI sowie VIII und XV der insgesamt 16 Kapitel mehr oder weniger wortwörtlich auf die Januar-Fassung zurück. Dabei wurden der Gedankengang präzisiert, der Stil geglättet, verschiedene Abschnitte oder Einzelgedanken aus der Ur-Fassung ausgelassen, andere teilweise umfassende Passagen hinzugefügt, so in den Kapiteln III (Folgen einer Sorgfalt des Staates), V (Sicherheit gegen auswärtige Feinde), VI (Öffentliche Erziehung). Das Kapitel VII (Staat und Religion) ist neu verfasst, wobei insbesondere die zweite Hälfte der Schrift „Über Religion“ von 1788/89 eingearbeitet wurde⁷, nachdem die Fassung von Januar 1791 zum Thema Religion nur einige allgemeinere Gedankengänge enthalten hatte⁸. In das Kapitel XI (Zivilgesetze) ist in Ansätzen die Abhandlung „Ueber die Ehrlosigkeit (Infamie) als eine Kriminalstrafe“ eingearbeitet, deren Entstehungszeit Leitzmann auf „Sommer oder Herbst 1791“ festgelegt hat⁹. Zusätze im Kapitel XV unterstreichen das in dieser Fassung von Humboldt zugrunde gelegte Verständnis in theoretischer Sicht, während Humboldt in dem neuen Kapitel XVI als Abschluss der Schrift die Anwendungsmöglichkeiten der von ihm entwickelten Theorie erörtert. Insgesamt findet gegenüber der Januar-Schrift in der End-Fassung eine Verlagerung von der Diskussion der Ereignisse in Frankreich und der dortigen Verfassungsentwicklung auf eine allgemeinere staatspolitische Ebene statt, wobei deutlich wird, dass die aktuellen Entwicklungen in Preußen, vor allem die Zuspitzung in der Religions- und Rechts- bzw. Verfassungspolitik, die Reflexionsanlässe bilden. Des weiteren zielt Humboldt in einigen Gedankengängen möglicherweise auch auf Auswirkungen der jetzt von Frankreich ausgehenden politischen Aggressionen ab.

Wilhelm von Humboldt hat auf die Textpassagen über den in der Ur-Fassung eingangs als Leit-Autor angeführten Montesquieu in der End-Fassung verzichtet. Stattdessen ist dort mehrfach, und zwar bereits in dem der Schrift voran-

⁶ Leitzmann, Albert: Jugendbriefe, S. 87.

⁷ Humboldt führt als Grund für den Verzicht auf die erste Hälfte an, den ersten Teil wegen seiner – inzwischen von ihm wohl als solche empfundenen – „Mängel“ hier nicht wiederholen zu wollen (Leitzmann, Albert: A.a.O., S. 84). In der Tat ist der erste Teil der Schrift zwar gedanklich vielfältig, jedoch nicht so tief durchdacht, dass er restlos vor Humboldts eigener Norm geistigen Arbeitens bestehen könnte.

⁸ Leitzmann, Albert: A.a.O., S. 84.

⁹ Zu „Über Religion“ Bd. I, zu „Infamie“ Bd. VII von Leitzmanns Werkausgabe.

gestellten Motto, auf Mirabeau'sches – als wohl aktuelleres – Gedankengut¹⁰ Bezug genommen. Humboldt distanziert sich hinsichtlich des politischen Standpunktes von Mirabeau – dieser hatte den von Montesquieu vertretenen Grundsatz der Gewaltenteilung nicht aufgegriffen. Für andere Prinzipien indessen findet sich Humboldt durch Mirabeaus Vorstellungen nachdrücklich bestätigt, so hinsichtlich des Zentralprinzips der „Sicherheit“¹¹ sowie der in der End-Fassung deutlich hervorgekehrten Ablehnung der Wirksamkeit des Staates in der öffentlichen Erziehung¹²; vgl. ferner die Ausführungen zum Erbrecht¹³. Da Wilhelm von Humboldt in die End-Fassung zudem eine sehr ausführliche Diskussion mit spezifischen Aspekten des unmittelbar vor der Einführung stehenden Preußischen Allgemeinen Landrechts¹⁴ einbezieht, dessen Entstehen er seit den Vorlesungen seines Lehrers Ernst Ferdinand Klein (1744–1810) nicht aus den Augen gelassen hatte, erhebt er die von Mirabeau geforderte Schranke der „nur notwendigen Gesetze“ zum tragenden, bereits im Eingangsmotto zementierten Grundsatz¹⁵.

¹⁰ Das Buch von Mirabeau über die Education ist mutmaßlich hrsg. von Pierre-Jean-George Cabanis (1757–1808), Mirabeaus Arzt. Die in der End-Fassung (S. 198, R. S. 143f.) in der Anmerkung von Humboldt zitierte Werkausgabe: *Collection complete des travaux de Mr. (richtig: M.) Mirabeau l'aîné à l'Assemblée nationale*. T. V. p. 498–524, wurde herausgegeben von Etienne Méjean, 5 Bde., Paris 1791/92.

¹¹ Werke I, S. 134 (s. Anm. 3); RUB 1991, S. 59 (s. Anm. 4).

¹² Werke I, S. 146; RUB 1991, S. 73f. – Schon in den frühen Reisetagebüchern schenkte Humboldt Erziehungs- und Sozialfragen eine erhöhte Aufmerksamkeit.

¹³ Werke I, S. 198; RUB 1991, S. 143.

¹⁴ Im Brief v. 19. August 1791 aus Burgörner an den Bruder Ernst Ludwig Wilhelm von Dacheroeden (1764–1806) schreibt Karoline: „Humboldt hat mit letzter Post an den HE. Koadjutor das neue Gesetzbuch abgeschickt das er nebst einem Exemplar für sich von Berlin empfangen“. Wilhelms Exemplar ist festgehalten im Bücherverzeichnis Archiv Schloss Tegel Nr. 129: „Allgemeines Gesetzbuch für die Preußischen Staaten. Berlin 1791“. – Humboldt hatte offensichtlich seinen Buchbesitz aus Berlin nach Burgörner mitgenommen, um neben dem Genuss der Flitterwochen auch die geistige Arbeit nicht zu kurz kommen zu lassen. Karoline schreibt an den Bruder am 4. August 1791: Humboldt „empfiehlt sich dir bestens und sitzt mitten unter seinen Büchern“ – es waren noch nicht alle Wohnmöbel geliefert worden.

¹⁵ Es bleibt die Frage, wie und wann Humboldt zu der Mirabeau-Lektüre gelangt ist: Humboldt hat jedenfalls die Ereignisse in Frankreich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er war bemüht, seine mangelhafte Sachkenntnis (HZ – s. Anm. 1, S. 86) zu kompensieren. Wahrscheinlich sind ihm die Revolutions-Schriften Mirabeaus erst nach dem 9. Januar 1792 bekannt bzw. ist ihm ihre Bedeutung bewusst geworden. In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, dass während der Revolutionswirren aus Frankreich Zeitungen, Gesetzesausgaben der Nationalversammlung sowie sonstige Literatur zu beziehen, selbst in Berlin durchweg mit Schwierigkeiten und zeitlichen Verzögerungen verbunden war.

Text mit Anmerkungen

(*HZ* 52) Wenn ich neulich, lieber Gentz, die Französische Konstitution¹⁶ nur als eine Veranlassung brauchte, allgemeine Ideen über alle Staatsreformen überhaupt gelegentlich daran zu entwickeln; so habe ich sie seitdem zur einem angelegentlicheren Gegenstande meines Nachdenkens gemacht¹⁷, und da sind mir vorzüglich zwei Betrachtungen aufgestoßen, die, wie mich dünkt, diese Konstitution noch weit von dem Ruhme eines Vernunftideals entfernen, in dessen ruhigem Besiz mein voriger Brief sie ließ. Wenn ich aber meinen Ideen mistraue; so mistraue ich noch mehr meiner Sachkenntniß, und in dieser doppelten Rücksicht bitt' ich Sie um Berichtigung meines Raisonnements.

Bei der Beurtheilung jeder Staatsverfassung muß man, dünkt mich, sorgfältig zwei zu oft verwechselte Dinge unterscheiden, den Zweck, den sich die ganze Staatsverfassung [99; *R* 13]¹⁸ überhaupt zu erreichen vorsezt, und die Mittel, welche sie verwendet um sich selbst ihr Dasein und die Möglichkeit ihrer Thätigkeit zu erhalten. Von dem ersteren ist in vielen Verfassungen, und z. B. in den alten griechischen und Italischen gar die Frage nicht. Ob in Sparta, Athen, und Rom bloß die Sicherheit abgezweckt wurde, oder auch das übrige Wohl der Menschen, ob in diesem Fall ihr moralisches, oder physisches? möchte nicht bloß eine schwer, sondern eine gar nicht zu entscheidende Frage sein. Sehr natürlich auch. Solange es die Menschen waren, die sich einen Herrscher gaben, so konnte es ihnen nicht einfallen zu fragen, was wollen wir nun anfangen, wenn wir frei und wenn wir sicher sind, aber wenn der Herrscher die Menschen un-

¹⁶ *Humboldt setzt sich hier mit der Verfassung von 1791 auseinander, die am 13. September 1791 in Kraft getreten war und auf die Ludwig XVI. am 14. September den Eid leistete. Die Verfassung hatte zwar das Montesquieu'sche Prinzip der Gewaltenteilung aufgenommen, Humboldt moniert jedoch das vorhandene Übergewicht der Legislative.*

¹⁷ *Soweit Humboldt und seinen Schwiegervater ein mehr oder weniger tägliches Zusammenleben verband, ist es nicht völlig abwegig, einen gegenseitigen geistigen Austausch über fachliche Themen anzunehmen. Karl Friedrich von Dacheroeden (1732–1809) war von seiner früheren Tätigkeit als Landrat in Mansfeld und Kammerpräsident in Minden her, ferner in seiner anschließenden weiteren Funktion als Direktor der Erfurter Akademie und Ratgeber des Koadjutors, als Gutachter in Gesetzgebungsfragen usw. mit den wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen, sozialen und verwaltungsbezogenen Fragen seiner Zeit bestens vertraut. Im Brief an den Bruder vom 2. Dezember 1791 aus Burgörner teilt Karoline diesem mit, Wilhelm wolle dem – in Erfurt weilenden – Schwiegervater einige Neuigkeiten aus Berlin schreiben. Allerdings verfügte auch der Schwiegervater über weitreichende Informationsquellen in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Halle. Dem Dacheroeden'schen Bücherverzeichnis zufolge (Berlin 1824) war der Schwiegervater von Beginn der Revolution an bemüht, sich durch jeweils aktuelle Literatur über die Ereignisse in Frankreich zu informieren.*

¹⁸ *Wie zuvor dargestellt, bezieht sich die erste Zahl [99] auf die Seitenzahl in Band I der Leitzmann'schen Werkausgabe, die zweite [R 13] auf die Reclam-Ausgabe.*

terwirft, dann ist es nicht befremdend, daß entweder die Menschlichkeit des Regenten sich selbst die Frage vorlegt, welche Grenzen er wohl seiner Wirksamkeit setzen darf? oder daß die Menschen selbst es wagen, ihn an diese Grenzen zu erinnern. Die Bereicherung des Staatsrechts mit dieser Frage dürfte daher in eben die Zeiten fallen, in wel-(*HZ 53*)chen, statt daß ehemals die Freien einen Herrscher verlangten, der Herrscher Sklaven suchte, und in die Zeiten, wo aus den Bürgern Unterthanen wurden. Auf der andren Seite war in den älteren Staaten die Frage, wie man der Regierung Festigkeit und Gewalt zusichern wollte, noch ungleich interessanter, als jetzt. Denn in einem Zeitalter, wo der geringere Grad der Kultur und die weniger ausgebreitete Kommunikation es noch weniger möglich macht der wirklichen Kraft nur Zeichen der Kraft, und dem gegenwärtigen Widerstande auf die Zukunft weisende Furcht und Hoffnung entgegenzusetzen, wo es gilt, was die Menschen sind, und nicht, was sie haben, da muß es, weil der höchst möglichen Unterschied der Kräfte gegen den höchst möglichen Unterschied der Güter natürlicherweise unendlich klein ist, da, sag' ich, muß es bei weitem leichter sein, einen Thron umzustößen, als zu behaupten. Wie nahe diese Verschiedenheit zweier Epochen sei, welche offenbar in der Geschichte der Staatsverfassungen, wengleich mit großen Verschiedenheiten des Orts und der Zeit, existirten, zeigt die Bemerkung, daß in beiden Epochen völlig gleiche Erscheinungen sich bloß durch diese zwiefache Quelle unterschieden. In den älteren und neueren Staaten wachte man über die Aufrechterhaltung der hergebrachten Religionen, in beiden gab es öffentliche Erziehungsanstalten, in Platons Republik und in mehr als Einem [*102; R 17*] neueren Lande sucht man den Handel von der Nation an den Staat zu bringen, und allgemein in alten und neuen Staaten schränkt man die freie Willkür des Menschenlebens ein, aber weder in den alten sagte man, daß dieß auf die Beförderung des physischen und moralischen Wohls der Bürger abzwecke, noch in den neueren, daß es die Vermeidung von Aufruhr zur Absicht habe. Der einzige Einwurf hingegen möchte von dem „sagt man“ herzunehmen sein, allein den kann ich hier, wo es mir nicht auf historische, sondern auf politische Erörterung ankommt, leicht übergehen.

Ueberhaupt, wie auch überall mag gehandelt worden sein; so ist gewiß, daß die beiden gleich zu anfangs erwähnten Gesichtspunkte – der eine sowenig als der andere – vernachlässigt werden dürfen. Der ganze Unterschied besteht nur darin, daß der eine bloß einen positiven, der andre einen negativen Gebrauch hat. Die Menschen wollen in Gesellschaft leben. Dazu führt sie ihre Natur. In der Gesellschaft aber fühlen sie das Bedürfniß gemeinschaftlicher Führung. Nun entstehen natürlich die beiden obigen Fragen: 1., was verlangt man von der Regierung, und worauf schränkt man ihren Zweck ein? 2., wie bringt man es dahin, daß die Regierung nie mehr thun wolle, aber dieß immer (*HZ 54*) thun könne? Ich fange zuerst bei der letzteren an, weil, wenn ich meine Data über die Franzö-

sische Konstitution überschlage, mein Reichthum hier größer ist, und auch diese Frage – bei einer genaueren Abmarkung der Wissenschaften – wohl allein eigentlich in die Politik gehört, indem die andre, mehr aus der Moral oder dem Naturrecht geschöpft, der Politik nur die Gränze setzt.

Montesquieus *principes*¹⁹ haben mir immer eine der genievollsten Ideen geschieden. Sie deuten gerade das an, was ich hier meine, die Nothwendigkeit gleichsam dem unkörperlichen Ideal einen Körper zu leihen, damit es den Menschen sichtbar werde. Unstreitig ist seine Aufzählung oberflächlich und unvollständig. Aber dieser einzige Mann sucht die Ideen nicht auf; sie begegnen ihm, und der geistvolle Leser schämt sich die Geburten seines Genies erst systematisch zu reihen. Sobald man das Band zwischen dem Staat und der Nation fest knüpfen will, sind zwei Klippen zu vermeiden, dem Staat nicht zu wenig Gewalt²⁰ zu verleihen, damit er sicher wirken könne, und nicht zu viel einzuräumen, damit er die Gränzen nicht überschreite. Daher ist es nie weise, ein wirkliches Uebergewicht physischer Macht zu veranlassen, wie es in allen despotischen und selbst – durch die stehenden Armeen – in unsren monarchischen Staaten ist. Weniger schlimme Folgen hat es schon, wenn die Macht nicht unmittlere, sondern mittelbare durch Gewinnung der Nation, oder eines Theils derselben ist²¹. So bei der Ehre, dem *principe* der Monarchie, nach Montesquieu. Denn dieselbe Ehre, welche die Nation an den Thron bindet, verhindert sie auch, sich als Sklavin behandeln zu lassen. Könnte diese Triebfeder ihrer Natur nach auf alle Mitglieder der Nation wirken; so möchte sie – insofern man nemlich bloß den politischen Gesichtspunkt der Festigkeit der Verfassung faßt – vielleicht die beste sein. Aber da sie allemal nur einen Theil der Nation umfaßt; so kann nur der sie billigen, dessen Sorgfalt um den Ueberrest ganz unbekümmert ist. Wie daher die letzte der noch übrigen Montesquieuschen Triebfedern die edelste im einzelnen Menschen ist; so ist sie auch die, welche allein zum wahren Ziel führt. Nur der reine Enthusiasmus für die Konstitution – wenn sie mir erlauben, so *vertu* zu übersezen – blüht in ungeschwächter Kraft und (*HZ 55*) nur er vergißt nie seiner Schranken. Aber die Hofnung, dieser Triebfeder so leicht Meister zu werden, schwächt schon die warnende und belehrende Erfahrung, daß man ihn nur in den blühendsten Zeiten der alten Staaten, und bei uns nur in isolirten, oder noch unkultivirten Ländern findet. Für eine bloße Idee haben sich wohl Philosophen, aber nie Nationen erwärmt. Bei diesen entsteht Begeisterung für die Konstitution nur dann, wenn diese Konstitution aus

¹⁹ Das dritte Buch des „*Esprit des lois*“ handelt „Des principes des trois gouvernements“.

²⁰ Verbessert aus „Macht“. – Karl Friedrich von Dacheroeden besaß dieses Buch: „3491-94. *De l'esprit des loix. T. 1 – 4. Amst. et Leipz. 763*“.

²¹ Verbessert aus „wirkt“.

ihrem Nationalcharakter gleichsam hervorgeht, wenn sie aufhören müßten die Menschen zu sein, die sie sind, wenn sie die Konstitution verlören. Dann entsteht sie nicht leicht anders als in einer Epoche, in welcher die Bedürfnisse der Menschen noch sehr einfach, und die Nothwendigkeit ihrer Verbindung sehr groß ist. Die Festigkeit einer Vereinigung Mehrerer steht allemal im umgekehrten Verhältniß zu der Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse, und dem Gefühle der Kraft der Einzelnen. Diese Schwierigkeiten sahen die Alten wohl ein. Daher allein stammten Lykurgus gemeinschaftliche Mahlzeiten, daher Platos Weibergemeinschaft, Verbannung vieler Gattungen der Dichtkunst u. s. f. Daher sogar Aristoteles grausamer Vorschlag, bei einer zu großen Bevölkerung die Geburten zu unterdrücken²². Wie man aber über diese Projekte und Geseze urtheilen mag, so sahen diese zu oft verlachten, und zu selten verstandenen Weisen wohl ein, daß, sobald der Mensch ein doppeltes Dasein kennt, das Dasein des Menschen und das des Bürgers, der Staat aufgelöst sei, den nur Bürgertugend erhalten soll. In eben diesem Verstande hatte auch, was immer der furchtsam fromme M.[ontesquieu] einwenden mag, Bayle recht zu behaupten, daß ein Staat von Christen nicht bestehen könne²³. Denn unstreitig ist eine der heilsamsten Folgen des Christenthums die größere Vereinigung der Menschen gewesen; und unläugbar trennen sich die Bande einer Gesellschaft in eben dem Grade, in welchem ihre Mitglieder sich ändern, nicht zu ihnen gehörenden nähern. Alle alten Staaten, wenigstens gewisse Perioden hindurch, sind gleichsam einzelne kolossalische Menschengestalten. In jeder ein entschiedener Charakter, entschiedene Tugenden, entschiedene Fehler. Ueberall ist Einheit und wenn man mit andern vergleicht, überall unverkennbare Verschiedenheiten. Mit der Kultur, mit der größeren Gemeinschaft der Menschen, unter der Bildung einer gemeinschaftlichen Religion, und einer, nur in viele freilich oft weit abweichende Dialekte getheilten Sprache, muß das aufhören, und kann nicht zurück-(*HZ* 56)kehren. Es ist eine Erscheinung, die, einst wohlthätig, einer zum mindesten gleich wohlthätigen, gewichen ist. Die nüchterne Weisheit belehrt sich an ihren Schatten, aber versucht nicht, sie, gleich einem abgeschiedenen Geiste, zurückzuzaubern.

Außer diesen M.[ontesquieuschen] *principes* giebt es noch ein oft und, weise angewandt, immer mit Glück versuchtes Mittel, die Staatsverfassung zu sichern, die Gegeneinanderstellung mehrerer, von einander unabhängiger Mächte. Dieß muß man mehr als irgendwo in dem Römischen Staate studiren. Ueberhaupt kann ich mich nicht enthalten, es zu sagen, daß die Römische Geschichte das einzige wahre Lehrbuch der Politik ist, und mir ewig der der größte Politiker bleiben wird, der dieß unablässig studirt hat. In Rom giebt kein vernünftler,

²² Politik 7, 16 (S. 1335b).

²³ Vgl. Esprit des lois 24,6.

oder schwärmerischer Gesetzgeber eine neue Konstitution, aber man sieht ein Volk, das, ohne vorher eine Nation ausgemacht zu haben, nur durch seine Verfassung gebildet ist, ein Volk, das ewig mit seinen Nachbarn und dem Schicksale kämpft, und, bei seiner unbegrenzten Freiheitsliebe, daher ewig in dem Fall ist eines Herrschers zu bedürfen, und einen Unterdrücker zu fürchten, dessen wahrhaft praktischer Verstand allemal, durch die Gefahr begeistert, das beste Heilmittel findet, und dessen edler, und selbst in seinen Fehlern großer Charakter nie seine Würde vergißt. Man hat den Livius verlacht, wenn er irgendeinmal sagt, die Römer hätten nie einen Krieg aus Eroberungssucht angefangen²⁴. Aber wenn sie Eroberungssucht besaßen; so wars doch die edelste aller, und gewiß wären sie lieber die Schiedsrichter, als die Beherrscher²⁵ der Nationen gewesen. Verzeihen Sie diese Ausschweifungen, theurer Freund. Ich komme zurück. Die Römer wogen aufs genaueste die Grenzen der Macht gegeneinander ab. Sobald Ein Plebejer einen Kurulischen Stuhl einnahm, erschienen auf dem Marktplatz drei andre patrizische, ein Verhältniß, das, wer die Römische Verfassung wahrhaft studirt hat, nicht übertrieben finden wird. Dieß Mittel des Gleichgewichts – wenn ich so sagen darf – ist nur für die alte Zeit und alte Nationen. In jeder lassen sich verschiedene Stände, wohl mit abgewogener Macht, und mit gehörig gereizten Begierden einander entgegenstellen.

Welches von diesen Mitteln hat nun die konstituierende NV. [Nationalversammlung]²⁶ gewählt? Wenn mich nicht alle meine Sachkenntniß trügt, keins. Nichts steht der jedesmaligen Legislatur entgegen. Der König und seine Minister²⁷ sind ohne Macht. (*HZ 57*) Die Römischen Tribunen waren es auch. Auch *sacrosancti* wie der Französische König und nur mit einem *veto* versehen. Aber das veto der Tribunen unterstützte das Volk. Wehe dem Zeitpunkt, wo je das Volk seis gegen die Legislatur oder gegen den König handelt. In jedem Fall ists ein Eingriff in die Konstitution, und in die Verfassung sind nun beide Mächte gesetzt, daß sie auf das Mittel reduziert werden, eine dritte ungesetzmäßige zu Hülfe zu rufen. Aber eine solche Gegeneinanderstellung der Stände hat

²⁴ Ich kann diese Stelle bei Livius nicht auffinden.

²⁵ Verbessert aus „Herrscher“.

²⁶ *Die Verfassungsgebende Nationalversammlung, auch als Konstituante bezeichnet, löste sich am 30. September 1791 auf, nachdem sie als eine ihrer wesentlichen Aufgaben die neue Verfassung erarbeitet hatte. Die nunmehr zum 1. Oktober 1791 einberufene Gesetzgebende Nationalversammlung, auch Legislative genannt, sollte die Neugestaltung des legislativen Bereiches vornehmen.*

²⁷ *Die in der Verfassung vorgesehene Regierung wurde im November 1791 einberufen. Unter der Annahme, dass Humboldt dieses Urteil erst aufgrund der beginnenden Regierungsmaßnahmen bzw. der Versuche dazu fällte, müsste eine relativ späte Abfassungszeit der Schrift angenommen werden, also gegen Jahresende bzw. in den ersten Januartagen 1792.*

die NV. auch nicht einführen wollen. Sie fürchtete nur²⁸ den König, und dem hat sie Fesseln angelegt. Für die Legislatur und die Nation bürgt ihr Enthusiasmus für die neu eingeführte Freiheit. Der Grundsatz, auf dem die ganze Konstitution aufgeführt ist, ist Gleichheit, aber – gewiß zum erstenmal in irgendeiner Nation – Gleichheit nicht der Bürger, sondern der Menschen. Es mag immerhin eine schwere Sache sein, zu bestimmen, ob die Rechte der Menschheit einem Gesetzgeber diesen Grundsatz abnöthigen. Auf der einen Seite, dünkt mich, erfordern die Menschenrechte wohl, daß jeder frei sei, aber schlechterdings nicht, daß jeder herrsche; auf der andren indeß halte ich es gleichfalls unrichtig, sich auf alte Verträge und Rechte zu beziehen. Das Recht da anführen, wo die Sache ganz geändert ist, heißt offenbar um der Form willen die Sache vernichten. Allein die nähere Ausführung und die Anwendung beider Bemerkungen erregt noch eine Menge von Schwierigkeiten. Indeß kommt es auch hier auf diese Erörterung nicht an. Neben dem Grundsatz der allgemeinen Menschengleichheit und wäre es immer Pflicht der NV. gewesen ihrer Verfassung eine Triebfeder beizugeben²⁹, welche ihr die Dauer gesichert hätte, und die Möglichkeit leidet keinen Zweifel. Daß das Prinzip der Menschengleichheit selbst keine solche ist, davon, mein Theurer, ersparen Sie mir gewiß den Beweis. Wo nicht so verweise ich Sie auf den Satz, daß alle Energie mit der Ausbreitung hinschwindet, auf meinen vorigen Brief überhaupt, und auf die Erfahrung, welche das Geschrei über die Freierklärung der Negersklaven unter Menschen giebt, die einem Könige kaum noch den Titel Majestät einräumen³⁰.

Ich darf daher, denke ich, sagen, es fehlt der Französischen Konstitution an allen Triebfedern, dem Könige an aller Macht, der Legislatur an allem Zaum, und der Nation an allem Zunder des Enthusiasmus. Nur Ein Staat, in der mir bekannten Geschichte, hat sich – die übrigen ungeheuren Verschiedenheiten (*HZ 58*) abgerechnet – ohngefähr in gleicher Lage befunden, Athen. Das wolüstige Athenische Volk hatte gewiß keine Tugend, in der ausgelassensten De-

²⁸ Verbessert aus „verließ sich auf“.

²⁹ Verbessert als [wohl richtig: „aus“] „beizumischen“.

³⁰ *Als Folge von in der französischen Kolonie Haiti aufgetretenen Unruhen erklärte die Konstituante am 15. Mai 1791 die freien Farbigen – im wesentlichen Mulatten – für den weißen Koloniewohnern rechtlich gleichgestellt. Humboldt bezieht sich hier offensichtlich auf dieses Ereignis. Als Mitte August in der Kolonie die Kunde von dem vergeblichen Fluchtversuch des Königs eintraf, zugleich aber das Gerücht umherlief, der König habe die allgemeine Abschaffung der Sklaverei beschlossen, erhoben sich am 22. August die farbigen Sklaven zu einem Aufstand. Die Kunde von diesem Aufstand dürfte frühestens Anfang November nach Frankreich bzw. Deutschland gedrungen sein. Erst 1794 wurde in der Kolonie die Sklaverei – vorübergehend – abgeschafft. Die Abschaffung der Sklaverei war nicht unumstritten, weil Haiti Zuckerrohrlieferant war und zu Recht befürchtet wurde, dass mit der Sklavenbefreiung diese koloniale Erwerbsquelle für Frankreich wegfel.*

mokratie war nicht an Ehre, im monarchischen Verstande, zu denken. Furcht traf nur die Guten und Edlen, und die Macht des Volks hatte keine Zügel, als seine eigne durch Geschwätz bestechbare Eitelkeit. Dennoch hat Athen geblüht, und seit den Pisztratiden keine einheimische Tyranie in seinen Mauren entstehen sehen. Denn die 30 Tyrannen gab bekanntermaßen Lakedämon. Allein die Fehler der Athenischen Verfassung zeigt auch ihre Geschichte genug, und daß die Verfassung sich erhielt, war warlich nur Folge des Uebermaaßes der Demokratie, der mehr eiteln, als großen Freiheitsliebe des Volks, des Ostracismus und seiner übrigen Ungerechtigkeiten; lauter Heilmittel, welche warlich das Uebel selbst nicht sehr fürchterlich machen. Vielleicht möchten alle Schriftsteller des Jahrhunderts Ludwigs XIV. mit ungünstiger Vorbedeutung so oft an die Aehnlichkeit von Paris und Athen erinnert haben.

Unausführbarer also, als jedes mir bisher bekannte Projekt, unausführbarer selbst als Platos Republik wird mir ewig³¹ die Französische Konstitution scheinen. Mag es immerhin unmöglich sein, in Platos Allegorie zu reden³², das irdische, erdgeborene Roß zu dem Wohnsitz der Urgestalten der Wesen über den Gestirnen zu lenken³³, näher scheint mir dem Ziele noch der, welcher kühn wagt, ihm mit Gebiß und Geißel zu gebieten, als der, welcher ihm ohnmächtig der Zügel überläßt.

2., Ich gehe zum zweiten nun über, welchen Zweck³⁴ muß die wahre Politik jeder Staatsverfassung vorschreiben, und welches sind daher die Schranken ihrer Wirksamkeit? Sie werden es mir verzeihen, wenn ich hiebei noch weniger Rücksicht auf Frankreich nehme. Die Ideen sind mir an sich interessanter, und über Frankreichs jezige Verfassung fehlen mir viele Data.

Das physische und moralische Wohl der Nation, sagen fast alle unsre politischen Schriftsteller, ist der Zweck des Staats, und Religions und Polizeiedikte sagen es deutlich genug, daß die Ausführung hier der Theorie sehr nahebleibt. Vorzüglich häufig aber ist das Einmischen des Staats in die Betreibung aller Gewerbe. Akkerbau, Handwerker³⁵, Handel, Künste und Wissen-*(HZ 59)*schaften selbst, alles erhält Leben und Lenkung vom Staat. Auf diesen Grundsätzen ist die seit einiger Zeit so gepriesene Polizeiwissenschaft erbaut, und vielen Schriftstellern nach, sollte man glauben, das einzige Verderben sei nur dieß, daß man nicht jeden einzelnen Unterthan, überall, und, wie Rousseau seinen Emil, bis ins Ehebett hinein, hofmeistern kann. Die Alten schränkten auch die Freiheit auf

³¹ Verbessert aus „immer“.

³² Verbessert aus „die menschliche Unvollkommenheit“.

³³ Phaedrus S. 247 c. 253c.

³⁴ Verbessert aus: „was [für einen]“. – [...] *bei Leitzmann*.

³⁵ Verbessert aus „Gewerbe“.

mancherlei [193; R 18] Art ein, oft auf eine drückendere. Aber der Unterschied ist und bleibt mächtig. Die Alten sorgten für die Kraft und Bildung des Menschen, als Menschen; die Neueren für seinen Besitz und seine Erwerbfähigkeit. Die Alten suchten Tugend, die Neueren³⁶ Glückseligkeit. Ein [104; R 20] Philosoph (Sie werden den Rakker hier nicht erkennen, es ist Tiedemann)³⁷, entblödet sich nicht zu sagen, daß, wenn den Gerechten alles Unglück immer nothwendig träfe, was Plato einmal in seiner Republik schildert, die Ungerechtigkeit Pflicht sein werde³⁸; der selbst, welcher die Moralität in seiner höchsten Reinheit sah und darstellte³⁹, glaubt durch [105; R 20/21] ungeheure künstliche Maschinerie seinem Ideal des Menschen die Glückseligkeit wahrlich mehr wie eine fremde Belohnung, als wie ein eigen errungenes Blut zuzuführen. Ich verliere kein Wort über diese Verschiedenheit. Ich schließe nur mit einer Stelle aus Aristoteles Ethik: „Was einem Jeden, seiner Natur nach, eigenthümlich ist, ist ihm das Beste und Süsseste. Daher auch den Menschen das Leben nach der Vernunft, wenn nemlich darin am meisten der Mensch besteht, am meisten beseligt“⁴⁰.

So allgemein indeß auch jenes angeführte Prinzip ist, so verdient es, dünkt mich, doch noch allerdings einer nähern Prüfung. Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, den die wechselnde Neigung, sondern den die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist [106; R 22] die höchste und proportionirlichste Bildung seiner Kräfte zu Einem Ganzen. Zu dieser Ethik Bildung ist Freiheit nicht bloß die erste, sondern die einzige Bedingung. Allein außer der Freiheit erfordert die menschliche Bildung noch etwas anders, das man aber freilich, als jedesmalige Folge der Freiheit mit in ihr antrifft. Dieß ist Mannigfaltigkeit der Situationen. Auch der freiste und unabhängigste Mensch, in einförmige Lagen gesetzt, (*HZ 60*) bildet sich minder aus. Freilich giebt es nun auch eine Art der Unterdrückung, die, statt den Menschen einzuschränken, den Dingen um ihn her eine beliebige Gestalt giebt, allein besser ist immer, diese beiden Dinge – so sehr sie auch gewissermaßen Eins und dasselbe sind – noch voneinander zu trennen.

Alles reduziert sich im Menschen auf⁴¹ Form und Materie. Die reinste Form mit der [108; R 24] leichtesten Hülle nennen wir Idee, die am wenigsten mit Ge-

³⁶ Verschieben steht: „Menschen“.

³⁷ Dietrich Tiedemann [1748–1803], Professor der Philosophie in Marburg, vor allem Historiker der Philosophie. – [...] bei *Leitzmann*

³⁸ In seinen „Argumenta dialogorum Platonis“ S. 179; vgl. Humboldt, *Gesammelte Schriften* 1, 104 Anm.

³⁹ Gemeint ist natürlich Kant.

⁴⁰ *Nikomachische Ethik* 10, 7 (S. 1178a). – *Zitat im Original in griechischer Sprache; hier stattdessen Humboldts Übersetzung aus der End-Fassung.*

⁴¹ Gestrichen: „die“.

stalt begabte Materie sinnliche Empfindung. Aus der Verbindung mit der Materie geht die Form hervor. Je größer die Fülle und Mannigfaltigkeit der Materie, je erhabner die Form. Ein Götterkind ist nur die Frucht⁴² unsterblicher Eltern. Die Form wird gleichsam Materie einer noch schönern Form. So wird die Blüthe zur Frucht, und aus dem Samenkorn der Frucht entspringt der neue, von neuem blüthenreiche Stamm. Je mehr die Mannigfaltigkeit zugleich mit der Feinheit der Materie zunimmt, desto höher die Kraft. Denn desto inniger deren Zusammenhang. Die Form scheint gleichsam in die Materie, die Materie in die Form verschmolzen, oder um ohne Bild zu reden, je ideenreicher⁴³ die Gefühle der Menschen, und je gefühlvoller seine Ideen, desto unerreichbarer seine Erhabenheit. Denn auf diesem ewigen Begatten der Form und der Materie, oder des Mannigfaltigen mit der Einheit beruht die Verschmelzung der beiden im Menschen vereinten Naturen, und auf dieser seine Größe. Aber die Stärke der Begattung hängt von der Stärke der Begattenden ab. Der höchste Moment des Menschen ist dieser Moment der Blüthe⁴⁴. Die minder reizende, einfache Gestalt der Frucht weist gleichsam selbst auf die Schönheit der Blüthe hin, die sich durch sie entfalten wird. Auch eilt nun alles zur Blüthe hin. Was zuerst dem Samenkorn entsprißt, ist noch fern von ihrem Reiz. Der volle [109; R 25] dicke Stengel, die breiten auseinander fallenden Blätter bedürfen noch einer mehr vollendeten Bildung. Stufenweise steigt diese, wie das Auge sich am Stamm erhebt; zartere Blätter sehnen sich gleichsam sich zu vereinigen, und schließen sich enger und enger, bis gleichsam der Kelch das Verlangen stillt⁴⁵. Indeß ist das Geschlecht der Pflanzen nicht von dem Schicksal⁴⁶ gesegnet. Die Blüthe fällt ab, und die Frucht bringt wieder den gleich rohen und gleich sich verfeinernden Stamm hervor. Wenn im Menschen die Blüthe welkt, so macht sie nur (*HZ 61*) einer schönern Platz, und den Zauber der schönsten verbirgt unsrem⁴⁷ Auge die ewig unerforschbare Unendlichkeit. Was der Mensch nun von außen empfängt, ist nur Samenkorn. Seine energische Thätigkeit muß es, seis auch das schönste,

⁴² Verbessert aus „die Frucht nur“.

⁴³ Verbessert aus „ideenvoller“.

⁴⁴ In der End-Fassung ist an dieser Stelle von Humboldt folgende Fußnote angegeben: „Blüthe, Reife. Neues deutsches Museum, 1791, nr. 3“. Vgl. dazu Leitzmann: *Wilhelm von Humboldts Werke I, S. 108, Anm. 2; RUB Bd. 1991, S. 25..*

⁴⁵ In der End-Fassung: „... bis der Kelch das Verlangen zu stillen scheint“. Ferner als Fußnote: „Göthe, über die Metamorphose der Pflanzen“. Dazu Leitzmann a.a.O., Anm 1: „Die Schrift war Gotha 1790 erschienen“. – Möglicherweise glaubte Humboldt, in dem Brief an Gentz auf die Angabe der Belegstelle verzichten zu können, nicht aber in einer an ein breiteres Publikum gerichteten Publikation.

⁴⁶ Verbessert aus „den Göttern“.

⁴⁷ Verbessert aus „dem“.

erst auch zum segensvollsten für ihn machen. Aber wohltätiger ist ihm immer in dem Grade, in dem es kraftvoll und – so sehr auch dieß Eins ist – eigen in sich ist. Das höchste Ideal des Zusammenexistirens menschlichen Wesens wäre mir das, in dem jedes nur aus sich selbst und um seiner selbst sich entwickelt. Physische und moralische Natur würden diese Menschen schon nah aneinander führen, und wie die Kämpfe des Krieges ehrenvoller sind, als die der *arena*, wie die Kämpfe erbitterter Bürger höhern Ruhm gewähren als die getriebener Miethssoldaten; so würde auch das Ringen der Kräfte dieser Menschen die höchste Energie zugleich beweisen und erzeugen.

Gestehn Sie es mir, ist es nicht eben das, was uns an die Zeitalter Griechenlands und Roms, und jedes Zeitalter allgemein an ein entferntes hingeschwundenes so namenlos fesselt? Ist es nicht vorzüglich, daß⁴⁸ diese Menschen härtere Kämpfe mit dem Schicksal, härtere mit Menschen zu bestehen hatten? daß die größere ursprüngliche Kraft, und Eigenthümlichkeit einander begegnete, und neue wunderbare Gestalten schuf? Jedes folgende Zeitalter – und in wie viel schnellern Graden muß dieß Verhältniß von jezt an steigen – muß den vorigen an Mannigfaltigkeit nachstehen, an Mannigfaltigkeit der Natur, die ungeheuren Wälder sind ausgehauen, die Moräste getrocknet u. s. f., der Menschen durch die immer größere [110; R 26/27] Mittheilung und Vereinigung, der menschlichen Werke durch die beiden vorigen Gründe. Dieß ist einer der vorzüglichsten Gründe, welcher die Idee des Neuen, des Ungewöhnlichen des Wunderbaren so viel seltner, das Staunen, Erschrecken beinahe zum Schemen, und die Erfindung neuer, noch unbekannter Hülfsmittel so selten nothwendig macht. Dagegen ist es unläugbar, daß, wenn die⁴⁹ physische Mannigfaltigkeit geringer wurde, eine weit befriedigendere intellektuelle und moralische an ihre Stelle trat, und daß unser mehr verfeinerter Geist, und unser wenn auch gleich stark gebildeter, doch reizbarer kultivirter Verstand Gradation und Verschiedenheiten bemerkt, und in das praktische Leben überträgt, die auch vielleicht den Weisen des Alterthums, oder doch wenigstens nur ihnen nicht (*HZ* 62) entzogen sein würden. Es ist im ganzen Menschengeschlecht, wie im einzelnen Menschen gegangen. Das Größere ist abgefallen, das Feinere ist geblieben. Und so wäre es ohne allen Zweifel segenvoll, wenn das Menschengeschlecht Ein Mensch wäre, oder die Kraft eines Zeitalters ebenso alt als seine⁵⁰ Bücher oder Erfindungen auf das folgende übergienge. Allein das ist bei weitem der Fall nicht. Freilich besitzt nun auch unsre Verfeinerung eine Kraft, und die vielleicht jene gerade um den Grad ihrer Feinheit an Stärke übertrifft; aber es fragt sich ob nicht die frühere Bildung durch

⁴⁸ Verbessert aus „weil“.

⁴⁹ Verbessert aus „mit“.

⁵⁰ Verschieden steht: „ihre“.

das Größere immer vorangehen muß? Ueberall keimt doch das Geistige erst aus dem Sinnlichen. Und – wenn es auch nicht hier der Ort ist, auch nur den [111; R 28] Versuch dieser Erörterung zu wagen – so folgt doch gewiß soviel aus dem Vorigen, daß man wenigstens die Kraft, und die Nahrungsmittel, die wir besitzen, sorgfältigst bewahren müsse.

Bewiesen halte ich demnach durch das Vorige, daß die wahre Vernunft den Menschen keinen andren Zustand als einen solchen wünschen kann, in welchem nicht nur jeder Mensch die ungebundenste Freiheit hat, sich aus sich selbst zu entwickeln, sondern in dem auch die physische Natur keine andre Gestalt von Menschenhänden empfängt, als ihr jeder Mensch, nach dem Maas seines Bedürfnisses und seiner Neigung, nur beschränkt durch seine Kraft und sein Recht, selbst giebt. Von diesem Grundsatz darf meines Erachtens die Vernunft nie mehr nachgeben, als nur soviel zu seiner Erhaltung selbst nothwendig ist. Er müsste daher jeder Politik und besonders der Beantwortung der Frage, von der ich hier rede, immer zum Grunde liegen. Ich habe gesucht, ihn aus den höchsten Gesichtspunkten zu betrachten. Wenn das die Unbequemlichkeit hat, daß man dadurch die Wahrheiten von der Anwendung weiter entfernt, so hat es auch den Nutzen, daß ihre Richtigkeit evidentester ist, daß sie dem ganzen Gewebe der Sätze des Aufstellenden oder des Prüfenden inniger einverleibt werden, und daß selbst die Entfernung von aller Anwendung gewisser eine unschikliche Anwendung verhindert.

Der Zweck einer Staatsverfassung kann positiv und negativ sein. Er kann Glück befördern oder [112; R 29] nur Uebel verhindern wollen, und im letztern Fall Uebel der Natur oder Uebel der Menschen. Schränkt er sich auf das letztere ein, so sucht er nur Sicherheit und dieser Sicherheit lassen Sie mich einmal alle übrigen möglichen Zwecke vereint entgegensetzen.

(*HZ 63*) Die eben festgestellten Grundsätze werfen nun schon an sich jedes Bemühen des Staats, seine Sorgfalt an die Stelle der Sorgfalt der Nation wenigstens in allen Dingen zu setzen, die nicht unmittelbaren Bezug auf die Kränkung der Rechte des Einen durch den andren haben; und ich könnte mich insofern dabei begnügen. Indeß wird es doch sogar nothwendig sein, hier noch ein wenig mehr ins Détail zu gehen.

Der Staat sieht das Land und die Nation, als ein Ganzes an, und glaubt für die Erhaltung dieses Ganzen in seinem moralischen und physischen Wohlstande sorgen zu müssen. Daher die Beförderung des Ackerbaues, der Industrie und des Handels durch Geseze und Ermunterungen, daher, oder wenigstens oft daher alle Finanz- und Münzoperationen, Ein- und Ausfuhrverbote u. s. f. Denn ich bleibe mit Fleiß bei dem physischen Wohl hier stehn. Daher [113; R 30] noch ferner alle Veranstaltungen zur Verhütung oder Herstellung von Beschädigungen durch die Natur, ferner alle Armenanstalten, kurz jede Einrichtung des Staats, welche

das physische Wohl der Nation zu erhalten, oder zu befördern die Absicht hat. Alle diese, behaupte ich nun, sind schädlich, und einer wahren, von den höchsten, aber immer menschlichen Gesichtspunkten ausgehenden Politik unangemessen.

Der Geist der Regierung herrscht in einer jeden solchen Einrichtung, und wie weise und heilsam auch dieser Geist sey; so bringt er Einförmigkeit, und eine fremde Handlungsweise in der Nation hervor. Statt daß die Menschen in Gesellschaft treten, um ihre Kräfte zu schärfen, sollten sie auch dadurch an ausschließendem Besiz und Genuß verlieren, so erlangen sie Güter auf Kosten ihrer Kraft. Gerade die aus der Vereinigung Mehrerer entstehende Mannigfaltigkeit ist das höchste Gut, das die Gesellschaft giebt, und diese Mannigfaltigkeit geht doch immer in dem Grade der Einmischung des Staats verloren. Es sind nicht mehr eigentlich die Mitglieder einer Nation, die mit sich in Gemeinschaft leben, sondern einzelne Unterthanen, die mit dem Staat, d. h. dem Geist, der in seiner Regierung herrscht, in Verhältniß kommen, und zwar in ein Verhältniß, in welchem schon die Macht des Staats das freie Spiel der Kräfte aufhebt. Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen. Je mehr also der Staat mitwirkt, desto ähnlicher ist nicht bloß alles Wirkende, sondern auch alle Gewirkte. Dieß ist auch gerade die Absicht der Staaten. Sie wollen Wohlstand und Ruhe. Beide aber erhält man immer in eben dem Grade, in dem das Einzelne weniger mit einander Streitet. Allein was der Mensch beabsichtigt und beabsichtigen muß ist ganz etwas anders, es ist Mannigfaltigkeit und (*HZ 64*) Thätigkeit. Nur das giebt vielseitige und kraftvolle Charaktere, und gewiß ist noch kein Mensch tief genug gesunken, um in sich für sich Wohlstand und Glück der Größe vorzuziehn. Wer aber für andre so raisonnirt, den hat man mit [114; R 31] Grunde in Verdacht, daß er die Menschen miskennt und aus Menschen Maschinen machen will.

Das wäre also die zweite schädliche Folge, daß diese Einrichtungen des Staats die Kräfte der Nation schwächen. So wie durch die Form, die aus der selbstthätigen Materie hervorgeht, die Materie selbst aber mehr Fülle und Schönheit erhält. Denn was ist sie anders als die Verbindung dessen was erst stritt? eine Verbindung, zu der allemal die Auffindung neuer Vereinigungspunkte, folglich gleichsam eine Menge neuer Entdeckungen nöthig ist, die immer im Verhältniß mit der größern vorherigen Verschiedenheit steigt. Eben so wird die Materie vernichtet durch diejenige, die man ihr von außen giebt. Denn das Nichts unterdrückt da das Etwas. Alles im Menschen ist Organisation. Was in ihm gedeihen soll, muß in ihm gesäet werden. Alle Kraft setzt Enthusiasmus, und dieser allemal die Bedingung voraus, daß man den Gegenstand desselben als sein Eigenthum ansieht. Nun aber hält der, von seinen ersten Kräften nie ganz entartende Mensch das nie so sehr für sein, was er besitzt, als was er thut⁵¹, und der Arbei-

⁵¹ Verbessert aus „erzeugt hat“.

ter, der einen Garten bestellt, ist gewiß in einem wahreren Sinne Eigenthümer, als der Bettler, dem ein König eine halbe Provinz gäbe. Was würde man sagen, wenn ein Fürst nach Platos Vorschlage⁵² Jungfrauen und Jünglinge ausläse, und nach seinen Principien vermälte? In den Extremen erschrecken wir vor den Dingen, aber die Elemente der Extreme übersehen wir, und wenn wir mit geringem Irrthum den Schaden nicht achten, der von ihnen zu besorgen steht: so vergessen wir doch mit größerem⁵³ die heilsamen Folgen, die aus ihnen zu ziehen wären. Mit hinreichender Sorgfalt – deren Versuche aber freilich alsdann am besten gelängen, wenn sie am müßigsten wären – ließen [117; R 36] sich vielleicht aus allen Bauren und Handwerkern Künstler bilden, d. h. Menschen, welche ihr Gewerbe um ihres Gewerbes willen liebten, durch eigne Empfindsamkeit und eigengelenkte Kraft übten, und dadurch ihren Kopf, ihren Charakter, ihren Genuss erhöhten; und so würde die Menschheit durch eben die Dinge geädelt, die jezt oft, wie schön sie auch an sich (*HZ 65*) sind, nur dazu dienen, sie zu entehren. Sich selbst in allem Thun und Treiben überlassen, von jeder fremden Hülfe entblößt, die sie nicht selbst sich verschaffen, würden die Menschen auch oft mit und ohne Schuld in Verlegenheit und Unglück gerathen. Aber das Glück, zu dem der Mensch bestimmt ist, ist auch kein andres, als das seine Kräfte ihm verschafft. Und diese Lagen gerade sind es, welche den Verstand schärfen und den Charakter bilden. Wo der Staat die Selbstthätigkeit durch zu spezielles Einwirken verhindert, da – entstehen solche Uebel nicht? O! das wäre warlich ein unbedeutender Nachtheil, und der Anblick der genußvollen Heiterkeit würde bald die Stirn auch des strengsten Stoikers entfalten. Aber sie entstehen auch da, und überlassen den einmal auf fremde Kraft zu lehnen gewohnten Menschen nun einem trostlosen Schicksal. Denn so wie das Ringen und thätige Arbeit das Unglück erleichtert, so und um zehnfach höhern Grade erschwert es hoffnungslose, vielleicht getäuschte Erwartung. Selbst den besten Fall angenommen, gleichen die Staaten, von denen ich hier rede, nur zu oft den Aerzten, die die Krankheit nähren und den Tod entfernen. Ehe es Aerzte gab, kannte man nur Gesundheit oder Tod.

Eine fernere nachtheilige Folge dieser Art von Staatssystem rührt aus den Veranstaltungen [124; R 46] her, die erfordert werden, um es in Ausübung⁵⁴ zu bringen. Die Geschäfte des Staats erhalten dadurch eine Verflechtung, die, um nicht Verwirrung zu werden, einer unglaublichen Menge detaillirter Einrichtungen und Hände bedarf. Von diesen [125; R 46] haben indeß doch die meisten gleichsam nur mit Zeichen und Formeln der Dinge zu thun. Möchte es hingehen, daß da-

⁵² Im fünften Buch des Staats (S. 459d).

⁵³ Verbessert aus „Unrecht“.

⁵⁴ Verbessert aus „Wirklich[eit]“. – [...] bei *Leitzmann*.

durch vielleicht viele treffliche Köpfe dem Denken, viele sonst nützlicher beschäftigte Hände der realen Arbeit entzogen werden, eben da diese Beschäftigungen, wie auch immer ihre Beschaffenheit sein mag, eine große Wichtigkeit erhalten, und allerdings, um konsequent zu sein, erhalten müssen, so werden dadurch überhaupt die Gesichtspunkte des Wichtigen und Unwichtigen, des Ehrenvollen und [126; R 48] Verächtlichen, des letzten und der untergeordneten Endzwecke verrückt. Und da das eben Angeführte, die Notwendigkeit von Beschäftigungen dieser Art, aus mancherlei leicht in die Augen fallenden Gründen ein so großer Nachtheil nicht ist; so gehe ich zu diesem letzten, der Verrückung der Gesichtspunkte über.

Die Menschen werden um der Sachen, die Kräfte um der Resultate willen vernachlässigt. Ein Staat gleicht, nach diesem (*HZ 66*) System, mehr einer aufgehäuften Menge von leblosen und lebendigen Werkzeugen⁵⁵ der Wirksamkeit und des Genusses⁵⁶, als einer Menge thätiger und genießender Kräfte. Bei der Vernachlässigung der Selbstthätigkeit der handelnden Wesen scheint nur auf Glückseligkeit und Genuß gearbeitet zu sein. Allein wenn – da über Glückseligkeit und Genuß nur die Empfindung des Genießenden richtig urtheilt – die Berechnung richtig wäre; so wäre sie doch immer weit von der Würde der Menschheit entfernt. Denn woher käme es sonst, daß eben dieses System auf den menschlich höchsten Genuß gleichsam aus Besorgniß vor seinem Gegentheil Verzicht thut? Der Mensch genießt am meisten in dem Moment, in welchem⁵⁷ er sich in dem höchsten Grade seiner Kraft und seiner Einheit fühlt. Freilich ist er auch dann dem höchsten Elende nah. Denn auf den Moment der Spannung vermag nur eine gleiche Spannung zu folgen, und die Richtung – zum Genuß oder zum Entbehren – liegt in der Hand des unbesiegt Schicksals. Aber wenn da Gefühl des Höchsten im Menschen nur Glück zu heißen verdient, so gewinnt auch Schmerz und Leiden eine veränderte Gestalt. Der Mensch in seinem Innern wird der Sitz des Glücks und des Unglücks, und er wechselt ja nicht mit der wallenden Flut, die ihn trägt. Jenes System führt, meiner Empfindung nach, auf ein fruchtloses Streben, dem Schmerz zu entrinnen. Wer sich wahrhaft auf Genuß versteht, erduldet den Schmerz, der doch den Flüchtigen ereilt, und freut sich der Stärke, die auch den Heftigsten unüberwunden läßt. Er freut sich unaufhörlich [127; R 49] am ruhigen Gange des Schicksals, und der Anblick der Größe fesselt ihn süß, es mag entstehen, oder vernichtet werden. So kommt er selbst – doch freilich nur der Schwärmer in andren, als seltenen Momenten – zu dem Gefühl, daß auch der Moment des Gefühls der eignen Zerstörung ein Moment des Entzückens⁵⁸ ist.

⁵⁵ Verbessert aus „Ins[trumenten]“. – [...] bei *Leitzmann*.

⁵⁶ Verbessert aus „der Tat“.

⁵⁷ Verbessert aus „wenn“.

⁵⁸ Verbessert aus „entzückender Moment“.

Beschuldigen Sie mich nicht, lieber Freund, diese Nachtheile übertrieben zu haben. Ich musste die volle Wirkung des Einmischens dieses Staats schildern, aber es versteht sich von selbst, daß sie, nach dem Grade und nach der Art des Einmischens selbst, sehr verschieden modifizirt sind. Ueberhaupt bitt' ich Sie, bei allem, was dieser Brief Allgemeines enthält, von Vergleichen mit der Wirklichkeit gänzlich zu abstrahieren. In dieser findet (*HZ 67*) man selten einen Fall voll und rein, und selbst dann sieht man nicht abgeschnitten und für sich die einzelne Wirkung einzelner Dinge. Dann vergessen Sie nicht, daß, wenn einmal schädliche Einflüsse vorhanden sind, das Verderben mit sehr beschleunigten Schritten weiter eilt. Wie aus größerer Kraft, mit größerer vereint, doppelt größere entsteht, so artet geringere mit geringerer in doppelt geringere aus. Welcher Gedanke selbst wagt es der Schnelligkeit dieser Fortschritte zu folgen⁵⁹? Sogar auch zugegeben, die Nachtheile wären minder groß, so, glaube ich, bestätigt sich meine Theorie doch noch bei weitem mehr durch den warlich namenlosen Segen, der aus ihrer Befolgung – wenn diese je ganz möglich wäre, wie ich selbst am meisten zweifle – entstehen müßte.

Ich könnte hier ein erfreuliches Gegenbild eines Volkes aufstellen⁶⁰, das in der höchsten und ungebundensten Freiheit, und in der größten Mannigfaltigkeit seiner eignen und der übrigen Verhältnisse um sich her existirte, ich könnte zeigen, wie hier eben noch in dem Grade schönere, höhere und wunderbarere Gestalten der Originalität und der Mannigfaltigkeit erscheinen müßten, als in dem schon so unnenbar reizenden Altertum, in welchem die Mannigfaltigkeit⁶¹ eines unkultivirten Volks allemal roher und gröber ist, in welchem mit der Freiheit auch allemal die Stärke und selbst der Reichtum der Sitten wächst, und in welchem, [128; R 50] bei der fast gränzenlosen Verbindung aller Nationen und Welttheile mit einander, schon die Elemente gleichsam zahlreicher sind; zeigen, welche Stärke hervorblühen müßte, wenn jedes Wesen sich aus sich selbst organisirte, wenn es, ewig von den schönsten Gestalten umgeben, mit uneingeschränkter und ewig durch die Freiheit ermunterter Selbstthätigkeit diese Gestalten in sich verwandelte; zeigen, wie in diesem Volke keine Kraft und keine Hand für die Erhöhung und den Genuß des Menschendaseins verloren gienge, und endlich, wie schon dadurch ebenso auch die Gesichtspunkte aller nur eben dahin gerichtet, und von jedem andren falschen oder doch weniger der Menschheit würdigen Endzweck abgewardt werden würden. Ich könnte dann damit schließen, Sie aufmerksam darauf zu machen, wie diese wohlthätigen Folgen einer solchen Konstitution, unter einem Volke, welches es sei, ausgestreut,

⁵⁹ Verbessert aus „bemer[ken]“. – [...] bei *Leitzmann*

⁶⁰ Verschrieben steht: „anstellen“.

⁶¹ Wohl verschrieben für „Eigenthümlichkeit“.

selbst dem freilich nie ganz tilgbaren Elende der Menschen, den Verheerungen der Natur, dem (*HZ 68*) Verderben der feindseligen Neigungen der Menschen und den Ausschweifungen einer zu üppigen Genussesfülle, einen unendlich großen Theil seiner Schrecklichkeit⁶² nehmen würden. Allein ich begnüge mich das Gegenbild gezeigt zu haben. Es ist mir genug Ideen hinzuwerfen, damit Ihr reiferes Urtheil sie prüfe.

Der erste Grundsatz dieses Theils meiner Politik wäre daher: der Staat gehe keinen Schritt [129; *R 52*] weiter, als der Sicherstellung der Bürger gegen sie selbst und gegen auswärtige Feinde nothwendig ist, zu keinem anderen Zwecke beschränke er ihre Freiheit. Die nähere Anwendung übergehe ich. Ich bemerke nur, daß diese Beschränkungen auf mancherlei Weise geschehen, durch Geseze, Ermunterungen, Preise, dadurch, daß der Landesherr selbst der beträchtlichste Eigenthümer ist, und daß er einzelnen Bürgern überwiegende Rechte, Monopolen u. s. w. einräumt. Wenn man hier gegen das erste und letzte keinen Einwurf erregt, so scheint es doch sonderbar, dem Staat wehren zu wollen, was jeder einzelne darf, Belohnungen aussetzen, unterstützen, Eigenthümer sein. Wäre es in der Ausübung möglich, daß der Staat eben so eine zwiefache Person ausmache, als er es in der Abstraktion thut; so wäre hiegegen nichts zu erinnern. Es wäre dann nicht anders, als wenn eine Privatperson einen mächtigen Einfluß erhielte. Allein da, jenen Unterschied zwischen Theorie und Praxis noch abgerechnet, der Einfluß einer Privatperson durch Konkurrenz anderer, Versplitterung ihres Vermögens, selbst durch ihren Tod aufhören kann, lauter Dinge, die beim Staat nicht zutreffen; so steht noch immer der Grundsatz entgegen, daß der Staat sich in nichts mischen darf, als was die Sicherheit angeht. Auch handelt eine Privatperson aus [130; *R 53*] andren Gründen als der Staat. Wie z. B. ein einzelner Bürger Prämien aussetzt – die ich auch, wie es doch wohl nie ist, gleich wirksam mit denen des Staats annehmen will – so thut er das seines Vorteils halber. Sein Vortheil aber steht⁶³, wegen des ewigen Verkehrs mit allen übrigen Bürgern, und wegen der Gleichheit seiner⁶⁴ Lage und der ihrigen, mit dem Vortheile oder Nachtheile anderer, folglich mit ihrem Zustande, in genauem Verhältniß. Der Zweck, den er erreichen will, ist schon gewissermaßen in der Gegenwart gegründet, und wirkt eben darum heilsam. Die Gründe des Staats hingegen sind Ideen und Grundsätze, bei denen auch die genaueste Berechnung oft täuscht, und sind es aus der Privatlage des Staats geschöpfte (*HZ 69*) Gründe, so ist diese Lage der Lage der Bürger nie so gleich. Wäre sie dieß, nun so ists auch in der Wirklichkeit nicht der Staat mehr, der handelt, und die Natur dieses Raisonnements selbst verbietet dann seine Anwendung.

⁶² Verbessert aus „seines Giftes“.

⁶³ Verbessert aus „ist“.

⁶⁴ Verbessert aus „der“.

Eben dieß und das ganze vorige Raisonnement aber gieng⁶⁵ allein aus Gesichtspunkten aus, welche bloß die Kraft des Menschen, als solche, seine innere Bildung zum Gegenstand hatten. Mit Recht würde man es der Einseitigkeit beschuldigen, wenn es die Resultate, deren Dasein so nothwendig ist, damit jene Kraft nun wirken kann, ganz vernachlässigte. Es entsteht also hier noch die Frage, ob eben diese Dinge, von denen ich die Sorge des Staats entferne, ohne ihn und für sich gedeihen können. Hier wäre es nun der Ort die einzelnen Arten der Gewerbe: Akkerbau, Industrie, Handel, und alles übrige, wovon ich hier zusammengenommen rede, [130; R 54] einzeln durchzugehen, und mit Sachkenntniß auseinanderzusetzen, welche Nachtheile und Vortheile Freiheit und Selbstüberlassung ihnen gewährt. Fürchten Sie sich nicht, daß ich in diese Erörterung eingehen werde. Aufrichtig halte ich sie für unnöthig, weil die Wahrheit zu sehr am Tage liegt, allein gut und vorzüglich historisch ausgeführt, würde sie den sehr großen Nutzen gewähren, diese Ideen mehr zu empfehlen und zugleich die Möglichkeit einer⁶⁶ sehr modifizirten Ausführung – da eine uneingeschränkte unstreitig Raserei sein würde – zu beurtheilen. Ich begnüge mich an einigen wenigen allgemeinen Bemerkungen. Jedes Geschäft – welcher Art es auch sei – wird besser betrieben, wenn man es [131; R 54] um seiner selbst willen, als den⁶⁷ Folgen zu Liebe treibt. Dieß liegt so sehr in der Natur des Menschen, daß man gewöhnlich, was man anfangs nur des Nutzens wegen wählt, zuletzt für sich Reiz gewinnt. Nun aber rührt dieß nur daher, weil dem Menschen Thätigkeit lieber ist als Besiz, aber Thätigkeit nur, insofern sie Selbstthätigkeit ist. Gerade der rüstigste Mensch würde dem Zwange Müßiggang vorziehen. Auch wächst die Idee des Eigenthums nur mit der Idee der Freiheit⁶⁸, und gerade die energischste Thätigkeit dankt man dem Gefühle des Eigenthums. Jede Erreichung eines großen Endzweks erfordert Einheit der Anordnung. Das ist gewiß. Eben so auch jede Verhütung oder Abwehrung großer Unglücksfälle, Hungersnoth, Ueberschwemmungen u. s. f. Allein diese Einheit der Anordnung läßt sich durch Nationalanstalten eben so gut und besser als durch Staatsanstalten (*HZ 70*) hervorbringen. Einzelne Theile der Nation und sie selbst im Ganzen muß nur Freiheit haben, sich durch Verträge zu verbinden. Es bleibt immer ein unläugbar wichtiger Unterschied zwischen einer Nationalanstalt und einer Staatseinrichtung. Jene hat nur eine mittelbare, diese [131; R 55] eine unmittelbare Gewalt. Bei jener ist

⁶⁵ Verbessert aus „war auf“.

⁶⁶ Verbessert aus „der“

⁶⁷ Verbessert aus „um der“.

⁶⁸ *Bereits Anfang 1790 war die Schrift: „Freyheit und Eigenthum, abgehandelt in acht Gesprächen über die Beschlüsse der Französischen Nationalversammlung“ von Wilhelm von Humboldts juristischem Lehrer Ernst Ferdinand Klein erschienen. Humboldt besaß ein Exemplar (Archiv Schloss Tegel Bücherverzeichnis Nr. 225), ebenso der Schwiegervater.*

daher mehr Freiheit im Eingehen, Trennen, und Modifizieren der Verbindung. Anfangs sind gewiß alle Staatsverbindungen nichts als solche Nationalvereine gewesen. Aber das ist eben der Verderb, wenn die Absicht, Sicherheit zu erhalten und andre Zwecke zu erreichen, mit einander verbunden sind. Wer dieses Geschäft besorgen soll⁶⁹, muß um der Sicherheit willen absolute Gewalt besitzen. Diese aber dehnt er nun auch auf das Uebrige aus, und je mehr sich die Einrichtung von ihrer Entstehung entfernt, desto mehr wächst die Macht, und desto mehr verschwindet die Erinnerung des Grundvertrags. Eine Anstalt im Staat aber hat nur Gewalt, insofern sie diesen Vertrag und sein Andenken erhält. Schon dieser Grund allein könnte hinreichend scheinen. Allein dann entstehen auch Vereinigungen freier Menschen in einer Nation mit größerer [132; R 56] Schwierigkeit. Wenn nun dieß auch auf der einen Seite auch der Erreichung der Endzwecke schadet – wogegen doch immer zu bedenken ist, daß allgemein was schwerer entsteht, weil gleichsam die lang geprüfte Kraft sich in einander fugt⁷⁰, auch fester besteht – so ist doch gewiß überhaupt jede große Vereinigung minder heilsam. Je mehr der Mensch für sich wirkt, desto mehr bildet er sich. In einer großen Vereinigung wird er zu leicht Werkzeug. Auch sind diese Vereinigungen Schuld, daß oft das Zeichen an die Stelle der Sache tritt, was der Bildung allemal hinderlich ist. Die todte Hieroglyphe begeistert nicht wie das Symbol der Natur. Ich erinnere nur, statt allen Beispiels, an Armenanstalten. Tödtet etwas anders so sehr alles wahre Mitleid, alle hoffende, aber anspruchlose Bitte, alles Vertrauen des Menschen als Menschen? Verachten Sie nicht mit mir den Bettler, dem es lieber wäre ein Jahr bequem im Hospital ernährt zu werden, als nach mancher erduldeten Noth nicht auf eine hinwerfende Hand, aber auf ein theilnehmendes Herz zu stoßen? Ich gebe also zu, wir hätten diese Riesenfortschritte ohne die großen Massen nicht gemacht, in welchen das Menschengeschlecht, wenn ich so sagen darf, in den letzten Jahrhunderten gewirkt hat, allein nur die schnellen nicht. Die Frucht wäre langsamer aber dennoch gereift. Und sollte sie nicht segenvoller gewesen sein? (*HZ 71*) Ich glaube daher von diesem Einwurf zurückkehren zu können. Zwei andre bleiben der Folge zur Prüfung aufbewahrt, nemlich, ob auch bei der Sorglosigkeit des Staats, die ich ihm hier [133; R 57] vorschreibe, die Erhaltung der Sicherheit möglich ist, und ob nicht wenigstens die Verschaffung der Mittel, welche dem Staat nothwendig eingeräumt werden muß, ein verwickelteres Eingreifen der Räder der Staatsmaschine in die Verhältnisse der Bürger nothwendig macht?

Wäre es mit dem Uebel, das die Zwietracht, die *πλεονεξία* der Menschen untereinander stiftet, wie mit den physischen Uebeln der Natur, oder denjeni-

⁶⁹ Verbessert aus „Eine solche Sorge“.

⁷⁰ Verbessert aus „vereint“.

gen moralischen – die ihnen wenigstens hierin gleich kommen – die durch Uebermaaß des Genusses oder des Entbehrens auf eigne Zerstörung hinauslaufen; so wäre gar keine Staatsvereinigung nöthig. Jenen würde der Muth, die Klugheit und Vorsicht der Menschen, diesen die durch Erfahrung belehrte Weisheit von selbst steuern, und mit dem gehobnen Uebel ist in beiden auch immer Ein Kampf geendigt. Allein bei der Uneinigkeit der Menschen entsteht Kampf aus Kampf. Die Beleidigung fordert Rache und die Rache ist eine neue Beleidigung. Hier muß man also auf eine Rache zurückkommen, die keine neue Rache erlaubt, und diese ist die Strafe des Staats; oder ein Streit auf eine Entscheidung, welche die letzte ist, die Entscheidung des Richters. Auch bedarf nichts so eines unterwerfenden Befehls, und eines unbedingten Gehorsams, als [134; R 59] die Unternehmungen des Menschen gegen den Menschen, man mag an die Abtreibung eines auswärtigen Feindes, oder an Erhaltung der Sicherheit im Staate selbst denken. Dieß ist es also eigentlich, was den Zweck des Staats ausmacht, und die Geschichte bestätigt diese Behauptung so sehr, daß in allen frühern Nationen vorzüglich die Könige nichts anders waren als Anführer im Kriege, oder Richter im Frieden. Ich sage alle Könige. Denn, wenn Sie mir diese Abschweifung erlauben, so zeigt uns die Geschichte, wie sonderbar es auch scheint, gerade in der Epoche, wo dem Menschen, der, mit noch sehr wenigem [135; R 60] Eigenthum versehen, nur persönliche Kraft kennt und schätzt, und in die ungestörteste Ausübung⁷¹ derselben den höchsten Genuß setzt, das Gefühl seiner Freiheit das theuerste ist, nichts als Könige und Monarchien. So alle Staatsverfassungen Asiens, so die ältesten Griechenlands, Italiens, und die freiheitsliebendsten Stämme, die Germanischen⁷². Denkt man über die Gründe hievon nach; so wird man gleichsam von der Wahrheit überrascht, daß gerade die Wahl einer Monarchie ein (*HZ 72*) Beweis der höchsten Freiheit der Wählenden ist. Der Gedanke eines Befehlshabers entsteht, wie eben gesagt, nur durch das Gefühl der Nothwendigkeit eines Anführers oder Schiedsrichters. Nun ist Ein Führer unstreitig das Einfachste und Zweckmäßigste. Die Besorgniß, daß der Eine aus einem Führer und Schiedsrichter ein Herrscher werden möchte, kennt der wahrhaft freie Mann, die Möglichkeit selbst ahndet er nicht, er traut keinem Menschen die Macht, seine Freiheit unterjochen zu können, und keinem Freien den Willen zu Herrscher zu sein – wie denn auch in der That der Herrschsüchtige, nicht empfänglich für die hohe Schönheit der Freiheit, die Sklaverei liebt, nur daß er nicht der Sklave sein will – und so ist, wie die Moral mit den Lastern, die Theologie mit der Kezerei, die Politik mit der Knechtschaft entstanden. Nur freilich führen unsre

⁷¹ Verbessert aus „Freiheit“.

⁷² In der End-Fassung in der Anmerkung gleichbedeutende Belegzitate aus Sallust und Dionysius von Halicarnass: Röm. Altertümer. Vgl. Leitzmann: A. a. O., S 135, Anm. 1; RUB Bd. 1991, S. 59.

Monarchen nicht eine so honigsüße Sprache, als die Könige bei Homer und Hesiodus.⁷³

Von der Sicherheit gegen auswärtige Feinde brauche ich – um zu meinem Vorhaben [136; R 61] zurückzukehren – kaum ein Wort zu sagen, wenn es nicht die Klarheit der Hauptideen vermehrte, sie auf alle einzelne Gegenstände nach und nach anzuwenden. Ich komme hier auf etwas zurück, wovon wir schon einmal mit einander redeten. Der Krieg scheint mir eine der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts, und ungern sehe ich ihn nach und nach immer mehr vom Schauplatz zurüktreten. Er ist das freilich furchtbare Extrem, wodurch jeder thätige Muth gegen Gefahr, Arbeit und Ungemach geprüft und gestählt wird, der sich nachher in so verschiedene Nüancen im Menschenleben modifizirt, und ohne den der ganzen Gestalt die Stärke und Mannigfaltigkeit fehlten, ohne welche Leichtigkeit Schwäche und Einheit Leere ist. Sie werden mir antworten, daß es neben dem Kriege andere Mittel dieser Art giebt, physische, gefahrvolle Beschäftigungen, und moralische von mancherlei Gattung, die den festen, unerschütterten Staatsmann im Kabinett, und den freimüthigen [137; R 62] Denker in seiner einsamen Zelle treffen können. Allein ich kann mich von der Vorstellung nicht losreißen, daß wie alles Geistige nur eine feinere Blüthe des Körperlichen, so auch dieses es ist. Nun lebt zwar der Stamm, auf dem sie hervorsprießen⁷⁴ kann, in der Vergangenheit. Allein das Andenken der Vergangenheit tritt immer weiter zurück, diwe Zahl derer, auf welche es wirkt, vermindert sich immer in der Nation, und selbst auf diese wird die Wirkung schwächer. Andren oft gleich gefahrvollen Beschäftigungen, Seefahrten, dem Bergbau u. s. f. fehlt, (*HZ 73*) wenn gleich mehr und minder, die Idee der Größe und des Ruhms, die mit dem Kriege so eng verbunden ist. Und diese Idee ist in der That nicht schimärisch. Sie beruht auf einer Vorstellung von überwiegender Macht. Den Elementen sucht man mehr zu entrinnen, ihre Gewalt mehr auszudauren, als sie zu besiegen. Mit Göttern Soll sich nicht messen Irgend ein Mensch⁷⁵. ⁷⁶Rettung ist nicht Sieg. Was das Schiksal wohlthätig schenkt, und menschlicher Muth oder menschliche Erfindsamkeit nur benutzt, ist nicht Frucht und Beweis der Obergewalt. Dazu denkt auch jeder im Kriege, auf seiner Seite das Recht zu haben, jeder eine Beleidigung zu rächen. Nun aber

⁷³ In der End-Fassung ein längeres Hesiod-Zitat als Beleg. Vgl. Leitzmann: *A. a. O.*, S 135, Anm. 2 und S. 136, Anm. 2 und 3; *RUB Bd. 1991*, S. 59ff. Der Wortlaut des Zitates legt nahe, dass Humboldt die zitierte Stelle bereits bei der Ur-Fassung vor Augen lag, er aber erst hier dem breiteren Publikum den Stellen-Nachweis zu führen schuldig zu sein wählte. – Vgl. auch oben Anm. 44 u. 45.

⁷⁴ Verbessert aus „der sie tragen“.

⁷⁵ Goethe, *Grenzen der Menschheit 11. – Ersterscheinung 1789*.

⁷⁶ Gestrichen: „Die“.

achtet der natürliche Mensch es höher, seine Ehre zu reinigen, als Bedarf⁷⁷ fürs Leben zu sammeln. Sie werden es mir nicht zutrauen, den Tod eines gefallenen Kriegers schöner zu nennen, als den Tod eines kühnen Empedokles, oder, um vielleicht nicht genug geehrte Männer zu nennen, den Tod von Robert und Pilatre de Rozier⁷⁸. Allein diese Beispiele sind selten, und wer weiß, ob ohne jene sie überhaupt nur wären? Auch habe ich für den Krieg die ungünstigste Lage gewählt. Nehmen Sie die Spartaner bei Thermopylä. Ich frage Sie, was so ein Beispiel auf eine Nation [138; R 63] wirkt? Wohl weiß ich's, derselbe Muth, dieselbe Selbstverläugnung kann sich in jeder Situation des Lebens zeigen, und zeigt sich in jeder in ihm. Aber wollen Sie es dem sinnlichen Menschen verargen, wenn das lebendigste Symbol ihn auch am meisten hinreißt, und können Sie läugnen, daß Symbole dieser Art wenigstens in der größten Allgemeinheit wirken und wieder die lebendigste Energie hervorbringen? Und bei allem dem, lieber Freund, was ich je von Uebeln hörte, die schrecklicher waren als der Tod, ich sah noch keinen Menschen, der das Leben in üppiger Fülle genoß, und der, ohne Schwärmer zu sein, den Tod verachtete. Am wenigsten aber existirten diese Menschen im Alterthum, wo man die Sache noch höher als das Zeichen, die Gegenwart noch höher als die Zukunft schätzte. Was ich daher hier von Kriegen sage, gilt auch nur von solchen, die – nicht gebildet wie jene, in Platos Republik⁷⁹ – die Dinge, Leben und Tod, nehmen für das, was sie sind, für Krieger, die, das höchste im Auge, das Höchste aufs Spiel setzen. Alle Situationen, in welchen sich die Extreme gleichsam an einander knüpfen, (*HZ 74*) sind die interessantesten und bildendsten. Wo ist dieß aber mehr der Fall als im Kriege, wo Neigung und Pflicht, und Pflicht des Menschen und Bürgers im ewigen Streit ist? Schon der Gesichtspunkt, aus dem allein ich den Krieg für heilsam und nothwendig halte, sagt Ihnen, wie, meiner Meinung nach, im Staat davon Gebrauch gemacht werden müßte. Dem Geist, den er erweckt, muß Freiheit gewährt werden, durch alle Mitglieder der Nation sich zu ergießen. Schon dieß spricht gegen die stehenden Armeen. Ueberdieß sind sie und die neuere Art des Krieges freilich weit von dem [139; R 64] Ideale des Krieges entfernt, das für die Bildung des Menschen das nützlichste wäre. Auch müßte ich sehr unglücklich in Auseinandersetzung meiner Ideen gewesen sein, wenn Sie glaubten, der Staat solle, meiner Meinung nach, von Zeit zu Zeit Kriege anrichten. Er gebe Freiheit und dieselbe Freiheit genieße ein benachbarter Staat. Die Menschen sind in jedem Zeitalter Menschen, und verlieren nie ihre ursprünglichen Leidenschaften. Es wird Krieg von selbst entstehen, und entsteht er nicht, nun so ist man wenig-

⁷⁷ Verbessert aus „Erwerb“.

⁷⁸ Vgl. Gesammelte Schriften I, 137 Anm. 2; *RUB Bd. 1991*, S. 62.209.

⁷⁹ Im Anfang des dritten Buches (S. 386a).

tens gewiß, daß der Friede weder durch Gewalt erzwungen, noch durch künstliche Lähmung hervorgebracht ist, und dann wird der Friede der Nation freilich ein ebenso wohlthätigeres Geschenk sein, als der friedliche Pflüger ein holderes Bild ist, als der blutige Krieger. Und gewiß ist es, denkt man [140; R 65/66] sich ein Fortschreiten der Menschen über mehr als eine Generation hinaus, so müßten die folgenden Zeiträume immer die friedlicheren sein. Aber dann ist der Friede aus den innern Kräften der Wesen hervorgegangen, dann sind die Menschen und zwar die freien Menschen friedlich geworden. Jetzt – das beweist Ein Jahr der europäischen Geschichte – genießen wir die Früchte des Friedens, aber nicht die der Friedlichkeit⁸⁰. Die menschlichen Kräfte, unaufhörlich nach einer gleichsam unendlichen Wirksamkeit strebend, wenn sie einander begegnen, vereinen⁸¹, oder bekämpfen sich. Welche Gestalt der Kampf annehme, ob des Kriegeres, des Wetteifers, welche Sie sonst nuanciren wollen, hängt vorzüglich von ihrer Verfeinerung⁸² ab⁸³. Wenn ich⁸⁴ es daher wagen darf allein aus dem in diesem ganzen Briefe gewählten Gesichtspunkte die Skizze einer Staatsverfassung zu entwerfen, so müßte den Krieg und Frieden beschließen allemal die Nation. Im Kriege selbst müßte der Staat anführen, und der Krieger durch den unbedingtesten Gehorsam gebunden sein.

(*HZ 75*) Einiger, als in diesem Punkt, in dem ich dennoch auch, was eigentlich zum Zusammenhang des ganzen Raisonnements dieses Briefes gehört, völlig gegen allen Einwurf gesichert halte, werden Sie mit mir über die Sorgfalt des Staats zur Erhaltung der innern Sicherheit sein. Schon ein oberflächliches Raisonement und selbst eine sehr mangelhafte [141; R 67] Erfahrung lehrt, daß diese Sorgfalt mehr oder minder weit ausgreifen kann, ihren Endzweck zu erreichen. Sie kann sich begnügen begangne Unordnungen beizulegen und zu bestrafen. Sie kann ihre Begehung an sich zu verhüten suchen, und sie kann endlich, zu diesem Endzweck, den Bürgern überhaupt, ihrem Charakter und ihrem Geist,

⁸⁰ Humboldt meint hier offensichtlich die Konvention zu Reichenbach v. 27. Juli 1790, durch die Preußen und Österreich ihre bestehenden außenpolitischen Differenzen beilegte. Dem formell geschlossenen Vertrag stand, wie Humboldt auch andeutet, die Wirklichkeit gegenüber: Da Preußen seine nach Osten gerichteten Expansionspläne nicht aufgegeben hatte, herrschte zwischen den Vertragspartnern eine Atmosphäre des Misstrauens. Außerdem wurde die revolutionäre Entwicklung in Frankreich als Bedrohung empfunden. In der Pillnitzer Erklärung v. 27. August 1791 beschloss Preußen und Österreich sodann ein gemeinsames Vorgehen gegen die Revolution in Frankreich. – Es ist davon auszugehen, dass Humboldt, der über persönliche Bekanntschaften und Beziehungen zu Kreisen der politischen Entscheidungsträger in Berlin verfügte, die Ziele und Vorgänge der hohen Politik recht genau bekannt waren.

⁸¹ Gestrichen: „sich“.

⁸² Verbessert aus „Feinh[eit]“. – [...] bei Leitzmann.

⁸³ Verschieben steht: „her“.

⁸⁴ Verbessert aus „Hienach“.

eine Wendung zu ertheilen bemüht sein, die hiezu abzweckt. Auch gleichsam die Extension ist verschiedner Grade fähig. Es können bloß Beleidigungen der Rechte der Bürger oder unmittelbarer Rechte des Staats untersucht und gerügt werden, oder man kann, indem man den Bürger als ein Wesen ansieht, das dem Staat die Anwendung seiner Kräfte schuldig ist, auch auf Handlungen ein wachsameres Auge haben, deren Folgen sich nur auf die Handlenden selbst erstrecken. Alles dieß fasse ich hier auf einmal zusammen, und rede daher allgemein von allen Einrichtungen des Staats, welche zwar in der Absicht der Beförderung der öffentlichen Sicherheit geschehen, allein sich nicht begnügen unmittelbare Kränkungen der Rechte der⁸⁵ Bürger und des Staats zu bestrafen⁸⁶ oder, wenn man grade im Begriff ist sie zu begehen, zu verhüten. Ich ziehe zugleich alle übrigen hieher, die zwar nicht Sicherheit allein, sondern das Wohl der Bürger überhaupt, indeß das moralische, nicht das physische zum Endzweck haben, weil diese mit den übrigen, von denen ich hier rede, in näherer Verwandtschaft stehen, als mit denen, von welchen ich im Vorigen sprach.

Die sinnlichen Empfindungen, Neigungen und Leidenschaften sind es, welche sich zuerst und [165; R 100] in den heftigsten Aeußerungen an den Menschen zeigen. Wo sie, ehe noch Kultur sie verfeinert, oder der Energie der Seele eine andre Richtung gegeben hat, schweigen, da ist auch alle Kraft erstorben, und es kann nie etwas Gutes und Großes gedeihen. Sie sind es gleichsam, welche wenigstens zuerst eine belebende Wärme der Seele ertheilen, zuerst⁸⁷ zu einer regen Thätigkeit anspornen. Indeß ist ihr Einfluß in der Intension, wie in der Art des [166; R 101] Wirkens unendlich verschieden. (*HZ 76*) Dieß beruht theils auf ihrer Stärke, oder Schwäche, theils aber auch – wenn ich mich so ausdrücken darf – auf der mindern oder größern Leichtigkeit, sie von thierischen Genüssen zu menschlichen Freuden zu erheben. So leihet⁸⁸ das Auge der Materie seiner Empfindung die für uns so genuß- und ideenreiche Form der Gestalt, so das Ohr die der proportionirten Zeitfolge der Eindrücke. Ueber die verschiedne Natur dieser Empfindungen, und die Art ihrer Wirkung ließe sich vielleicht viel Schönes und manches Neue sagen, wozu aber schon hier nicht der Ort ist. Nur Eine Bemerkung über ihren Nutzen zur Bildung der Seele. Das Auge, wenn ich so sagen soll, liefert gleichsam dem Verstande einen mehr vorbereiteten Stoff. Das Innere des Menschen wird ihm gleichsam mit seiner, und der übrigen immer von unsrer Phantasie auf ihn bezogenen Dinge Gestalt gegeben. Das Ohr weniger. Sie erinnern sich daß darum Kant die Musik den bildenden Künsten nachsetzt. Allein er

⁸⁵ Verbessert aus „unmittelbar gekränkte“.

⁸⁶ Verbessert aus „verhindern“.

⁸⁷ Verbessert aus „welche“.

⁸⁸ Verbessert aus „giebt“.

bemerkt sehr richtig, daß dies auch zum Maaßstabe die Kultur voraussetzt, welche die Künste dem Gemüth verschaffen⁸⁹. Es fragt sich indeß, ob dieß der richtige Maaßstab sei. Meiner Idee nach, ist Energie die erste und einzige Tugend des Menschen. Was seine Energie erhöht, ist mehr werth, als was ihm nur Stoff zur Energie an die Hand giebt. Wie nun aber der Mensch auf Einmal nur Eine Sache empfindet; so wirkt auch das am meisten, was nur Eine Sache zugleich ihm darstellt, und wie in einer Reihe auf einander folgender Empfindungen jede einen durch alle vorigen gewirkten, und auf alle folgende [167; R 102] wirkenden Grad hat, das, in welchem die einzelnen Bestandtheile in einem ähnlichen Verhältnisse stehen. Dieß alles ist aber der Fall der Musik. Ferner ist der Musik nur diese Zeitfolge eigen, nur diese ist in ihr bestimmt. Die Reihe, die sie darstellt, nöthigt⁹⁰ sehr wenig zu einer bestimmten Empfindung. Es ist gleichsam ein Thema, dem man unendlich viele Texte unterlegen kann. Was ihr also die Seele des, der sie hört, und nur überhaupt gleichsam der Gattung nach in einer⁹¹ verwandten Stimmung ist, wirklich unterlegt, entspringt völlig frei und ungebunden aus ihrer eignen Fülle, und so umfaßt sie es unstreitig wärmer, als was ihr gegeben wird, und was oft erst mehr beschäftigt, wahrgenommen als empfunden zu werden. Diese Art zu wirken ist nun nicht der Musik allein eigen. Kant bemerkt (*HZ 77*) eben sie, als bei einer wechselnden Farbenmischung möglich⁹², und in noch höherm Grade ist sie bei dem, was wir durch das Gefühl empfinden. Selbst beim Geschmack ist sie unverkennbar. Auch im Geschmack ist ein Steigen des Wohlgefallens, das sich gleichsam nach einer Auflösung sehnt, und nach der gefundenen Auflösung in schwächern Vibrationen nach und nach verschwindet. Am dunkelsten, und sogar, meinem Gefühl nach, gar nicht bemerkbar ist dieß beim Geruch. Wie nun im empfindensten Menschen der Gang der Empfindung, ihr Grad, ihr wechselndes Steigen und Fallen, ihre – wenn ich mich so ausdrücken darf – reine und volle Harmonie eigentlich das anziehendste, und anziehender ist als der Stoff selbst, insofern man nemlich vergißt, daß die Natur des Stoffes vorzüglich den Grad und noch mehr die Harmonie jenes Ganges bestimmt, und wie der empfindende Mensch – gleichsam das Bild des blüthentreibenden Frühlings – gerade das anziehendste Schauspiel ist; so sucht auch der Mensch gleichsam dieß Bild seiner Empfindung vor allen andren in allen schönen Künsten. So macht die Malerei, selbst die Plastik es sich eigen, das Auge der Guido Renischen Madonna⁹³

⁸⁹ Kritik der Urteilskraft S. 220.

⁹⁰ Verbessert aus „ist“.

⁹¹ Verbessert aus „der“.

⁹² Kritik der Urteilskraft S. 211.

⁹³ Vgl. *Gesammelte Schriften 1*, 168 Anm.; *RUB Bd. 1991*, S. 103.209. – *Leitzmann* verweist hier auf das Gemälde der Himmelfahrt Mariens in *Forsters Ansichten vom Niederrhein 1791*. Indessen ist *Wilhelm von Humboldt* schon 1788 am Ende seiner Reise nach dem Reich Ende Oktober/Anfang

hält sich⁹⁴ gleichsam nicht in den Schranken Eines flüchtigen Augenblicks. Die [168; R 103] angespannte Muskel des Borghesischen Fechters verkündet den Stoß, den er zu vollführen bereit ist. Und in noch höherm Grade benutz die Dichtkunst. Ohne hier eigentlich von dem Range der schönen Künste reden zu wollen, erlauben Sie mir nur noch Folgendes, um meine Idee ganz deutlich zu machen, hinzuzusetzen. Die schönen Künste wirken durch ein zwiefaches Mittel durch Materie und Ausdruck, die ich aber freilich hier in einem weitem und wieder auch geschiednern Sinn als gewöhnlich nehme. Je mehr der Ausdruck die Materie, und je mehr die Materie den Ausdruck zu Hülfe nimmt, desto mehr schwächt jedes seine eigne Wirkung. Die Dichtkunst vereinigt am meisten und vollständigsten beides, und darum ist sie auf der einen Seite die vollkommenste der schönen Künste, aber auf der andren Seite auch die schwächste. Weniger lebhaft mahlend ist die Plastik, und deren Materie, drückt sie weniger treu nachahmend aus, als die Musik. Die energisch wirkenden sinnlichen Empfindungen aber – denn nur um diese zu erläutern, rede ich hier von Künsten – wirken wiederum verschieden, theils je nachdem ihr Gang wirklich die abgemessensten Proportionen hat, theils je nachdem die Bestandteile selbst, (*HZ 78*) gleichsam die Materie eindringlicher ist. So wirkt die gleich richtige und schöne Menschenstimme mehr als ein todes Instrument. Nun ist aber nie etwas näher als das eigne körperliche Gefühl. Wo also dieses selbst im Spiele ist, da ist die Wirkung die höchste. Aber wie immer die unverhältnißmäßige Stärke der Materie gleichsam die zarte Form unterdrückt, so geschieht es auch hier oft, und es muß also zwischen beiden [169; R 104] ein richtiges Verhältniß sein. Das Gleichgewicht bei einem unrichtigen Verhältnisse kann hergestellt werden durch Erhöhung der Kraft des einen, oder Schwächung der Kraft des andren. Allein es ist immer falsch, durch Schwächung zu bilden, oder die Stärke müßte denn nicht natürlich, sondern erkünstelt sein. Wo sie aber das nicht ist, da schränke man sie nie ein. Es ist besser, daß sie sich zerstöre, als daß sie aufhöre. Aber genug hievon. Ich hoffe, Sie werden mich verstehn, obgleich ich gestehe, daß Sie das meiste Licht nun in der nicht eben zufälligen Dunkelheit suchen müssen.

Ich habe bis jetzt – obgleich eine völlige Trennung nie möglich ist – von der sinnlichen Empfindung nur als sinnlicher Empfindung zu reden versucht. Aber Sinnlichkeit und Unsinnlichkeit verknüpft ein geheimnißvolles Band, und wenn es unsrem Auge⁹⁵ versagt ist, dieß Band zu sehen, so ahndet es unser Gefühl. Dieser zwiefachen Natur der sichtbaren und unsichtbaren Welt, dem

November für mehrere Tage in Düsseldorf gewesen und hat dort u. a. Friedrich Heinrich Jacobi (1843–1819) aufgesucht.

⁹⁴ Verbessert aus „zeigt den“.

⁹⁵ Verbessert aus „uns“.

angeborenen Sehnen nach dieser, und dem Gefühl der gleichsam süßen Unentbehrlichkeit jener⁹⁶ danken wir alle wahrhaft aus dem Wesen des Menschen entsprungne konsequente philosophische Systeme, so wie alle, auch die sinnlosesten Schwärmereien. Ewiges Streben beide so zu vereinen, daß jede⁹⁷ so wenig als möglich der andren raube, schien mir immer das Ziel⁹⁸ des menschlichen Weisen. Unverkennbar ist überall dieß ästhetische Gefühl, mit dem uns die Sinnlichkeit Hülle des Geistigen und das Geistige belebendes Prinzip der Sinnenwelt ist. Das ewige Studium dieser Physiognomik der Natur bildet den eigentlichen Menschen. Und hier zeigt sich zugleich wieder der Unterschied [170; R 105/106] der energisch wirkenden und der übrigen sinnlichen Empfindungen. Wenn das letzte Streben alles unsres menschlichen Bemühens nur auf das Entdecken, Nähren und Erschaffen des Einzig wahrhaft Existierenden, obgleich in seiner Urgestalt ewig Unsichtbaren in uns und andren gerichtet ist, wenn es kein das ist, dessen Ahndung uns (*HZ 79*) jedes seiner Symbole so theuer und gleichsam heilig macht, so treten wir ihm gleichsam einen Schritt näher, wenn wir das Bild seiner ewig regen Energie anschauen. Wir reden gleichsam mit ihm in schweren und unverstandnen, aber auch oft mit der gewissesten Wahnseitsahndung überraschenden Gefühl, indeß die Gestalt, wie Plato einmal vom Dichter sagt⁹⁹, um¹⁰⁰ die dritte Stelle von der Wahrheit entfernt ist. Auf diesem Boden zwar nicht allein, aber vorzüglich blüht auch das Schöne, und weit mehr noch das Erhabne auf, das gleichsam den Menschen der Gottheit noch näher bringt. Die Nothwendigkeit eines reinen, von allem Zweck entfernten Wohlgefallens an einem Gegenstande, ohne Begriff, bewährt ihm gleichsam seine Abstammung, seine Verwandtschaft mit dem Unsichtbaren, und das Gefühl seiner Unangemessenheit zu dem überschwänglichen Gegenstande verbindet auf die menschlich-göttlichste Weise unendliche Größe mit hingebender Niedrigkeit. Ohne das Schöne fehlte dem Menschen die Liebe der Dinge, um ihrer selbst willen, ohne das Erhabne der Gehorsam, der jede Belohnung verschmäht, und niedrige Furcht nicht kennt. Das Studium¹⁰¹ des Schönen gewährt Geschmack, des Erhabnen, wenn es auch hiefür¹⁰² ein Studium giebt und nicht Gefühl und Darstellung des Erhabnen allein Frucht des Genies ist, richtig abgewägte Größe. Der Geschmack allein aber, dem¹⁰³ allemal Größe

⁹⁶ Verschrieben steht: „dieser“.

⁹⁷ Verbessert aus „keine“.

⁹⁸ Verbessert aus „Eigenthum“.

⁹⁹ Im zehnten Buch des Staats (S. 601c).

¹⁰⁰ Verbessert aus „erst“ aus „gleichsam“ – [...] bei *Leitzmann*

¹⁰¹ Verbessert aus „Gefühl“ – [...] bei *Leitzmann*

¹⁰² Verbessert aus „für es“.

¹⁰³ Gestrichen: „sich“.

zum Grunde liegen muß, weil nur das Große des Maaßes und nur das Gewaltige der Haltung bedarf, vereint alle Töne des vollgestimmten¹⁰⁴ Wesens in eine reizende Harmonie. Ohne ihn sind die Tiefen des Geistes, wie die Schätze des Wissens unfruchtbar, ohne ihn der Adel und die Stärke des moralischen Willens selbst rau und ohne erwärmende Segenskraft.

Forschen und Schaffen – darum drehen, und darauf beziehen sich wenigstens, wengleich [171; R 107] mittelbarer oder unmittelbarer, alle Beschäftigungen des Menschen. Das Forschen, wenn es die Gründe der Dinge oder die Schranken der Vernunft erreichen soll, setzt außer der Tiefe einen mannigfaltigen Reichtum und innige Erwärmung des Geistes voraus. Nur der bloß analytische Philosoph kann vielleicht durch die simplen Operationen der nicht bloß ruhigen, sondern kalten Vernunft seinen Endzweck erreichen.¹⁰⁵

(HZ 80) Aber um das Band zu entdecken, das synthetische Sätze verknüpft, ist eigentliche Tiefe und ein Geist erforderlich, der allen seinen Kräften gleiche Stärke zu verschaffen gewußt hat. So wird denn – man darf es wohl mit Wahrheit sagen – Kants¹⁰⁶ nie übertroffener Tiefsinn in der Moral und Aesthetik noch oft der Schwärmerei beschuldigt werden, wie er es schon wurde, und – wenn Sie mir das Geständniß erlauben – wenn mir selbst einige, obgleich seltne Stellen (ich erinnere Sie an die Deutung der Regenbogenfarben)¹⁰⁷ darauf hinzuführen scheinen; so klage ich allein den Mangel der Tiefe meiner intellektuellen Kräfte an. Also auch um den ruhigsten Denker zu bilden, muß Genuß der Sinne und der Phantasie oft [172; R 108] um die Seele spielen. Und wenn Sie von transcendentalen Untersuchungen auf psychologische übergehn, wenn der Mensch, wie er erscheint, Ihr Studium wird, wie wird da nicht der das gestaltenreiche Geschlecht am tiefsten erforschen, am lebendigsten darstellen, dessen eigener Empfindung selbst die wenigsten dieser Gestalten fremd sind?

Daher erscheint der also gebildete Mensch in seiner höchsten Schönheit¹⁰⁸, wenn er ins praktische Leben tritt, wenn er, was er in sich aufgenommen hat, zu neuen Schöpfungen in und außer [sich] fruchtbar macht¹⁰⁹. Die Analogie zwischen den Gesezen¹¹⁰ der Plastischen Natur und denen des geistigen Schaffens ist schon mit einem wahrlich genievollen Blicke beobachtet, und mit treffenden

¹⁰⁴ Verbessert aus „erst ...[?]“. – [...] bei *Leitzmann*

¹⁰⁵ Bei *Leitzmann* fehlt hier ein Punkt. Infolge der dortigen Drucksatzgestaltung ist nicht eindeutig feststellbar, ob an dieser Stelle auch ein Absatzende vorliegt.

¹⁰⁶ Verbessert aus „ein“.

¹⁰⁷ Kritik der Urteilskraft S. 172.

¹⁰⁸ Verbessert aus „seinem hellesten Lich[te]“. – [...] bei *Leitzmann*.

¹⁰⁹ Verbessert aus „wovon er in sich glüht, außer sich zu schaffen bem[üht ist]“. – [...] bei *Leitzmann*

¹¹⁰ Verbessert aus „Oper[ationen]“. – [...] bei *Leitzmann*.

Bemerkungen bewährt worden¹¹¹. Doch vielleicht wäre eine anziehendere Ausführung¹¹² möglich gewesen; statt sich auf unerforschbare Gesetze der Bildung des Keims einzulassen, hätte die Psychologie vielleicht eine reichere¹¹³ Belehrung erhalten, wenn das geistige Schaffen gleichsam als eine feinere Blüte des körperlichen Erzeugens näher gezeigt worden wäre. Um auch in dem moralischen Leben von dem zuerst zu reden, was am meisten bloßes Werk der kalten Vernunft scheint, so macht¹¹⁴ es die Idee (*HZ 81*) des Erhabnen allein möglich dem unbedingt gebietenden Gesetze zwar allerdings – durch das Medium (ein so unendlich glücklich von Ihnen gewählter Ausdruck)¹¹⁵ des Gefühls – auf eine menschliche und doch – durch den völligen Mangel der Rücksicht auf Glück oder Unglück – auf eine göttlich uneigennütige Weise zu gehorchen. Das Gefühl der Unangemessenheit der menschlichen Kräfte zum moralischen Gesetz, das innige Bewußtsein, das der Tugendhafteste gleichsam nur der ist, der am tiefsten empfindet, wie hoch das Gesetz über ihm erhaben ist¹¹⁶, erzeugt¹¹⁷ die Achtung – eine Empfindung, welche nicht mehr körperliche Hülle zu umgeben scheint, als nöthig ist, sterbliche Augen nicht durch den reinen Glanz zu verblenden¹¹⁸. Wenn da das moralische Gesetz jeden Menschen als einen Zweck in sich zu betrachten nöthigt; so [173; *R 109*] vereint sich mit ihm das Schönheitsgefühl, das gern jedem Staube Leben einhauchte um auch in ihm an einer eignen¹¹⁹ Existenz sich zu freuen, und das um so viel voller und schöner den Menschen aufnimmt und umfaßt, als es, unabhängig vom Begriff, nicht auf die kleine Zahl der Merkma-

¹¹¹ Wie die Anmerkung *Gesammelte Schriften 1, 172; RUB Bd., 1991, S. 108.210* zeigt, hat Humboldt hier die von Johann Friedrich Hugo Reichsfreiherr von Dalberg (1760–1812), einen Bruder des Koadjutors, verfasste Schrift „Vom Bilden und Erfinden“ im Auge. – Leitzmann hat den Briefwechsel von Karoline mit ihrem Bruder wahrscheinlich nicht eingesehen (Archiv Schloss Tegel); Friedrich von Dalberg war mit der Familie Dacheroeden, damit auch mit Karoline und sodann auch mit Wilhelm von Humboldt näher bekannt bzw. vertraut. Karoline, die offensichtlich mit Friedrich von Dalberg, abgesehen von dessen häufiger Anwesenheit in Erfurt, in Briefwechsel stand, nennt ihn dem Bruder gegenüber „Fritz Dalberg“ bzw. „Fritz“ (z.B. Brief v. 3. Nov. 1791 aus Burgörner). Humboldt besaß das Buch von Friedrich von Dalberg (s. Bücherverzeichnis Archiv Schloss Tegel Nr. 70: „F. v. Dalberg vom Erschaffen und Bilden. Frankfurt ...1791“).

¹¹² Verbessert aus „Be[handlung]“. – [...] bei Leitzmann.

¹¹³ Verbessert aus „frucht[barere]“. – [...] bei Leitzmann

¹¹⁴ Verbessert aus „knüpft“.

¹¹⁵ In dem oben S. 49 Anm. 1 zitierten Aufsatz von Gentz kommt der Ausdruck nicht vor. – Leitzmann schwankt in der zitierten Anmerkung, ob es sich um den von Gentz verfassten Aufsatz („Über den Ursprung und die obersten Prinzipien des Rechts“) in dem im Frühjahr 1791 erschienenen Bd. 17 der *Berlinischen Monatsschrift* oder um eine verloren gegangene Schrift handelt.

¹¹⁶ Verbessert aus „die Höhe des Gesetze[s]“. – [...] bei Leitzmann.

¹¹⁷ Verbessert aus „gebie[rt]“. – [...] bei Leitzmann.

¹¹⁸ Verbessert aus „sie sterblichen Augen sichtbar zu machen“.

¹¹⁹ Verbessert aus „neu[en]“. – [...] bei Leitzmann.

le beschränkt ist, welche der Begriff und noch dazu nur abgeschnitten und einzeln zu umfassen vermag. Die Beimischung des Schönheitsgefühls scheint der Reinheit des moralischen Willens Abbruch zu thun, und sie könnte es allerdings, und würde es auch, wenn dieß Gefühl¹²⁰ eigentlich dem Menschen Antrieb zur Moralität sein sollte. Allein es soll¹²¹ bloß die Pflicht auf sich haben, gleichsam mannigfaltigere Anwendungen für das moralische Gesez aufzufinden, die dem kalten, und darum hier allemal unfeinern Verstande entgehen würden, und das Recht genießen, dem Menschen – dem es nicht verwehrt ist für die Tugend Lohn zu genießen, aber wohl die Tugend durch Lohn zu erkaufen – die süßesten Gefühle zu gewähren.¹²² Je mehr ich überhaupt über diesen Gegenstand nachdenken mag, desto weniger scheint mir der Unterschied, den ich eben¹²³ bemerkte, so bloß subtil und vielleicht schwärmerisch zu sein. Wie strebend der Mensch nach Genuß ist, wie sehr er (*HZ* 82) sich Tugend und Glückseligkeit ewig auch unter den ungünstigsten äußern Umständen vereint denken möchte; so ist doch auch seine Seele für die Größe des moralischen Gesezes empfänglich. Sie kann sich der Gewalt nicht erwehren, mit welcher diese Größe sie zu handeln nöthigt, und nur von diesem Gefühle durchdrungen handelt sie, schon darum ohne Rücksicht auf Genuß, weil sie nie das volle Bewußtsein verliert, daß die Vorstellung jedes Unglücks ihr kein¹²⁴ andres Betragen abnöthigen würde. Aber diese Stärke freilich gewinnt die Seele nur auf einem dem ähnlichen Wege, von dem ich im Vorigen rede. Alle Stärke – gleichsam die Materie – stammt aus der Sinnlichkeit, und wie weit entfernt von dem Stamm, ist sie doch immer, wenn ich so sagen darf, auf ihm ruhend. Wer nun seine Kräfte unaufhörlich zu erhöhen und durch häufigen Genuß zu verjüngen sucht¹²⁵, wer die Stärke seines Charakters oft braucht, seine Unabhängigkeit von der Sinnlichkeit zu behaupten, wer so diese Unabhängigkeit mit der höchsten Reizbarkeit zu vereinen bemüht ist, wessen gerader¹²⁶ und tiefer Sinn der Wahrheit unermüdet nachforscht, [*174; R 110/111*] wessen richtiges und reines Schönheitsgefühl keine reizende Gestalt unbemerkt läßt, wessen Drang das außer sich Empfundne in sich aufzunehmen, und das in sich Aufgenommne zu neuen Geburten zu befruchten, jede Schönheit in seine Individualität zu verwandeln, und, mit jeder sein ganzes Wesen gattend, neue Schönheit zu erzeugen strebt, der kann das befriedigende Bewußtsein näh-

¹²⁰ Verbessert aus: „sie“.

¹²¹ Gestrichen: „ihr“.

¹²² Gestrichen: „Wie strebend nach Genuß“.

¹²³ Gestrichen: „So wie ich eben“.

¹²⁴ Verbessert aus „sie nicht zu einem“.

¹²⁵ Verbessert aus „strebt“.

¹²⁶ Verbessert aus „richtiger“.

ren auf dem richtigen Wege zusein, dem Ideal¹²⁷ sich zu nahen, das selbst die kühnste Phantasie der Menschheit vorzuzeichnen wagt.

Ich habe durch dieß an und für sich selbst politischen Untersuchungen ziemlich fremdartige Gemählde zu zeigen versucht, wie die Sinnlichkeit und ihre heilsamen Folgen durch das ganze Leben, und durch alle Beschäftigungen des Menschen verflochten ist. Ihr dadurch Achtung und Freiheit zu erwerben war meine Absicht. Sie mögen über das Gelingen des Versuchs urtheilen. Vergessen darf ich indeß nicht, daß gerade sie auch die Quelle einer großen Menge physischer und moralischer Uebel ist. Selbst moralisch nur heilsam, wenn sie in richtigem Verhältnisse mit den geistigen Kräften steht, erhält sie so leicht ein schädliches Uebergewicht. Dann wird menschlicher Genuß thierische Lust, (*HZ 83*) der Geschmack verschwindet, oder erhält unnatürliche Richtungen, bei welchem leztern Ausdruck ich mich jedoch nicht enthalten kann, vorzüglich in Hinsicht auf gewisse einseitige Beurtheilungen, noch zu bemerken, daß nicht unnatürlich heißen muß, was nicht gerade diesen oder jenen Zweck der Natur erfüllt, sondern was den allgemeinen Zweck derselben mit dem Menschen vereitelt. Dieser aber ist, daß seine denkende und empfindende Kraft, beide in proportionirlichen Graden der Stärke, sich unzertrennlich vereine. Es kann aber ferner ein Misverhältniß entstehen zwischen der Art, wie ein Mensch seine Kräfte ausbildet, und zwischen den Mitteln des Wirkens und Genießens, die seine Lage ihm darbietet, und dieß Mißverhältniß ist eine neue Quelle von Uebeln. Nach den im vorigen aufgeführten Grundsätzen aber ist es dem Staat nicht erlaubt, positiv auf die Lage der Bürger zu wirken. Diese Lage erhält also nicht eine so bestimmte und erzwungne Form, und ihre größere [175; R 112] Freiheit, wie daß sie in dieser Freiheit eben selbst größtentheils von der Denkungs und Handlungs Art der Bürger ihre Richtung erhält, vermindert schon ihr Misverhältniß. Dennoch aber könnte die immer warlich nicht unbedeutende übrigbleibende Gefahr die Idee der Nothwendigkeit erregen, der Sittenverderbniß durch Geseze und Staatseinrichtungen entgegenzukommen.

Allein wären solche Geseze und Einrichtungen auch wirksam; so würde nur gerade mit dem Grade ihrer Wirksamkeit ihre Schädlichkeit steigen. Ein Staat, in welchem die Bürger durch falsche Mittel genöthigt oder bewogen würden auch den besten Gesezen zu folgen, könnte ein ruhiger, friedliebender, wohlhabender Staat sein, allein er würde mir immer ein Haufe ernährter Sklaven, nicht eine Vereinigung freier, nur, wo sie die Gränze des Rechts übertreten, gebundener Menschen scheinen. Zwang bringt nie Tugend hervor, und schwächt immer die Kraft, und was sind Sitten ohne moralische Stärke und Tugend? Und wie groß auch das Uebel des Sittenverderbnisses sein mag, es ermangelt selbst der

¹²⁷ Verbessert aus „seis auch im“.

heilsamen Folgen nicht. Durch die Extreme der Dinge müssen die Menschen auf der Weisheit und Tugend mittlern Pfad gelangen. Extreme müssen, gleich großen in die Ferne leuchtenden Massen, weit wirken, um den feinsten Adern des¹²⁸ Körpers Blut zu verschaffen, muß eine beträchtliche Menge in den [176; R 113] großen vorhanden sein. Hier die Ordnung der Natur¹²⁹ stören wollen, heißt moralisches Uebel anrichten um physisches zu vernichten.

(HZ 84) Wenn ich es daher nicht billige, selbst wirklichem Uebel, sobald es nur noch nicht fremdes Recht kränkt, entgegen zu arbeiten, so schließen Sie leicht, daß ich alle Bildung, welche¹³⁰ der Staat durch Erziehung und Religion positiv geben will, [misbillige]. Ich verweile hiebei auch keinen Augenblick. Alles ist aus dem Vorigen klar. Die nähere Anwendung habe ich schon in dem alten Aufsatz¹³¹, den Sie kennen, gemacht. Freilich mangelhaft, eben die Mängel dieses Briefes zeigen Ihnen, daß jene Mängel hier nicht wieder ergänzt worden sind. Nur um der Konsequenz willen Eine Bemerkung. Alle Religion – sobald im praktischen Leben davon die Rede ist – beruht auf Empfindung. Wie das Empfindungssystem eines Menschen, so nicht bloß seine Religiosität, sondern auch sein Religionssystem. Die Nüancen sind unendlich verschieden. Allein folgende zwei Unterschiede wirken doch mächtig. Erstlich der Unterschied der Selbstständigkeit und der hinlehrenden Liebe; zweitens des Gefühls der Kraft des Individuums, und der Schönheit der Einheit in dem Mannigfaltigen. Das Letztere ist gleichsam intellektueller. In beiden führen die beiden ersten Modificationen allein für sich zum entschiednen Atheismus, die beiden letzten zum entschiednen Theismus. In beiden beides vereint können Atheismus und Theismus hervorbringen, und soll über Werth entschieden werden; so würde ich, da Werth der Religionssysteme immer nach dem Werth der ihnen zum Grunde liegenden intellektuellen und empfindenden Kräfte geschätzt werden kann, dem Theismus und Atheismus, wie er auf die zuletzt erwähnte Weise entsteht, den Vorzug vor dem Theismus und Atheismus geben, auf die erstere Weise entstanden. Eine unpartheiische Entscheidung zwischen beiden halte ich unmöglich. Bei diesem engen Zusammenhange des Empfindungs und Religionssystems würde daher völlige Freiheit des Erstern, und einschränkende Anordnung des Letztern wenn nicht unmöglich, doch gewiß noch mehr als bloß inkonsequent sein. Soviel hievon und nun wiederhole¹³² ich bloß das mehr als Einmal gesagte, daß die Religion

¹²⁸ Gestrichen: „menschlichen“.

¹²⁹ Verbessert aus „Natur“.

¹³⁰ Verbessert aus „die“.

¹³¹ „Über Religion“ (Gesammelte Schriften 1, 45).

¹³² Verbessert aus „bemerke“.

nur eine ohne alle Aufsicht des Staats zu lassende Gemeinrichtung sei¹³³, und Aufsicht auf Erziehungsanstalten ganz aufhören müßte.

Lassen Sie mich jetzt alles zusammennehmen, was ich über die Beantwortung der zweiten Frage gesagt habe. Den Zweck des Staats darf daher nichts anders als die Erhaltung der Sicherheit (*HZ 85*) gegen auswärtige Feinde, und gegen Beeinträchtigungen der Bürger unter einander sein. In diesen Schranken muß er seine Wirksamkeit halten, und selbst in der Wahl der Mittel zu diesem Zweck beschränken ihn eben die Grundsätze, welche ihm keinen andren, als diesen Zweck erlauben. Er darf nemlich – und ich rede hier nun sehr natürlich bloß von der innern Schönheit – keine andre Mittel anwenden als Entscheidung des streitigen Rechts, Herstellung des verletzten, Bestrafung des Verletzten. Verbrechen zuvorkommen dürfte er nur, insofern hinlängliche Merkmale vorhanden wären, daß die Theilhaber sie schon beschlossen hätten.

Dem Einwurfe der Unausführbarkeit überhaupt – denn von der unter diesen Umständen, in diesem oder jenen Lande oder Jahrhundert ist hier die Rede gar nicht – zu begegnen mag noch Folgendes dienen. 1., Der Mensch ist an sich mehr zu wohlthätigen als eigennütigen [*116; R 113*] Handlungen geneigt. Dies zeigt auch die Geschichte der Wilden. Die häuslichen Tugenden haben so etwas Freundliches, die öffentlichen des Bürgers so etwas Großes und Hinreißendes, daß der bloß unverdorrene Mensch ihrem Reiz¹³⁴ selten widersteht. 2., Freiheit erhöht die Kraft und führt¹³⁵, wie immer auch die größere Stärke, allemal eine Art der Liberalität mit sich. Zwang erstikt die Kräfte, und führt zu allen eigennütigen¹³⁶ Wünschen und allen niedrigen Kunstgriffen der Schwäche. Zwang hindert manche Vergehung, giebt aber allen eine niedrige Gestalt. 3., Der sich selbst überlassene Mensch kommt schwerer auf richtige Grundsätze, aber sie zeigen sich unaustilgbar in seiner Handlungsweise. Der absichtlich geleitete empfängt sie leichter, aber sie weichen auch sogar seiner doch geschwächten Energie. 4., Alle Staatseinrichtungen, indem sie ein mannigfaltiges und sehr

¹³³ Humboldt dürfte hier neben der Innenpolitik in Preußen auch die neue Kirchenpolitik in Frankreich im Blickwinkel haben: Die am 12. Juli 1790 erlassene Zivilverfassung des Klerus, die Neueinteilung der Diözesen, die Erklärung der Geistlichen zu Staatsbeamten. Ein Gesetz vom November 1790 verlangte von den Geistlichen die Eidesleistung auf die Verfassung, wogegen der Papst erfolglos intervenierte. Ein weiteres Gesetz vom 29. November 1791 verfügte – bei vergeblichem Veto des Königs – Zwangsmaßnahmen gegen den Eid verweigernde Priester. Diese Entwicklung führte zu – vielleicht erst nach dem Jahreswechsel 1791/92 in Deutschland in ihrem Ausmaß voll wahrgenommenen – heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Revolutionären und der königs- und papsttreuen Geistlichkeit sowie Gesellschaftsschicht.

¹³⁴ Verbessert aus „ihnen“.

¹³⁵ Verbessert aus „hat“.

¹³⁶ Verbessert aus „niedrigen“.

verschiedenes Interesse in Eine Einheit bringen sollen, verursachen¹³⁷ vielerlei Kollisionen. Aus den Kollisionen entstehen Misverhältnisse zwischen dem Verlangen und dem Vermögen der Menschen, und aus diesen Vergehungen. Je müßiger also – wenn ich so sagen darf – der Staat, desto geringer die Anzahl dieser. Wäre es vorzüglich in gegebenen Fällen möglich, genau die Uebel aufzuzählen, welche Polizeieinrichtungen veranlassen, und welche (*HZ* 86) sie verhindern, die Zahl der erstern würde allemal größer sein. 5., Wieviel strenge Aufsuchung der wirklich begangnen Verbrechen, gerechte und wohl abgemeßne aber [177; R 114] unerläßliche Strafe, folglich seltna Straflosigkeit vermag, ist praktisch noch nie hinreichend versucht worden.

Zur Beurtheilung der Französischen Konstitution nach dem hier Entwickelten kehre ich mehr zurück, Sie um Verzeihung zu bitten, daß ich hierfür nichts zu sagen vermag, als in der That dieselbe wirklich vorzunehmen. Freilich scheint es mir, als wäre auf die Vorstellung des Zwecks, auf die Bestimmung der Grenzen, nicht einzelner Theile, sondern des Ganzen der Staatsgewalt, wenn nicht gar keine, doch zu wenig Rücksicht genommen; förmlich ist die Abschaffung des Adels¹³⁸, diese willkürliche Vernichtung eines Unterschiedes, den man in Ungerechtigkeit auszuarten, nicht eben ausrotten mußte, meinen Grundsätzen völlig zuwider; endlich könnte ich auch freilich noch einzelne bis jetzt überdieß noch nicht völlig genehmigte Projekte, National Erziehung und dergleichen anführen¹³⁹. Allein über alles dieß ist meine Sachkenntnis so mangelhaft, und ich eile zum Ende. Je weniger und mehr als wenig ich indeß hier leiste, desto mehr liegt

¹³⁷ Verbessert aus „be[wirken]“. – [...] bei *Leitzmann*

¹³⁸ Am 19. Juni 1790 Abschaffung des Adels.

¹³⁹ Humboldt spielt hier offensichtlich auf die Bestrebungen an, in Frankreich ein als Nationalerziehung verstandenes neues Bildungswesen zu schaffen. Dazu war am 14. September 1791 im Gefolge der neuen Gesetzgebenden Nationalversammlung das Comité d'instruction publique eingerichtet worden, dessen Mitglieder am 28. Oktober bestimmt wurden. Die Verfassungsentwicklung in Frankreich in diesen Herbstwochen sowie der Besuch von Gentz in Burgörner Anfang November – bei dem sicherlich auch dieses Thema diskutiert wurde – lassen als Zeitpunkt der frühestmöglichen Abfassung dieses Briefes etwa den Beginn des Monats Dezember möglich erscheinen. Infolge der unsicheren Lage dürfte die Nachrichtenübermittlung aus Frankreich nicht unproblematisch gewesen sein; andererseits verfügte Humboldt infolge seiner Bekanntschaften und seiner gesellschaftlichen Zugehörigkeit über ein gutes und zuverlässiges Nachrichtennetz. – Im Vorfeld der Einrichtung des Komitees hatte bereits eine Diskussion um die Nationalerziehung stattgefunden. Am 10., 11. und 19. September hatte Charles Maurice de Talleyrand (1754–1738) vor der Nationalversammlung (Konstituante) seinen vielbeachteten „Rapport sur L'Instruction publique“ gehalten, der auch als Publikation Verbreitung fand. Maßgebliches Mitglied im Komitee wurde Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet (1743–1794). Condorcet hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits intensiv mit der bildungspolitischen Umgestaltung des französischen Unterrichtswesens befasst und darüber publiziert.

es mir ob, wenigstens den Umriß des Bildes¹⁴⁰, das ich vom Staat hier entworfen habe, soviel als möglich zu vollenden. Ich muß daher noch folgendes hinzusetzen.

Auch um den eingeschränktesten Zweck zu erfüllen, muß der Staat hinlängliche Einkünfte haben. Schon meine Unwissenheit in allem was Finanzen heißt¹⁴¹, sichert Sie hier vor einem langen Raisonement. Nur des Zusammenhanges willen muß ich bemerken, daß auch bei Finanzeinrichtungen jene Rücksicht des Zwecks der Menschen¹⁴² im Staat, und der daher entspringenden Beschränkung seines Zwecks nicht aus der Acht gelassen werden muß. Auch der flüchtigste [Blick] auf die Verwebung so vieler Polizei mit Finanzeinrichtungen lehrt dieß [233; R 187/188] hinlänglich. Meines Erachtens giebt es für den Staat nur dreierlei Arten der Einkünfte: 1., Einkünfte aus vorbehaltenem oder an sich gebrachttem Eigenthum, 2., aus direkten, 3., aus indirekten Abgaben. Alles Eigenthum des Staats ist schädlich. Schon oben habe ich von dem Uebergewicht geredet, das der Staat, als Staat allemal hat, und ist er Eigenthümer; so muß er in viele Privatverhältnisse nothwendig eingehn. Da also, wo¹⁴³ das Bedürfniß, um das man eine Staatseinrichtung wünscht, gar keinen Einfluß hat, wirkt (*HZ 87*) die Macht mit, die nur in Hinsicht dieses Bedürfnisses gewählt wurde. Gleichfalls schädlich sind auch die indirekten Abgaben. Die Erfahrung lehrt, wie viele Einrichtungen ihre Anordnung, und ihre Hebung voraussetzt, die das vorige Raisonement unstreitig nicht billigen kann. Es bleiben also nur die direkten übrig. Unter den möglichen Systemen direkter Abgaben ist das physiokratische unstreitig¹⁴⁴ das einfachste. Allein – ein Einwurf, der vielleicht oft gemacht sein mag, wenn ich ihn auch noch nicht hörte – eines der natürlichen Produkte ist aufzuzählen vergessen worden, die Kraft des Menschen, und da sie in unsren Einrichtungen mit zur Waare wird; so muß sie auch den Abgaben mit unterwor-

¹⁴⁰ Verbessert aus „jener Zeichnung“.

¹⁴¹ *Angesichts von Humboldts Mitschrift zu Christian Wilhelm von Dohms (1751–1820, 1786 gedelt) Vorlesungen von 1785/86 (Schriften VII, S. 507ff.) sowie Humboldts finanziellem Geschick während seiner gesamten Lebenszeit wird man diese Bemerkung wohl als Untertreibung oder Ironie werten können.*

¹⁴² *In Dohms Vorlesungen stand nicht die Erörterung der Belange des Menschen wie hier im Vordergrund, sondern die Darstellung des Systems. Schlüsselbemerkung ist hier (s. Folgesätze): „Allein – ein Einwurf, der vielleicht oft gemacht worden sein mag, wenn ich ihn auch noch nicht hörte – eines der natürlichen Produkte ist aufzuzählen vergessen worden, die Kraft des Menschen...“ (Leitzmann, Albert: Jugendbriefe, S. 87). Abgesehen von der Entsprechung im Grundansatz könnten sich in dieser verborgenen Eventualität – rhetorisch gesehen – konkrete Reminiszenzen an Gedankengut von Adam Smith andeuten.*

¹⁴³ Verbessert aus „worauf“.

¹⁴⁴ *Gestrichen: „eins“. – Vgl. Vorlesungen Dohm (S. 538): Humboldt sieht dort „das physiokratische System nicht allein vorzüglicher, als das Handelssystem, sondern auch in sich vortreflich“.*

fen sein. Wenn man das System direkter Abgaben, worauf ich hier zurückkomme, und nicht mit Unrecht, das schlechteste und unschicklichste aller Finanzsysteme nennt; so muß man indeß auch nicht vergessen, daß der Staat, dem so enge Grenzen gesetzt sind, keiner großen Einkünfte bedarf, und daß der Staat, der so gar kein eignes, von dem der Bürger getheiltes Interesse hat, der Hülfe freier, d. h. wohlhabender Bürger mehr versichert sein kann.

So hätte ich die Außenlinien der Gegenstände, die ich behandeln wollte, vollständig gezogen. Indeß meine ich damit nicht, daß nicht noch im Einzelnen ein größeres Détail nöthig gewesen wäre. So bei der Bestimmung der Art, wie der Staat nun für die innre Sicherheit sorgen darf, und sogar muß. Auch was ich hier nur aus dem Gesichtspunkt des Ersprißlichen und Besten betrachtete, müßte es nicht uninteressant sein, aus dem Gesichtspunkt des Rechtes zu prüfen. Beides übergehe ich hier.

Nur Eine Frage muß ich noch beantworten. Ich habe selbst gesagt, daß die Verstärkung des Privatinteresse das öffentliche schwäche, und nun ist meine einzige Absicht darauf [234 R 189/190] hinausgegangen, dieß Privatinteresse nicht bloß zu verstärken, sondern auch zu vervielfachen. Wie wird daher ein solcher Staat irgend bestehen können? Allein wie ich es vervielfacht habe, so habe ich es auch mit dem öffentlichen so genau als möglich verbunden, indem ich gleichsam jenes nur auf dieß, wie es jeder Bürger – da jeder doch sicher sein will – anerkennt, [gründete]. So dürfte ich also doch vielleicht jene anfangs erwähnte Liebe der Konstitution hier erwarten. Allein, wenn ich auch hierauf nicht rechnen will, so wäre eine Entgegenstellung der Gewalten und dadurch hervorgebrachte Sicherheit gewiß möglich. Dann trifft (*HZ* 88) auch hier ein, daß der Staat, der weniger wirken soll, eine geringere Macht, und die geringere Macht eine geringere Wehr braucht. Endlich versteht es sich auch von selbst, daß so wie überhaupt manchmal Kraft oder Genuß dem Resultat geopfert werden muß, um [nicht] einen größern Verlust zu erhalten, dieß auch hier immer angewandt werden müßte. Wie nun aber die ganze Staatsgewalt richtig vertheilt werden kann, folglich die ganze Diskussion über die Vorzüge der Arten der Regierungsform, übergehe ich hier gleichfalls, und da vielleicht diese eigentlich die Politik ausmacht, bescheide ich mich gern hier gleichsam nur Prolegomena geliefert zu haben.

Ueberhaupt habe ich versucht¹⁴⁵ für den Menschen im Staat die vortheilhafteste Lage [235; R 192] auszusuchen. Diese scheint mir nun darin zu bestehen, wenn die mannigfaltigste Individualität, die originellste Selbstständigkeit mit der gleichfalls mannigfaltigsten und innigsten Vereinung mehrerer Menschen neben einander aufgestellt würde – ein Problem, welches nur die höchste Frei-

¹⁴⁵ Gestrichen: „eine“.

heit zu lösen vermag. Die Möglichkeit einer Staatseinrichtung, die diesem Ziel so wenig als möglich Schranken setzte, darzuthun, war eigentlich der Endzweck alles meines Nachdenkens. Ich bin zufrieden, wenn ich bewiesen habe, daß dieser Grundsatz wenigstens bei allen Staatseinrichtungen als Ideal vorschweben muß.

Eine große Erläuterung könnten diese Ideen durch die Geschichte und Statistik¹⁴⁶ – beide auf diesen Zweck gerichtet – erhalten. Ueberhaupt hat mir die Statistik oft einer Reform zu bedürfen geschienen. Statt unsichre Data der Größe, der Volkszahl, des Reichthums, der Industrie eines Volkes, aus welchen sein eigentlicher Zustand nie ganz zu beurtheilen ist, an die Hand zu geben, sollte sie¹⁴⁷, von der natürlichen Beschaffenheit des Landes und der [236; R 191/192] Bewohner ausgehend, das Maaß und die Art ihrer thätigen, leidenden und genießenden Kraft, und nun schrittweise die Modifikationen zu schildern suchen, welche diese Kraft theils durch die Verbindung der Nation unter sich, theils durch die Einrichtungen des Staats erhält. Denn die Staatsverfassung und der Nationalverein sollten, wie wenig sie auch oft mit einander verwebt sein mögen, nie mit einander verwechselt werden. Wenn die Staatsverfassung den Bürgern, seis durch Uebermacht und Gewalt, oder Gewohnheit und Gesez, ein bestimmtes Verhältniß (*HZ 89*) anweist; so giebt es außerdem noch ein andres, freiwillig von ihnen gewähltes, unendlich mannigfaltiges und oft wechselndes. Und dieß letztere, das freie Wirken der Nation untereinander, ist es eigentlich, das alle Güter bewahrt, deren Sehnsucht die Menschen in die Gemeinschaft führt. Die eigentliche Staatsverfassung ist diesem – als ihrem Zwecke – untergeordnet, und wird immer nur als ein nothwendiges Mittel, und weil sie allemal Einschränkungen der Freiheit enthält, als ein nothwendiges Uebel gewählt. Die nachtheiligen Folgen zu zeigen, welche die Verwechslung der freien Wirksamkeit der Nation mit der erzwungenen der Staatsverfassung, dem Genuß, den Kräften, und dem Charakter der Menschen gebracht hat, ist daher auch eine der vorzüglichsten Absichten dieser Blätter gewesen.

Burg Oerner, 9. Januar, 1792.

¹⁴⁶ *Humboldt weist in seinen Schriften auf die Bedeutung einer prospektiven, die Veränderungen der Staaten ermittelnden Statistik im Gegensatz zu einer damals häufig noch anzutreffenden, äußere Verhältnisse und Fakten aufzeichnenden Statistik hin. – Vgl. Vorlesungen Dohm (Leitzmann: Werke VII, S. 524f.): Dort hatte Dohm den sehr knappen Ausführungen Humboldts über Statistik eine umfassende Verbesserung hinzugefügt, während der „Musterschüler“ Wilhelm sonst so gut wie nicht korrigiert werden musste. Dohm hatte sich u. a. auch mit Untersuchungen zur Statistik befasst. Ebenfalls die Bibliothek von Humboldts Schwiegervater enthielt zahlreiche Titel zur Statistik.*

¹⁴⁷ Gestrichen: „die“.

Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft: Historische Reminiszenzen und aktuelle Herausforderungen*

VON ULRICH SARCINELLI

Einleitung

Ich empfinde es als eine große Ehre, hier auf dem Hambacher Schloss vor Ihnen, der ehrwürdigen Humboldt-Gesellschaft, sprechen zu dürfen; an einem historischen Ort, dem für die Demokratiebewegung in Deutschland eine herausragende Bedeutung zukommt; an einem Ort, an dem wir – das Frank-Loeb-Institut unserer Universität zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Hambacher Schloss – jährlich eine hochrangig besetzte vierteilige Veranstaltungsreihe, die „Hambacher Gespräche“ durchführen. Und ich erinnere mich noch sehr gerne an das erste „Hambacher Gespräch“ vor fast einem Jahr. Zum Thema „Geht alle Staatsgewalt vom Volke aus?“ hatten wir den Herrn Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert und Herrn Prof. Dr. Alfred Grosser, den deutsch-französischen Kollegen von der Sorbonne, der am Tag zuvor die Frank-Loeb-Gastprofessur übertragen bekommen hatte, zu Gast. Ich erinnere mich an diese, wie auch an die späteren Veranstaltungen deshalb sehr gerne, weil wir auch mit den „Hambacher Gesprächen“ einen Beitrag zur Politikvermittlung, zur intellektuellen Auseinandersetzung mit den die Gesellschaft bewegenden Fragen der Zeit leisten wollen. Und damit leite ich über zu unserem heutigen Thema.

Als mich der geschätzte Kollege Nenniger bat, einen Beitrag im Rahmen ihrer Jahrestagung zu leisten, habe ich ihm gerne zugesagt. Bei kurzem Nachdenken fand ich, dass das Thema „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“ (vgl. Sarcinelli 1998) an diesen Ort passt. Ob es auch zum Anlass Ihrer Jahrestagung passt und ob ich Sie dafür interessieren kann, werden wir sehen. – Jedenfalls ist es ein Thema, das mich seit meiner Habilitation im Fach Politikwissenschaft in der einen oder anderen Weise immer wieder beschäftigt hat. Das ist nun schon ein Vierteljahrhundert her. Seinerzeit war ich in meiner Disziplin so etwas wie ein Exot. Auf der Suche nach einem angemessenen theoretischen und empirischen Rahmen für Wahlkampfkommunikation ist dann eine Arbeit über „Symbolische Politik“ (Sarcinelli 1987) entstanden, zu der ich mich in andere Fachgefilde begeben habe. Interdisziplinarität ist ja viel gefragt,

* Der Vortrag wurde am 08.05.2010 im Rahmen der 91. Tagung der Humboldt-Gesellschaft gehalten.

wenn es konkret wird, tun sich die Gralshüter disziplinärer Reinheit manchmal schwer. Ich hatte mich jedenfalls von Vielem aus der Medien- und Kommunikationswissenschaft inspirieren lassen. Mit Fragen der Politikvermittlung, mit Fragen der politischen Kommunikation hatte man sich in meinem Fach bis dato kaum explizit auseinandergesetzt, wiewohl es gerade im Bereich der politischen Philosophie und Staatstheorie genügend Anknüpfungen gibt.

Für aktuelle mediengesellschaftliche Entwicklungen, für das Zusammenspiel, das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Massenmedien hatte sich seinerzeit in der deutschen Politikwissenschaft kaum jemand ernsthaft interessiert. Das hat sich inzwischen geändert. Wir entwickeln gerade an unserer Universität einen interdisziplinären Forschungsschwerpunkt, der sich mit Fragen im Kontext von Kommunikation, Medien und Politik beschäftigen wird und an dem neben Politik- und Kommunikationswissenschaftlern auch Vertreter der Informatik und anderer Disziplinen beteiligt sind. Das alles deutet darauf hin, dass wir es inzwischen mit einem wichtigen interdisziplinären Forschungsfeld zu tun haben.

Eigentlich muss verwundern, dass dieser Problemkomplex so spät als politik- und sozialwissenschaftliches Forschungsfeld entdeckt wurde, in den USA freilich schon deutlich früher als hierzulande. Schließlich handelt es sich bei Politik und Kommunikation, bei Fragen der Politikvermittlung und der politischen Kommunikation um einen Zusammenhang, der so alt ist wie Politik überhaupt. Deshalb erscheint es mir für die weiteren Überlegungen auch unverzichtbar, die eine oder andere historische Reminiszenz einfließen zu lassen. Ich will das in drei Abschnitten tun. In einem ersten Teil geht es mir um grundlegende, politiktheoretische Fragen des Zusammenhangs von Politik und Kommunikation. Im zweiten Schritt interessiert die Frage, was an wen und wie vermittelt werden kann bzw. vermittelt werden soll. Dahinter steckt das Wahrheitsproblem, das Spannungsverhältnis zwischen Wirklichkeitsvermittlung und Realitätstäuschung. Auch das ist ein altes Thema, nicht erst ein Problem der modernen Mediengesellschaft. Und schließlich geht es drittens um ein aktuell offensichtlich immer relevanter werdendes Problem – ich meine das Spannungsverhältnis zwischen Information und Unterhaltung in der Politikvermittlung. Ich werde bei diesen drei Abschnitten jeweils mit historischen aufwarten und diese dann auch mit aktuellen Herausforderungen verbinden.

1. Politik und Kommunikation – zwei Seiten einer Medaille

Zunächst also zu einigen grundsätzlichen Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Politikvermittlung. Das Kommunikative – Sprache, Gestik, Symbole, Rituale oder Inszenierung – das alles waren und sind im Kontext von

Politik nie lediglich Ausdrucks- oder Verständigungsmittel; Mittel, die etwas benennen, bezeichnen, auf etwas verweisen, etwas symbolisieren. Denn die Vermittlung von Politik hat immer auch mit der Durchsetzung einer bestimmten Sicht von Welt zu tun; mit Machterhalt und Machtgewinn und, wenn es gut geht, mit der Ermöglichung von Herrschaft im Sinne Max Webers, also mit der Durchsetzung politischen Willens in Verbindung mit der Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen. Das gilt, seitdem über politische Angelegenheiten in wissenschaftlicher Absicht reflektiert und über das Wesen des Politischen nachgedacht wird.

Schon auf die weltgeschichtlich erste bürgerliche Gesellschaft, die griechische Polis, trifft diese enge Verbindung von Politik und Kommunikation zu. Hier entstand mit der Bildung einer politischen (Präsenz-)Öffentlichkeit erstmals die Notwendigkeit, „in offener Rede und Auseinandersetzung zu überzeugen. Es kam also entscheidend auf persönliche Autorität und Rhetorik an“, sagt Christian Meier (1983: 263). „Öffentliches Redenkönnen wurde in dieser ersten Demokratie als zivilisatorische Macht geschätzt, die Rhetorik als politische Führungskunst entwickelt und die rhetorikaffine Philosophie der Sophisten als Bildungsinstanz geachtet“ (Österreich 1994: 39). Unverkennbar sind die Anfänge der Demokratie als politischer Form mit der „excessive(n) Schätzung der Rede“ verbunden, die Nietzsche einmal als „das größte Machtmittel *inter pares*“ (Nietzsche, zit. nach Österreich 1994: 39) bezeichnet hat.

Ob es also um die Rhetorik der Antike geht, in der politisches Handeln als untrennbare Verbindung von Politik und Kommunikation, ja Reden unmittelbar als politisches Handeln begriffen wurde; ob wir es mit Handlungsanweisungen in mittelalterlichen Fürstenspiegeln oder mit neuzeitlichen Konzepten der Staats- und Herrschaftslegitimation zu tun haben; ob es um moderne demokratietheoretische Entwürfe oder um aktuelle Politikanalysen geht – vielfach vermischen sich politische und kommunikative Dimensionen, vermischen sich Politik und Politikvermittlung in einer Weise, dass eine Trennung zwischen beiden nur schwer möglich ist. Ja oft ist eine solche Unterscheidung gar nicht sinnvoll (vgl. Münkler/Llanque 1998). Das gilt bis in die Gegenwart. Wie sagte doch Helmut Schmidt einmal: Er brauche 80 Prozent seiner Zeit, um das als richtig erkannte politisch zu vermitteln. Und auf die Frage nach seinen Erfahrungen in der Politik äußerte sich kürzlich der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Wolfgang Böhmer im Nachrichtenmagazin der SPIEGEL ganz ähnlich. Ihn hatte es ja nach der Wende als Frauenarzt und langjähriger Chefarzt in die Politik verschlagen: „Als Politiker ist man zu 90 Prozent seiner Arbeitszeit damit beschäftigt, Dinge zu erklären und für seine Vorschläge zu werben. Das ist Demokratie, ich weiß. Aber Demokratie kann manchmal ganz schön nerven.“ (Böhmer 2010)

Bei der Politikphilosophin Hannah Arendt (1993) lesen wir zu diesem theoretischen und vor allem praktischen Zusammenhang von Politik und Politikvermittlung: „Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinander-Sein der Verschiedenen“. Arendt knüpft damit an das aristotelische Verständnis von Politik an: Der Staat als ein Gebilde, welches erst in der Ermöglichung des Zusammenlebens von Freien und Gleichen tugendhaftes Leben ermöglicht. Nicht nur Leben, sondern „gutes Leben“ („eu zän“), nicht Gewaltherrschaft, sondern ein durch kluges Verhalten bestimmtes Leben ist das Ziel von Politik. Aristotelisch gesprochen, ein Leben in „praxis“ und möglichst ohne Einsatz von „poiesis“. Heute würde man sagen, ein Leben, gekennzeichnet durch kluges Verhalten, durch kluge Politikvermittlung.

Natürlich wissen wir, dass in der aristotelischen „Politie“ (das war seine favorisierte Mischverfassung, nicht die Demokratie) Gleichheit nicht im sozialen Sinne gemeint war. Gleichheit verstand er im rechtlichen Sinne. Gemeint war der kleine Kreis männlicher Besitzbürger Athens. Hannah Arendt knüpft an diese aristotelische Tradition an, wenn sie sagt, Macht könne niemals ein Einzelner haben, „weil sie immer erst aus dem Zusammenhandeln der Vielen“ entstehe (Arendt 1993: 9 und 16). Macht als soziales Phänomen ganz spezifischer Kommunikationsbedingungen. In Anlehnung an das neorepublikanische Politikverständnis Hannah Arendts können wir also festhalten, dass – so Arendt wörtlich – die „prinzipielle Scheidung von Reden und Handeln nicht statthaft“ ist, weil „Reden selbst als eine Art Handeln“ (Arendt 1993: 48) aufgefasst werden muss. Mit anderen Worten: Politik und Politikvermittlung, das sind zwei Seiten einer Medaille. Politik „pur“, Politik als reine Sache, gar als Sachzwang ohne Alternative, das gibt es nicht. Das wäre, wiederum mit Hannah Arendt gesprochen, eine „präpolitische Vorstellung“.

Politikphilosophisch ist dieser Zusammenhang gut begründet, und Klassiker der politischen Theorie haben dazu auch ganz unterschiedliche Sichtweisen zutage gefördert, auch wenn dabei von Politikvermittlung oder Kommunikation nicht explizit die Rede war. In der Gegenwartsdemokratie, in unserer modernen Mediengesellschaft, verdient dieser Zusammenhang ein ganz besonderes Interesse. Denn: Politische Systeme, vor allem Demokratien, sind zustimmungsabhängig und deshalb auch begründungspflichtig. Und das heißt: Zustimmungsabhängigkeit und Begründungspflicht machen demokratische Systeme mehr als alle anderen Regime kommunikationsabhängig. Politikvermittlung ist deshalb eine unverzichtbar notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung von Politik.

2. Legitimation durch Kommunikation: Realitätsvermittlung und Realitätstäuschung

Zur Frage nach Realitätsvermittlung und Realitätstäuschung in der Politik lassen Sie mich einleitend ein kleines *Aperçu* einflechten: Vor knapp einer Woche wurde Theo Waigel in der Frankfurter Allgemeinen am Sonntag mit einem ungewöhnlichen Ratschlag an den amtierenden Finanzminister Wolfgang Schäuble zitiert. Wörtlich: „Lügen hilft“, empfahl er mit Blick auf Finanzkrise und Griechenlandhilfe. Ein Finanzminister dürfe zu bestimmten Gelegenheiten guten Gewissens lügen. Zu seiner aktiven Zeit habe ihm dies ein leibhafter Bischof bestätigt (Waigel 2010). Um Lüge und Wahrheit (vgl. Münkler/Llanque 1998: 74ff.) soll es hier nicht gehen, sondern um die Frage nach der Angemessenheit der Art und Weise der Politikdarstellung.

Umgangssprachlich, durchaus aber auch in der wissenschaftlichen Debatte, sprechen wir gerne von Inszenierung, von Ritualen, von symbolischer Politik oder ganz neutral von Politikdarstellung bzw. von Darstellungspolitik. Der saarländische Ministerpräsident Müller hat das einmal plakativ mit „Politik als Theater“ bezeichnet. Das war im Rahmen eines Vortrages am Saarbrücker Staatstheater. Vorausgegangen war dem Tags zuvor ein tumultartiges Abstimmungsverfahren im Bundesrat. Das ist ja ein ansonsten für seine eher unterkühlte Sachbezogenheit – man könnte auch sagen: für seinen eher langweiligen Kommunikationsstil – bekanntes Verfassungsorgan. Zur Entscheidung stand seinerzeit ein Gesetzesentwurf zur Begrenzung der Zuwanderung. Und unter Bezugnahme auf das Spektakel in der Ländervertretung argumentierte der saarländische Ministerpräsident: Politik und Theater seien selbstverständlich verschiedene Dinge. Aber natürlich sei Politik *auch* Theater. Das sei solange gut, wie damit die Aufmerksamkeit auf die zur Diskussion stehenden Inhalte und Konzepte gelenkt werde. Und im Übrigen würden für politische Ereignisse dramaturgische Drehbücher geschrieben. Insofern sei auch die Empörung der Unionspolitiker im Bundesrat verabredet gewesen. Man habe Theater gespielt, aber eben „legitimes Theater“ (Müller 2002). Was der Ministerpräsident als Selbstverständlichkeit hingestellt, was ihm Prügel und zugleich hohe öffentliche Aufmerksamkeit eingebracht hat, mag in der Wissenschaft ziemlich unstrittig sein. In der öffentlichen Debatte wird darüber durchgehend anders diskutiert, skeptisch und nicht selten mit kulturkritischem Unterton.

In der Demokratie aber erfolgt Legitimation durch Kommunikation (vgl. Sarcinelli 2009: 85). Die amerikanischen Verfassungsväter haben dafür den legendären Satz geprägt: „All government rests on opinion“. Mit anderen Worten, alle Herrschaft in der Demokratie ruht auf dem labilen Grund von Meinungen. Sie bedarf der stetigen kommunikativen Erneuerung. Politischer Erfolg, die Aus-

übung von demokratischer Herrschaft sind daran geknüpft, dass erfolgreich dargestellt und vermittelt wird, was man zu sein beansprucht oder durchzusetzen beabsichtigt.

Wir Deutschen tun uns damit schwer. Es gehört ja zu den Traditionslasten unserer politischen Kultur, dass Politik gerne mit Verwaltung und Recht verwechselt wird. Das ist ein Erbe unserer verspäteten Demokratieentwicklung. Und nach wie vor ist die Auffassung verbreitet, Politik gebe es gleichsam „pur“, ohne Vermittlung und Darstellung: Politik als sachlich zwingende Entscheidung. Nein, Politik beruht auf Meinungen, sie ist nicht zum Nennwert zu haben. Sachverstand kann nicht schaden, und ohne Fachkompetenz geht es natürlich nicht, bei der Reform des Gesundheitswesens, bei der Sanierung von Haushalten, in der Familienpolitik, bei der Diskussion über das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr oder bei der Auseinandersetzung über Rettungsschirme für Banken und fast insolvente Staaten. Politisch werden alle diese Problemstellungen erst im Lichte unterschiedlicher Meinungen. Und diese müssen kommuniziert und in ihren Entscheidungsalternativen transparent gemacht werden.

Mit etwas Abstand betrachtet, philosophisch gesprochen, könnte man diesen Zusammenhang auch als die Wahrheitsfrage in der Politikvermittlung bezeichnen. – Mit Wahrheitsfragen tun sich die modernen Sozialwissenschaften schwer. Auch in meiner Disziplin, der Politikwissenschaft, gibt es eine Art Verdrängungswettbewerb. Denn im Zuge einer zunehmenden ‚Versozialwissenschaftlichung‘ geraten die normativen Aspekte des Politischen bisweilen aus dem Blick. Wahrheit ist also eine schwierige Kategorie im Zusammenhang mit Politikvermittlung. Ich erinnere mich noch gut an eine Debatte schon in den 80er Jahren über die Grenzen der Mehrheitsdemokratie (vgl. Guggenberger/Offe 1984), in der über die Frage gestritten wurde, ob nicht angesichts nicht reversibler Entscheidungen und mit Blick auf existentielle Bedrohungen das Mehrheitsprinzip als zentrales politisches Entscheidungsprinzip ergänzt, relativiert, ja in Frage gestellt werden könne. Zugespritzt wurde diese Kontroverse in der Frage „Wahrheit statt Mehrheit?“ (vgl. Oberreuter 1986)

Dabei hat uns schon Alexis de Tocqueville in seinem berühmten Buch über die Demokratie in Amerika aus dem Jahr 1835 vor der „Tyrannei der Mehrheit“ gewarnt. Der französische Adelige aus dem nachrevolutionären Frankreich war in die Vereinigten Staaten gereist, eigentlich um das amerikanische Gefängniswesen zu inspizieren. Doch sein Blick ging weiter. Mit großer Sensibilität beobachtete er die Funktionsmechanismen dieser damals schon vergleichsweise modernen Gesellschaft mit ihrem demokratischen Regime. Und sehr deutlich erkannte er die Chancen ebenso wie die Gefahren, die einem demokratischen System drohen, das auf die ständige Teilhabe und Mitentscheidung der Bürger und auf die Sicherung der Mehrheitsmeinung angewiesen ist. „Tyrannei der

Mehrheit“, diese Tocqueville’sche Formel verweist jedenfalls auf das grundsätzliche Problem, dass in der Demokratie nicht Wahrheit, sondern Mehrheit die entscheidende Kategorie ist. Nicht auf Recht haben, sondern auf Recht bekommen sind demokratische Systeme angelegt (vgl. Tocqueville 1985).

Voraussetzung für das Rechthaben ebenso wie für das Rechtsbekommen ist allerdings, dass man überhaupt gehört oder gesehen wird; dass man in unserer modernen Mediengesellschaft medial präsent ist. Für den Systemtheoretiker Niklas Luhmann ist das die existentielle Frage schlechthin. „Was wir über die Gesellschaft, in der wir leben, wissen, wissen wir über die Massenmedien“ (Luhmann 1995: 5). Mit diesem Satz beginnt seine Schrift „Die Realität der Massenmedien“. Man muss nicht radikaler Konstruktivist sein, um plausibel zu finden, dass die Medien zu einem die Gesellschaft maßgeblich konstituierenden Faktor geworden sind. Insofern lassen sich moderne Gesellschaften auch als „Mediengesellschaften“ (vgl. Saxer 1998) charakterisieren, in denen Kommunikation zu einem „soziale(n) Totalphänomen“ (ebenda: 53) geworden ist.

Niklas Luhmann war es auch, der uns darauf aufmerksam gemacht hat, dass Macht weniger der Eigenschaft einer Person zuzurechnen ist; dass Macht vielmehr ein Kommunikationsmedium zwischen Personen ist. Sie beruht insofern auf Gegenseitigkeit, als sie dem Mächtigen vom Ohnmächtigen zugeschrieben werden muss bzw. diese Zuschreibung erzwungen werden kann.

Was bedeutet das für die Politik? Es bedeutet, dass Politik im Zeitalter allgegenwärtiger Massenmedien mehr denn je auf die Erzeugung publizistischer Resonanz angelegt ist. Die Publizistik ist die Plattform zur Beobachtung und Selbstbeobachtung der Politik. Denn politische Akteure beobachten das eigene Handeln ebenso wie das Handeln anderer politischer Akteure im Spiegel der Medien. Ebenso nehmen Medien, Journalisten und Medienmacher das politische Geschehen schon mangels Recherchezeit vielfach nicht mehr unmittelbar, sondern ebenfalls in hohem Maße medienvermittelt wahr. Medien – die Massenmedien und zunehmend auch die elektronischen Individualmedien – sind der publizistische Resonanzraum, der erst die wechselseitige Beobachtung der an Kommunikation beteiligten politischen und medialen Akteure erlaubt.

Vor einer allzu schlichten Vorstellung gilt es jedoch zu warnen. Die Medien sind nicht lediglich als eine Art „Spiegel“ zu begreifen; ein Spiegel, der ein verkleinertes Abbild politischer Wirklichkeit präsentiert. Nein, Medien sind nicht bloße Transporteure, sie sind auch Konstrukteure, zumindest Mit-Konstrukteure einer Wirklichkeit, die es ohne die Medien so nicht gäbe. Dabei muss man wissen: Massenmediale Wirklichkeitskonstruktion folgt nicht zwingend der Logik des Politischen. Sie folgt einer eigenen Logik, nämlich der Medienlogik. Hier geht es um sog. Nachrichtenwerte. Das sind Regeln, die darüber entscheiden, ob und in welcher Weise ein Ereignis als berichtenswert gilt und damit über-

haupt auf die Medienagenda kommt. Verkürzt könnte man sagen: In der Politik kommt es nicht nur darauf an, was wichtig ist, sondern auch darauf, was wie in und über die Medien bei bestimmten Adressaten ankommt. Die mediale Relevanz eines Ereignisses bemisst sich ganz wesentlich an den antizipierten Publikationserwartungen der Medien – durchaus je nach Medium mit unterschiedlichen Gewichtungen.

Für solche Fragen der Politikvermittlung hatten auch Klassiker der politischen Ideengeschichte durchaus schon ein feines Gespür. „...die Menschen urteilen insgesamt mehr nach den Augen als nach dem Gefühl, denn sehen können alle, fühlen aber wenige. Jeder sieht, was Du scheinst, wenige fühlen, was Du bist, und diese wagen es nicht, der Meinung der Menge zu widersprechen, welche die Majestät des Staates zu ihrem Schutze hat“ (Machiavelli 1990: 88). Das ist kein Zitat aus einem Handbuch der Theaterwissenschaften und auch keine Handlungsanweisung für Politiker in der Fernsehdemokratie. Es handelt sich um eine rund 500 Jahre alte Textpassage. Sie stammt aus Niccolò Machiavellis berühmter Schrift „Der Fürst“ (Il Principe) und enthält eine Grundaussage zur Wirklichkeitswahrnehmung, Wirklichkeitsdarstellung und Wirklichkeits-täuschung. In unsere heutige Sprache übersetzt: Politik verkauft sich nicht von selbst. Sie bedarf der Vermittlung. Sie muss inszeniert werden. Die Menschen schauen nicht so sehr auf die Wirklichkeit, wie sie ist. Sie halten vielmehr die Inszenierung für die Wirklichkeit. Noch einmal in der Formel von Peter Müller: „Politik ist Theater“, sicherlich nicht nur, aber auch!

In weiten Teilen politisch-administrativer Routinetätigkeit und interner Entscheidungsvorbereitung spielt Politikvermittlung, jedenfalls die auf massenmediale Resonanz zielende Kommunikation, eine eher untergeordnete Rolle. Wo Politik aber öffentlich wird, vor allem in Phasen, wenn ein neues Problem entdeckt, kontroverse Lösungen diskutiert werden und Entscheidungen fallen, wird Kommunikation dominant. In solchen Phasen verschmelzen Kommunikation und Politik zu einer ‚Legierung‘, deren ‚Grundstoffe‘ nicht immer ‚sauber‘ zu trennen sind.

3. Information und Unterhaltung in der Politikvermittlung

Nach diesen Überlegungen zu politisch-medialen Spannungen zwischen Wirklichkeitsvermittlung und Realitätstäuschung komme ich zu meinem dritten Punkt. Auch dabei geht es um ein heute viel diskutiertes, keineswegs aber neues Problem, das für uns Bürger ebenso relevant ist wie für die Politik. Ich meine das Spannungsverhältnis zwischen Information und Unterhaltung. Spätestens jetzt wird es Zeit, dem genius loci auch in thematischer Hinsicht Referenz zu erweisen. Denn auf dem Hambacher Schloss über das Thema „Politikvermitt-

lung und Demokratie in der Mediengesellschaft“ zu sprechen, geht nicht ohne eine kurze Erinnerung. Ich meine die Ereignisse an diesem Ort. In wenigen Tagen jährt sich das Hambacher Fest von 1832 zum 178. Mal. Anton Siebenpfeifer und Johann Georg August Wirth hatten zum Schein zu einem Volksfest aufgerufen, dem dann 20–30.000 Menschen gefolgt waren. Den Zug hinauf zum Schloss begleiteten festliche und patriotisch-kämpferische Lieder, zum Teil eigens gedichtet für den Anlass (vgl. Hüls 2006: 115). Es ging um bürgerliche Freiheiten, Meinungsfreiheit vor allem. Damals hieß es „Pressfreiheit“. Im Zentrum stand die deutsche Einigungsbewegung. – Das alles kennen Sie aus den Geschichtsbüchern und haben es auch im Rahmen der Ausstellung hier im Hambacher Schloss erleben dürfen.

Warum sind die Umstände dieses Ereignisses für unser Thema so interessant? Zunächst gescheitert, wurden die revolutionären Umtriebe für die Demokratiediskussion, für den Kampf um den demokratischen Verfassungsstaat und für die Durchsetzung von Grundrechten ein Ereignis von verfassungspolitischer Bedeutung bis in die Gegenwart hinein. Es ging vor allem um die Meinungs- und Pressefreiheit, die – so das Bundesverfassungsgericht in zahlreichen Urteilen – für die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch heute noch schlechthin konstituierend ist. Man gründete den sog. „Pressverein“. Das war ein Zusammenschluss von „Gesinnungsgenossen“ im gesamten Deutschen Bund. Dieser Verein erwies sich auch als treibende Kraft beim Hambacher Fest. Nun führten die Hambacher Ereignisse zunächst zu harten Reaktionen. Mit einer verschärften Auslegung der Karlsbader Beschlüsse versuchte der Bundestag der revolutionären Bewegung Einhalt zu gebieten. Glücklicherweise waren die Hambacher Tage nicht, wie Heinrich Heine mutmaßte, „der letzte Termin, den die Göttin der Freyheit uns gewährte...“

Was Hambach 1832 auch aus heutiger Sicht noch interessant macht, das war der mediale Charakter der Ereignisse. Erstmals in der Geschichte waren revolutionäre Umtriebe zum Medienereignis geworden. Mit einer Mischung aus Demo und Party fand eine Inszenierung statt. Es gab öffentlichkeitswirksame Bilder und Gesänge eigens komponierter Lieder, Schlagworte und Parolen; alles Dinge, die auch heute noch Aufmerksamkeit erzeugen können. Hätte es damals schon das Fernsehen gegeben, es hätte die gewünschten Bewegtbilder und O-Töne sicherlich eingefangen.

Schon die Protagonisten der Freiheitsbewegung hatten offensichtlich ein feines Gespür für die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Franck 1993). Denn nur als Medienereignis, als publikumswirksame Präsentation, konnte die Befreiungsbewegung zu einer gesamteuropäischen Bewegung werden; viel stärker übrigens als die Französische Revolution. Wie zu keiner Zeit vorher wurde die Nachricht von den revolutionären Umtrieben verbreitet, geographisch und über

alle sozialen Schichten hinweg. Es entwickelte sich ein Zeitungsmarkt. Die Alphabetisierung der Bevölkerung kam voran. Aber es gab noch keine massenmediale Öffentlichkeit im heutigen Sinne. Dennoch, angeregt durch Fahnen, Plakate, Flugblätter und – nicht zu vergessen – durch Karikaturen, entstand so etwas wie eine Straßenöffentlichkeit; nach und nach bildete sich eine Vereinsöffentlichkeit, die sich über private Interessen hinaus für die öffentlichen Belange einsetzte. Es entstanden intellektuelle Debattierclubs und Lesezirkel. Das alles waren wichtige Voraussetzungen für die Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit. Ihre Proteste brachte diese dann durch gemeinsame Symbole und republikanische Erkennungszeichen zum Ausdruck.

Es gab noch etwas Weiteres, was in der kritischen Beschäftigung mit der Mediengesellschaft gerade heute eine große Rolle spielt: Die Vermischung von Politik und Unterhaltung. Das wurde schon damals kritisiert. Dafür haben wir einen prominenten Zeugen. Friedrich Engels, der Mitverfasser des Kommunistischen Manifests, lästerte über die politischen Umtriebe, bei denen sich gerade in der Pfalz Ernsthaftigkeit und Weinseligkeit vermischten. In seinem Bericht zur 48er Bewegung schreibt er – mit einem gegen die Pfalz erhobenen Zeigefinger: „Wer die Pfalz einmal gesehen hat, begreift, dass eine Bewegung in diesem weinreichen und weinseligen Lande einen höchst heiteren Charakter annehmen musste. Man hatte sich endlich einmal die schwerfälligen und pedantischen altbayerischen Bierseelen vom Hals geschafft und an ihrer Stelle fidele Schoppenstecher zu Beamten ernannt... Die Herstellung der Kneipfreiheit war der erste revolutionäre Akt des pfälzischen Volkes: Die ganze Pfalz verwandelte sich in eine große Schenke... Obwohl es hier viele reaktionäre Bezirke gab, war doch die Bevölkerung einstimmig in dieser ganzen Schoppenstecherei, wurde selbst der reaktionärste Spießbürger und Bauer hingerissen in die allgemeine Heiterkeit.“ (Engels 1969: 78f.) Sie sehen, die Pfalz ist ganz offensichtlich ein Vorreiter der modernen Medien- und Erlebnisgesellschaft. Schon damals hatte man hierzulande ein feines Gespür dafür, dass Öffentlichkeit und öffentliche Meinung auch ein wenig Spaß machen dürfen; dass der Souverän nicht nur informiert, sondern auch unterhalten werden will.

Ich wiederhole es: „Politik pur“, ohne Vermittlung, Deutung, oft auch völlig ohne Unterhaltungselemente, das ist eine „präpolitische Vorstellung“, um noch einmal Hannah Arendt zu zitieren, die ja gewiss nicht im Verdacht steht, Politik mit Unterhaltungsware zu verwechseln. Politik, gerade da, wo sie vermittelt wird, bestand schon immer aus bestimmten Inhalten und Zielen einerseits sowie bestimmten Darstellungs- und ggf. Unterhaltungseffekten andererseits. Das schließt ausdrücklich ein, dass Politikvermittlung auch als Herrschafts- und Manipulationsinstrument eingesetzt werden kann. Von „divertissement“, von „Unterhaltungspolitik“ sprachen bereits die Kritiker Ludwigs XIV. Festlichkeiten

und Theateraufführungen würden wie die Spiele im antiken Rom aufgeführt, „um die Menschen von der Politik abzulenken oder, wie La Bruyère es so plastisch ausdrückte, das Volk einzuschläfern“ (Burke, in: Müller 1997: 20). Soweit Peter Burke (1993: 14f.) auch in seinem Buch über „Die Inszenierung des Sonnenkönigs“. Freilich, nicht hinter jedem rhetorischen Unterhaltungseffekt steckt eine Manipulationsstrategie. Denn wo ein Massenpublikum erreicht werden soll, bedarf es auch des Einsatzes populärer Stimuli in der Politikvermittlung. Wer allein der nüchtern rationalen Information mit möglicherweise intellektuellem Anspruch das Wort redet, muss sich fragen lassen, ob er nicht ein elitäres Politik- und Demokratieverständnis kultiviert.

4. Politikvermittlung: mehr als die Legitimation des Augenblicks

- (1) *Meinungsfreiheit, Presse- und Informationsfreiheit sind für die freiheitliche Ordnung konstitutiv.* Sie sind ein „Kernstück politischer und geistiger Freiheit“ (Hesse 1995: 169). Sie sind, wie alle Freiheitsrechte, keine willkürliche Freiheit, sondern eine zu verantwortende Freiheit. Das heißt auch, dass sie, wie alle anderen Freiheitsrechte, auch nicht unbeschränkt sind.
- (2) *Medienfreiheit und Marktfreiheit stehen in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis.* Es gibt keine Medienfreiheit ohne die Freiheit des Marktes. Das Umgekehrte gilt jedoch nicht unbedingt. Der Markt allein ist kein Garant der Freiheit in der Mediengesellschaft. Unter rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten hätte es so manches Presseorgan, das für die Entwicklung der Bundesrepublik wichtig war, nicht geben dürfen. Dass Verleger vom Schläge eines Axel Springer, eines Rudolf Augstein oder eines Gerd Bucerius, dass solche Verleger den Demokratieaufbau in Deutschland kritisch begleitet und maßgeblich beeinflusst haben, ist nicht nur marktwirtschaftlich zu erklären. Es hat auch damit zu tun, dass diese geschäftlich erfolgreichen Verlegerpersönlichkeiten ein bestimmtes Ethos hatten: Das Ethos, mit ihren Medienprodukten auch einen öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Bei aller weltanschaulichen Differenz verband sie die gemeinsame Überzeugung einer Verantwortung für die Sicherung eines freien Gemeinwesens. Produkte der Informations- und Meinungsbildung sind eben doch nicht beliebige Konsumartikel.
- (3) *Die Medien sind ein Faktor der Politik.* Sie bestimmen mittlerweile nicht nur in hohem Maße die Agenda der Politik mit. Sie treten zunehmend auch als eigenständiger Akteur in Erscheinung. Auf Deutsch: Sie beeinflussen und machen Politik. Das ist bis zu einem gewissen Grade nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten. Themen müssen auf die Tagesordnung gesetzt werden, besonders solche, die die Politik nicht anpackt. Der Politik auf die Fin-

ger zu schauen durch Kritik und Kontrolle, das gehört zu den Aufgaben der Medien. Die Verantwortung der Massenmedien ist es jedenfalls, den politischen Diskurs aufrechtzuerhalten und Garant einer kritischen Öffentlichkeit zu sein. Wer sich im Medienbetrieb allerdings allein als Mitpolitiker ohne Mandat versteht, hat den Beruf verfehlt. Wer Politik machen will, sollte in die Politik gehen und nicht in die Redaktionsstube.

- (4) *Orientierungswissen vermitteln, Prioritäten richtig setzen*: Glaubwürdig sind Medien in der Politikvermittlung vor allem dann, wenn sie Orientierung vermitteln und Prioritäten richtig setzen; wenn sie populistischen Strömungen oder vordergründigen Unterhaltungs- und Kaufinteressen nicht einfach nachgeben. Vom „unheilvollen Prozess der Umkehrung von Wichtigkeiten“ hat Richard von Weizsäcker einmal mit kritischem Blick auf die Medien gesprochen. (Weizsäcker 1992: 157)
- (5) *Politik und Medien brauchen Nähe, und mehr noch brauchen sie Distanz*. Die populäre Beschreibung, dass Medien eine Art „vierte Gewalt“ seien, oder besser, sein sollten, ist ja nicht ganz falsch. Das bleibt der Maßstab des Artikels 5 unserer Verfassung. Beide aber, Medien und Politik, sind aufeinander angewiesen. Der eine braucht Publizität, der andere exklusive Informationen. Das führt zu einer Art Tauschverhältnis, zu gefährlicher Nähe und Symbiose. Es gehört aber zu einer offenen Gesellschaft, dass Politik und Medien jeweils einer anderen Logik folgen, nach anderen Regeln funktionieren. Die Logik der Medien folgt „Aufmerksamkeitsregeln“. Die Logik der Politik sollte „Entscheidungsregeln“ (Luhmann 1995) folgen. Das sind zwei Paar Stiefel. Problematisch wird es allerdings, wenn sich Massenmedien nur noch für das interessieren, was Aufmerksamkeit erzeugt. Und nicht weniger problematisch ist, wenn sich der politische Betrieb primär auf politische Inszenierung kapriziert und in Kommunikationsmanagement erschöpft.

Eine letzte Bemerkung: Politikvermittlung und Demokratie, sie gehören untrennbar zusammen. Das Verhältnis zwischen beiden bleibt jedoch – gerade in der schnelllebigen und dynamisch sich entwickelnden Mediengesellschaft – prekär. Wohin führt dies alles in der Tendenz? Prognosen will ich nicht abgeben. Doch ein Dilemma sehe ich für liberale Demokratien in der Mediengesellschaft: Die Politik kann sich der Logik des modernen Medienbetriebs nicht völlig entziehen. Wer sich aber zu sehr auf die Logik der Medien einlässt, steht in der Gefahr, auf den Augenblickserfolg zu schauen und Zukunftsverantwortung zu vernachlässigen. Das – die „Legitimation des Augenblicks“ (Sarcinelli 2009: 322) – scheint mir, mit Blick auf die nähere und weitere Zukunft das eigentliche Problem für „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“ zu sein.

Literaturverzeichnis:

- Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? Aus dem Nachlaß herausgegeben von Ursula Ludz, München.
- Böhmer, Wolfgang (2010): Interview „Demokratie kann nerven“. In: Der SPIEGEL, H. 16.
- Burke, Peter (1993): Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs, Berlin.
- Engels, Friedrich (1969): Die Reichsverfassungskampagne, Berlin (Ost).
- Franck, Georg (1993): Ökonomie der Aufmerksamkeit. In: Merkur, 47. Jg., S. 748–761.
- Guggenberger, Bernd; Offe, Claus (Hrsg.) (1984): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel. Opladen.
- Hesse, Konrad (1995): Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg (20., neubearb. Aufl.).
- Hüls, Elisabeth (2006): Zwei mutige Streiter für die Freiheit. Johann August Wirth und Philipp Jakob Siebenpfeiffer. In: Kermann, Joachim; Nestler, Gerhard; Schiffmann, Dieter: Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1932. Ursachen, Ziele, Wirkungen, Ludwigshafen, S. 85–134.
- Leinemann, Jürgen (2004): Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker. München.
- Luhmann, Niklas (1995): Die Realität der Massenmedien. Opladen.
- Machiavelli, Niccolò (1990/1513): Der Fürst. Aus dem Italienischen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Mit einem Nachwort von Horst Günther. Frankfurt am Main.
- Meier, Christian (1983): Die Entstehung des Politischen bei den Griechen. Frankfurt a.M.
- Müller, Marion G. (1997): Politische Bildstrategien im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1828–1996. Berlin.
- Müller, Peter (2002): Das haben wir dann gemacht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 3. 2002, S. 11.

- Münkler, Herfried; Llanque, Markus (1998): Ideengeschichte (Politische Philosophie), In: Jarren, Otfried; Sarcinelli, Ulrich; Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen/Wiesbaden, S. 65–80.
- Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) (1986): Wahrheit statt Mehrheit? Erstickt die demokratische Kommunikation. München.
- Österreich, Peter L. (1994): Philosophen als politische Lehrer, Darmstadt.
- Sarcinelli, Ulrich (1987): Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland. Opladen
- Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen/Wiesbaden/Bonn.
- Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, (2. Aufl.) Wiesbaden.
- Saxer, Ulrich (1998): Mediengesellschaft: Verständnisse und Missverständnisse. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden, S. 52–73.
- Tocqueville, Alexis de (1985/1835): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.
- Waigel, Theo (2010): Sündigen mit Waigel. In: Frankfurter Allgemeine am Sonntag, 2.5.2010.
- Weizsäcker, Richard von (1992): Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt.

Jugendstilelemente im Werk von August Croissant*

VON JÖRG KATERND AHL

August Croissant (1870–1941) zählt zu den bekanntesten pfälzischen Heimatmalern. Mit seinen zahlreichen Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen begründete und prägte er speziell in den Jahren nach 1903 bis zu seinem Tod im Jahr 1941 die pfälzische Landschaftsmalerei.¹ Seine Bilder sind volkstümliche Kunst im besten Sinne und schmücken noch heute zahlreiche Wohnungen und Räume in der Pfalz. Nur sehr wenige seiner Werke gelangten bisher in die rheinland-pfälzischen Kunstmuseen². Ein Werkverzeichnis oder eine Gesamtmonographie zu diesem Künstler existieren nicht. Anlässlich seines sechzigsten Geburtstages 1930 erschienen längere Artikel in der regionalen Presse³, ebenso zum einhundertsten Geburtstag 1970⁴. Das Tagebuch mit Aquarellen der Mittelmeer-Reise gab Hans Blinn 1976 als Katalog heraus⁵. Wolfgang Merkel und Wolfgang Diehl verfassten 1983 und 1991 Texte über August Croissant anläss-

* Gekürztes Manuskript des Vortrags am 09.05.2010 zur 91. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Landau.

¹ Ein Dank an alle, die bei meinen Recherchen behilflich waren: In Landau namentlich Familie Dr. Manfred Croissant, Frau Helge Hartung-Laux, Familie Klaus Humbert, Familie Thomas Ohmer, Frau Johanna Stehr, Frau Elfriede Zinnkann und Herr Prof. Dr. Zuschlag.

² Das Museum Pfalzgalerie Kaiserslautern besitzt vier Gemälde (*Emilie* 1916, *Landschaft Südpfalz* 1919, *Burrweiler* o.J., *Bildnis der Tochter* o.J.), etwa sieben Zeichnungen/Aquarelle und zwei Keramikvasen, das Historische Museum der Pfalz in Speyer zwei Gemälde (*Selbstbildnis* 1892, *Wasgau-landschaft* o.J.) und etwa zehn Zeichnungen/Aquarelle und das Landesmuseum Mainz lediglich eine kleine Bleistiftzeichnung (*Eugen C. beim Zeichnen* o.J.) von August Croissant.

³ Franz Weckesser: August Croissant, ein pfälzer Heimatmaler. – Zu seinem 60. Geburtstag. In: Die Pfalz am Rhein, Jg. 13, Nr. 3, 1. Februar 1930, S. 59–60; Ehrung August Croissant's. In: Der Rheinpfälzer, 7. Februar 1930, S. 3; Heinz Bröker: Besuch bei August Croissant. Zum 60. Geburtstag des pfälzischen Malers. In: Der Trifels – Heimatbeilage der Pfälzischen Rundschau, Nr. 4, 9. Februar 1930, S. 1–2; Edmund Hausen: August Croissant. Zum 60. Geburtstage. In: Pfälzisches Museum, Jg. 47, 1930, S. 38; Leopold Reitz: August Croissant, 60 Jahre alt. In: Pfälzerwald-Verein – Mitteilungen des Hauptvorstandes an die Ortsgruppen, Februar 1930, S. 1–4

⁴ Wilhelm Eisenbarth: Der Klassiker der pfälzischen Heimatidylle. Gedächtnisausstellung in der Villa Streccius zum 100. Geburtstag des Malers August Croissant. In: Die Rheinpfalz, 27. Januar 1970; Wolfgang Diehl: Senior dreier Künstlergenerationen – Landau gedenkt des hundertsten Geburtstags von August Croissant. In: Mannheimer Morgen, Nr. 25, 31.01./01.02.1970; Wilhelm Steigelmann: Dem Maler August Croissant zum Gedächtnis. In: Edenkobener Rundschau, 6./7. Februar 1970, S. 9 (mit geringfügigen Ergänzungen auch erschienen als „Geleitworte“ zur Ausstellung in der Villa Streccius Landau, 24.01.–08.02.1970); Wolfgang Diehl: Zum hundertsten Geburtstag von August Croissant. In: Landauer Monatshefte, Jg. 18, Februar 1970, S. 21–25

⁵ Hans Blinn (Hrsg.): Die Mittelmeerreise des August Croissant. Eine abenteuerliche Fahrt des Pfälzer Malers aus Landau. Pfälzer Kunst-Verlag, Landau/Pfalz, 1976

lich von Gruppenausstellungen der „Familie Croissant“ in Speyer und Landau⁶ – der Sohn Eugen, der Neffe Hermann sowie dessen Sohn Michael Croissant wurden ebenfalls bekannte Künstler. Der gesamte Nachlass von August Croissant wurde 1993 in Mutterstadt versteigert⁷. Das meiste ist heute verschollen. Nur ganz wenige Dokumente, wie etwa das Verzeichnis der Bilderverkäufe ab 1903 und das originale Tagebuch der Mittelmeer-Reise, die in die Pfälzische Landesbibliothek Speyer gelangten, kamen in öffentlichen Besitz. Alle Texte, die in Zeitschriften und den Gruppenkatalogen zur Familie Croissant erschienen sind, verzichten leider auf jegliche Quellennachweise, was die heutige Recherche sehr erschwert.

Mein Vortrag zeigt, wie sich der Schwerpunkt auf pfälzische Heimatmotive und Heimatthemen bei August Croissant vor dem Hintergrund der Jugendstil- und Werkbundbewegung sowie der Heimatbewegung entwickelt. Die Landschaftsmalereien des Künstlers setzen erst ab dem Jahr 1903 ein und werden bei den Werkbeispielen hier weitgehend ausgeklammert, da seine frühen dekorativen Werke in der Literatur bislang eigenartigerweise noch gar nicht behandelt wurden. Diese zeugen jedoch von solider künstlerischer Qualität und Eigenständigkeit und weisen zudem in die Richtung der verstärkt von 1902 bis 1912 auftretenden Jugendstiltendenzen des Künstlers. Die traditionelle und bis heute anhaltende Abwertung und Ausblendung der frühen dekorativen Malerei zugunsten der späteren Landschaftsdarstellungen ist gerade bei diesem Künstler meines Erachtens nicht angemessen.

August Croissant wird am 6. Februar 1870 in Edenkoben in der Pfalz geboren. Er ist der dritte Sohn des Malermeisters Zacharias Croissant in Edenkoben. Nach der Volksschule beginnt er eine Malerlehre im elterlichen Geschäft. In den Wintersemestern 1885 bis 1887 besucht er die Kreisbaugewerkschule in Kaiserslautern und arbeitet in den Sommermonaten weiter in der elterlichen Firma mit. Sein Lehrer in Kaiserslautern ist der slowenische Maler Janez Subic. Danach ist er, wie Weckesser 1930 schreibt, „zwei Jahre in der Nürnberger Kunstschule. Zur Sommerszeit, wo er Geld verdienen mußte, arbeitete er in ersten Werkstätten, in der Hauptsache als Blumenmaler. Dann studierte er in Münchener Schulen und ward bekannt mit den prominenten Künstlern Stuck und

⁶ Wolfgang Merkel: August Croissant. In: Die Familie Croissant. (Ausst.Kat.) Kunstverein Speyer, 1983, S. 6–13; Wolfgang Diehl: August Croissant. In: Heinz Setzer und Manfred Croissant (Hrsg.): Die pfälzische Künstlerfamilie Croissant. (Ausst.Kat.) Kunstverein Villa Streccius in Landau, Plöger Verlag, Annweiler, 1991, S. 29–51, mit Bibliographie S. 198–201

⁷ Henry's Auktionen. Nachlass-Versteigerung der Familie August Croissant. Mutterstadt, 10. Juli 1993. Der Auktionskatalog führt aus dem Nachlass von August Croissant insgesamt 355 Positionen auf (Nr. 49-00001 bis 49-00355) und bildet einige Arbeiten kleinformatig ab. Meine Versuche, über das Auktionshaus den Verbleib einzelner Stücke zu klären, führten zu keinem Ergebnis.

Lenbach⁸. Beim Bericht über die künstlerische Ausbildung weichen schon die zum sechzigsten Geburtstag im Jahr 1930 erschienenen Artikel teilweise voneinander ab. So schreibt Bröker: „München war Ziel und Sehnsucht aller Künstler. Auch August Croissant zog es dorthin, er arbeitete dort an den Kunstschulen und an mehreren Privatschulen. Die dekorative Malerei erlebte ihre Blütezeit, von Lenbach wurde das Künstlerhaus gebaut, Croissant hat dabei gelegentlich mitgeschafft. Seine eigentliche ‚Schulung‘ aber holte er sich in Nürnberg, an der Kunstschule, zwischendurch auch in Fürth. Dort hat er viel gemalt, für Innenräume, Schlösser, Villen, meistens Blumen, Blumen und nochmals Blumen“⁹. Bei Reitz heißt es: „Auf der Kunstschule Nürnberg wird er in das Aktzeichnen und Aquarellieren eingeführt und vor allem mit dem Kunstgewerbe vertraut. Die Kunstschule in München sagte ihm nicht sonderlich zu und er besuchte bald die dortige Privatschule eines Akademikers. Nach Nürnberg zurückgekehrt, trat er in ein Malergeschäft ein und wurde von Meister und Kundschaft sehr geschätzt. Dann ruft ihn die Heimat zurück und bindet ihn für immer an sich. Mit seinem Bruder Philipp zusammen übernimmt er ein Malergeschäft in Landau, das bald in der ganzen Pfalz einen ersten Ruf gewinnt.“¹⁰ Ein anderer Artikel¹¹ erwähnt noch die „Münchener Privatschulen Debschitz und Leonhard“ als Ausbildungsorte. Genauere Jahreszahlen werden 1930 nirgendwo angegeben.

Nähere Datierungsversuche der Ausbildungsstationen finden sich erst bei Steigelmann und Diehl 1970¹², also fast dreißig Jahre nach dem Tod des Künstlers. Im Jahr 1888 studiert er demnach, wie auch Blinn schreibt¹³, mit einem Stipendium des Regierungspräsidenten an der Kunstgewerbeschule in Nürnberg¹⁴. Als dortige Lehrer werden Friedrich Wilhelm Wanderer für Ornamentzeichnen, Carl Fleischmann für Figurenzeichnen und Heinrich Heim für Dekorationsmalerei genannt. Die genaue Aufenthaltsdauer in Nürnberg bleibt aber unklar: Be-

⁸ Weckesser, 1930 (siehe Anm. 3), S. 59

⁹ Bröker, 1930 (siehe Anm. 3), S. 1

¹⁰ Reitz, 1930 (siehe Anm. 3), S. 2

¹¹ Hausen, 1930 (siehe Anm. 3)

¹² Steigelmann, 1970 (siehe Anm. 4) schreibt: „Dann war er nach kurzem Aufenthalt in München zwei Jahre an der Nürnberger Kunstschule. Hier studierte er bei den Professoren Wanderer, Heim und Pillon meist Ornamente und Dekoration [...]“; Diehl, 1970 (siehe Anm. 4) schreibt: „Zwar ließ er sich vom Besuch der Münchener Akademie abraten, entschied sich schließlich aber doch für die süddeutsche Kunstmetropole. Nach einigen Zwischenspielen bei verschiedenen Professoren kehrte er aber München den Rücken und fand nach Nürnberg zurück. Im Spätherbst 1891 kam er auf dringende Bitten seines Bruders Philipp wieder nach Landau, um hier mit ihm ein Malergeschäft zu übernehmen [...]“.

¹³ Blinn, 1976 (siehe Anm. 5), Personalien

¹⁴ Zur Entwicklung der Nürnberger Kunstschule/Kunstgewerbeschule siehe Claus Pese: *Jugendstil aus Nürnberg*. Stuttgart, 2007, S. 12–21

reits am 2. August 1888¹⁵, in anderen Artikeln auch erst im August 1890 oder 91, kommt er von Nürnberg nach Landau, um hier mit seinen beiden älteren Brüdern das Maler- und Dekorationsgeschäft des verstorbenen Jakob Schmitt in der Marktstraße 42 zu übernehmen¹⁶. Für zumindest zeitweilige Aufenthalte an der Kunstgewerbeschule Nürnberg bis in das Jahr 1891 sprechen die Signaturen und Jahreszahlen auf erhaltenen Zeichnungen aus der Nürnberger Zeit (Abb. 1).¹⁷

Im August 1891 scheint August Croissant jedenfalls dauerhaft nach Landau übergesiedelt zu sein. Obwohl der Jüngste der drei Brüder, war er der künstlerisch führende Kopf der Gebrüder Croissant. Friedrich Wilhelm soll mehr für den handwerklichen Bereich und Philipp Jakob für die betriebswirtschaftlichen Fragen zuständig gewesen sein¹⁸. Die Skizzen und Entwürfe aus jener Zeit sind alle mit „Geb. [Gebrüder] Croissant“ signiert, stammen aber wohl zumeist von August Croissant und haben sich auch alle über dessen Nachlass erhalten.¹⁹

Die Jahre um 1888 sind die Hauptzeit der Entstehung der Ringstraßenarchitektur in Landau, und offenbar waren die Gebrüder Croissant damals sehr gut damit beschäftigt, die zahlreichen neuen und äußerst repräsentativen Wohnhäuser in Landau mit Dekorationsmalereien auszustatten. Erhalten hat sich davon aber nur sehr wenig. Die Artikel zu den Jubiläen etwa 1930 sprechen zwar von zahlreichen dekorativen Werken in Sälen und Gebäuden in Landau, benennen aber leider kein einziges Werk August Croissants genauer. Außer den Wandgemälden im privaten Wohnhaus Croissants findet sich in der gesamten Literatur kein einziger näherer Hinweis auf ein ausgeführtes Werk der Dekorationsmalerei. Auch die Autorenschaft an den Malereien im Kleinen Saal der Festhalle wird übrigens, außer im Programm zur Eröffnung der Festhalle 1907, später nirgendwo mehr erwähnt.

Zwei mögliche Werke der Gebrüder Croissant aus der Zeit um 1890 sind die noch heute erhaltenen Dekorationsmalereien in den Häusern Südring 1 und 3. Beide Gebäude wurden vom Architekten Friedrich Völcker entworfen. Das

¹⁵ Blinn, 1976 (siehe Anm. 5), Personalia

¹⁶ Hans Blinn: Alles eine farbige Sinfonie. Zum heutigen 50. Todestag des Malers August Croissant. In: Die Rheinpfalz, 14. Januar 1991

¹⁷ Auch in einem handgeschriebenen Lebenslauf (ohne nähere Quellenangabe zitiert in Viktor Carl (Hrsg.): Lexikon Pfälzer Persönlichkeiten. Edenkoben, 2004, S.141) bemerkt A.C., dass er zwei Jahre in Nürnberg gewesen sei. Bei Bröker (siehe Anm. 3) heißt es 1930, A.C. sei „als 22-jähriger“ in das Dekorationsmalergeschäft des Bruders in Landau eingetreten. Eine mit „A. Croissant N 90/91“ signierte, ca. 35 x 35 cm große Zeichnung eines Tellers befindet sich im Besitz von Herrn Wittmann in Landau.

¹⁸ Manfred Croissant: Ein Stiller im Lande. Zum 100. Geburtstag des Pfälzer Malers Karl Emil Croissant (1899-1964). Landau, 1999, S. 15. Eine historische Fotografie (Abb. Ebd., S. 17) zeigt die Gebrüder Croissant und ihre Mitarbeiter im Dekorationsmalereibetrieb.

¹⁹ Vgl. auch die Abbildungen von Entwürfen im Auktionskatalog (siehe Anm. 7)



Abb. 1: August Croissant, 1890, Zeichnung auf Papier, ca. 70 x 20 cm, Stadtarchiv Landau, Detail

zweigeschossige Wohnhaus Südring 1 entstand 1889 für die Brauereibesitzerwitwe Katharina Schneider, die große Villa Südring 3 im Jahr darauf, 1890, für den Justizrat Jakob Keller. Im Südring 1 befinden sich Ausmalungen in der verglasten Loggia sowie im Südring 3 im Treppenhaus.²⁰ Speziell die Art der

²⁰ Vgl. Helmut Range: Die Ringstraßen in Landau 1871–1914. Landau, 2007, Farbabbildungen S. 145 und 151

Blumenmalerei und die wiederholt auftauchenden Puttenköpfe deuten hier auf August Croissant hin²¹. Vergleicht man andere Details, wie etwa die Ausführung der Faunköpfe oder die Ornamentik und Anordnung der Bildfelder, mit zeitgleichen Entwürfen von August Croissant (Abb. 2), so ergeben sich weitere prägnante Ähnlichkeiten und Hinweise für eine mögliche Zuschreibung.

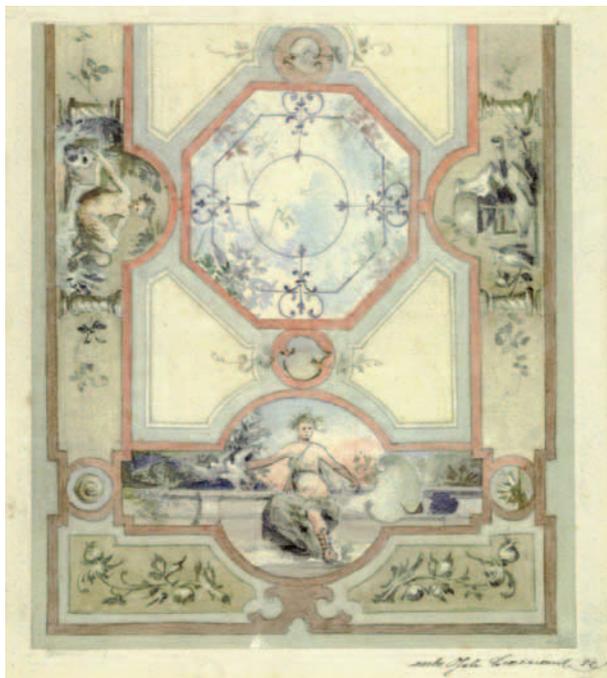


Abb. 2: August Croissant, Deckenbildentwurf, 1892, Aquarell, 26 x 23 cm, Privatbesitz Landau

Auch bei einem weiteren Hauptgebäude am Südring, der 1892/93 errichteten Villa Streccius, Südring 20, ist die Ausführung der ursprünglich vorhandenen Dekorationsmalerei im Treppenhaus möglicherweise ein Werk der Gebrü-

²¹ Ähnliche Deckenmalereien, die eine Beteiligung der Gebr. Croissant vermuten lassen, haben sich in Landau auch in den Gebäuden Martin-Luther-Straße 17 und Westbahnstraße 12 erhalten. Zeitlich vergleichbare, sehr hochwertige Dekorationsmalereien finden sich z. B. auch in der Villa Böhm in Neustadt an der Weinstraße und in der Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben (zur Villa Ludwigshöhe siehe: Agnes Allroggen-Bedel et al.: Pompeji in der Pfalz – Die Wand- und Deckenmalereien der Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, 105. Band, Speyer, 2007, S. 269–314).

der Croissant. Die heute verdeckten Wandgemälde wurden spätestens Anfang der sechziger Jahre übertapeziert. Bei der Renovierung des Hauses 1997/98 konnte am Treppenabsatz im Obergeschoss ein größeres Stück des Gemäldes mit barock-illusionistisch anmutender Architekturmalerei und üppigen Pflanzenmotiven kurzfristig freigelegt werden.²² Ein früher Aquarellentwurf von August Croissant (Abb. 3) stimmt in seinen Proportionen mit den entsprechenden Raummaßen in der Villa Streccius überein. Es könnte sich also hier durchaus um einen architektonisch anders gefassten Vorentwurf für das Wandgemälde im oberen Treppenhaus der Villa Streccius handeln.



Abb. 3: August Croissant, im Original farbiges Aquarell, 19 x 25 cm, Privatbesitz Dr. Croissant in Landau

Dass die Geschäfte der Gebrüder Croissant gut liefen und entsprechend lukrative Aufträge in Landau ausgeführt wurden, beweist auch die Tatsache, dass sich August Croissant vom 1. Dezember 1894 bis März 1895 eine ausgedehnte Malerreise durch die Schweiz, Italien, Palästina bis nach Ägypten leisten konnte. Das Tagebuch dieser Reise erschien 1976 zusammen mit ausgewählten Aqua-

²² Vgl. Befunduntersuchung des Restaurators Hans Dieter Zopf aus Weinheim, Manuskript mit Fotos im Kulturamt Landau. Vgl. auch den Gebäudeschnitt mit eingefügter Skizze der Wandgemälde im Treppenhaus der Villa Streccius in: *Architektonische Rundschau*, Jg. 12, 1896, Heft 7, Tafel 51

rellen als bislang einzige Monographie des Künstlers unter dem Titel „Die Mittelmeerreise des August Croissant“²³.

Im Jahr nach der Rückkehr, an seinem 26. Geburtstag 1896, heirateten August Croissant und die aus Ingenheim stammende Emilie Schardein. Im Jahr darauf beginnen die Brüder August und Philipp mit dem Bau eines großzügigen Wohn- und Geschäftshauses in der Fortstraße 8-10 in Landau. Die Pläne für das Haus zeichnete der Landauer Architekt Arndt Hartung. Der Plan für das Haupthaus datiert vom 28. September 1896, der Plan für die Werkstatt-Nebengebäude vom 6. Juli 1897 und der Plan für das Ateliergebäude von August Croissant vom 3. Dezember 1902.²⁴

Das Doppelhaus der Brüder wurde laut Jahreszahl im Schriftband in der Mitte der Fassade 1897 fertig gestellt.²⁵ August bewohnte den Gebäudeteil Fortstraße 8 und Philipp den Gebäudeteil Fortstraße 10, welcher sich durch ein um ein Stockwerk erhöhtes Giebelgeschoss auszeichnet. Laut Helmut Range „interpretiert der Architekt hier die Renaissance in sehr eleganter Weise. Am Aufspringen des Gesimses lassen sich auch Einflüsse des Barock erkennen. Die erhaltenen Grundrisse sind ungewöhnlich reformerisch, denn auf alle Konventionen bei der bisherigen Grundrissgestaltung ist hier zugunsten einer individuellen Raumaufteilung verzichtet worden.“²⁶ Eine großflächige Fassadenmalerei wies auf das Dekorationsmalergeschäft der Brüder hin (Abb. 4).²⁷ Oben in der Scheinnische war eine Minerva mit Pinsel, Blumenschmuck und Putten dargestellt, unten das Zunftzeichen der Maler und das Firmenmotto „Kunst bringt Gunst“.

Etwa fünf Jahre nach der Fertigstellung des Wohnhauses lässt sich August Croissant neben den Werkstätten im Hinterhof ein kleines Ateliergebäude errichten. Mit der Fertigstellung des eigenen Ateliers 1903 beginnt auch das heute in der Landesbibliothek Speyer befindliche Verzeichnis der Bilderverkäufe²⁸

²³ Das Originaltagebuch ist im Besitz der Pfälzischen Landesbibliothek Speyer, Sign. Hs. 618; Eine 230 x 210 cm große Entwurfszeichnung (Abb. im Auktionskatalog 1993, Nr. 49-00346), die einen Touristen beim Besteigen der Gizeh-Pyramide zeigt, befindet sich heute im Besitz von Frau E. Zinnkann in Landau.

²⁴ Stadtarchiv Landau, Plansammlung Arndt Hartung

²⁵ Michael Martin (Hrsg.): Landau 1900–Landau 2000. Edenkoben, 2001, S. 236

²⁶ Helmut Range: Die Ringstraßen in Landau 1871–1914. Landau, 2007, S. 180; Range nennt statt 1897 hier fälschlich das Baujahr 1895.

²⁷ Eine historische Fotografie (Abb. in Wolfgang Diehl: Hermann Croissant. Maler zwischen Tradition und Moderne. Landau, 1987, S. 5) zeigt das Croissant'sche Haus mit dieser Fassadenmalerei, möglicherweise bei der Prinzregentenparade 1911.

²⁸ Pfälzische Landesbibliothek Speyer, Sign. Hs. 574. Das zuerst verzeichnete Ölgemälde „Am Trifels“ (Abb. in Helge Hartung-Laux: Arndt Hartung – Architekt 1867–1945. Mannheim, 1992, S. 31) befindet sich heute im Besitz der Familie Hartung-Laux in Landau. Auch der große Schrank im unteren Flur des Privathauses von Arndt Hartung, Mahla Str. 2, soll von August Croissant bemalt sein.



Abb. 4: August Croissant, Entwurf zur Fassadengestaltung des Croissant'schen Anwesens Fortstraße 8-10, um 1897, Gouache auf Papier, ca. 80 x 94 cm, Privatbesitz, Landau

und damit die eigentliche freie künstlerische Tätigkeit von August Croissant als Porträt- und Landschaftsmaler. In dem privaten Register sind bis Ende 1914 bereits über 150 Ölbilder und Aquarelle aufgeführt.

Blicken wir nun in das schon erwähnte Wohnzimmer im Haus August Croissants, das in seiner Gesamtausstattung in den Jahren 1897 bis 1902 gerade am Übergang vom Historismus zum Jugendstil steht: Die Raumsicht (Abb. 5) zeigt die bemalte Nische mit einem „Capri-Motiv“. Zu den Möbelstücken der frühesten Ausstattung gehört auch die Sitzbank unter dem Wandbild mit den Kinderporträts der 1896 geborenen Tochter Emilie und des 1898 geborenen Sohnes Eugen²⁹. Der Raum wird von den jetzigen Besitzern des Hauses im möglichst ursprünglichen Zustand belassen.

²⁹ Die Kinderporträts wurden vor der Auktion 1993 durch Reproduktionen ersetzt. Die originalen Gemälde befinden sich an anderer Stelle in Landau ebenfalls in Privatbesitz. Die Sitzbank und das gemalte Motiv von Capri darüber werden zuerst von Heinz Bröker 1930 (siehe Anm. 3) erwähnt.



Abb. 5: Wohnzimmer im Haus Croissant, Fortstraße 8, Detailansicht der Nordseite im März 2008, Foto: Thomas Ohmer

Im Wohnzimmer befindet sich am oberen Wandabschluss auch ein umlaufender Gemäldefries mit einer Landschaftsdarstellung vor goldfarbenem Hintergrund. Verschiedene Möbel und Gebrauchsgegenstände, wie etwa eine Uhr³⁰, sollen von August Croissant entworfen worden sein. Das große Eckbüffet dort wurde aber, wie eine Zeichnung im Stadtarchiv Landau zeigt, nicht von August Croissant, sondern vom Architekten Arndt Hartung in historisierenden Formen entworfen³¹. Dagegen könnte der stilistisch modernere Eckschreibtisch am Fenster, der auch bereits auf einem kleinen Interieur-Gemälde³² von August Croissant aus dem Jahr 1902 erscheint, auf einen eigenen Entwurf des Künstlers zurückgehen. Ausgeführt wurde dieses Möbelstück dann möglicherweise in der Möbelfabrik Niederhöfer in Edenkoben. Die Beschläge und Außenformen zeigen eine deutliche Tendenz zum Jugendstil.

Im Winter 1902 und 1903 besucht August Croissant, laut Weckesser³³, in München wieder private Kunstschulen. Er soll mit Franz von Lenbach und Franz von Stuck bekannt gewesen sein.³⁴ Möglicherweise ist die Einrichtung und künstlerische Gestaltung des Wohnzimmers im Haus Croissant, im Sinne eines Gesamtkunstwerkes, auch vom Vorbild der Wohn- und Atelierhäuser dieser beiden Künstler in München angeregt worden.

Nur wenige weitere Dekorationsmalereien lassen sich auch in dieser Zeit August Croissant sicher zuschreiben. Dazu gehören zwei, das bayerische Wappen flankierende, dionysische Gestalten an dem nach 1896 entstandenen Lagergebäude einer Weinhandlung, Ecke Schlachthofstraße 14 und Industriestraße, in Landau (Abb. 6). Die Zuschreibung wird gesichert durch zwei entsprechende,

³⁰ Abbildung im Auktionskatalog 1993 (siehe Anm. 7) Nr. 49-00067

³¹ Die Zeichnung mit dem Titel „Eck-Büffet für Herrn Aug. Croissant“ in der Plansammlung Arndt Hartung im Stadtarchiv Landau ist signiert und datiert „26. Nov. 1897“. Auf einer 1993 aufgenommenen Fotografie der Südostecke des Wohnzimmers (siehe: Die Rheinpfalz, 14.08.1993) ist auch das heute noch dort vorhandene Eckbüffet erkennbar.

³² Privatbesitz Stehr

³³ Weckesser, 1930 (siehe Anm. 3), S. 59

³⁴ Im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg, Deutsches Kunstarchiv, Nachlass August Croissant, hat sich eine Postkarte von Franz von Stuck an August Croissant erhalten. Sign.: I, C-6: „Baden-Baden, 7. Mai 1924. Sehr geehrter Herr Croissant. Ich bin auf drei Wochen hier im Sanatorium Dr. Dengler zur Erholung. Wie gerne würde ich Ihnen in der Atelier-Angelegenheit helfen, oder wenigstens raten, aber in dieser Sache habe ich leider nicht den geringsten Einfluß. Ich selbst habe lange Zeit, auch als ich schon ganz bekannt war, in einem Zimmer gearbeitet und habe erst ganz spät ein richtiges Atelier gemietet. Wenn ein Zimmer leichter zu bekommen ist, als ein Atelier, würde ich mich einstweilen damit begnügen und die Suche nach einem Atelier weiter betreiben. Ich höre von vielen jungen und alten Künstlern, die in der gleichen Lage sind, das wird sicher auch lange nicht besser. Herzl. Grüße Franz v. Stuck“



Abb. 6: August Croissant, Fassadenschmuck, Ecke Schlachthofstraße / Industriestraße in Landau, Foto: J.K.

200 x 98 cm große Entwürfe, die im Auktionsverzeichnis 1993 aufgeführt sind und von denen einer dort auch abgebildet ist.³⁵

Im September 1902 finden wir die Signatur August Croissants unter einer gezeichneten Gebäudeansicht zum Richtfest der Harr'schen Handelschule³⁶ an der Kreuzung Nord- und Westring, der heutigen Nordringschule in Landau. Das imposante Gebäude mit dem hohen, frühbarock ausgebildeten Turm an der Nordfassade wurde vom Architekten Arndt Hartung entworfen, der mit dem Künstler seit dem Bau des Croissant'schen Hauses freundschaftlich verbunden war³⁷. Die Gebrüder Croissant führten die malerischen Dekorationen im Inneren der Schule aus. Von August Croissant speziell stammten die Wandmalereien im Kleinen Speisesaal³⁸ mit einer Darstellung vom Augustinerkreuzgang in Landau und üppiger, floral verspielter Ornamentik, die aber heute nicht mehr erhalten sind. Die Details der Blumenmalerei und die ornamentalen Schmuckformen zeigten hier deutliche Jugendstilelemente.

Es finden sich weitere Entwurfszeichnungen der Gebrüder Croissant, ebenfalls aus dem Jahr 1902, für den Justizneubau in Landau, die Holzdecke im Zimmer des Präsidenten und die Holzdecke im Zimmer des 1. Staatsanwaltes.³⁹

Von August Croissant gibt es daneben auch verschiedene kunstgewerbliche Gegenstände, wie etwa einen bemalten Fächer aus dem Jahr 1905, heute im

³⁵ Auktionskatalog 1993 (siehe Anm. 7) Nr. 49-00341

³⁶ Abb. in Helge Hartung-Laux: Arndt Hartung – Architekt 1867-1945. Mannheim, 1992, S. 34

³⁷ Siehe z.B. seine Erwähnung im Artikel zur Ehrung August Croissants in: Der Rheinpfälzer, 7. Februar 1930, S. 3

³⁸ Michael Martin (Hrsg.): Landau 1900–Landau 2000. Edenkoben, 2001, S. 210; Abbildungen in Helge Hartung-Laux, 1992 (siehe Anm. 36), S. 36–37

³⁹ Landesarchiv Speyer, Bestand WW 1, Nr. 7692 a + b

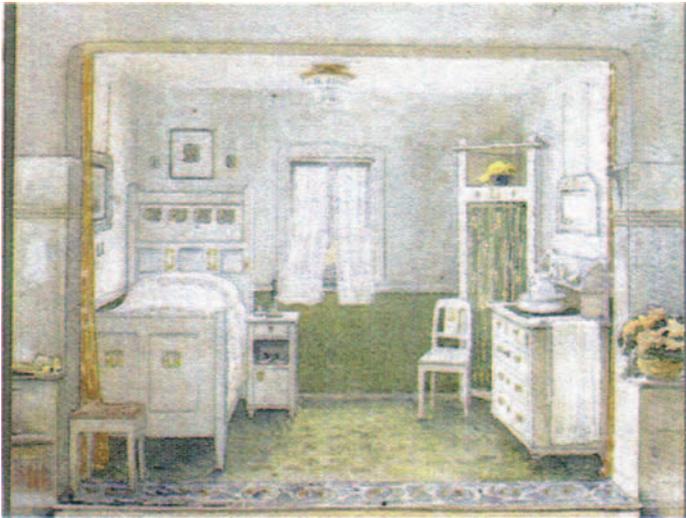


Abb. 7: August Croissant, *Blick in das Zimmer der Tochter*, 1905 oder früher, Gouache auf Karton aufgeklebt, ca. 28,5 x 37 cm, Abbildung aus: Auktionskatalog 1993, Nr. 49-00251

Stadtmuseum Landau, oder zwei schlichte Keramikvasen⁴⁰, die in die Pfalzgalerie nach Kaiserslautern gelangten.

Für seinen Innenraumentwurf eines Mädchenzimmers (Abb. 7) erhielt er einen „1. Preis“ in Form einer goldenen Medaille⁴¹ bei der 4. Pfälzischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern im Jahr 1905. Die Gouache ist im Verzeichnis der Nachlass-Versteigerung von 1993 briefmarkengroß farbig reproduziert, ihr Verbleib unbekannt. Auch auf dem Innentitel des offiziellen Katalogs der 4. Pfälzischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern erscheint 1905 ein Plakatentwurf von August Croissant (Abb. 8). Gezeigt sind das Kopfprofil und der muskulöse Oberkörper eines auf ein Zahnrad gestützten Gestalters beim kritischen Betrachten eines Werkes, hier einer Vase.⁴²

Eine Fotografie in dem 1906 publizierten „Bericht über die 4. Pfälzische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern 1905“ zeigt eine Ansicht vom Ausstellungsteil des Landauer Gewerbevereins.⁴³ Der Landauer Anzeiger

⁴⁰ Abbildung im Auktionskatalog 1993 (siehe Anm. 7) Nr. 49-00010

⁴¹ Ferdinand Moser (Hrsg.): Bericht über die IV. Pfälzische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern 1905. Kaiserslautern, 1906, S. 79

⁴² Das Motiv wird auf einer im Auktionskatalog 1993 (siehe Anm. 7) abgebildeten Gouache Nr. 49-00310 variiert.

⁴³ Moser, 1906 (siehe Anm. 41), S. 109



Abb. 8: August Croissant, 1905, Offizieller Katalog der 4. Pfälzischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern, Titelvignette

berichtet am 17. Juni 1905 hierüber: „Bei unserem weiteren Rundgang durch die Gesamtausstellung des Gewerbevereins Landau finden wir in der dritten Nische eine recht anheimelnde Künstlerecke. Herr Dekorationsmaler August Croissant, dem auch der Entwurf dieses Ateliers zu verdanken ist, hat hier Bilder, Studien und Skizzen, ein sonniges Aquarell „Im Ostpark“, Bachlandschaften und dekorative Skizzen gebracht, die allenthalben aufmerksame Beurteiler finden. Anerkannte Fachleute gaben beim Beschauen dieser Werke wiederholt Urteile ab, die für Herrn Croissant sehr schmeichelhaft klangen. Auch seine Künstlerpost-



Abb. 9, August Croissant, Pfälzer Land, Wandbild bei der 4. Pfälzischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern, 1905

karten zeugen von großer Geschicklichkeit.“⁴⁴ Weiter heißt es zu dem großen, auf der Fotografie erkennbaren Gemälde (Abb. 9)⁴⁵: „Eine hübsche Arbeit bewundern wir in dem zwei Meter hohen und 4 Meter breiten Wandbild ‚Pfälzer Land‘ des Herrn A. Croissant, das uns eine hügelige vorderpfälzer Landschaft zeigt. Ein vom Berg kommender Bach belebt den Waldessaum; in der Ebene steht im Frührot eine lichtumspielte Gruppe, die einen eben zum Pflügen sich anschickenden Bauersmann darstellt. In dunstiger Ferne tauchen die Kirchtürme auf; alle Farben sind auf einen warmgoldigen Ton gestimmt, der zur weißen Wand recht wirkungsvoll harmoniert.“⁴⁶ Anlässlich dieser Ausstellung in Kaiserslautern könnte sich auch ein Kontakt mit dem Bildhauer Ludwig Habich ergeben haben, der hier als Preisrichter tätig war⁴⁷ und in den späteren Texten über Croissant erwähnt wird.

August Croissant gestaltete auch das „ProgrammBuch“ zur Eröffnung der Landauer Festhalle am 27. und 28. Oktober 1907. Das parallele Vorkommen von Moderne und Tradition im künstlerischen Ausdruck bei Croissant zeigt sich allein schon, wenn man das Titelbild mit der Ansicht der Festhalle (Abb. 10) in seinen linearen Jugendstilformen mit dem weiteren Schmuck dieses Programms, den vier für August Croissant typischen PuttENVignetten im Inneren vergleicht, die wohl eher noch auf eine traditionelle neobarocke Formauffassung hindeuten.

Wie das ProgrammBuch 1907 in der Einführung berichtet, führten die Gebrüder Croissant auch die Malerarbeiten im Großen Saal der Festhalle aus. Weiter heißt es dort: „Der Bühne gegenüber, dem großen Saal in der Längsachse angegliedert und mit diesem durch große Türöffnungen verbunden, liegt der kleine Saal, ein prächtiger Raum mit schöner Farbenstimmung und künstlerisch dekorativer Ausmalung von August Croissant in Landau.“⁴⁸ Ich zeige eine historische Abbildung des Saales aus der Architektonischen Rundschau von 1909 (Abb. 11). Die heute restauratorisch wiederhergestellte Malerei von August

⁴⁴ Landauer Anzeiger, 17. Juni 1905, S. 4

⁴⁵ Dieses Gemälde ist auch ohne jede Bildlegende in dem Faltblatt (siehe Anm. 4, Wilhelm Steigelmann: Geleitworte) zur Gedächtnisausstellung zum 100. Geburtstag von August Croissant, vom 24. Jan. bis 8. Feb. 1970 in der Villa Streccius in Landau, abgebildet.

⁴⁶ Landauer Anzeiger, 17. Juni 1905, S. 4. Der Text im „Bericht über die IV. Pfälzische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Kaiserslautern 1905“ (siehe Anm. 41) hebt die Arbeiten von August Croissant ebenfalls hervor. Daneben wird auch Arndt Hartung genannt, der Fotografien seiner ausgeführten Bauwerke zeigte.

⁴⁷ Moser, 1906 (siehe Anm. 41), S. 73

⁴⁸ ProgrammBuch zur Einweihungsfeier der Festhalle Landau am 27. und 28. Oktober 1907, Expl. im Stadtarchiv Landau, S. 7

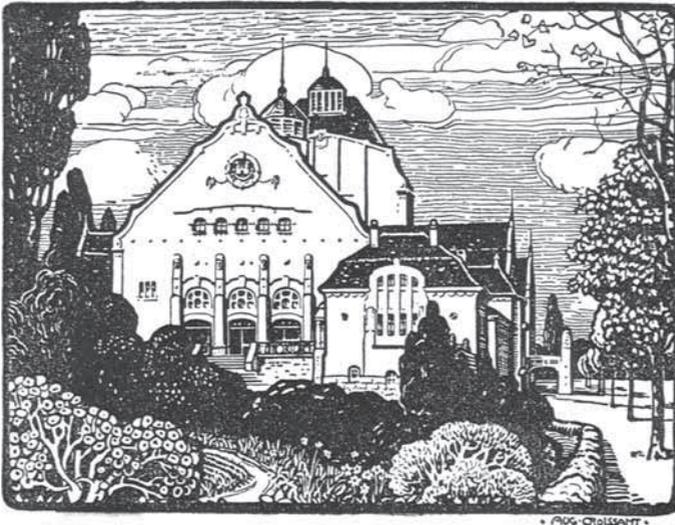


Abb. 10: August Croissant, Nordansicht der Festhalle Landau, 1907, Programmbuch zur Einweihungsfeier der Festhalle, Titelvignette

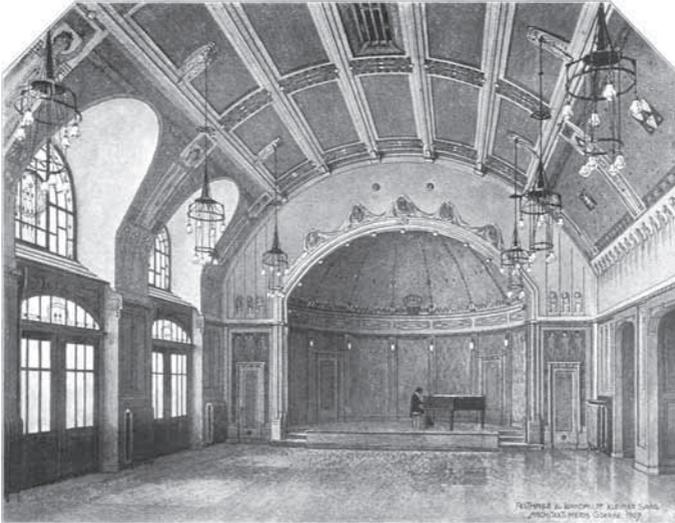


Abb. 11: Festhalle Landau – Kleiner Saal, Abbildung aus: Architektonische Rundschau, 1909, Heft 9, S. 67

Croissant war von etwa 1930 bis 2001 durch spätere Raumfassungen verdeckt.⁴⁹ Die goldglänzende Gestaltung des Gewölbes wird durch ornamentale Bänder flächig gegliedert. Wesentlich bestimmt wird die Raumwirkung durch die acht linear aufgefassten Frauengestalten mit den Namen der Komponisten Händel, Bach, Haydn, Mendelssohn, Schubert, Schumann, Wagner und Brahms, welche die vier Gurtbögen der Decke zu stützen scheinen (Abb. 12). Bei der Gestal-



Abb. 12: August Croissant, Festhalle Landau – Kleiner Saal, Südostecke der Deckenmalerei, heutiger Zustand nach der im Jahr 2001 erfolgten Restaurierung, Foto: J.K.

tung der Frauenfiguren mit erhobenen Armen und stilisiertem Gewandschmuck könnte Croissant durch das Plakat von Peter Behrens „Ein Dokument deutscher Kunst“ zur Darmstädter Ausstellung von 1901 angeregt worden sein.⁵⁰ Im Übrigen ist das Motiv der erhobenen Arme, als Ausdruck von Gemütsbewegun-

⁴⁹ Kleiner Festhallsaal wird nach der Restaurierung aussehen wie einst. In: Die Rheinpfalz, 21.03.2001; Siehe auch Georg Peter Karn: „Der Kunst eine Stätte“ – Die Landauer Festhalle und ihre architektonische Stellung. In: Festhalle Landau. Landau, 1996, S. 18-19

⁵⁰ Abb. in: Kai Buchholz et al. (Hrsg.): Die Lebensreform. Darmstadt, 2001, Bd. 2, S. 107. Vgl. Renate Ulmer: Die Ausstellung „Ein Dokument deutscher Kunst“ Darmstadt 1901. In: Winfried Nerdinger (Hrsg.): 100 Jahre Deutscher Werkbund 1907-2007. München, 2007, S. 22–23

gen, Begeisterung und harmonischem Einklang, im Jugendstil weit verbreitet. Auch bei Peter Lenz, dem Begründer der „Beuroner Kunstschule“, dessen Werke im Jahr 1905 in der 24. Sezessions-Ausstellung in Wien gezeigt wurden, finden sich vergleichbare Figurendarstellungen.

Allgemein greift August Croissant die Anregungen des Jugendstils und den Impuls zur Erneuerung in seiner Kunst um 1900 auf verschiedenen Ebenen auf. Die florale Thematik und das Vordringen des Ornamenthaften erscheinen als eine Weiterentwicklung der frühen Dekorationsmalerei des Künstlers. Das Zurück zur Natur und der unterschwellig restaurative Aspekt der Bewegung gehen parallel mit seiner Entwicklung als Heimatmaler ab dem Jahr 1903 (Abb. 13 und 14). Die generelle Aufwertung des Handwerks entsprach dabei wohl besonders seinem künstlerischen Selbstverständnis und dürfte seine zeitweisen Versuche in unterschiedlichsten Gestaltungsbereichen angeregt und unterstützt haben.⁵¹ Bereits im Gründungsjahr 1907 soll August Croissant, laut Blinn⁵², auch Mitglied des deutschen Werkbundes geworden sein. Er war in jedem Fall, wie Hermann Graf, der Direktor des Gewerbemuseums Kaiserslautern im Jahr 1930⁵³ bemerkte, der erste Pfälzer Künstler in dieser Vereinigung, welche die im Jugendstil begonnenen Tendenzen der allgemeinen Formgebung weiter fortsetzte.

Jugendstilelemente finden sich teilweise auch in dem reichen Fundus der von August Croissant geschaffenen Gebrauchsgraphik wieder. Hingewiesen sei hier auf den Umschlag für ein Wanderbüchlein des Pfälzerwaldvereins aus dem Jahr 1911 und ein 1913 datiertes „Ex libris“ für Heinrich Kohl, der im Jahr 1902 in Ludwigshafen den Pfälzerwaldverein gründete und später ein enger Freund von August Croissant wurde.⁵⁴ Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang auch die Illustrationen August Croissants, z. B. für die von Georg Heeger herausgegebene Sammlung Pfälzischer Volkslieder „Ri-ra-ritzelche“ von 1912 und den Titel „Pfälzer Volkslieder und Tänze“ von 1914.⁵⁵

In den Jahren 1910 und 1912 publiziert August Croissant kurze heimatkundliche Artikel mit eigenen Zeichnungen unter den Titeln „Ueber Pfälzische Hof- und Haus-Eingänge“⁵⁶ und „Dorfkirchen der Rheinpfalz“⁵⁷. Den Dorfkir-

⁵¹ Vgl. hierzu auch Diehl, 1991 (siehe Anm. 6), S. 37

⁵² Blinn, 1976 (siehe Anm. 5), S. 61

⁵³ Der Rheinpfälzer, 7. Februar 1930, S. 3

⁵⁴ Diese sowie weitere Arbeiten befinden sich im Bestand des Stadtarchivs in Landau.

⁵⁵ Beide Bücher befinden sich im Bestand der Pfälzischen Landesbibliothek Speyer.

⁵⁶ August Croissant: Ueber Pfälzische Hof- und Haus-Eingänge. Text und Zeichnungen von August Croissant. In: Der Pfälzerwald. Zeitschrift für Touristik und Heimatpflege. Jg. 11, 1910, S. 80–84

⁵⁷ August Croissant: Dorfkirchen der Rheinpfalz. Text und Abbildungen von August Croissant. In: Bayerischer Heimatschutz. Monatsschrift des Vereins für Volkskunst und Volkskunde in München. Jg. 10, 1912, Heft 12, S. 264–266



Abb. 13: August Croissant im Atelier, um 1930



Abb. 14: August Croissant, Blick von der Madenburg in den Pfälzer Wasgau, Aquarell, um 1912, Künstlerpostkarte des Pfälzerwald-Vereins

chen-Artikel schließt er mit einem Zitat von John Ruskin über die allgemeine Schutzfunktion des Daches und einem weiteren Zitat von William Morris über die enge Beziehung zwischen kirchlicher Kunst und der Volkskunst im Allgemeinen.

Angesichts der spärlichen Dokumente zu seinen künstlerischen Wurzeln, erhält die Erwähnung von Ruskin und Morris im eigenen Aufsatz des Künstlers besondere Bedeutung. Gerade das handwerkliche Qualitätsstreben und die Bodenständigkeit dieser beiden frühen Vorläufer des Jugendstils dürften ihn besonders angesprochen haben. In den handwerklich perfekt ausgeführten gründerzeitlichen Dekorationen der Gebrüder Croissant Anfang der 1890er Jahre wichen der repräsentative Anspruch und die Prägung durch mythologische Inhalte nach und nach einer alles durchdringenden, floralen Stilisierungstendenz, welche auch und gerade die Putten und Amoretten neobarocker Herkunft zentral einzubinden verstanden. Bei August Croissant prägen Jugendstileinflüsse nach 1896 vor allem die Werke der angewandten Kunst, aber die Moderne und die Tradition, Jugendstil und Gründerzeitdekoration, stehen bei ihm immer auch zeitgleich nebeneinander. Seine Landschafts- und Porträtmalerei, die sich nach 1903 im Zusammenhang mit der Heimatbewegung entwickelt, ist von Anfang an stets realistisch und neoimpressionistisch orientiert.

Lyrik und Leid nach Fünfundvierzig¹

VON INGE BROSE-MÜLLER

Meine Damen und Herren,
kennen Sie noch das Kinderspiel:

- Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann?
- Niemand!
- Wenn er aber kommt?
- Laufen wir!

Derart geht es uns mit moderner Lyrik, wenn wir ihre Unverständlichkeit fürchten. Doch haben wir ihre Dunkelheit erleuchtet, dann verlassen uns Gedichte nicht wieder!

„**Meine Damen und Herren**“,

beginnt **Ulla Hahn** ein Gedicht, das 1987 in der FAZ veröffentlicht wurde,

„Das Gedicht meine Dame ist kein Kölnisch Wasser
für kalte Kompressen aufs Herze
ist kein Deo gegen den Angstschweißgeruch
wenn er geht. Dreht keine Locken flicht
weder Zöpfe noch Kränze
färbt keine neue Jugend ins graue Haar

Das Gedicht mein Herr hat nichts mit Ihnen
zu schaffen. Nichts mit Ihrem Hand
auflegen wenn eine von uns um
einen von Ihnen weint nichts mit Ihrem
Fuß der tritt wo immer er hintritt
mit Ihrem Krieg nichts und nichts
mit Ihrem Sieg.

Das Gedicht mein Herr erschafft auch keine Waffen
ist meine Dame kein Kunststückchen zum Begaffen
lässt sich nicht rauslassen einhalten an der
rückwärtigen Naht oder mal eben schaben
wie einen Dreitagebart

¹ Ein Beitrag zur Matinee der 91. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Landau am 09. 05. 2010.

Wenn's nicht passt oder sticht das Gedicht
lassen Sie sich doch ändern
von dem und mit dem und um
das Gedicht herum.

Wir wissen nun, was das Gedicht nicht ist!

Nach einleuchtender Negierung der Alltäglichkeit erfahren wir, dass das Gedicht sticht und herausfordert. Die Frage bleibt, ob wir uns herausfordern lassen. Es muss zu einer Begegnung zwischen uns und dem Text kommen. Gedichte haben mit unserer Existenz zu tun – als einzelne oder in der Gemeinschaft, mit der Welt in uns und um uns, sie sind sprachliche Verdichtung der Empfindungen und Erfahrungen.

Ulla Hahns etwas klischeehafte Polarisierung von Mann und Frau aufhebend und die existentielle Situation des Menschen bedenkend, zumal in einer Zeit, in der man die Ereignisse in Afghanistan „Krieg“ nennen muss, und 65 Jahre nach dem Kriegsende 1945 möchte ich ein Gedicht von **Marie-Luise Kaschnitz** zitieren, das sie nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb.

Tag des Friedens

Wenn der Tag des Friedens naht,
Kommt er nicht mit Taubenflügeln,
Nicht mit Flöten von den Hügeln,
Streuet nicht die goldne Saat.

Nein, als eine schrecklich leere
Todesstille tritt er ein,
Und die Schiffe auf dem Meere
Werden wie verloren sein.

Denn Gefahr war uns geheuer.
Und wir kannten ihre Regeln,
Und den Sturmwind in den Segeln,
Und des Todes Hand am Steuer.

Aber wenn das Brausen endet,
Sind wir jeder Kraft beraubt.
Unsre Augen sind geblendet,
Unsre Ohren sind ertaubt.

Alle Wege heimatwärts
Sind geheimnisvolle Ferne,
Ungewiss die alten Sterne,
Rätselhaft des Freundes Herz.

Die Überschrift „Tag des Friedens“ verheißt etwas Erwünschtes. Dennoch beginnt auch dieses Gedicht mit Negationen. Es erfasst den Moment Null. Nicht das Symbol des Friedens beflügelt uns, die Welt ist nach dem Krieg nicht bukolisch und nicht plötzlich wieder fruchtbar. Diese Verneinungen sammeln sich im ersten Wort der zweiten Strophe: „Nein“, um dann den tatsächlichen Zustand darzulegen, der den Gegensatz zeigt:

„Nein, als eine schrecklich leere
Todesstille tritt er ein“.

Bemerkenswert: Wenn das Töten aufhört, tritt die Todesstille ein.

„Und die Schiffe auf dem Meere
werden wie verloren sein.“

Das ist eine Metapher für uns Menschen. In der dritten und vierten Strophe wiederholt sich der Gegensatz zwischen Krieg und Frieden, zwischen Sturm und Flaute. Das Hektische des Krieges kommt formal in der Anapher „Und“ zum Ausdruck.

“Denn Gefahr war uns geheuer.
Und wir kannten ihre Regeln,
Und den Sturmwind in den Segeln
Und des Todes Hand am Steuer.“

Wenn die Ruhe des Friedens eintritt, verlassen uns die Sinne. Nichts ist mehr vertraut.

„Alle Wege heimatwärts
sind geheimnisvolle Ferne,
Ungewiss die alten Sterne,
Rätselhaft des Freundes Herz.“

Dieses Gedicht fasziniert durch die Treffsicherheit der Erfahrung und die Stimmigkeit der sprachlichen Bilder. Es ist kunstvoll gebaut und doch unmittelbar verständlich.

Friedenssehnsucht ist auch die Aussage des kürzesten Gedichtes, das ich kenne. Es besteht nur aus zwei Worten eines einzigen Verses. **Karl Lubomirski** schreibt in dem Lyrikband „Palinuro“:

www.Friede.comm

Der Dichter greift in der Form unsere Internet-Gewohnheiten auf, steht damit in der modernen Welt und kommt durch einen zusätzlichen Buchstaben, das zweite m, zu einem Appell. Das ist minimalistische Kunst mit großer Wirkung durch den Überraschungseffekt.

Warum Lyrik in unserer Zeit?

Die Gegenfrage lautet: Warum in unserer Zeit gerade nicht, ist sie zu sachlich, zu nüchtern? Was man zur Lyra sang, ist die älteste Form der Dichtung, und jede Epoche hat ihre eigene Ausprägung gefunden.

Doch der Philosoph Theodor W. Adorno löst 1951 in seinem Essay „Kulturkritik und Gesellschaft“ mit der folgenden Behauptung eine Kontroverse aus: „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch, und das frisst auch die Erkenntnis an, die ausspricht, warum es unmöglich ward, heute Gedichte zu schreiben.“² – Eine Ansicht, die er später revidierte.

Können nach Krieg und Vernichtung keine Gedichte mehr geschrieben werden?

In Adornos Äußerung steckt die Meinung, da Lyrik die Gräuel des III. Reiches nicht verhindert habe, hätte sie keine Existenzberechtigung.

Doch gerade Betroffene wie **Paul Celan**, dessen Eltern im Vernichtungslager endeten und der selbst im Arbeitslager interniert war, haben die lyrische Form gebraucht, um die Realität der Verfolgung, die Unmenschlichkeit des Konzentrationslagers zu bannen. Wenn ihm später vorgeworfen wird, er habe seinen Erfahrungen eine zu schöne Form gegeben³, so muss man dem entgegenhalten: Nur so konnte er dem Grauen überhaupt Ausdruck verleihen. Seine „**Todesfuge**“ datiert er auf 1945. Das Gedicht ist von Gegensätzen und kühnen Verknüpfungen geprägt, es beginnt mit einem doppelten Oxymoron: Schwarze Milch der Frühe wir trinken sie abends. Milch ist ein Nahrungsmittel, „schwarze Milch“ das Gegenteil.

² Theodor W. Adorno, Kulturkritik und Gesellschaft (1951), in: Adorno, Ges. Schriften., Bd. 10,1. Frankfurt 1980, S. 1–30

³ Peter Horst Neumann, Schönheit des Grauens oder Gräuel der Schönheit? In: Geschichte im Gedicht. Texte und Interpretationen. Hrsg. von Walter Hinck. Frankfurt 1979. S. 230–237

Todesfuge

SCHWARZE Milch der Frühe wir trinken sie abends
wir trinken sie mittags und morgens wir trinken sie nachts
wir trinken und trinken
wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng
Ein Mann wohnt im Haus der spielt mit den Schlangen der schreibt
der schreibt wenn es dunkelt nach Deutschland dein goldenes Haar Margarete
er schreibt es und tritt vor das Haus und es blitzen die Sterne er pfeift seine
Rüden herbei
er pfeift seine Juden hervor lässt schaufeln ein Grab in der Erde
er befiehlt uns spielt auf nun zum Tanz

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich morgens und mittags wir trinken dich abends
wir trinken und trinken
Ein Mann wohnt im Haus der spielt mit den Schlangen der schreibt
der schreibt wenn es dunkelt nach Deutschland dein goldenes Haar Margarete
Dein aschenes Haar Sulamith wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt
man nicht eng

Er ruft stecht tiefer ins Erdreich ihr einen ihr andern singet und spielt
er greift nach dem Eisen im Gurt er schwingts seine Augen sind blau
stecht tiefer die Spaten ihr einen ihr andern spielt weiter zum Tanz auf

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags und morgens wir trinken dich abends
wir trinken und trinken
ein Mann wohnt im Haus dein goldenes Haar Margarete
dein aschenes Haar Sulamith er spielt mit den Schlangen
Er ruft spielt süßer den Tod der Tod ist ein Meister aus Deutschland
er ruft streicht dunkler die Geigen dann steigt ihr als Rauch in die Luft
dann habt ihr ein Grab in den Wolken da liegt man nicht eng

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags der Tod ist ein Meister aus Deutschland
wir trinken dich abends und morgens wir trinken und trinken
der Tod ist ein Meister aus Deutschland sein Auge ist blau
er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau
ein Mann wohnt im Haus dein goldenes Haar Margarete
er hetzt seine Rüden auf uns er schenkt uns ein Grab in der Luft
er spielt mit den Schlangen und träumet der Tod ist ein Meister aus Deutschland

dein goldenes Haar Margarete
dein aschenes Haar Sulamith

Der blauäugig blonden deutschen Margarete (Fausts Gretchen spielt hinein) ist die mythische Gestalt des Hohenliedes kontrapunktisch gegenüber gestellt, das Mädchen von Sulim, Sulamith, die liebende Geliebte.

Gewiss ist dies ein Gedicht, das uns auch nach 65 Jahren nicht ungerührt lässt. „Das Gedicht kann“, sagt Celan, „da es ja eine Erscheinungsform der Sprache ist und damit seinem Wesen nach dialogisch, eine Flaschenpost sein, aufgegeben in dem gewiss nicht immer hoffnungsstarken Glauben, sie könnte irgendwo und irgendwie an Land gespült werden, an Herzland vielleicht. Gedichte sind auch in dieser Weise unterwegs: sie halten auf etwas zu. Worauf? Auf etwas Offenstehendes, Besetzbares, auf ein ansprechbares Du vielleicht, auf eine ansprechbare Wirklichkeit.“⁴

Der Titel „Todesfuge“ gibt einen Hinweis zu Form und Verständnis, obwohl Celan an Walter Jens am 19.05.1961 schreibt, er habe das Gedicht nicht nach musikalischen Gesichtspunkten komponiert, aber als es da war, habe er es als nicht unberechtigt empfunden, es >Todesfuge< zu nennen.⁵ Lässt sich die Kunst der Fuge im Text wieder erkennen?

Es gibt zwei Themen wie Dux und Comes, die mit Variationen und Verknüpfungen auftreten. Das erste Thema spricht von dem „wir“, dem tritt als zweites Thema „ein Mann“ gegenüber. (Er im Haus – wir draußen!) Bedenkt man, dass Comes von comitari herkommt, das die Bedeutung hat

1. begleiten,
2. jdm zur Seite stehen,
3. einen Toten zu Grabe geleiten,

dann entwickelt sich die Aussage im Wechsel zwischen den Verfolgten, Beherrschten, die Befehle ausführen „wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng“, und dem Aufseher, „er pfeift seine Rüden herbei/er pfeift seine Juden hervor“ – nur einmal werden sie benannt.

Das Grauen erwächst aus der Gleichzeitigkeit des Schönen und Schrecklichen: „Er ruft stecht tiefer ins Erdreich ihr einen ihr andern singet und spielt“ (Anklang an den Totentanz), und derselbe Mann, der das befiehlt, schreibt nach Deutschland gefühlvoll: „dein goldenes Haar Margarete“. Mit elitärem Be-

⁴ Ulla Hahn, Gedichte fürs Gedächtnis, S. 278

⁵ Paul Celan, Kommentierte Gesamtausgabe, hrsg. von Barbera Wiedemann, st 3663, 2005. S. 608

wusstsein verkündet er: „der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Das nehmen die, die sich Wir nennen, in ihre Litanei auf:

„Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags der Tod ist ein Meister aus Deutschland
wir trinken dich abends und morgens wir trinken und trinken“.

Den Verfolgten ist der Meister aus Deutschland eine Tatsache geworden.
Am Ende steht wie eine Coda:

„dein goldenes Haar Margarete
dein aschenes Haar Sulamith“.

Heißt diese letzte Aneinanderreihung von Margarete und Sulamith nicht, dass die Blonden, Blauäugigen und die Schwarzäugigen mit aschenem Haar (das Attribut bringt auch die Assoziation der Vernichtung) gleichberechtigt nebeneinander stehen sollten?

Wie kann Paul Celan nach dieser Erfahrung und diesen dichterischen Worten weiter leben und schreiben?

Es ist notwendig, den Weg von der Kollektivierung in die Individualisierung zu gehen. Nachdem er in Wien Ingeborg Bachmann begegnet und sie ihn in die Gruppe 47 bringt, sind sie beide (nicht nur in ihren Gedichten) eng verbunden, jeder zitiert den anderen und antwortet ihm lyrisch.

Paul Celan

Corona

Aus der Hand frisst der Herbst mir sein Blatt: wir sind Freunde.
Wir schälen die Zeit aus den Nüssen und lehren sie gehen:
die Zeit kehrt zurück in die Schale.

Im Spiegel ist Sonntag,
im Traum wird geschlafen,
der Mund redet wahr.

Mein Aug steigt hinab zum Geschlecht der Geliebten:
wir sehen uns an,
wir sagen uns Dunkles,
wir lieben einander wie Mohn und Gedächtnis,
wir schlafen wie Wein in den Muscheln,
wie das Meer im Blutstrahl des Mondes.

Wir stehen umschlungen im Fenster, sie sehen uns zu von der Straße:
es ist Zeit, dass man weiß!
Es ist Zeit, dass der Stein sich zu blühen bequemt,
dass der Unrast ein Herz schlägt.
Es ist Zeit, dass es Zeit wird.

Es ist Zeit.

Die engste menschliche Verbindung bettet sich ein in die Natur und die Zeit. Der Herbst ist dem Sprecher vertraut, gefügig: „Aus der Hand frisst der Herbst mir sein Blatt“. Er wird eins mit ihm, „wir sind Freunde“, die nächste Handlung vollziehen sie beide gemeinsam: „Wir schälen die Zeit aus den Nüssen und lehren sie gehen“. Die Zeit verselbständigt sich, „kehrt zurück in die Schale“. Damit ist die Corona, die Krone, der Kreis, geschlossen.

Die Begegnung von Mann und Frau, „wir lieben einander wie Mohn und Gedächtnis“, bringt Rausch und Bewahrung.

„Es ist Zeit, dass der Stein sich zu blühen bequemt,
dass der Unrast ein Herz schlägt“.

Ist das aussichtslos? Der Stein wird nicht blühen. Dem ist der Wunsch parallel gesetzt, dass der eigenen Unrast ein anderes Herz schlägt. In dieser Skepsis ist dem Sprecher bewusst:

„Es ist Zeit, dass es Zeit wird.

Es ist Zeit.“

Dieser einfache Aussagesatz duldet keinen Widerspruch.

In Ingeborg Bachmanns Gedichten der frühen 50er Jahre erkennt man deutlich Bezüge auf Celans „Todesfuge“ und „Corona“, dort sagt er: „Wir sagen uns Dunkles“.

Ingeborg Bachmann

Dunkles sagen

Wie Orpheus spiel ich
auf den Saiten des Lebens den Tod
und in die Schönheit der Erde
und deiner Augen, die den Himmel verwalten,
weiß ich nur Dunkles zu sagen.

Vergiss nicht, dass auch du, plötzlich
an jenem Morgen, als dein Lager

noch nass war von Tau und die Nelke
an deinem Herzen schlief,
den dunklen Fluss sahst, (Zeit!)
der an dir vorbeizog.

Die Saite des Schweigens
gespannt auf die Welle von Blut,
griff ich dein tönendes Herz.
Verwandelt ward deine Locke
ins Schattenhaar der Nacht,
der Finsternis schwarze Flocken
beschneiten dein Antlitz.
Und ich hör dir nicht zu.
Beide klagen wir nun.

Aber wie Orpheus weiß ich
auf der Seite des Todes das Leben,
und mir blaut
dein für immer geschlossenes Aug.

Dass Lyrik sich an der Schweigegrenze ereignet, wie Hilde Domin sagt, merkt man diesem Text an, der von Leben und Tod in der Schönheit der Erde spricht. Die Dichterin greift den Orpheus-Mythos auf, spielt wie er „auf den Saiten des Lebens den Tod“. Für die Absolutheit der Liebe und die ungeheure Betroffenheit spricht: „und in die Schönheit der Erde/und deiner Augen, die den Himmel verwalten,/weiß ich nur Dunkles zu sagen“. Einen deutlichen Bezug zur „Todesfuge“ hört man in den Versen:

„Verwandelt ward deine Locke
ins Schattenhaar der Nacht,
der Finsternis schwarze Flocken
beschneiten dein Antlitz.“

Man hört sowohl die Anspielung auf das „aschene Haar“ wie auch in der Farbsymbolik „Der Finsternis schwarze Flocken/beschneiten“ das Oxymoron „schwarze Milch“. (Außerdem Bezug auf Celans Gedicht „Schwarze Flocken“)⁶

Die Absolutheit der Liebe führt zu keiner freudvollen Vereinigung – wie bei Orpheus.

⁶ Celan, Ges. Werke, III,25

„Und ich gehör dir nicht zu.
Beide klagen wir nun.“

Dennoch bringt die letzte Strophe eine Hoffnung durch die Umkehr der ersten.
Beginnt das Gedicht:

„Wie Orpheus spiel ich
auf den Saiten des Lebens den Tod“,

so endet es mit der Umkehrung:

„Aber wie Orpheus weiß ich
auf der Seite des Todes das Leben“.

Das Leben behält das letzte Wort, selbst im Tod:

„und mir blaut
dein für immer geschlossenes Aug.“

Noch deutlicher wird die Unmöglichkeit der Liebesbeziehung, aber auch der poetologische Zusammenhang, in **Ingeborg Bachmanns**

Die gestundete Zeit

Es kommen härtere Tage.
Die auf Widerruf gestundete Zeit
wird sichtbar am Horizont.
Bald musst du den Schuh schnüren
und die Hunde zurückjagen in die Marschhöfe.
Denn die Eingeweide der Fische
sind kalt geworden im Wind.
Ärmlich brennt das Licht der Lupinen.
Dein Blick spurt im Nebel:
die auf Widerruf gestundete Zeit
wird sichtbar am Horizont.

Drüben versinkt dir die Geliebte im Sand,
er steigt um ihr wehendes Haar,
er fällt ihr ins Wort,
er befiehlt ihr zu schweigen,
er findet sie sterblich
und willig dem Abschied
nach jeder Umarmung.

Sieh dich nicht um.
Schnür deinen Schuh.
Jag die Hunde zurück.
Wirf die Fische ins Meer.
Lösch die Lupinen!

Es kommen härtere Tage.

Wie ein Rondo oder wie Celans „Corona“ beginnt und schließt dies Gedicht mit demselben Satz und der Voraussicht: „Es kommen härtere Tage“. Dazwischen liegt die gestundete Zeit, die Begegnung, die Liebe, die gemeinsame Sprache, der Abschied von der Schönheit: „Ärmlich brennt das Licht der Lupinen“. Der steigende Sand, in dem die Geliebte versinkt, gemahnt an das Stundenglas. „Er fällt ihr ins Wort,/er befiehlt ihr zu schweigen“ – auch hier sind wir an der Schweigegrenze. Die sprachliche Befruchtung durch den Geliebten geht Ingeborg Bachmann verloren. Der einzige Trost, der bleibt, ist, dass die Liebenden das „Licht der Lupinen“ gesehen haben, „Es kommen härtere Tage“.

In der Sehnsucht nach Trost wendet sich **Elisabeth Langgässer** 1946 der Natur zu. (Zum Verständnis vorausgeschickt sei, dass Nausikaa, die schöne Tochter des Phäakenkönigs Alkinoos und der Arete, den schiffbrüchigen Odysseus findet und in den Palast ihres Vaters bringt.) Die Dichterin wendet sich der Frühlingnatur zu und versucht, das Erleben des Grauens hinter sich zu lassen. Diese Haltung der Zuversicht möchte ich an den Schluss meiner Gedichtbetrachtung stellen und damit in unserer schönen Jahreszeit anlanden.

Elisabeth Langgässer

Frühling 1946

Holde Anemone,
Bist du wieder da
Und erscheinst mit heller Krone
Mir Geschundenem zum Lohne
Wie Nausikaa?

Windbewegtes Bücken,
Woge, Schaum und Licht!
Ach, welch sphärisches Entzücken
Nahm dem staubgebeugten Rücken
Endlich das Gewicht?

Aus dem Reich der Kröte
Steige ich empor,
Unterm Lid noch Plutos Röte
Und des Totenführers Flöte
Grässlich noch im Ohr.

Sah in Gorgos Auge
Eisenharten Glanz,
Ausgesprühte Lügenlauge
Hört ich flüstern, dass sie taue
Mich zu töten ganz.

Annemone! Küssen
lass mich dein Gesicht:
Ungespiegelt von den Flüssen
Styx und Lethe, ohne Wissen
Um das Nein und Nicht.

Ohne zu verführen,
Lebst und bist du da,
Still mein Herz zu rühren,
Ohne es zu schüren -
Kind Nausikaa!

Literatur

Ulla Hahn, Gedichte fürs Gedächtnis, Stuttgart 1999

Ulla Hahn, „Meine Damen und Herren“, in FAZ vom 11. Juli 1987

Marie-Luise Kaschnitz, „Tag des Friedens“ und
Elisabeth Langgässer, „Frühling 1946“ in: Die Silberfracht, Frankfurt 1963

Karl Lubomirski, Palinuro, Wien o.J.

Paul Celan, Gesammelte Werke, 5 Bde, Frankfurt, 2. Aufl. 1992

Paul Celan, Die Gedichte, hrsg. und kommentiert von Barbara Wiedemann,
Frankfurt 2003

Ingeborg Bachmann, Werke, 5 Bde, hrsg. von Christine Koschel, Inge von Weidenbaum, Clemens Münster, München 1978

Ingeborg Bachmann – Paul Celan
Poetische Korrespondenzen, Frankfurt 1997, stb 2000

Ingeborg Bachmann – Paul Celan, „Herzzeit“, Briefwechsel, Frankfurt 2008

Ingeborg Bachmann, „Kriegstagebuch“, Berlin 2010

Brigitta Eisenreich, „Celans Kreidestern“, Berlin 2010

Werner Wögerbauer, Zur strukturbildenden Funktion der Liebesbeziehung in der Dichtung Paul Celans, in: Celan-Jahrbuch 6 (1995), S. 162–172

Jean Bollack, Paul Celan. Poetik der Fremdheit. Wien 2000

Bettina von Arnim – zum 150. Todestag und 225. Geburtstag Von der romantischen Poesie zur sozialen Realistik

VON DITTKER SLARK

Bettina von Arnim gehört neben Luise von Preußen zu den bedeutendsten und bemerkenswertesten Frauenpersönlichkeiten in der Zeit Goethes, Beethovens und Napoleons, also des ausklingenden Rokokos, der Französischen Revolution, der Klassik und Romantik bis weit hinein ins 19. Jahrhundert. Beide waren von edler Gesinnung, liebenswerter Herzlichkeit, waren sozial engagiert und hatten „das Ohr am Volke“. Sie erkannten Not, Elend und Armut und waren unermüdlich bereit, Menschen zu helfen. Dabei war der Dichterin mehr als die doppelte Lebenszeit gegenüber der Königin für ihr Handeln gegönnt.

Bettina von Arnim wurde am 4. April 1785 als Elisabeth Catharina Ludovica Magdalene Brentano in Frankfurt am Main geboren. Ihr italienischer Vater Pietro Antonio Brentano war als Witwer mit fünf Kindern nach Deutschland eingewandert, ein Kaufmann für Spezereien und italienische Waren en gros. Er erwarb das Haus „Der Goldene Kopf“, heiratete Maximiliane La Roche, Tochter der damals weithin bekannten Schriftstellerin Sophie von Laroche, und bekam mit ihr nochmals zwölf Kinder, unter ihnen auch Bettina und Clemens Brentano.

Bettina, das Kind, wird als „ewig spielend, hüpfend“ und „in rastloser Beweglichkeit“ geschildert. Es war „begabt mit hoher Empfindungs- und Einfühlungskraft“ (Wolfgang Kayser).

Klosterschule in Fritzlar

1794 kam Bettina mit ihren Schwestern Lulu und Meline in die Klosterschule der Ursulinen in Fritzlar. Sie erhielten Unterricht „für vornehme Mädchen“, wurden in Malen und Modellieren sowie in Musik ausgebildet. Kultische Erlebnisse wirkten auf Geist und Seele des Kindes. Bettinas Liebe zur Natur lehrte sie „richtiges“ Sehen und Erkennen. Später schildert sie Goethe sich selbst in jener Zeit: „Ich glattes, braunes, feingliedriges Rehchen, zahm und freundlich zu jedem Liebkosenden, aber unbändig in eigentümlichen Neigungen...“. Sie spürte Elementargeister und empfand „eine tiefe Ehrfurcht vor der Schöpfung, vor Pflanze, Tier und Mensch, die sie ihr Leben lang beseelte...“ (Frieda Margarete Reuschle). Bettina pflegte mit einer Nonne Blumen: „Ach, alle Form enthält Geist und Leben, um sich auf die Ewigkeit zu vererben. – Die Schönheit erkennen in allem Geschaffenen und sich ihrer freuen, das ist Weisheit und fromm...“. Das Kind war so beliebt, dass die Schwestern sie „die Seele“ nannten.

Bei der Großmutter in Offenbach

Den Tod des Vaters hatte Bettina im Kloster vorausgeahnt. Als er 1797 starb, hinterließ er seiner Familie mehr als 1 Mio. Gulden, so dass keine Not für die Waisen eintrat. Sein Sohn Franz konnte die Geschäfte nahtlos weiterführen. Die drei Klosterschülerinnen kehrten ins große Frankfurter Haus in der Sandgasse zurück, erhielten unter der Obhut älterer Brüder und deren Frauen Privatunterricht. Doch schon bald holte Sophie von Laroche ihre Enkelin Bettina zu sich nach Offenbach. Sie fühlte sich wohl in Heim und Garten der „Grillenhütte“. „Mit der Großmutter bin ich im besten Vernehmen. – Die Häuslichkeit hat einen eigenen poetischen Schimmer.“ Zwei verwandte Seelen hatten sich gefunden. Bettina erhielt Unterricht in Geschichte und Physik sowie Musik und Generalmaß.

Ein unvergessliches Erlebnis widerfährt der 13jährigen. Beim Anblick in einem Spiegel mit der Großmutter und Schwestern erkennt sie sich nicht, „aber mein Herz schlägt ihr entgegen... in diesem Gesicht liegt etwas, was mich zu Tränen bewegt. Diesem Wesen muß ich... Treu und Glauben zusagen.“ Hier ruht „eine hohe Wahrheit verborgen... finde dich, sei dir selber treu... folge deiner Stimme, nur so kannst du das Höchste erreichen.“

Als Bettina 1799 nach längerer Zeit ihren sechs Jahre älteren Bruder wieder sieht, erkennt sie ihn nicht. Er fragt: „Weißt du wer ich bin? Ich bin der Clemens!“ Dies war „eine große Wendung in meinem Schicksal“. Clemens war Bettina von allen Geschwistern am wesenhaftesten verwandt. Sie fühlte sich leidenschaftlich zu ihm hingezogen, wehrte sich aber gegen seine Versuche, sie zu erziehen. Die starke Seelenverbindung der Geschwister litt jedoch später durch des Bruders unglückliche Liebe zu Sophie Mereau und seinem unbändigen Interesse an der stigmatisierten Augustinernonne Anna Katharina Emmerick in Dümen, deren Visionen Clemens Brentano aufschrieb.

Frühzeitig schon bemühte sich Bettina, in Not geratenen Lebewesen zu helfen (später Menschen). So rettete sie ein Huhn, das von der Köchin geschlachtet werden sollte. Sie schwor sich: „Alles dran zu wagen, wenn ich einen Menschen in Gefahr sehe...“

Freundschaft mit Karoline von Günderode und Mutter Aja

Bei der Großmutter begegnete sie auch Karoline von Günderode zum ersten Male. Und sie schwärmte: „Ich habe die Günderode gesehen, es war ein Geschenk von Gott.“ Fortan verband sie eine innige Freundschaft mit der Frankfurter Stiftsdame. Gemeinsam entwickelten sie eine neue Religion, eine „Schwebereigion“, weil es nichts Verfestigendes darin geben darf, bei der es der „Mensch-

heit wieder wohl wird – ein Sein mit Gott“. Bettina: „Der Mensch soll immer die größte Handlung tun – wer nit bet, kann nit denken.“ Günderode: „Denken ist Beten.“ Die Freundinnen sind von Wiedergeburten fest überzeugt.

Mit großer Anteilnahme für Hölderlins trostloses Leben nimmt sie Verbindung mit dessen Freund Isaak von Sinclair (St. Clair) in Bad Homburg v. d. Höhe auf.

Seit 1802 wohnte Bettina bei verschiedenen verheirateten Schwestern in Frankfurt, Kassel, Marburg, München, Landshut und Berlin. – Den Winter 1805/06 verbrachte Bettina mit Schwester Meline in Marburg an der Lahn. Der spätere preußische Justizminister Karl Friedrich von Savigny lebte dort als Rechtsgelehrter mit seiner Frau Gunda (B. Schwester) im „Forsthof“. Bettina fühlte sich wohl wie früher in der Familie ihrer Kindheit. Sie kletterte gern an den alten Festungsmauern des Schlosses; ein Turm heißt noch immer „Bettinaturm“ (in der Nähe des „Kalbstors“). Mit dem Hauswart Prof. Weiß botanisierte sie, lernte hier auch den alten Juden Ephraim kennen. Er lehrte sie Mathematik, später auch Hebräisch. Sie half Clemens beim Sammeln und Aufzeichnen von alten Volksliedern und Märchen. Der Bruder gab später auch mit seinem Freund Achim von Arnim den Lyrikband „Des Knaben Wunderhorn“ heraus.

Zu jener Zeit quälte die Günderode Liebesleid, da ihr Geliebter, Friedrich Kreuzer, Philologe und Mythologe, sich von ihr getrennt hatte und zu seiner Gattin zurückgekehrt war. Da dem Gelehrten zuvor schon die enge Verbindung der beiden Frauen missfiel, wurde auch die Freundschaft zwischen Bettina und Karoline zerstört.

Bettina reiste mit ihrem Stiefbruder Franz in den Rheingau, wo er schon 1804 ein Haus in Winkel erworben hatte (heute noch im Besitz der Familie Brentano). Sie hoffte trotz allem, der Freundin helfen zu können. Doch bei der Ankunft erfuhren sie, dass sich die Günderode bereits selbst getötet hatte. Bettina litt sehr an diesem „fürchterlichen Tod“, doch ihre „heroische Haltung“ hielt sie am Leben. Sie klagte: „Mit dem einzigen Dolchzucken traf sie ihr eigenes Herz und traf mich auch mit dieser Untat...“

Kurz vor dem Tod der Günderode hatte Bettina Goethes Mutter in Frankfurt besucht. Durch ihre frühe Begeisterung für Goethe hatte sie schon einiges über „Mutter Aja“ gehört. Sie sagte: „Frau Rat, ich will ihre Bekanntschaft machen, mir ist eine Freundin in der Stiftsdame Günderode verloren gegangen, und die sollen sie mir ersetzen!“ – „Wir wollens versuchen“, war die Antwort. Fortan kam Bettina zu ihr; sie verstanden sich prächtig. Mutter Aja erzählte von Goethe, und Bettina saß ihr zu F u en und lauschte. Später bekannte sie Goethe, sie habe ursprünglich nur „Tadliges“  ber ihn gehört. Aber ihr Herz habe ihr gesagt: „Nein, er ist größer und schöner als alle, und da liebte ich Dich mit heißer Liebe bis auf heute.“

Erste Begegnung mit Goethe

Im April 1807 durfte Bettina ihre Schwester Lulu und deren Mann, Bankier Jordis in Kassel, auf einer Fahrt in der Postkutsche nach Berlin begleiten, in den unsicheren Zeiten in Männerkleidung. Auf der Rückreise rasteten sie in Weimar. Und Bettina begegnete Goethe zum ersten Mal. In einem Brief an Savigny berichtete sie: „Wie lieb war er, wie wohl tat mirs, wenn er mich ‚gutes Kind‘ nannte oder ‚meine Seele! mein innig Herz!‘.“

Bereits im November sah sie Goethe wieder, vereint mit Savigny, Bruder Clemens und Achim von Arnim. Er begrüßte sie mit „liebe kleine Freundin“, sagte, sie dürfte ihm zuweilen ein „Blättgen“ schicken. Begeistert schrieb ihm Bettina viele Briefe, und Goethe antwortete auch ab und zu. Aus dieser Korrespondenz entstand später ihr Buch „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“. Der große Dichter bedankte sich, nachdem ihn Bettina 1810 in Teplitz besucht hatte: „Deine Briefe, allerliebste Bettina, sind von der Art, daß man jederzeit glaubt, der letzte sei der interessanteste.“ Und Goethe ermunterte Bettina: „Schicke von Zeit zu Zeit etwas und sprich mir dabei von Dir und Deiner Umgebung.“ (Diese „Biographie des Göttlichen“ hat in „Dichtung und Wahrheit“ Auferstehung gefeiert.)

Als Bettina im Mai 1808 mit einem Schiff auf dem Rhein von Frankfurt nach Winkel gefahren war, gefiel es ihr zunächst nicht im Rheingau. Ja sie klagte gar: „Es ist ein ganzes Haus voller Frauen, kein einziger Mann; nicht einmal ein Bedienter.“ Aber sie lernte hier ihren späteren Ehemann Achim von Arnim kennen und bald auch lieben. Wenig später schrieb sie an den Freund: „Komme eben von einem heißen, lieben Spaziergang über den Johannisberg, siehst du, es ist göttlich hier.“ Während eines Aufenthaltes in Mainz schrieb Bettina an Frau Aja: „Gestern mit der Madame de Staël (schweizerische Schriftstellerin) zu Nacht gegessen... Keine Frau wollte neben ihr sitzen bei Tisch, da hab ich mich neben sie gesetzt!“

Studium in München

Im Herbst 1808 zog Bettina nach München. Sie wollte den Geschwistern und dem als Professor nach Landshut versetzten Schwager Savigny nahe sein und Musik studieren: Klavier und Komposition sowie Gesang bei dem berühmten Hofopern-Dirigenten Paul Winter. Einige Wochen wohnte sie auch in Landshut. Hier begegnete sie neuen Persönlichkeiten, wie dem Arzt, Nepomuk Rings-eis, dem Juristen und Musiker Alois Bihler, dem Theologen Joh. Sailer (später Bischof in Regensburg). Durch ihn erwarb Bettina ein neues Verständnis zum Christentum. Bihler lobte ihren Gesang: „Singend dichtete sie und dich-

tend sang sie mit prachtvoller Stimme...“ Ludwig Emil Grimm (jüngster der Brüder Grimm), Kupferstecher und Radierer, porträtierte Bettina. Sie besuchte Fr. Heinrich Jakobi, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, und den an Gicht leidenden Dichter Ludwig Tieck: „Ein Kranker, der mit gelassenem Mut seine Schmerzen bekämpft, macht es (Krankenzimmer) zum Heiligtum.“

Der heldenmütige Freiheitskampf der Tiroler gegen Napoleons Truppen berührte Bettina sehr. Sie übermittelte all ihr Geld. Ja, sie bittet in einem Brief den bayerischen Kronprinzen, seine Truppen sollten keine Grausamkeiten gegen die Tiroler anwenden. Dieser erzürnt zunächst, verspricht ihr jedoch, für Humanität und Gerechtigkeit zu sorgen.

Bettina berichtete Goethe vom Tod seiner Mutter und spricht begeistert von Schiller: „Die Welt sieht Euch an wie zwei Brüder auf einem Thron...“

Bevor Bettina mit Savignys von Landshut nach Berlin übersiedelte, fuhren sie zunächst nach Salzburg und Wien. Hier wohnte inzwischen Stiefbruder Franz mit seiner Toni, hier begegnete sie Beethoven – eine Sternstunde für die junge Frau. Sogleich erkannte sie diesen Titanen der Musik und schrieb an Goethe: „Beethoven – an diesem geht die ganze Welt auf und nieder. Er schreitet weit der Bildung der ganzen Menschheit voran. Wer könnte uns diesen Geist ersetzen?“ Beethoven gefiel Bettinas schwärmerische Jugend. Er nannte sie „Liebster Engel“ und „liebes, liebstes Herz“. Er bat sie, über ihn an Goethe zu schreiben. Schließlich besuchten die Savignys mit Bettina noch Bruder Christian auf seinem neuen Landsitz Bukowan in Böhmen; auch Achim von Arnim gesellte sich dazu.

Gleichfalls mit Savignys besuchte Bettina im August 1810 Goethe in Teplitz (siehe auch weiter oben). Er bemerkte, dass sie nicht mehr das ungebändigte „Kind“ war, sondern eine hübsche junge Frau. So empfand er sich nicht mehr als „väterlicher Freund“, vielmehr als Liebender. Bettina war überrascht, freute sich aber, nun von Goethe wirklich geliebt zu werden. – Ende Oktober bat er sie, ihm bei der Aufzeichnung seiner Erinnerungen zu helfen. (Hierzu schreibt ausführlich F. M. Reuschle.)

Liebe zu Achim von Arnim

Die Zuneigung zwischen Achim von Arnim und Bettina Brentano wuchs wie eine Blume, deren Knospen sich langsam zu Blüten öffnen, zu einer beglückenden Liebe. Sie ist melancholisch, wenn sie längere Zeit keine Post von ihm erhält, erfreut sich an seiner „königlichen Schönheit und seinem edlen Wesen“. Und Arnim sagt zu seinem Freund Clemens. „Was andern Mädchen schon hohe Liebe wäre, ist für Bettina Freundschaft, ihre Liebe aber muß etwas werden,

wovon kein anderes Mädchen etwas ahnt.“ Bettina offenbarte Achim, nachdem sie sich bei einem Spaziergang am 4. Dezember 1810 am Schiffbauerdamm in Berlin verlobt hatten: „Der Mensch will immer geliebt sein und verdient beinahe nie. Ich weiß auch nicht, womit ich mir erworben habe, daß du mir so gut bist.“ Zuvor schon hatte sie dem Freund bekannt: „Ich hab dich lieb und den Goethen.“ Da auch Arnim den Dichturfürsten schätzte, versprach er gern, niemals auf Goethe eifersüchtig zu sein.

Am 1. März 1811 fand im Hause Wilhelmstraße 78 in Berlin die heimliche „Poetenhochzeit“ zwischen Bettina Brentano und Achim von Arnim statt. Nach dem Aufgebot in einer katholischen und einer protestantischen Kirche ließen sie sich in der Wohnung eines alten Pfarrers trauen. Dessen Frau war die einzige Zeugin. Einige Tage später erst stellten sie sich den verdutzten Savignys als Ehepaar vor. Sie zogen in ein Gartenhäuschen am Wilhelmsplatz hinter dem Vossischen Palais. Bettina teilte Goethe mit: „Ich wohne hier im Paradies. Die Nachtigallen schmettern in den Kastanienbäumen... Ich weiß nicht, warum ich so glücklich bin.“

Ende August 1811 reiste das junge Paar nach Weimar zu Goethe. Aus Arnims Brief an Clemens Brentano lesen wir, dass dieser sich offenbar in seiner Arbeit gestört fühlte: „Auf ihn scheint dies Beschreiben seines Lebens („Dichtung und Wahrheit“, d.V.) dahin gewirkt zu haben, sein Leben aufzugeben – wenigstens sagt er das... Die Frau (Christiane, d.V.) macht ihm wohl manchen Kummer und entfremdet ihn von den Menschen.“ Sie war inzwischen Goethes Ehefrau und eifersüchtig auf Bettina von Arnim. In einer Kunstausstellung kam es zu Zwistigkeiten zwischen den Frauen. Sie beleidigten sich gegenseitig. Christiane riss Bettina die Brille vom Gesicht und verbot ihr, künftig das Goethehaus zu betreten.

Da es auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Goethe und Bettina gab – sie schwärmte für Beethoven, mochte Carl Friedrich Zelter nicht; er schätzte den Komponisten als Freund, vertraute ihm mehr als seiner eigenen Auffassung – , kam es zum tragischen Bruch zwischen zwei Menschen, die sich jahrelang sehr geschätzt, ja geliebt hatten. „Es bleibt das Rätsel, weshalb nach der liebevollen Verbindung mit Bettina, Goethe sie von sich stieß.“ (F. M. Reuschle). Die Arnims versuchten brieflich, sich mit ihm zu versöhnen – aber er schwieg.

Bettina vertraute später ihrem „Tagebuch zu Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“ an: „Gewiß, ich möchte immer bei Dir sein, in Dein Antlitz schauen, Rede mit Dir wechseln, die Lust würde nie versagen; aber doch sagt mir die geheime Stimme, daß es Deiner nicht würdig sein würde, mir dies als Glück zu setzen... und so ist gewiß das einzige Ziel alles Begehrens die Ewigkeit.“

Bei einem Aufenthalt mit Arnim im Frühling 1812 in Teplitz versuchte Bettina nochmals, sich mit Goethe zu versöhnen. Doch er war nicht dazu bereit. An Christiane schrieb er: „Ich bin sehr froh, daß ich die Tollhäusler los bin.“ Sogar im Alter notierte er in sein Tagebuch: „Frau von Arnims Zudringlichkeiten abgewiesen.“

Ehejahre in Berlin und Wiepersdorf

Die Ehejahre der Arnims begannen in schwierigen Zeiten. Als 1813 der Landsturm zum Kampf gegen Französische Truppen aufgestellt wurde, hatten Achim und Savigny leitende Funktionen wahrzunehmen. Gunda floh mit den Kindern nach Böhmen. Bettina blieb als einzige Frau des Familien- und Freundeskreises mit ihrem Söhnchen Freimund in Berlin und sorgte für die Männer. Aus der schwärmerisch-romantischen jungen Frau aus Hessen war eine tapfere, realistische Preußin geworden. Ihre Tugenden: Mut, Entschlossenheit und Opferfreudigkeit waren jetzt hilfreich.

1814 zogen die Arnims von Berlin nach Wiepersdorf im Bärwalder Ländchen/Mark Brandenburg, wo Achim ein Gut besaß. Zwar schrieb Bettina: „Es ist wunderschön hier, ich vermisse Berlin gar nicht.“ Aber es war ein mühseliges, primitives Leben hier auf dem Lande, und der Verzicht auf kulturelles Leben, auf geistigen Austausch mit Persönlichkeiten, fiel ihr schwer. Dennoch klagte sie nicht, fügte sich in die Notwendigkeit. Manchmal fühlte sie Sehnsucht nach dem Rhein, dem Land ihrer Kindheit.

Die Familie wuchs. Auf Freimund (1812) folgten drei weitere Söhne: Siegmund (1813), Friedmund (1815) und Künemund (1817). Zu ihnen gesellten sich drei Mädchen: Maximiliane (1818), Armgard (1822) und das Nesthäkchen Gisela (1827). Im April war Achim todkrank. Bettina musste das Schlimmste befürchten. Doch er überstand die Krise, und sie konnte ausrufen: „Seit einer Stunde hat mein zerrißnes, zernagtes Herz wieder Linderung. Ich kann Gott nicht genug danken, daß er mich in dieser schrecklichsten Periode meines bisherigen Lebens so gestärkt hat... denn aus mir kam diese Kraft nicht.“

In jener Zeit entwickelte sich auch eine herzliche Verbindung zu den in Kassel lebenden Brüdern Grimm. Sie widmeten „Frau Elisabeth von Arnim“ die erste Märchenausgabe „für den kleinen Johannes Freimund“.

1818 zog Bettina mit ihren Kindern nach Berlin; dies war notwendig für die Erziehung und schulische Bildung. Achim blieb in Wiepersdorf und verwaltete das Gut. Das Paar blieb in inniger Verbundenheit. Zahllose Briefe und Nachrichten eilten hin und her. Sie zeugen von dem tiefen Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen diesen im Wesen so verschiedenen Menschen. Es sind Zeugnisse jener Zeit des 3. Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts, Austausch der Gedanken und Erlebnisse, aber auch Mitteilungen aus dem alltäglichen Leben. Bettina gesteht zum Beispiel ihrem Mann, „... daß mich die Sehnsucht nach Dir foltert, ich treibe die Tage mit Gewalt hinweg,...“ oder nachts: „Ich will Dir noch sagen, wie Du, nur Du ganz allein in Herz und Auge, Mund und Hand geborgen bist. Ich kenne kein Gesetz, was mich an Dich bindet außer der Liebe...“ Und Achim sinniert: „Im Sommer kann ich die Sehnsucht besser ertragen als im Winter, die

ganze Gotteserde lebt in mir.“ Achim war der einzige Mensch, den Bettina als sich überlegen anerkannte. Freimütig, mit gewisser Demut unterwarf sie sich seinem Urteil und auch seiner Kritik.

Erst 1961 erschienen im Suhrkamp Verlag die Briefe der Arnims u.d.T. „Achim und Bettina in ihren Briefen“, hrsg. von Werner Vordtriede, mit einer Einleitung von Rudolf Alexander Schröder – eine des Lesens lohnende, erfreuliche Lektüre.

1824 hatte Bettina erstmals wieder die Gelegenheit, Goethe in Weimar zu sehen. Sie schreibt an Achim: „Goethe war wunderbar in seiner Erscheinung wie in seinem Betragen – er legte mir beide Hände auf den Kopf und segnete mich mit folgenden Worten: ‚Dies Werk hast du nur aus Liebe zu mir vollbringen können, und dies verdient wieder Liebe, und darum sei gesegnet‘.“

Bettina drängte Achim zu einer Reise, damit er wieder unter bedeutende Menschen gelange. Dies tat ihm gut und diente auch seiner Dichtkunst. Er dankte es seiner Frau sehr.

Heilerfolge durch Homöopathie

Heilerfolge durch Homöopathie des Arztes Samuel Hahnemann ermunterten die Arnims, sich fortan für diese Naturheilmaßnahmen einzusetzen. Bettina äußerte sich gegenüber Dr. Ringseis: „Homöopathie ist das heiligste Geschenk, was der Gott der Christen und Heiden seinen Erdensöhnen geben konnte.“ Sie half außer ihren Angehörigen auch Dorfbewohnern. Neue freundliche Verbindungen entstanden 1827 zwischen Arnims und dem Arzt und Sozialreformer Nikolaus Heinrich Julius sowie mit dem Pädagogen Nikolaus Heinrich Falk. Ersterer erneuerte das Gefängniswesen, Falk bemühte sich um Eingliederung verwahrloster Kinder in die Schule.

1830 hinderte ein „Gichtübel“ Achim, Weihnachten mit seiner Familie zu verbringen. Fern von seinen Lieben starb er am 21. Januar 1831 in Wiepersdorf. Bettina litt sehr unter dem Verlust ihres geliebten Mannes, bis sie durch eine Art religiöser Verklärung wieder zu sich fand. An die Brüder Grimm schrieb sie zu Arnims Tod: „... und siehe, wenn sie ihn entfernt glaubt... findet sie ihn im Herzen.“

Neue Aufgaben verliehen ihr schier übermenschliche Kräfte. Als die Cholera in Berlin ausbrach, sammelte Bettina Geld, kaufte Kleidung, Decken u. a. für die Armen, ging selbst zu den Kranken und pflegte sie. Friedrich Schleiermacher, Philosoph und Theologe, stand ihr hilfreich zur Seite, nannte ihr Namen von Erkrankten, und Bettina half ihnen erfolgreich mit homöopathischen Heilmitteln. Bruder Clemens lobte sie: Sie sei „... in der Cholera(zeit, d. V.) die Bewunderung ganz Berlins gewesen.“ Ebenso kümmerte sie sich um die Nachkommen

der durch Friedrich den Großen aus dem Vogtland hier beim Oranienburger Tor eingebürgerten armen Weber und Maurer.

Freundschaft mit Schleiermacher und Rahel von Varnhagen

Als 1832 auch Goethe starb, bedeutete Bettina Schleiermachers vorbildliche Freundschaft besonders viel: „Ich war darauf angewiesen und hatte außer ihm keinen Halt. In seiner Nähe fühlte ich meinen Geist aufgeregt zur genialsten Erkenntnis... das danke ich ihm, daß ich einen Fortschritt gemacht habe in der Bekanntschaft mit mir selbst.“ Und Schleiermacher äußerte über Bettina: „Gott müsse besonders guter Laune gewesen sein, als er Bettina erschaffen habe.“ Doch schon zwei Jahre später verlor sie nicht nur diesen Freund, sondern auch ihren jüngsten Sohn Künemund.

Bettina von Arnim wurden aber auch freudige Erlebnisse zuteil. Im Literarischen Freundeskreis bei der geistesadligen Rahel von Varnhagen (geb. Levin) begegnete sie im Haus Französische Straße 20 bei kulturellen und politischen Treffen bedeutendsten Persönlichkeiten; neben den bereits früher erwähnten, wie F. H. Jacobi, Ludwig Tieck und den Brüdern Grimm, natürlich dem Hausherrn Karl August Varnhagen von Ense (Diplomat), Alexander und Wilhelm von Humboldt und Hermann Fürst von Pückler-Muskau. Bettinas „... sprühende Lebhaftigkeit, ihre geistige Frische und ihr warmes Herz, wurden zum belebenden Element...“ in diesem Kreis.

Varnhagen stand ihr bei Gründung des Arnimschen Verlages mit gutem Rat zur Seite. Bettina sprach stets mit Ehrfurcht von ihres Mannes Dichtkunst und seiner liebenswürdigen Art. Sie setzte sich, vor allem in ihren letzten Lebensjahren, für die Herausgabe der Werke Achim von Arnims ein.

1833 starb auch Rahel Varnhagen. Bettinas Freundschaft zu ihr beruhte allein schon auf der gemeinsamen Liebe zu Goethe und der Wertschöpfung seiner Werke. Rahel sagte einmal zu ihrem Mann über Bettina: „Liebender, vernünftiger habe ich sie nie gesehen. Aufwartend, leise, voller Einsicht...“ (als dann Kinder kamen) „... da war sie erst göttlich... So müssen Menschen sein; so ist Freundschaft, Menschenliebe, Einsicht, geöffneter Sinn...“ Bettina hatte die Todkranke liebevoll gepflegt.

„Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“

1835 erschien Bettina von Arnims auch heute noch berühmtes Buch: „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde – Seinem Denkmal“, gewidmet dem Fürsten Pückler. Sie hatte das Werk in drei Teile gegliedert: 1. Briefwechsel mit Goethes Mutter, 2. Briefwechsel mit Goethe, 3. Tagebuch zu Goethes Briefwechsel mit

einem Kinde. Bettinas Verwandte waren gegen die Herausgabe ihres Buches, versuchten gar, dies zu verhindern. Doch fand sie so viel Zuspruch durch Freunde und namhafte Persönlichkeiten. Vor allem sind Vorwürfe wegen der zum Teil erfundenen Goethebriefe nicht haltbar, denn sie hat „... das Überpersönliche, Ewige ihres Verhältnisses zu Goethe, das über weite Zeiten hinausreicht, als eine höhere Wirklichkeit in ihrem Buch dargestellt.“ (F. M. Reuschle). Im übrigen war es zur Zeit der Romantik legitim und nicht selten: Brief und Briefwechsel waren eine beliebte Kunstgattung. So wählte ja auch Goethe für seine Lebenserinnerungen den Titel „Dichtung und Wahrheit“, und niemand weiß beim Lesen wirklich: Was ist Dichtung, was Wahrheit? – Die Literaturhistoriker Friedrich Vogt/Max Koch bezeichnen das Goethebuch Bettina von Arnims als „das schönste Buch der deutschen Romantik“. Der Erlös durch den Buchverkauf sollte nach ihrem Willen Goethes Denkmal gewidmet sein. Sie hatte bereits einen Entwurf aus Ton dafür angefertigt.

Um Gegnern „den Wind aus den Segeln zu nehmen“, erklärte sie in der Einleitung zu ihrem Werk: „Dies Buch ist für die Guten und nicht für die Bösen.“ Wie dem auch sei: Bettina von Arnim hat sich mit diesen Briefen als eine höchst künstlerisch und phantasie-begabte Dichterin dargestellt. Ihre Beliebtheit wuchs in der geistigen Elite wie im Volk durch ihre literarischen, geistvollen Leistungen wie durch ihre soziale, menschenfreundliche Art und Weise. Junge Menschen suchten Rat bei ihr. Sie half Notleidenden, wie dem Maler Blechem, setzte sich für die aus Göttingen verjagten Brüder Grimm ein. Sie gehörten zu den sieben Professoren, die es wagten, gegen Ernst August, König von Hannover, zu protestieren, weil dieser die Verfassung und damit das Grundgesetz (siehe Golo Mann) außer Kraft gesetzt hatte. Es kam sogar zu einem Briefstreit mit Savigny wegen der Brüder Grimm, doch hielt ihre jahrzehntelange Freundschaft mit dem Schwager dies schadlos aus. Und Gunda schrieb gar voll Anerkennung zu Bettinas Goethebuch: Es werde im Gymnasium sehr beachtet, so „dass Du mit zu den Klassikern gezählt wirst. Alle Menschen fragen nach Dir.“ – Savignys führten sogar Bettinas Töchter bei Hofe ein.

1840 erschien Bettina von Arnims Briefsammlung „Die Günderode“, ein Buch der Erinnerung an ihre Freundin, und vier Jahre später „Clemens Brentanos Frühlingskranz aus Jugendbriefen ihm geflochten, wie er selbst schriftlich verlangte“, gewidmet Sr. Königlichen Hoheit, dem Prinzen Waldemar von Preußen – Briefe geschwisterlicher Liebe um 1800. In allen drei Büchern Bettinas erkennen wir spürbar das romantische Lebensempfinden, ihre liebesfähige Leidenschaft, ihre Begeisterung, aber auch ihren festen Willen, ihre soziale Ader und ihr starkes Freiheitsgefühl. Immer wieder tritt sie für ihre sozialen Ideen, für Gerechtigkeit, für humane Reformen in der Politik sowie für Gleichbehandlung und geistige Emanzipation der Frau ein. So gelang es ihr auch, den preußi-

schen Kronprinzen vom Unrecht, das die Brüder Grimm erlitten hatten, zu überzeugen. Er berief sie 1843 an die Universität Berlin.

Kampf gegen Unrecht und soziale Mißstände

Nachdem Bettina persönlich die Elendsquartiere der Armen am Halleschen Tor aufgesucht hatte, schrieb sie 1843 zahllose Bittschriften an den Preußenkönig. Sie verteidigte die Revolutionäre, und sie bat ihn inbrünstig, den ersten Aufstand der Weber in Schlesien nicht blutig niederschlagen zu lassen. Geschickt versuchte sie, Friedrich Wilhelm IV. als moderndenkenden, weisen Monarchen anzusprechen, appellierte an seine Menschlichkeit: „Wär ich König, so würde ich Selbstherrscher sein, ich würde mit jeder Handlung diesen drei Personen in der Gottheit dienen: dem Gewissen, dem Geist und der Unsterblichkeit.“ Varnhagen rühmte Bettina: „Sie ist beseelt von der rührendsten Menschenliebe. Die trefflichste Frau, von dem schönsten Eifer beseelt...“

Der König hatte Bettina von Arnim genehmigt, ihm ihr neues Buch zu widmen; dadurch unterlag es nicht der Pressezensur. 1843 überreichte sie Friedrich Wilhelm ihr Werk: „Dies Buch gehört dem König“. Es ist ein Protokoll der Missstände im Berliner Arbeiter- und Armenviertel, im sogenannten „Vogtland zwischen Hamburger und Oranienburger Tor“. Es gilt als „erste nennenswerte sozialpolitische neuere deutsche Literatur“ (E. Engel). Hunger und Elend waren im „Vogtland“ heimisch. Manche Leute aßen nur jeden zweiten Tag, weil sie noch ärmeren Nachbarn halfen. Der König hatte sich zwar bei Frau von Arnim bedankt, erzürnte jedoch beim Lesen. Sie hatte gewagt, Missstände anzuprangern, die andere Autoren ins Gefängnis gebracht hätten.

Ein Jahr später schrieb Bettina von Arnim ein sogenanntes „Armenbuch“ über die Lebensverhältnisse in Berliner Elendsvierteln. Das Werk durfte nicht veröffentlicht werden, wurde unter Druck aus Regierungskreisen verhindert.

Bettina von Arnim setzte sich leidenschaftlich und tatkräftig für politische Verfolgung ein, u. a. für den schlesischen Fabrikanten Wilhelm Schloeffel (er wurde 1845 wegen Hochverrats angeklagt); desgleichen für den Führer des polnischen Aufstands Mieroslawsky und dessen Schwester sowie für den 1849 zum Tode verurteilten revolutionären Professor Gottfried Kinkel. Friedrich Wilhelm fühlte sich angenehm berührt durch Bettinas Verehrung und Vertrauen für ihn. Er reagierte freundlich oder empört, getraute sich jedoch öfters nicht, ihren Forderungen nicht zu folgen. Instinktiv spürte er: Sie war „eine politische Macht“. So wurde Kinkels Todesurteil in Festungshaft gemildert, aus welcher der Professor mit Karl Schurz' Hilfe fliehen konnte.

Bettina ermunterte den König gar: Er solle seinen Ministern, diesen „Wirklichkeitsgespenstern“ zum Trotz das zentrale Problem der Denk- und Religi-

onsfreiheit endlich lösen. „Gott braucht die Denkfreiheit, um in ihr zu wirken! – Keine Grenzen, keine Gesetze, nichts, was der Mensch nur wagt, gewaltsam durchzusetzen, kann anders als zum Unheil ausschlagen!“

In jenen 40er Jahren erschien jedoch auch eine Sammlung von Liedvertonungen aus Bettinas Jugend: „Dedié à Spontini“ und gemeinsam mit ihren Töchtern gedichteten Märchen. Sie wurden leider kaum bekannt.

1843 begann eine Freundschaft zwischen Bettina und dem Studenten Philipp Nathusius. Er stand der Gruppe des „Jungen Deutschland“ nahe. Ein Briefwechsel mit ihm führte zum Buch „Ilius Pamphilus und die Ambrosia“. Es konnte in der geistigen Qualität durch den großen Unterschied zwischen ihr und dem jungen Mann nicht an die wunderschönen, kunstvoll dichterischen Werke der Vergangenheit anknüpfen. Dennoch wurden die Briefe „eine Quelle von Selbstbezeugungen Bettinas, die für die Erkenntnisse ihres Wesens wichtig sind“ (F. M. Reuschle). Darüber hinaus dienen sie späteren Generationen zur Anleitung von hoher Moral: „Du sollst Weisheit verbreiten – Deine Seele soll brennen vom göttlichen Feuer, und keine Beengung soll in dir walten. Dann werden die Strahlen jenes Feuers schon die Welt erleuchten.“

Bettina und ihre Töchter

Bettinas Töchter sprachen liebevoll von ihrer Mutter: „Unsere Mutter ist kein weltfremder Blaustrumpf gewesen, sondern eine wunderbar vielseitig begabte geniale Frau... voll scheinbarer Widersprüche und Gegensätze, die doch alle in den beiden Grundeigenschaften ihres Wesens wurzelten: Ihrem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und einer unendlichen selbstlosen Güte und Hilfsbereitschaft. Kein Mensch war gleichgültiger gegen Stand und Adel, als aber ihren Söhnen das Recht, den Barontitel zu führen, beanstandet wurde, hat sie dafür gekämpft wie eine Löwin.“ (Maximiliane von Arnim, spätere Gräfin Oriola).

In einigen Wintern lebten Bettina und ihre Töchter in Wiepersdorf oder dem „schrumpeligen“ Schlösschen Bärwalde, mit ihrer Jagdhündin Diane. Die Mutter berichtete ihrer Schwester Gunda vom Leben auf dem Lande: „Die Kinder schreiben jedes eine Zeitung, die alle Freitage herauskommt (mit, d. V.) Zeichnungen, Malereien, Gedichte, die reizend sind.“ Sie sind fröhlich, trotz kaltem Wetter, singen und ‚lachen sich warm‘. Sie ließen die Bauern an ihren Spielen und Theateraufführungen teilnehmen, denn ‚das Volk dürfe nicht von der Bildung abgesperrt werden‘.“ Bettina las ihnen sogar aus dem „Homer“ vor.

„In den Zelten 5“ in Berlin fand Bettina ihre endgültige Wohnung. Sie freute sich am munteren Leben der Jugend. Diese gründete einen geistreichen Bund, den „Kaffeter“, zur wöchentlichen Kaffeestunde. Jedes Mitglied musste für ei-

nen literarischen oder künstlerischen Beitrag sorgen. Texte wurden in der „Kafeter Zeitung“ publiziert.

1852 fügte Bettina von Arnim mit ihren „Gesprächen für Dämonen“ dem Königsbuch einen 2. Teil hinzu; eine Art politisches Vermächtnis. Das Gesamtwerk sollte dem König als eine Art „Fürstenspiegel“ dienen, ihm vor Augen halten, wie notwendig Gesetze für eine Verfassung sowie für die Pressefreiheit seien. Mutige kluge aufrüttelnde Sätze stehen in diesem Buch. Der Dämon spricht: „Volksvertrauen ist das Sakrament des Königs, ihm entspricht auch das Herrscherrecht.“ – „Der Feind deiner Ehre allein ist der, den du zu strafen hast, weil du er selber bist.“ – Schließlich der Rat: „Wie einfach könntest du alles lösen, wärest du geneigt den Volksgeist zu würdigen.“ Und der König erkannte: „Sünde wärs, nicht sein wollen, was ich vermag.“

Da Bettina von Arnim dem Adel angehörte und als Schriftstellerin anerkannt, ja berühmt war, durfte sie sich große Freiheiten erlauben. Mit ihr galt Alexander von Humboldt in Berlin zu den „vornehmen Vertretern dieser privaten Öffentlichkeit“ (Reuschle). Wer aus dem Volk etwas erreichen wollte oder sich ungerecht behandelt fühlte, durfte sich an sie wenden. Bettina war in ihrem sozialen Denken, wie in ihrem religiösen Empfinden und Handeln, ihrer Zeit weit voraus. Sie kämpfte leidenschaftlich gegen die Todesstrafe. Es sei „Schuld des Staates, der es zuläßt, daß Menschen im größten Elend vegetieren müssen, nachdem sie im Krieg gezwungen wurden, für den Staat zu morden und dann, zurückgekehrt, nicht wissen, wovon sie leben sollen. Der Verbrecher ist des Staates eigenstes Verbrechen.“ Er müsse sich bemühen, ihn „zu retten und seine Heilung zu bewirken“. Sie bezeichnet die Gestrauchelten als „Verbrechenskranke“ und meint: „Unnützlich sind eure Zucht-, Schweig- und Isolierhäuser.“ Sie sieht in mangelnder Erziehung, bei der der „Volksgeist nicht berücksichtigt wird“, die Ursache, dass im Volk sich schlechtes „Gesindel“ entwickeln kann.

Ähnlich wie Beethoven, sah Bettina in Napoleon ihre große Hoffnung und erfuhr, wie er, eine bittere Enttäuschung: „Der Geist der Freiheit wollte durch ihn sich wiedergebären, aber sein Geist war gebunden durch Herrschsucht.“ Im Jahr der 1848er Revolution hofften Bettina und ihre jüngste Tochter Gisela auf eine Zeitenwende. Bei Arnims gab es zwei Salons, einen demokratischen und einen aristokratischen. – Innenminister von Arnim (Verwandter Achims) beschuldigte Bettina: Sie habe das Volk aufgehetzt und ihm durch Reden und Schriften Hoffnungen geweckt. Hierzu muß gesagt werden: Bettina von Arnim lehnte gewaltsame Veränderungen ab; sie wollte immer nur Reformen zugunsten des Volkes.

Auf Wunsch des württembergischen Königs betreute sie dessen Sohn Kronprinz Karl während seines Studiums in Berlin. Sie ließ ihn teilhaben an ihren Ideen für eine bessere Zukunft der Menschen: „Mut ist die einzige Zuflucht des Geistes, die einzige Gebärerin der Wahrheit, der Fürsten und Völker einzi-

ges Heil.“ „Aber Wahrheit verträgt nicht jeder...“ – „Recht haben wollen im Unrecht, das ist geradezu der Tod...“ – „Das Herz, der Geist, die Energie sind die Dreifaltigkeit, die der anbetet, der das Große will.“

Letzte Jahre

Die letzten Jahre ihres Lebens begannen. Bettina erlitt 1852 einen leichten Schlaganfall. Hände und Füße waren gelähmt. Sie konnte sie „mit wunderbarer Energie“ überwinden. Eine Kur in Franzensbad schenkte ihr rasche Heilung. So konnte sie auch im Herbst mit ihren Töchtern Armgard und Gisela noch einmal nach Weimar reisen. Franziska von Bülow (Stiefmutter des Dirigenten Hans von B.) schrieb hierzu: „Arnims sind alle drei sehr merkwürdig – voll Originalität, Geist und Talent, so natürlich und einfach bei der Blüte, dem Duft höchster Bildung.“ – „Bettina ist eine kleine... starke Frau, kräftig, lebendig in ihrem ganzen Wesen... Sie sieht oft schön aus, von Geist und Poesie durchleuchtet, und spricht oft so schön, daß es mir leid tut, ihre Worte nicht aufschreiben zu können...“ Und „sie hat ein wohlwollendes allgemeines Interesse an der Menschheit, aber durchaus nicht subjektiv...“

Bettina schrieb an ihre Tochter „Maxe“ über die von Musik erfüllten Wochen: „Wo ich meine beste Zeit, meine liebste Lebenszeit ... zubrachte, die eine neue Epoche in mir erweckt hat und in den Brunnen der Gesundheit mich getaucht hat.“ – Mit dem berühmten jungen Geiger Joseph Joachim korrespondierte sie über Musik. Und „Benjamin“ – wie sie ihn vertraulich nannte – verzauberte sie mit seinem unvergleichlich schönen Spiel.

Musik hat Bettina zeitlebens viel bedeutet. Als Kind lag sie bei der Großmutter im Garten und hörte „unter schmerzender Begeisterung Mozart, Cherubini, Haydn und Beethoven“. Als Mädchen sang sie Lieder zur Gitarre. Sie studierte in München Musik, sang im Chor der Berliner Singakademie mit und kannte Komponisten persönlich. Schumann widmete ihr „Gesänge der Frühe“, Brahms die Gesänge „Versenk dein Leid, mein Kind“. Von der Freundschaft mit Beethoven sprachen wir schon. Bettina trat für den Opernkomponisten Gasparo Spontini ein und vertonte selbst Gedichte von Goethe und Achim von Arnim.

1856 folgte ein zweiter Schlaganfall. Gisela und Armgard betreuten ihre Mutter liebevoll, blieben bei ihr bis zum Lebensende. Am 19. Januar 1859 hatten sich ihre Kinder bei ihr eingefunden. Bettina legte noch jedem segnend ihre Hand aufs Haupt. Mit dem Blick auf Achims Bild und das Goethe-Denkmal verabschiedete sie sich still von der irdischen Welt mit dem „Wissen“ um eine Wiederverkörperung, von der sie des öfteren gesprochen hatte. Es war der 20. Januar 1859, einen Tag früher als ihr Mann 1831!

Im Park des Arnimschen Gutes in Wiepersdorf in der Mark ruht sie nun auf dem Geschlechter-Friedhof neben ihrem geliebten Gatten und drei ihrer Söhne.

Quellenverzeichnis

- Achim und Bettina in ihren Briefen*. Briefwechsel zwischen Achim von Arnim und Bettina Brentano. Hrsg. von Werner Vordtriede. Mit einer Einleitung von Rudolf Alexander Schröder. (Frankfurt/Main) 1961
- Arnim, Bettine von: *Clemens Brentanos Frühlingskranz aus Jugendbriefen ihm geflochten, wie er selbst schriftlich verlangte*. Mit einem Nachwort von Hartwig Schultze. (Frankfurt/Main) 1985
- Arnim, Bettina von: *Goethes Briefwechsel mit einem Kinde*. Hrsg. von Gustav Konrad. (Frechen/Köln) 1960
- Arnim, Bettina von: *Die Ginderode*. Mit einem Essay von Christa Wolf. (Frankfurt/Main) 1982
- Doderer, Otto: *Brentanos im Rheingau. Am Urquell der Rheinromantik*. (Ratingen) 1942
- Mallachow, Lore: *Bettina*. (Berlin) 1952
- Mann, Golo: *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Sonderausg., S. Fischer (Frankfurt/M.) 1992, Seite 143
- Reuschle, Frieda Margarete: *An der Grenze einer neuen Welt. Bettina von Arnims Botschaft vom freien Geist*. (Stuttgart) 1977
- Arnim, Bettina von. – In: Bartel, Adolf: *Weltliteratur*. Eine Übersicht und zugleich ein Führer durch Reclams Universal-Bibliothek. (Leipzig) 1918
- Arnim; Bettina von. – In: Engel, Eduard: *Kurzgefasste deutsche Literaturgeschichte – Ein Volksbuch*. 9. durchges. Aufl. (Wien, Leipzig) 1911
- Arnim, Bettina von. – In: Fechter, Paul: *Geschichte der deutschen Literatur. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. (Berlin) 1941
- Arnim, Elisabeth von, gen. Bettina. – In: *Kleines Literarisches Lexikon*. 2. völl. erneuerte Ausg. Hrsg. von Wolfgang Kayser. (Bern) 1953
- Arnim, Bettina von. – In: Oberhauser, Fred und Gabriele Oberhauser: *Literarischer Führer durch Deutschland*. Ein Insel-Reiselexikon für die Bundesrepublik Deutschland und Berlin. (Frankfurt/Main) 1983

- Arnim, Bettina von. – In: Vogt, Friedrich und Max Koch: *Geschichte der Deutschen Literatur von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*. 2. neubearb. und vermehrte Aufl. (Leipzig und Wien) 1904
- Arnim, Bettina von. – In: *Brockhaus. Die Enzyklopädie. Weltbild Studienausgabe*. 20. überarb. und aktualis. Aufl., 2. Bd. (Leipzig/Mannheim) 2001
- Arnim, Bettina von. – In: *Meyers Grosses Taschenlexikon in 24 Bdn.* 5. überarb. Aufl. Hrsg. und bearb. von Meyers Lexikonredaktion. Bd. 2 (Mannheim u.a.) 1995
- Arnim, Bettina von. – In: *Meyers Handbuch über die Literatur. Ein Lexikon der Dichter und Schriftsteller aller Literaturen*. Hrsg. von der Lexikonredaktion des Bibliographischen Instituts. Redaktionelle Leitung: Ingrid Adam und Gisela Preuß. 2. neubearb. Aufl. (Mannheim u. a.) 1970
- Arnim, Elisabeth, gen. Bettina. – In: *Taschenlexikon der deutschen Literatur*. Neuausg. des Taschenlexikons 1953 von Heinz Kindermann und Margarete Dietrich, überarb., ergänzt und vermehrt von Ernst Johann. 2. Aufl. (München) 1958

Alexander von Humboldts Tätigkeit für Keramikunternehmen in den Jahren 1792 und 1793

VON FRIEDMAR KERBE und DAGMAR HÜLSENBERG

Vorbemerkungen

Es ist nahezu unglaublich, auf welchen naturwissenschaftlich-technischen Gebieten Alexander von Humboldt seine Spuren hinterlassen hat. Da im Jahre 2010 zwei wichtige Jubiläen gefeiert wurden, nämlich 300 Jahre Porzellanmanufaktur Meißen und 250 Jahre Thüringer Porzellan, lag es nahe – wenn man sich mit Alexander von Humboldt beschäftigt – zu fragen, ob der große Gelehrte auch auf keramischem Gebiet wirksam geworden ist. Er ist es, und zwar in unerwartet breitem Umfang mit nachhaltiger Wirkung.

Die Grundlagen dazu wurden bereits im Unterricht im elterlichen Hause durch seinen Lehrer, Gottlob Johann Christian Kunth, gelegt, der Alexander von Humboldt zum Studium der Kameralistik drängte. Diese schloss damals die von Johann Beckmann, einem weiteren Lehrer Humboldts, definierte Technologie ein. Nach dem abgebrochenen Studium in Frankfurt/Oder unterrichtete ihn Johann Friedrich Zöllner weiter. Er erkannte die im Vergleich zu Wilhelm von Humboldt völlig andere Interessenslage Alexanders und förderte diese als Lehrer und Freund. Zu diesen Zusammenhängen äußerte sich H. Beck ausführlich und schrieb u.a.: „*Beide ritten in die Umgebung zu Besichtigungen von Betrieben ...*“ [1, S.104].

Alexander von Humboldt lernte also bereits vor seinem Studium an der Bergakademie in Freiberg/Sachsen vom 14. Juni 1791 bis 26. Februar 1792 technische Prozesse in ihrem Zusammenspiel von Rohstoffen, Verfahren/Anlagen und Erzeugnissen sowie Kosten kennen. Es ist davon auszugehen, dass er in den Betrieben grundsätzliche Zusammenhänge erläutert bekam oder sich diese selbst erschloss. Vor allem hat er wahrscheinlich schon zu diesem Zeitpunkt verstanden, worauf er besonders achten muss, was hilfreich für seine spätere gutachterliche Tätigkeit war. Dieser Fakt könnte außerdem für die hohe Effektivität seines Studiums an der Bergakademie wichtig gewesen sein. Er belegte dort u. a. Lehrveranstaltungen in Mineralogie, Geologie, Bergbaukunst, Maschinenkunde sowie natürlich Mathematik und Physik, worüber H. Baumgärtel [2] informiert. Gleichzeitig betrieb er erfolgreich Untertage-Studien.

Es kann davon ausgegangen werden, wie auch im Folgenden ersichtlich, dass die relativ schnelle Beendigung seines Studiums in Freiberg mit Aufga-

ben im Zusammenhang stand, die in Berlin bzw. Franken auf ihn warteten, denn Alexander von Humboldt erhielt bereits am 6. März 1792 die am 29. Februar ausgefertigte Ernennung zum Assessor cum voto beim „Preußischen Bergbau-, Hütten- und Torfdepartement“. Umgehend beauftragte ihn der preußische Staatsminister, Freiherr von Heinitz (bzw. Heynitz), mit einer „*Inspektion und Bestandsaufnahme des fränkischen Montanwesens incl. der damit einhergehenden Nutzung der Rohstoffe*“ [3]. Der Grund dafür war der desolate Zustand des Montanwesens in den 1791 an Preußen gefallenen fränkischen Markgrafentümern Ansbach und Bayreuth. Für den vorliegenden Aufsatz ist von Wichtigkeit, dass der schriftlich erteilte Auftrag auch die *Nutzung der Rohstoffe* einschließt. Im Nachhinein wird deutlich, dass darunter auch die Nutzung von Porzellanerden in der Porzellanmanufaktur Bruckberg, wie nachstehend ersichtlich, zu verstehen ist.

In den folgenden Wochen bereitet sich Humboldt ausführlich auf die Erfüllung dieses Auftrags vor, wobei er mehrere Betriebe in Berlin und Umgebung nicht nur besucht, sondern auch – auftragsgemäß – in Gutachten seinen Dienstherrn über die vorgefundene Situation informiert. Bereits diese ersten Gutachten enthalten fundierte Vorschläge für Verbesserungen.

Bei K.-R. Biermann [4, S. 17] ist nachzulesen, dass Humboldt

- am 4. Juni 1792 von Berlin über Tegel (5. Juni) zu einer fünf- bis sechstägigen Inspektionsreise aufbricht: Linum (Torfstecherei), Zehdenick (Ziegelei), Rheinsberg (Fayence- und Steingut-Herstellung, dort ist er am 6. Juni eingetroffen). Es geht also um Torf als Energieträger für das Brennen von Keramik (Ziegel, Fayence, Steingut, ggf. Porzellan) sowie die Produktionsabläufe in den genannten Keramikbetrieben;
- vom 12. bis 28. Juni die Porzellanmanufaktur Berlin (heute noch produzierend als Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin, KPM) besucht und dort Versuche durchführt;
- in dieser Zeit seine Gutachten über die Torfstecherei Linum und die Fabrik in Rheinsberg verfasst hat. Letzteres übergibt er am 17. Juni 1792 an den Freiherrn von Heinitz.

Es steht außer Zweifel, dass diese Gutachten den preußischen Staatsminister vollends von der Eignung Alexander von Humboldts für die Durchführung von Aufgaben im fränkischen Montanwesen überzeugt haben.

Im Folgenden wird auf das Gutachten zur Fayence- und Steingutfabrik in Rheinsberg eingegangen, weiterhin kurz zu seinen Untersuchungen in der Porzellanmanufaktur Berlin berichtet, die Umsetzung der Empfehlungen in seinen beiden Gutachten für die Leitung der Porzellanmanufaktur in Bruckberg

geschildert und zu seiner gutachterlichen Unterstützung für die Gründung der Porzellanfabrik zu Tettau in Oberfranken informiert. Diese unmittelbare Einflussnahme Alexander von Humboldts auf die Keramikfertigung erfolgte ausschließlich von Mitte 1792 bis Ende 1793. Er war (geboren am 14. September 1769) gerade zwischen 22 und 24 Jahre alt. 1½ Jahre intensiver Arbeit hinterließen nachhaltige Wirkungen!

Gutachten über den technischen Stand in der Steingutfabrik des H. Lüdecke in Rheinsberg

Originalschrift

Zum Zeitpunkt des Betriebsbesuchs durch Humboldt wurden dort sowohl Fayence als auch Steingut gefertigt. Daraus resultiert die nicht immer einheitliche Bezeichnung des Unternehmens, das noch heute existiert und ausschließlich Feinsteinzeug bzw. Fayence fertigt [5].

Der am 17. Juni 1792 vorgelegte Originalbericht Alexander von Humboldts befindet sich im Fachbereich Geschichte/Dokumentensammlung der Stiftung Stadtmuseum Berlin und konnte dort eingesehen werden [6]. Alexander von Humboldts Originalschrift wurde 1974 durch H. Mauter aufgefunden. Die Hintergründe dazu beschreibt er in [7]. Ebenso gibt er dort den Inhalt in wenigen Stichpunkten an. Die Verfassung seines Artikels erfolgte im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ausstellung „Berlin-brandenburgische Fayencen“ 1977 im Märkischen Museum in Berlin.

Eine ausführliche fachliche Behandlung des Gutachtens steht noch aus. Sie kann auch im vorliegenden Aufsatz nur andeutungsweise erfolgen, denn das ausführliche Gutachten umfasst 31 handgeschriebene Seiten zum gesamten Herstellungsprozess von Steingut mit für den Keramikingenieur hochinteressanten fachlichen Details.

Wenn man von seinen kurzen Aufzeichnungen zur Befahrung des Torfstichs bei Linum absieht, handelt es sich um Alexander von Humboldts erstes ausführliches technisches Gutachten. Es verblüfft durch Sachkenntnis (die man bei einem 22-jährigen so nicht vermutet), d.h. detailgetreue Beschreibung der Anlagen und Prozesse, exakte Benennung von Rohstoff-Lagerstätten und dortigen Abbaubedingungen, Kenntnis der Konkurrenzprodukte und ihrer Herstellung sowie Behandlung genereller wirtschaftlicher Fragen. Humboldt beschreibt, analysiert und macht Vorschläge. Diese sind entweder sehr exakt und direkt an Personen gerichtet, oder er gibt an, was zu tun (zu analysieren) ist, um eine Lösung des Problems vorzubereiten. Im Gutachten steht die Steingutfertigung

(nicht die der Fayence) im Mittelpunkt; und diese im Vergleich zur Konkurrenz in England.

Rohstoffe

Humboldt beschreibt die zur Steingutherstellung verwendeten Rohstoffe: 2 Teile Ton, 2 Teile Kreide und 1 Teil Feuerstein. Daraus folgt, dass es sich um die Herstellung von (heute sog.) Kalksteingut mit all' seinen nunmehr im Detail bestens bekannten Nachteilen in der Fertigung und den Erzeugniseigenschaften handelt. Bei Humboldts Besuch in Rheinsberg tastete man sich aber erst an die Herstellung heran.

Ausführlich beschreibt er die Tonrohstoffe. Einerseits wird Ton aus dem Abraum der Bennstedter Porzellanerde-Lagerstätte genutzt, der wegen Verunreinigungen zu einem für Steingut nicht zulässigen, gelblichen bis ockergelben Scherben führt. Andererseits kommt Bunzlauer Ton zum Einsatz, der aber wegen des Transportes teuer ist. Beide Tonarten verhalten sich während des Aufbereitungsprozesses – so Humboldts Beobachtung – völlig unterschiedlich. Analoges gilt für die Beeinflussung der Formgebung auf der Töpferscheibe. Nach ausführlicher Abwägung des Für und Wider unterstützt Humboldt (S. 3) die bereits angedachte Entscheidung von H. Lüdecke (bzw. Lüdicke), trotz der erhöhten Kosten auf Bunzlauer Ton umzustellen. Mit der verwendeten Kreide scheint es keine sonderlichen Probleme gegeben zu haben.

Ausführlich erläutert Alexander von Humboldt das Sammeln und (an mehreren Stellen seines Gutachtens) die Aufbereitung der Feuersteine. Er geht besonders auf die Zerkleinerung ein, die nach vorheriger Erhitzung der Knollen durch Abschrecken mit Bildung von Rissen und anschließender Mahlung erfolgt. Hier fällt auf, dass er bemängelt, dass die englischen Fabrikanten für die Erhitzung der Feuerstein-Knollen einen extra Ofen mit einigermaßen konstanter Temperatur benutzen, während im Rheinsberger Unternehmen nur die (sehr unterschiedliche) Abwärme im Ascheherd des Steingutbrennofens zur Verfügung steht (S. 8). Weiterhin begründet er, warum es ihm nicht notwendig erscheint, dass die Steingutproduzenten vor allem grau-schwarze Feuersteine verwenden (S. 9).

Zusammensetzung der Steingutmasse

In Gesprächen mit dem Werkmeister Mayer und aufgrund eigener Überlegungen erkennt Alexander von Humboldt sehr schnell, dass das Grundübel des Nichterreichens der Qualität des englischen Steinguts neben den bereits genannten und im Folgenden noch zu nennenden Problemen vor allem in dem zu hohen Anteil

an Kreide, d.h. sehr feinkörnigem, geologisch gesondert entstandenem Kalk, liegt. Dieser hohe Anteil führt im Brand einerseits zu einer frühzeitigen Deformation der Erzeugnisse. Dem wird in Rheinsberg durch vergleichsweise geringe Brenntemperaturen entgegengewirkt. Letztere haben aber andererseits eine schlechte Scherbenbildung zur Folge. Die Oberfläche der Erzeugnisse ist rau. Um das zu kaschieren, wird dick glasiert (S. 6).

Die Darstellung der Kette Ursache – Wirkung, die bisher in dieser Weise noch nirgends formuliert wurde, ist eine faszinierende analytische Leistung des jungen Humboldt, der wahrscheinlich am 6. Juni 1792 erstmalig eine Feinkeramikfertigung gesehen hat. Im Ergebnis schreibt er: „*Da nun unser Steingut dem englischen so nahe, als möglich kommen soll, so wäre es sehr wichtig und dem dringendsten Wunsche des p* (von Humboldt verwendete Abkürzung der Vornamen, d. V.) *Mayer gemäß, die engl. Masse chemisch untersuchen zu lassen.*“ (S. 7). Wie das geschehen könnte, steht auch geschrieben. Es fällt auf, dass vor der endgültigen Entscheidung zur Reduzierung des Kreideanteils in der Masse erst die Analyse erfolgen soll, ob denn das englische Steingut tatsächlich weniger Kalk enthält.

Pochwerk und Mühle

Während der Ton zur Aussonderung grober Bestandteile geschlämmt wird, werden die abgeschreckten, rissigen Feuersteine und die angelieferten Kreidebrocken im Pochwerk grob zerkleinert. Das entstehende, immer noch relativ grobe Material wird dann auf Mahlgängen bis zur gewünschten Feinheit aufgemahlen.

Die Pochwerke haben eiserne Pochnasen. Humboldt erkennt den Verschleiß derselben und den negativen Einfluss des Eisenabriebs auf die Farbe des Steingutscherbens. Er empfiehlt für die Pochnasen die Anwendung spezieller, harter Gesteine, z.B. von Basalt oder Kieselschiefer, und macht auch Vorschläge für deren Befestigung im Pochwerk.

Akribisch genau erläutert Alexander von Humboldt den parallelen Antrieb sowohl des Pochwerkes als auch der Mahlgänge durch eine Windmühle. Er zählt, misst und rechnet, wie er das auch in späteren Jahren bei seinen großen Reisen tun wird. Er verspürt den polternden Lauf der Mahlgänge und dessen negativen Einfluss auf das Zerkleinerungsergebnis. Humboldt sieht auch bei den Mahlgängen den Verschleiß der Eisenzapfen (Drehpunkt der Mahlsteine bzw. Läufer), die zusätzlich noch mit Blei vergossen sind. Er erkennt, dass die zur Verfügung stehende Windenergie nicht für den gleichzeitigen Betrieb von Pochwerk und 12 Läufern ausreicht. Es folgen Diskussionen zur Änderung des Antriebssystems der Läufer (S. 13) und zur Nutzung anderer Energieträger (S. 14), wie Pferde- oder Wasserkraft.

Besonders bemerkenswert ist aber, dass Humboldt bereits im Jahr 1792 den Vorschlag macht, nach jeder Zerkleinerungsprozedur *den* Rohstoff-Anteil durch ein Beutelsiebwerk (S. 10) auszuhalten, der bereits die notwendige Feinheit für die Masseherstellung erreicht hat. Dass er den energetischen Gesichtspunkt und Fragen des Durchsatzes bereits intuitiv erfasst hat (beide Probleme sind noch heute aktuell), verblüfft.

Massemischung in einer Schlämme

Die Rohstoffe gelangen nach der Zerkleinerung in den eingangs genannten Mengenverhältnissen in eine von Humboldt so bezeichnete Schlämme, d.h. sie werden im Wasser gemischt. Da man zur damaligen Zeit aber noch keine Mineralanalyse der Rohstoffe vorliegen hatte und die Zusammensetzung des insgesamt in der Schlämme *sedimentierten* Materials (z.B. Sand, Kalk, Sulfate, Pyrit oder andere Erze vor allem aus dem Bennstedter Abraum-Ton) nicht bekannt war, folgt, dass man eigentlich gar nicht wusste, welche Rohstoffanteile sich am Ende des Mischvorgangs in der Schwebe, d.h. in der heute als Schlicker bezeichneten Suspension, befanden. Dieses Überstehende, das die eigentliche keramische Masse enthält, wurde nun über speziell verengte Rinnen abgeleitet. Sie werden exakt mit geometrischen Angaben beschrieben (S. 15).

Humboldt macht sich nun Gedanken, wie denn aufgrund dieser absurden Masseherstellung die Ist-Zusammensetzung aussehen könnte. Er kommt auf 2 Teile Kalkerde, 2 Teile Kieselerde und 1 Teil Alaunerde (S. 17), wobei der Begriff der Alaunerde aus heutiger Sicht nicht aufrecht zu halten ist. Seine Berechnungen vergleicht er mit den ihm bekannten Informationen aus England und rät nochmals zur Änderung der Rohstoffmischung.

Formgebung

Sie erfolgte auf Töpferscheiben, obwohl Humboldt mehrfach vom „Pressen“ schreibt (S. 17). Die Darstellung der Vorgänge lässt vermuten, dass man Humboldt die Formgebung nur erklärt hat, er sie also nicht gesehen hat, weil die Fertigung wegen permanenten Mangels an Masse sowieso nicht kontinuierlich erfolgte. Im Vergleich zu allen anderen Darstellungen des Gutachtens fehlt in dem nur ½ Seite langen Text zur Formgebung jeglich eigenes Erleben, das man in allen anderen Ausführungen spürt. Lediglich über die Gipsformen, die er wahrscheinlich gesehen hat, und deren Einfluss auf die Oberflächenrauigkeit der Erzeugnisse macht er sich Gedanken. Er unterbreitet den Vorschlag zur Erprobung der aus England bekannten Metallformen (S. 18), was sich aber nicht durchsetzte.

Glasur

Alexander von Humboldt stellte frühere Salzglasuren den in Rheinsberg verwendeten gegenüber. Zu den in Deutschland sehr dick auf Steingut aufgetragenen Glasuren äußerte er sich folgendermaßen: „*Deutsche Steingutfabrikanten geben gewöhnlich vor, dass sie nur darum die dick aufgetragene Glasur vorziehen, weil sie die Gefäße zum Waschen, Reinigen p (usw., d. V.) bequemer machte (S. 20). Der eigentliche Grund, den der p Mayer, als ein sehr freimüthiger und verständiger Mann aber nicht ableugnet, ist der, daß unsere deutschen Massen zu wenig homogen und glatt ist, um sie mit ihren Unebenheiten, kaum bedekkt (wie in der englischen) durchscheinen zu lassen.*“ Er lobt die Rheinsberger Glasur, dass sie, obwohl dick aufgetragen, nicht risig wird.

Brennöfen und Brand des Steingutes

Die Brennöfen ähneln den Porzellanbrennöfen in Höchst. Humboldt beschreibt ausführlich ihre Geometrie und Ausmauerung mit Feuerraum und Brennraum. Ganz besonders fällt ihm die Feuerung ohne Verwendung von Rosten auf. Das Brenngut wird in Kapseln gebrannt, um es nicht in direkten Kontakt mit Verunreinigungen zu bringen. Entsprechend dem damaligen Kenntnisstand formuliert Humboldt Überlegungen zur „*Ersparung an Wärmestoff*“ (S. 24). Die Öfen werden mit Holz gefeuert. Dabei geht Humboldt insbesondere auf die Holzknappheit ein und dass nasses Holz verwendet werden muss, was den Verbrauch zusätzlich erhöht. Damit leitet er zum für den Staatsminister, Freiherrn von Heinitz, wichtigsten und letzten Teil seines Gutachtens über.

Torfheizung

Es wird dem Leser klar, dass Humboldt nicht nur die Keramikfertigung schlechthin kennen lernen und darüber berichten, sondern dass er vor allem die Einsatzfähigkeit von Torf statt Holz für die Fertigung von Steingut bei vergleichsweise geringer Brenntemperatur prüfen sollte. An seinen Freund Carl Freiesleben schrieb er am 4. Juni 1792 [8, S. 25]: „*Ich gehe auf 5-7 Tage nach Linum, wo die große Torfstecherei, nach Zednick, wo ein hoher Ofen, und nach Rheinsberg, wo ich Auftrag habe, einen Fayenceofen zu untersuchen.*“ Es ging also schon damals um die Einsparung defizitärer Energieträger – und Humboldt war nicht umsonst im Preußischen Bergbau-, Hütten- und Torfdepartment angestellt! Er sollte dem Torf ein neues Einsatzfeld erschließen. Deshalb erfolgte auch der vorangegangene Besuch in der Torfstecherei Linum.

Alexander von Humboldt beschreibt ausführlich die an anderen Stellen (also nicht in Rheinsberg) vorangegangenen Versuche zum Brennen von Steingut mit Torf, die negativ ausgefallen sind (S. 26ff). Er sucht nach Erklärungen, die aber beim damaligen Stand der Kenntnis nicht zum Ziel führen können. Es fehlen im Jahre 1792 generell noch die Kenntnisse chemischer Reaktionen und wärmetechnischer Vorgänge.

Trotzdem weist er aber auf den wichtigen Fakt hin, dass „... *der häufige Rauch beim Torfbrände in die Kokers (gemeint sind die Kapseln, d. V.) gedrungen ist, der den schon in Fluß gerathenen Bleikalk der Glasur berührt und durch den unverbrannten Kohlenstoff (den er mit sich an reißt) reduziert habe.*“ (S. 27). Humboldt meint weiter, dass die schlechten Brennergebnisse nicht an zu niedriger Temperatur gelegen haben können. Aus den ihm vorgelegenen Informationen schließt Alexander von Humboldt, dass es günstig sein könnte, die Vorfeuerung, die vor allem zur Erwärmung von Ofenmauerung, Herdsohle und Kapseln dient, mit Torf und erst die Hauptfeuerung mit Holz durchzuführen. Es folgen ausführliche Betrachtungen zum Torfbedarf und zu den Kosten.

Zusammenfassung durch Alexander von Humboldt

„Die Hauptobjekte, auf welche bei der Vervollkommnung dieser wichtigen, durch den regen Eifer des p Lüdecke so fleißig betriebenen Anstalt zu achten sein möchte, sind: Verbesserung der Masse, durch Nachahmung der englischen, welche chemisch zerlegt werden kann. Neue Einrichtungen in den Mühlen. Verschaffung des jährlichen Torfbedarfs.“ (S. 31)

Besuch und Durchführung von Versuchen in der Königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin

Alexander von Humboldt wurde von Staatsminister Freiherrn von Heinitz ausersuchen, bei der Reorganisation der Porzellanmanufaktur in Bruckberg (Fürstentum Ansbach) mitzuwirken. Damit er besser für die Beurteilung gerüstet sei, sollte er sich vorher in der Königlichen Porzellanmanufaktur (KPM) in Berlin mit allen in dem Fache vorkommenden Fragen vertraut machen (Abb. 1). Die Manufaktur, die einen ausgezeichneten technischen Stand aufwies, wurde von der sog. Königlichen Porzellan-Manufactur Commission fachlich geleitet. Ihr gehörten die Geheimräte Grieninge und Klipfel an. Sie wurden am 11. Juni 1792 von Minister von Heinitz angewiesen, „... *den Assessor von Humboldt bei seinem Studium behilflich zu sein.*“ [9, S. 15].

Diese Tätigkeit (vom 12. bis wahrscheinlich 27. oder 28. Juni 1792) war äußerst lehrreich für Humboldt und bereitete ihn hervorragend auf seine Aufgabe



Abb. 1: KPM Berlin im 18. Jahrhundert

in Bruckberg vor. Darüber berichtet G. Kolbe 1863, zu damaliger Zeit Direktor der KPM, Folgendes [10, S. 193]: „In diese Zeit fällt auch, wie hier hervorzuheben ist, eine vorübergehende Beschäftigung Alexander von Humboldts in der königlichen Manufaktur. Es ist zwar nicht gelungen, Näheres hierüber in den Acten aufzufinden, die Thatsache selbst wird aber ausser Zweifel gestellt durch das nachfolgende Schreiben des berühmten Mannes, worin er sich für ein Exemplar seiner in Biscuit hier ausgeführten kleinen Portraitbüste bedankt, welche ihm im Jahre 1852 seitens des (der)zeitigen Directors übersandt worden.“ Dieser Dankesbrief an Letzteren lautet wörtlich [11]:

„Ich eile, Ew. Hochwohlgeboren, meinen innigsten Dank darzubringen für das freundliche Geschenk, was Sie mir in der kleinen, so wohlgerateten Büste nach des überaus geschickten Professor Fischer Modell zu machen, die Gewogenheit gehabt haben. Die Ehre, welche mir das schöne, unter Ihrer Oberleitung stehende Kunstinstitut angetan, ist mir umso werter, als ich in vorogyischer Flutzeit (ich glaube 1791) als Bergassessor selbst mit Klapproth bei der chemischen Farbenkommission angestellt, zu Ihrer Anstalt gehört habe.

Mit ausgezeichnete Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
gehorsamster
A. v. Humboldt.“

Berlin, den 18. März 1852.

Wenn es auch laut Kolbe nicht gelungen ist, Näheres über Humboldts Tätigkeit in der KPM in den Akten aufzufinden, so gelang es doch den Verfassern, im KPM-Archiv unter dem 5. März 1793 folgenden von Humboldt eigenhändig unterzeichneten Bericht aufzuspüren [12]: „*Der O. Bergmeister von Humboldt berichtet über den ihm aufgetragenen Versuch, den Einfluß der Blaslufft beim email-Feuer (d.h. Scharffeuer, d.V.) zu beobachten*“. Im Auftrag S. Excell. Staatsminister Fr. v. Heinitz führte Humboldt im Labor der KPM gemeinsam mit arcanist Bergling Versuche durch über den Einfluss einer Oxidation auf die Ausbildung von Farbnuancen der Glasur und insbesondere die Einwirkung von „Oxygen“ auf die Kalkkomponente, was zu einer Verglasung der Oberfläche führte.

Relevant für weitere wissenschaftliche Untersuchungen ist in gleicher Akte auch ein früherer Bericht von Bergling vom 6. Januar 1791 über die „*Chemische Zerlegung nachstehender Erden in ihren einfachsten Bestandteilen*“, u. a. Morler und Passauer Erde betreffend [13].

Humboldt erinnerte sich gern jener Zeit in der KPM und schreibt noch 65 Jahre später, am 12. Oktober 1857, an den Inhaber der Porzellanfabrik zu Herend in Ungarn [14, S. 140]: „*Ich erzähle gern, daß ich im 22. Jahre gemeinschaftlich mit dem großen Chemiker Klapproth bei dem technischen Betriebe der königlichen Berliner Porzellanmanufaktur angestellt war, daß ich noch Versuche über das sogenannte Rollen der Porzellanerden gemacht habe.*“ Und weiterhin soll er sich laut K. Bruhns [14] sehr lebhaft für das Aufstellen der ersten Dampfmaschine interessiert haben.

Gutachten über die Fertigung in der Bruckberger Porzellanmanufaktur

Der nächste Kontakt Alexander von Humboldts mit dem Porzellan fand unweit von Ansbach in Bruckberg statt [4, S. 18]. Er besuchte am 1. August, von Crailsheim kommend, die dortige Porzellanmanufaktur.

Zum Hintergrund der dringend notwendigen Inspektion wird in [15] ausführlich berichtet. Hier sei nur das Folgende gesagt: Die Porzellanmanufaktur erlebte zwischen 1770–1780 ihre Blütezeit. Zwischen 1780–1790 brach dann aber der Absatz vor allem nach Holland (Unruhen) und in die Türkei (Türkenkrieg) ein. Die Fabrik verfiel auch technisch. Durch die Übernahme der ehemaligen Markgrafentümer Ansbach und Bayreuth durch das Königreich Preußen wurde auch die Bruckberger Manufaktur auf königliche Rechnung übernommen und verwaltet. Um deren Niedergang aufzuhalten, ersuchte am 9. Februar 1792 der dortige Beauftragte des preußischen Königs, Minister Karl August Freiherr von Hardenberg, den in Berlin zuständigen Staatsminister, Freiherrn von Heinitz, „... ihm einen ‚Kunstverständigen‘ aus Berlin zuzusenden, der den

innern eigentlichen Zustand der Bruckberger Fabrik...untersuchen sollte.“ Hardenberg wünschte Vorschläge, „...*wie dem gänzlichen Verfall vorzubeugen und der Anstalt etwa wieder aufzuhelfen wäre“* [16, S. 150]. So erhielt Alexander von Humboldt seinen Auftrag, nachdem der zunächst benannte Oberbergrat Rosenstiel, ein Mitglied der KPM-Kommission, vorerst in Berlin unakbömlich war.

Alexander von Humboldt legte zur Porzellanmanufaktur Bruckberg zwei Berichte vor. Der erste vom 9. August scheint sich nach W. Stieda nicht erhalten zu haben. Er war mehr technisch-bergmännischer Natur und bezog sich auf den Ersatz der Passauer Porzellanerde durch Göpfersgrüner Erde und Bayreuther Feldspat. Außerdem bemängelte er die Abmessungen des Verglüh- und Gutofens und forderte „...*eine Vervollkommnung des wichtigen runden Ofens“* [16, S. 152].

Bereits am 26. August erstattete der nunmehr in Steben ansässige Alexander von Humboldt dem Staatsminister, Freiherrn von Heinitz, mündlich Bericht. Von Heinitz weilte persönlich in Bayreuth, woraus die hohe Bedeutung folgt, die das Montanwesen und die Nutzung der Rohstoffe in dem durch Preußen übernommenen Fürstentum Ansbach-Bayreuth für das Königreich besaßen.

Im zweiten Bericht vom 5. September 1792 stellt Humboldt zur Lage der Fabrik einerseits an den „*nothwendigsten Bedürfnissen einen lästigen Mangel“* fest [16, S. 152]. Es ging vor allem um die Vorräte. Er fand „... *nicht mehr als 8 Zentner Passauer Porzellanerde und höchstens 120 Zentner Brennholz ...“* vor. Andererseits stand dem ein nur geringer Absatz gegenüber. Nur ca. 33 600 Stück Türkenbecher standen zu diesem Zeitpunkt als gesicherter Absatz in Aussicht. Aber auch eine Schuld von 1.300 Fl. (Gulden) für rückständige Löhne und Bezahlungen an Offizianten muss Humboldt melden.

Daraus folgen sehr eindeutige Empfehlungen [16, S. 153]:

- Es sollen Versuche zum Ersatz der kostspielig zu beschaffenden Passauer Erde durch Göpfersgrüner Erde und Bayreuther Feldspat erfolgen. Auf sie hatte Hofkammerrat Tornesi in Bayreuth aufmerksam gemacht.
- Aufgrund der Unzulänglichkeiten der Brennöfen sollte sich die Fabrikation auf zunächst vor allem kleinere Stücke, wie Kaffee- und Teegeschirr, Blumengefäße, Zwiebelpotte, Augenbader, Weihwassergefäße, Pfeifenköpfe u. a., beschränken, und das wenigstens so lange, bis Gut- und Verglühöfen verbessert waren, da deren damalige Konstruktion hohen Ausschuss bewirkte.
- Unter dem Personal sollte man Entlassungen vornehmen, die überflüssigen Dreher und Tagelöhner verabschieden und auch unter dem oberen Personal Veränderungen vornehmen

- dem Inspektor Schöllhammer sei *„die ausschließliche Direktion des gesamten Etablissements zu übertragen unter der monatlichen Revision des Rats Stadelmann“*.

Humboldt geht also in diesem zweiten Gutachten deutlich über rein technische Empfehlungen hinaus. Staatsminister Freiherrn von Heinitz muss das Gutachten überzeugt haben. Zu Humboldt hatte er mittlerweile anscheinend unbegrenztes Vertrauen gefasst, denn er ließ dessen Empfehlungen zur Bruckberger Porzellanmanufaktur umgehend dem im Fürstentum verantwortlichen Freiherrn von Hardenberg zukommen. Bereits einen Tag später, am 6. September, erfolgte wegen der Gutachten zur Porzellanmanufaktur Bruckberg und anderer Empfehlungen, z. B. zum Vitriol- und Alaunwerk Crailsheim sowie zum Goldkronacher Revier, die Beförderung von Alexander von Humboldt zum Oberbergmeister in dem fränkischen Fürstentum [4, S. 18].

Bevor Schöllhammer die Gesamtverantwortung für die Porzellanfertigung in Bruckberg erhielt, nahm Freiherr von Heinitz ihn jedoch erst einmal mit nach Berlin, um ihn in der KPM mit allen Neuerungen und Fortschritten in der damaligen Porzellanherstellung genauer bekannt zu machen. Von dort kehrte dieser im November zurück, indem er unterwegs die Leipziger Messe besuchte, die Porzellanfabrik zu Volkstedt besichtigte und dem Kammerrat Tornesi in Bayreuth aufwartete, um sich mit ihm über die Verwendbarkeit der dortigen Erden in der Bruckberger Fabrik zu besprechen [16, S. 153].

In einer Denkschrift, die von Hardenberg, als er im Sommer 1797 die fränkischen Fürstentümer verließ, entworfen hatte, hieß es zwar von der Fabrik: *„Der Fortgang ist nicht der beste und man wird suchen sich von ihr loszumachen, und den Zuschuß von 1300 Fl. zu ersparen, den die königliche Kasse noch immer gibt“* [17, S. 107]. Dagegen konnte von Hardenberg zwei Jahre später, am 9. Oktober 1799, dem König ein durchaus befriedigendes Bild entwerfen. Obwohl noch immer zurückzuzahlende Schulden im Betrage von 2000 Fl. vorhanden waren, meinte von Hardenberg: *„Es ist sehr glücklich, dass dieses Institut noch in königlicher Disposition sich befindet, da man vor einigen Jahren die Fabrik gern um ein geringes und wohl gar umsonst einem Privatunternehmer überlassen hätte, weil es allenthalben von keinem günstigen Fortgange seyn sollte.“* [16, S. 166].

Unter Schöllhammer fanden in Umsetzung der Humboldt'schen Vorschläge Versuche zum Einsatz „wohlfeilerer“ Rohstoffe anstelle der Passauer Erde statt. Gute Voraussetzungen lieferten die Quarz- und Tonlagerstätten im Umfeld von Bayreuth [18], aber auch der dortige Gips für die Herstellung der Formen. Am geeignetsten erschien ein verwitterter Granit aus der Eisensteinzeche am Steinberge bei Köthigenbiebersbach unweit der Landstrasse von Schirnding

nach Thiersheim. Das Porzellan aus dieser Steinberger Erde „... war weißer und durchscheinender, weniger gelblich, von weniger ungleicher Oberfläche und Schwindung als das aus Göpfersgrüner Erde.“ [16, S. 168–169]. Dies bestätigten 1802 auch Versuche in der KPM, die Bergassessor Roesch mit der Göpfersgrüner Erde anstellte. Diese war nach zweckmäßiger Mischung mit Feldspat, Gips und weißem Speckstein unstreitig gut zur Porzellanfabrikation zu gebrauchen, jedoch gestand Oberbergrat Rosenstiel, dass sie nicht so gut wäre wie die Steinberger Erde [16, S. 169–170 und 19, S. 177–178].

Dass die Bruckberger Porzellanmanufaktur dennoch nicht langfristig überleben konnte, lag vor allem an Absatzproblemen und weiteren ökonomischen Fragen. Sie schloss 1860 ihre Pforten.

Aber Alexander von Humboldt hat in der Zeit seines Aufenthaltes in Steben auch an der *Gründung* einer Porzellanfabrik mitgewirkt. Seinem Einfluss ist es hauptsächlich zu verdanken, dass die Porzellanfabrik zu Tettau entstand [9].

Unterstützung für die Gründung der Porzellanfabrik in Tettau/Oberfranken

Alexander von Humboldts Aktivitäten hierzu datieren in das 2. Halbjahr 1793. Nachstehend seien hierzu nur wenige Fakten genannt, da viele von ihnen mehr für die Gründungsgeschichte der Porzellanfabrik zu Tettau als für die Beurteilung des Lebenswerkes von Alexander von Humboldt relevant und ausführlich in [15] dargelegt sind.

Mitte 1793 ersuchten der Kaufmann Johann Friedrich Paul Schmidt aus Coburg und der Porzellanfabrikant Georg Christian Friedmann Greiner aus Kloster Veilsdorf mit einer Eingabe um die Konzession zur Errichtung einer „*ächten Porzellanfabrik zu Schauberg im Amte Lauenstein*“ [9, S. 18]. Sie richteten den Antrag an den Freiherrn von Hardenberg. Dieser leitete ihn am 24. Oktober 1793 sowohl an die Königlich preußische Kammer als auch an das Oberbergdepartment zu Bayreuth weiter. Hardenberg stand dem Ersuchen anscheinend wohlwollend gegenüber, forderte aber dennoch „*ein gründliches und wohldurchdachtes Gutachten*“ über das geplante Unternehmen [20]. Referent im Oberbergdepartment war zu jener Zeit der Kammer-Assessor und Oberbergmeister Alexander von Humboldt.

Bereits am 4. November 1793 wurde das Gesuch auf Basis der Humboldt'schen Zuarbeit bzw. Voreinschätzung von der Kammer begutachtet und an das Kastenamt (Katasteramt) Lauenstein gegeben. Am 24. November 1793 entschied Minister Freiherr von Hardenberg von Ansbach aus auf Basis des erstellten Gutachtens „*auf Seiner Königlichen Majestät allergnädigsten Spezialbefehl*“, er halte dafür, „... daß das Projekt, insofern solches nicht wegen des etwa mangelnden Holzes und Viehweide gegründeten Anstand findet, alle Aufmerksamkeit

verdiene ...“ [21]. Seinem Schreiben an die Königliche Kammer in Bayreuth fügte er die Anmerkung bei, dass dem Oberbergmeister von Humboldt und dem Amtmann Fränckel der Auftrag erteilt sei, mit den Petenten nähere Unterhandlungen zu pflegen und von deren Erfolg zu berichten.

In dem Schreiben an die Bayreuther Kammer vom 24. November 1793 sprach sich Hardenberg weiterhin sehr anerkennend über das letztlich von Humboldt erstellte Gutachten aus. Außerdem vermerkte er die Anerkennung des Königs für die Arbeit und fügte bei, „...*Allerhöchst dieselben* (d.h. der König, d.V.) *sind nun sehr geneigt, dieser für den Nahrungsstand des Amtes Lauenstein nützlichen Anlage allen möglichen Vorschub zu leisten, wenn die demselben im Wege stehenden Bedenken gehoben werden können.*“ [22]

Humboldt weilte nur noch bis zum 22. September 1793 im Fürstentum [4, S. 18], konnte also den weiteren Fortgang der Dinge nicht mehr direkt beeinflussen. In seiner Abwesenheit gab es umfangreiche Auseinandersetzungen u. a. zum Standort der Porzellanfabrik und vor allem dazu, ob sie die ursprünglichen Antragsteller oder andere Personen errichten sollten. Letztendlich erging

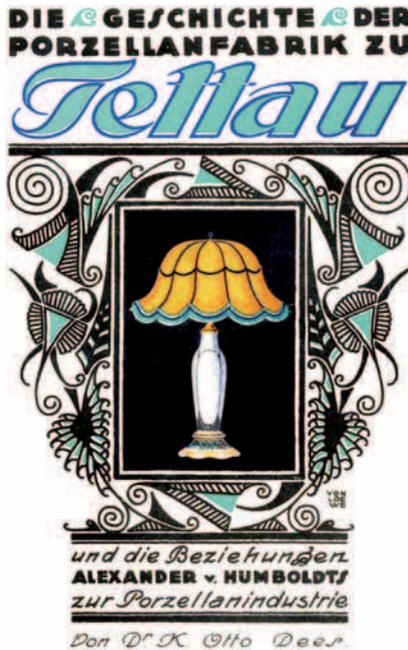


Abb. 2: Deckblatt zur Geschichte der Porzellanfabrik zu Tettau von K. Otto Dees

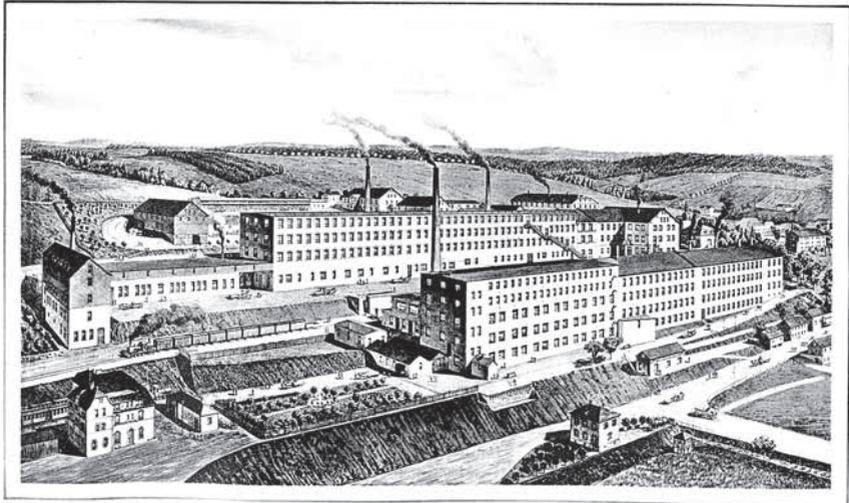


Abb. 3: Porzellanfabrik Tettau A.G.

mit Schreiben von Minister Freiherr von Hardenberg vom 31. Dezember 1794 (also ein reichliches Jahr danach) an die Königliche Kammer zu Bayreuth das vom König von Preußen unter dem 28. Dezember 1794 verliehene Privileg zwecks Aushändigung an Schmidt und Greiner. Der 28. Dezember 1794 ist somit der Gründungstag der „Königlich privilegierten Porzellanfabrik Tettau“ [23] (Abb. 2 und 3).

Die Porzellanfabrik zu Tettau produziert nun mittlerweile seit über 215 Jahren. Waren ihre Erzeugnisse in den Anfangsjahren den „Alt-Thüringer Manufakturen“ zuzuordnen (Abb. 4), so fertigt sie heute als GmbH innerhalb der Unternehmensgruppe Seltmann Weiden weltweit anerkanntes Qualitätsporzellan. Nicht vergessen wird in der Tettauer Fabrik, dass sie letztlich dem fundierten Gutachten Alexander von Humboldts ihre Existenz verdankt. Schon 1921 schrieb K. O. Dees [9, S. 38]: „Solange in Tettau eine Porzellanfabrik besteht, möge sie eingedenk sein, daß sie eine Ehrenpflicht zu erfüllen hat gegen **Alexander von Humboldt**, der ihr den Grundstein legte und noch zu Ende seines begnadeten Lebens der Porzellanindustrie und der frohen, im fränkischen Gebirge verbrachten Jugendjahre gedachte, mit denen seine ruhmreiche Laufbahn begann.“



Abb. 4: Tettauer Altporzellan von ca. 1795 (Nr. 12) bis ca. 1830 (Nr. 5 und Nr. 10)

Literatur

- [1] Beck, H.: Ideen zu Johann Christian Kunth, den Brüdern Humboldt und ihrer Mutter. In: Menschen in ihrer Zeit – Streiflichter –. Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V., Band 25; Mannheim (2010), S. 99–122
- [2] Baumgärtel, H.; Alexander von Humboldt und der Bergbau; Freiburger Forschungshefte D 33, Berlin (1960), S. 122ff
- [3] Kühnert, H.: Einleitung – Humboldts Lebens- und Studiengang bis zum Eintritt in den preußischen Staatsdienst und zur Übernahme seines fränkischen Kommissariats. In: Alexander von Humboldt – Über den Zustand

des Bergbaus und Hüttenwesens in den Fürstentümern Bayreuth und Ansbach im Jahre 1792. Freiburger Forschungshefte D 23, Berlin (1959), S.12–28

- [4] Biermann, K.-R., Jahn, I., Lange, F. G.: Alexander von Humboldt – Chronologische Übersicht über wichtige Daten seines Lebens. 2. Aufl., Akademie-Verlag, Berlin (1983)
- [5] Kerbe, F.: 240 Jahre Rheinsberger Keramiktradition. *Keramische Zeitschrift* 55 (2003) 1, S. 32–34
- [6] Alexander von Humboldt: Der B[erg-]A[ssessor] v. Humboldt berichtet über den gegenwärtigen technischen Betrieb der Steingutfabrik zu Rheinsberg. Fachbereich Geschichte/Dokumentensammlung der Stiftung Stadtmuseum Berlin. Registrierung unter IV 74/804 Q; (Zitierte Seitenangaben beziehen sich auf das Original)
- [7] Mauter, H.: Ein Bericht Alexander von Humboldts – Gedanken zur Sammlung und Forschung nach der Erschließung einer neu entdeckten Handschrift. *Neue Museumskunde – Theorie und Praxis der Museumsarbeit*, 20 (1977) 2, S. 142–149
- [8] Jahn, I., Lange, F. G.: Die Jugendbriefe Alexander von Humboldts 1787–1799. Berlin (1973)
- [9] Dees, K. O.: Die Geschichte der Porzellanfabrik zu Tettau und die Beziehungen Alexander v. Humboldts zur Porzellanindustrie. Wiedemannsche Druckerei A.-G., Saalfeld i. Thür. (1921)
- [10] Kolbe, G.: Geschichte der Königlichen Porcellanmanufactur zu Berlin. Verlag der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker), Berlin (1863); siehe auch SPSG, KPM-Archiv (Land Berlin), Akte XVII. 31 Bd.1 Acta der Koenigl. Porzellan-Manufactur betreffend 1, die Anfertigung neuer Gegenstände in Porzellan nach Modell 1850–1858 (1942), Bl. 90: Kolbe am 17. 3.1852 an Humboldt
- [11] SPSG, KPM-Archiv (Land Berlin), Eintrag Bublitz-Kartei ID 1128: Alexander von Humboldt-Büste kl. 1852, Modell von Ferdinand August Fischer
- [12] SPSG, KPM-Archiv (Land Berlin), XVII. 12 Acta die Untersuchungen des Farben-Laboratorii bei der Königlichen Porcellan-Manufactur und das dieserhalb denen Herren O. Ber. Rath Rosenstiel, Assessor Klapproth und

Dr. Schopp ertheilte Commissorium betreffend, imgleichen die, bei dem Farben-Laboratorio angeordneten und sonst vorgekommenen Versuche betreffend, item wegen Anschaffung der nötigen Utensilien beim Farben-Laboratorio. Bl. 60-61

- [13] Chemische Zerlegung nachstehender Erden in ihren einfachsten Bestandteilen. Bergling vom 6.1.1791. In [12], Bl. 66–67
- [14] Bruhns, K.: Alexander von Humboldt. Wissenschaftliche Biographie in 3 Bänden. Band 1 von Julius Löwenberg. F.A. Brockhaus, Leipzig (1872)
- [15] Kerbe, F.: Alexander von Humboldt und die Porzellanindustrie – Zur Gründungsgeschichte der Bruckberger und Tettauer Porzellanfabrik. *Keramische Zeitschrift* 62 (2010) 2, S. 102–105
- [16] Stieda, W.: Die keramische Industrie in Bayern während des XVIII. Jahrhunderts. Band XXIV. der Abhandlungen der Philologisch-Historischen Klasse der Königl. Sächs. Gesellschaft der Wissenschaften, Nr. IV. B.G. Teubner, Leipzig (1906)
- [17] Meyer, Chr.: Hardenberg und seine Verwaltung. (1892), S. 107, zit. in [16], S. 165–166
- [18] 19. Bericht: Über die Fundstätten von Porzellanerde in den Markgrafentümern v. 1790 (u. a. „weise Thon Erde von Göpfersgrün bey Wunsiedel“); zit. in: [16], Anlagen, S. 176–177, auf Basis von Akten in der Registratur des Königl. Preuß. Ministeriums für Handel und Gewerbe, die Porcellan Fabrique zu Bruckberg im Ansbachischen betreffend
- [19] 20. Bericht: Zubereitung der Göpfersgrüner Erde zu Porzellanmasse. 1802. zit. in [16], Anlagen, S. 177–178
- [20] Schreiben Nr. 1 in [9], S. 42: XII. Archivalisches zur Gründungsgeschichte der Porzellanfabrik zu Tettau. Enthalten in: Akt II 2, Brandenburger Kammerarchiv, Manufakturen und Fabriken, Porzellan Fabrik Thettau, des Oberfränkischen Kreisarchivs zu Bamberg.
- [21] Schreiben Nr. 3 in [9], S. 43
- [22] Schreiben Nr. 5 in [9], S. 43–44
- [23] Schreiben Nr. 21 und Nr. 23 in [9], S. 57 und 58–60

Danksagung

Der Dank der Autoren gilt Frau Ebert, Fachbereich Geschichte/Dokumentensammlung der Stiftung Stadtmuseum Berlin ebenso wie Herrn Dr. I. Schwarz von der Alexander von Humboldt-Forschungsstelle der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der eine 1974 erstellte, maschinengeschriebene Abschrift von Humboldts Gutachten zu Rheinsberg zur Verfügung stellte und damit die Recherche wesentlich erleichterte. Weiterhin dankbar sind die Autoren Herrn Dr. C. Glitzky, KPM Berlin, für die Vermittlung ins KPM-Archiv, wo Frau E. Wollschläger in dankenswerter Weise Unterstützung gewährte. Verbindlicher Dank auch an Frau S. Weidner von den Porzellanfabriken Christian Seltmann, Weiden, und an Herrn Prokurist U. Motzke von der Königlich priv. Porzellanfabrik Tettau GmbH für die Bereitstellung betrieblicher Unterlagen.

Ein europäisches Verkehrssystem als Grundlage für ein erfolgreich zusammenwachsendes Europa*

VON ULRICH MARTIN

1 Von der Vergangenheit in die Zukunft

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erkannte der deutsche Nationalökonom Friedrich List, daß für ein nationalstaatlich zu vereinigendes Deutschland zwei wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Neben einem einheitlichen Wirtschaftsraum ohne innere Zollgrenzen müsse ein leistungsfähiges Verkehrssystem geschaffen werden, um so den für einen wirtschaftlichen Aufschwung zwingend erforderlichen Warenaustausch sowie die notwendige Mobilität der Arbeitskräfte zu ermöglichen¹ (vgl. u. a. [LI-33, LI-38, LI-41]). Als leistungsfähiger Verkehrsträger, der diesen Ansprüchen gerecht werden kann, stand seinerzeit nur die Eisenbahn zur Verfügung. Die weitere Entwicklung im Deutschland des 19. Jahrhunderts zeigt eindrucksvoll die Berechtigung der Forderungen, die List in logischer Konsequenz abgeleitet hatte. Nach der Eröffnung der ersten 6 km langen Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth im Jahr 1835 wuchs das gesamte Netz in rasanter Weise innerhalb von zehn Jahren auf 2.131 km und bis zum Jahr 1913 auf ca. 60.000 km [GÜ-27]. Bei einer Fläche des Deutschen Kaiserreiches von 540.858 km² und einer Bevölkerung von ca. 65 Mio. Einwohnern [SC-07 für das Jahr 1910] ergibt sich ein Erschließungsgrad von 0,111 km Eisenbahnstrecke pro km² Landesfläche bzw. 0,923 km Eisenbahnstrecke pro 1.000 Einwohner². 1913 waren die Preußisch-Hessischen Staatsbahnen als dominierende Eisenbahn in Deutschland mit einem Anlagenkapital von 12,6 Mrd. RM das mit Abstand weltweit größte gewerbliche Unternehmen und mit einer Kapitalrendite von 6,41 % äußerst profitabel [FÜ-18].

Heute haben sich die Rahmenbedingungen gegenüber dem 19. Jahrhundert in mehrfacher Hinsicht deutlich verändert. Die Eisenbahn hat ihre Rolle als einzi-

* Vortrag auf der 86. Tagung der Humboldt-Gesellschaft in Bad Nauheim am 03.11.2007

¹ Zu jener Zeit bestand der Deutsche Bund aus 39 Mitgliedsstaaten mit überwiegend agrarischem Charakter und differierenden, oftmals inkompatiblen Regelungen im Verkehrsbereich, die durch Zollschranken getrennt waren und einen freizügigen Warenaustausch zusätzlich durch abweichende Maße, Münzen und Gewichte erschwerten.

² Zum Vergleich: Heute umfaßt das Eisenbahnnetz der DB Netz AG in Deutschland ca. 34.000 km bei 82 Mio. Einwohnern und einer Gesamtfläche von 357.112 km² [ST-06]. Dies führt zu einem Erschließungsgrad von 0,095 km Eisenbahnstrecke pro km² Landesfläche bzw. 0,415 km Eisenbahnstrecke pro 1.000 Einwohner.

ger moderner und führender Verkehrsträger verloren. Die Diversifizierung der Wirtschaft und die damit verbundene Arbeitsteilung haben sich im Kontext der Globalisierung der Märkte erheblich weiterentwickelt. Die Mobilitätsansprüche im Güter- und Reiseverkehr sind gerade im Hinblick auf die Erhöhung der Transport- bzw. Reiseweite sowie der Verkürzung der Transport- bzw. Reisezeit entsprechend auf ein völlig neues Niveau gestiegen. Und schließlich wurde Deutschland inzwischen bereits zum zweiten Mal nationalstaatlich vereinigt.

Getrieben von der gesellschaftspolitischen Entwicklung wurde das Leitziel eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas entwickelt, um den veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Auch wenn heute nicht mehr die nationalstaatliche Einigung, sondern ein zusammenwachsendes Europa im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten steht, sind die von List genannten Voraussetzungen nach wie vor gültig. Ein einheitlicher Wirtschaftsraum ohne Zollgrenzen wurde bereits erfolgreich realisiert (vgl. [EG-51, EG-57, EG-92]). Mit der Einführung des Euro in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurde die Grundlage für eine einheitliche Währung geschaffen und die dritte Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erreicht. Das Schengener Abkommen [EG-85] ist eine wichtige Basis für die Mobilität im Güter- und Reiseverkehr. Nun kommt es darauf an, als zweite wesentliche Voraussetzung für ein in der Realität integrativ zusammenwachsendes Europa ein modernes, leistungsfähiges Verkehrssystem zu schaffen.

Die Verwirklichung eines europäischen Verkehrssystems soll zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarktes sowie zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts beitragen. 1996 haben das Europäische Parlament und der Rat deshalb in einer Entscheidung gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) festgelegt [EU-96]. Insgesamt wurden 30 vorrangig zu realisierenden Projekte unterschiedlicher Verkehrsträger sowie verkehrsträgerübergreifend identifiziert, die noch vor 2010 begonnen werden sollen und einen Investitionsaufwand von ca. 225 Mrd. EUR³ erfordern. Die Erweiterungen der Europäischen Union sind in diesen Vorhaben berücksichtigt, indem die zunächst 14 Projekte 2004 um weitere 16 Projekte ergänzt wurden [EU-07]. Eine Realisierung dieser Projekte wird bis 2020 angestrebt.

Die Bedeutung und Notwendigkeit eines europäisch ausgerichteten Verkehrssystems scheint also sowohl in der nationalen als auch der europäischen Politik unbestritten zu sein. Dies wird auch durch eine Vielzahl entsprechender Meinungsäußerungen, Verordnungen, Richtlinien und Regelungen zur europäischen Verkehrssystemgestaltung belegt (vgl. u. a. [EU-01, EU-04I]). So wur-

³ In [EU-07] wurde der Investitionsbedarf auf 280 Mrd. EUR korrigiert.

den beispielsweise für den Bereich der Eisenbahn seit dem Jahr 2002 bereits 13 europäische Technische Spezifikationen für Interoperabilität [TS-02 ... TS-07] verabschiedet und zahlreiche weitere Regelungen angekündigt. Finanzielle Zuwendungen der Europäischen Union zu einzelnen Verkehrsprojekten sind an die Einhaltung dieser technischen Spezifikationen gebunden.

2 Prämissen europäischer Verkehrssystemgestaltung

In [EU-96] werden einzelne Zielstellungen definiert, die mit der Realisierung des transeuropäischen Verkehrsnetzes verfolgt werden und die prinzipiell mit den Grundfunktionen des Verkehrs [MA-06] unter den aktuellen Bedingungen der stark fortgeschrittenen Arbeitsteilung, der Globalisierung, der Verknappung fossiler Energieträger sowie erheblicher Umweltwirkungen im Einklang stehen. Das transeuropäische Verkehrsnetz soll gemäß [EU-96]

- den Personen- und Güterverkehr sicherstellen,
- den Nutzern eine hochwertige Infrastruktur bieten,
- alle Verkehrsträger einbeziehen,
- eine optimale Nutzung der vorhandenen Kapazitäten gestatten,
- in allen Teilbereichen interoperabel sein,
- rentabel sein,
- sich über das gesamte Gemeinschaftsgebiet erstrecken und
- später die Netze der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone (European Free Trade Association EFTA), der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der Mittelmeerländer einbeziehen.

Der Begriff des Verkehrsnetzes legt zunächst einen unmittelbaren Bezug zur Infrastruktur nahe. Es ist jedoch zu beachten, daß ein funktionierendes Verkehrssystem das aufeinander abgestimmte Zusammenspiel von Infrastruktur und Verkehrsmitteln durch eine entsprechende Betriebsorganisation bedingt. Wenn auch nicht explizit genannt, kommt dieser Zusammenhang doch zumindest ansatzweise in der Definition zur europäischen Verkehrssystemgestaltung zum Ausdruck: „Das transeuropäische Verkehrsnetz umfaßt die Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnstrecken, Binnenwasserstraßen, Häfen, Flughäfen, Navigations-einrichtungen, Umschlaganlagen, Rohrleitungen) sowie die für den Betrieb dieser Infrastruktur notwendigen Dienstleistungen.“ [EU-96]

Neben der aus finanzieller Perspektive dominierenden Infrastruktur werden zumindest „die für den Betrieb dieser Infrastruktur notwendigen Dienstleistungen“ synonym für die Betriebsorganisation genannt. Die Verkehrsmittel als dritte grundlegende Komponente eines Verkehrssystems werden in diesem Zu-

sammenhang mehr oder weniger bewußt ausgeschlossen, da deren zukunftsorientierte Weiterentwicklung auf wettbewerblich privatwirtschaftlich orientierter Grundlage unterstellt wird. Allerdings sind beispielsweise durch die Technischen Spezifikationen für Interoperabilität (TSI) bestimmte allgemeingültige technische Rahmenbedingungen für die Verkehrsmittel in umfangreicher und vielfältiger Form festgelegt [TS-02II, TS-02VI, TS-05II, TS-06I, TS-06-IV, TS-07]. Dieser Widerspruch hemmt nicht nur die Entwicklung eines europäischen Verkehrssystems, sondern führt auch zu negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen, wie im Kapitel 3 noch zu zeigen sein wird.

Einzelne Projekte, die von gemeinschaftlichem Interesse für die Europäische Union sind, müssen nach [EU-96 bzw. EU-04II] die folgenden vier Kriterien erfüllen:

- Schaffung von Verbindungen zur Erleichterung von Beförderungen
- Optimierung der Effizienz der vorhandenen Infrastruktur
- Verwirklichung der Interoperabilität der Netzteilbereiche
- Berücksichtigung des Umweltschutzes bei Planung und Aufbau des Netzes

Da regelmäßig deutlich mehr Projekte von gemeinschaftlichem Interesse vorhanden sind, als im zu betrachtenden Planungszeitraum realisiert werden können, müssen vorrangige Vorhaben festgelegt werden (vgl. Kapitel 1). Ein im nationalen Bereich durchaus übliches und bewährtes, standardisiertes Verfahren zur Bewertung einzelner Projekte aus volkswirtschaftlicher Sicht unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Wirkungen fehlt jedoch auf europäischer Ebene.⁴ Aufgrund der Komplementärfinanzierung europäischer Verkehrsprojekte ist eine Kompatibilität mit den nationalen Bewertungsverfahren methodisch dringend geboten.

Verkehrsträgerbezogen werden Merkmale der einzelnen Verkehrsnetze festgelegt, die die aktuelle Entwicklung berücksichtigen sollen [EU-96, EU-04II].

⁴ Einzelne volkswirtschaftlich orientierte Nachweise und Begründungen, wie „In ihrem Bericht an die Kommission vom 30. Juni 2003 hat die hochrangige Gruppe für das transeuropäische Verkehrsnetz (nachstehend „hochrangige Gruppe“ genannt) eine begrenzte Zahl vorrangiger Vorhaben anhand eines Verfahrens bestimmt, bei dem insbesondere die potentielle wirtschaftliche Tragfähigkeit der Vorhaben und die Bereitschaft der betreffenden Mitgliedstaaten zur Einhaltung eines im Voraus festgelegten Zeitplans bei der Programmierung der Vorhaben sowie die zu erwartenden Auswirkungen auf die Mobilität von Gütern und Personen zwischen den Mitgliedstaaten, den territorialen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung berücksichtigt wurden.“ [EU-04II], können diesen offenkundigen Mangel nicht beheben.

Merkmale des Straßennetzes

Das europäische Straßennetz setzt sich aus Autobahnen und hochwertigen Straßen zusammen und wird durch neue oder ausgebauten Verbindungen ergänzt. Es umfaßt das Verkehrsmanagement und die Information der Nutzer und stützt sich auf eine aktive Zusammenarbeit im Bereich des Verkehrsmanagements auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Es garantiert den Nutzern einen hohen, einheitlichen und konstanten Dienstleistungs-, Komfort- und Sicherheitsstandard. [EU-04II]

Knapp 70% des deutschen Güterverkehrsaufkommens wird heute auf der Straße transportiert. Da mit einer Zunahme der Zahl der LKW zu rechnen ist⁵, wurden so genannte Gigaliner⁶ mit 60 t Gesamtgewicht und einer Länge von knapp 25 m im europäischen Praxisversuch auch in einigen deutschen Bundesländern getestet. Diese sollen folgende Vorteile haben:

- Statt drei „normaler“ LKW sind nur noch zwei Gigaliner notwendig.
- Der Kraftstoffverbrauch pro tkm sinkt um ca. 20%.
- Die Transportkosten pro tkm sinken um ca. 25%.

Eine Zulassung wurde in Deutschland unlängst jedoch aus folgenden Gründen abgelehnt (vgl. u. a. [FO-07]):

- Sicherheitsbedenken
- Rückverlagerung von Verkehr auf die Straße
- Mangelnde Eignung der Straßeninfrastruktur
- Strukturpolitische Erwägungen

Dennoch gibt es weiterhin ernst zu nehmende Bestrebungen zur Einführung von Gigalinern. Dabei wird jedoch vernachlässigt, daß eine überproportional steigende Beanspruchung der öffentlich finanzierten Straßeninfrastruktur die Folge wäre. Die gegenwärtig eingesetzten konventionellen LKW stellen bereits jetzt eine Obergrenze für den Einsatz in Ortschaften dar. Mithin müßte der Verkehr bei der Ver- und Entsorgung des innerörtlichen Bereichs beim Einsatz von Gigalinern gebrochen werden, und es würde mindestens *ein* zusätzlicher Umladevorgang erforderlich. Der Vorteil des hohen Erschließungsgrades der Straßen im Quelle-Ziel-Verkehr schränkt sich gegenüber der Eisenbahn stark ein. Letztlich

⁵ „Die Verkehrsleistung im Straßengüterverkehr wird sich bis zum Jahr 2020 um 200 auf 600 Mrd. tkm erhöhen.“ [DV-07]

⁶ Konventionelle LKW sind auf eine Länge von 19 m und ein Gesamtgewicht von 40 t beschränkt.

ergibt sich ein Widerspruch zu den erklärten Zielen und Maßnahmen der europäischen Verkehrspolitik.

Merkmale des Eisenbahnnetzes

Das europäische Eisenbahnnetz besteht aus dem Hochgeschwindigkeitsnetz und konventionellen Strecken. Es bietet den Nutzern dank seiner Kontinuität und Interoperabilität sowie durch sein harmonisiertes Zugsteuerungs- und Zugsicherungssystem einen hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandard. [EU-04II]

Aufgrund der genauen Paßfähigkeit zwischen Fahrweg und Fahrzeugen, der geringen Zahl der Freiheitsgrade, der Fahrwegsteuerung und der Energieversorgung über den Fahrweg bei elektrischer Zugförderung besteht zwischen den nationalen europäischen Eisenbahnsystemen eine vergleichsweise hohe Inkompatibilität. Diese Inkompatibilität soll vorrangig dadurch ausgeglichen werden, daß auf den Triebfahrzeugen immer mehr national-spezifische Teilsysteme integriert werden. Das Bestreben zur Etablierung einheitlicher europäischer Standards führt nur bedingt zum Erfolg, da diese teilweise im Widerspruch zu existierenden nationalen Lösungen stehen und aufgrund äußerst mangelhafter Finanzierungskonzepte ein Migrationszeitraum von mehreren Jahrzehnten unterstellt werden muß.

Merkmale des Binnenwasserstraßen- und Binnenhafennetzes

Ein Netz aus Flüssen und Kanälen, ein weiteres Netz, das aus Anschlüssen und Verzweigungen besteht, sowie Hafenanlagen und leistungsfähige Verkehrsmanagementsysteme bilden das Binnenwasserstraßen- und Binnenhafennetz. Die Binnenwasserstraßen dieses Netzes müssen mindestens den Anforderungen der Klasse IV entsprechen. [EU-04II]

Obwohl die Binnenschifffahrt aufgrund ihrer Umweltfreundlichkeit und Leistungsfähigkeit auf einzelnen Relationen keinesfalls unterschätzt werden darf, ist eine extensive Erweiterung im europäischen Maßstab wegen der stark eingeschränkten Netzbildungsfähigkeit und der saisonalen Abhängigkeit insbesondere unter Berücksichtigung der Mindestklassifizierung der Binnenwasserstraßen nur sehr bedingt möglich. Ein gezielter Ausbau besonders zu identifizierender Schwerpunkte kann zu einer sinnvollen Ergänzung eines europäisch ausgerichteten Verkehrssystems werden, wenn eine leistungsfähige effektive Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern in die konzeptionelle Gestaltung einfließt, so daß eine signifikante Entlastung der Hauptkorridore anderer Verkehrsträger vom Güterverkehr eintritt.

Merkmale der Seehäfen und der Meereswasserstraßen

Die Seehäfen bilden die Schnittstelle zwischen dem Seeverkehr und den anderen Verkehrsträgern. Sie bieten eine Reihe von Dienstleistungen für den Personen- und den Güterverkehr (Fährdienste usw.).

Durch das Meeresautobahnnetz werden rentable, regelmäßig und häufig bediente Verbindungen im Seefrachtverkehr zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Das Netz bietet die Möglichkeit, die Beförderung von Fracht auf logistisch bedeutsamen Seeverkehrsstrecken zu bündeln, die Straßen zu entlasten und die Anbindung von Ländern und Regionen in Randlage oder von Inseln zu verbessern. [EU-04II]

Durch den wachsenden Handel zwischen Europa und Asien steigt der Seeverkehr insbesondere mit Containern sprunghaft an. Entsprechend steigt in den Seehäfen die Zahl der umgeschlagenen Container ständig. In Hamburg und Bremen erhöhte sie sich in den letzten fünf Jahren von 8,4 Mio. auf 13,3 Mio. Container pro Jahr [VZ-07]. Da jedoch der weitaus überwiegende Teil der in den Seehäfen umzuschlagenden Güter nicht in dessen Umfeld verbleibt, sondern oftmals über mehrere hundert Kilometer weitertransportiert werden muß bzw. aus dem weiter entfernten Binnenland stammt, müssen die Seehäfen auf besonders leistungsfähige Art und Weise mit dem übrigen Verkehrssystemen⁷ verknüpft werden. Die dafür notwendige Infrastruktur muß für alle Verkehrsträger dringend ausgebaut werden, um die zukünftigen Zuwächse aufnehmen zu können. So verlockend die neu in die Betrachtung aufgenommenen „Meeresautobahnen“ auch sein mögen, bleibt doch die leistungsfähige effektive Zu- und Abfuhr zu bzw. von den großen europäischen Seehäfen der entscheidende Faktor für den Außenhandel der Europäischen Union.

Merkmale des Flughafennetzes

Das Flughafennetz besteht aus Flughäfen, die von gemeinsamem Interesse sind, im Gemeinschaftsgebiet liegen, für den gewerblichen Luftverkehr geöffnet sind und bestimmten Spezifikationen entsprechen. Den Kern des Netzes bilden die

⁷ Das derzeit größte Containerschiff – die Emma Maersk – kann ca. 13.000 20-Fuß-Container transportieren. Ein Containerschiff wird innerhalb eines Tages entladen, seine Fracht muß zügig ins Hinterland gebracht werden, um die Lagerkapazitäten des Hafens nicht zu überbeanspruchen. Zur Entladung eines 13.000 Container-Schiffs werden

- 32 Binnenschiffe (bei 400 Containern pro Schiff) oder
- 130 Güterzüge (bei 100 Containern pro Zug) oder
- 6.500 Lkw (bei 2 Containern pro Lkw)

benötigt.

internationalen Netzpunkte und die Gemeinschaftsnetzpunkte, durch die die innergemeinschaftlichen Verbindungen sowie die Verbindungen zwischen der Gemeinschaft und der übrigen Welt sichergestellt werden. Diese Knotenpunkte werden schrittweise an das Hochgeschwindigkeitsbahnnetz angebunden. Darüber hinaus erleichtern die regionalen Netzpunkte den Zugang zum Netzkern oder tragen zur Verkehrsanbindung der am Rande gelegenen und abgelegenen Gebiete bei. [EU-04II]

Der Flugverkehr nimmt weltweit stark zu. Die Passagierzahlen der deutschen Flughäfen haben sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt [VZ-07]. In Deutschland gibt es gegenwärtig

- 19 internationale Flughäfen
- 40 Regionalflughäfen

Größte deutsche Flughäfen sind

- Frankfurt (52,5 Mio. Fluggäste/a)
- München (30,7 Mio. Fluggäste/a)

Beide Flughäfen planen den Bau einer zusätzlichen Start- bzw. Landebahn, um die Kapazitäten zu erweitern. Die 40 Regionalflughäfen fertigten 2006 insgesamt ca. 5,2 Mio. Passagiere ab. Der bekannte Flughafen Hahn, der inzwischen als internationaler Verkehrsflughafen nicht mehr zu den Regionalflughäfen zählt, fertigte 3,7 Mio. Passagiere ab. Nur 5 Regionalflughäfen haben über 0,5 Mio. Passagiere (Friedrichshafen, Karlsruhe, Lübeck, Paderborn/Lippstadt und Weeze). Die meisten anderen Regionalflughäfen fertigen nur wenige 10.000 Passagiere im Jahr ab. Selbst kleinste Flughäfen werden ausgebaut, obwohl eine ausreichende Nachfrage und ein wirtschaftlicher Betrieb nicht in Sicht sind. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es für 1,7 Mio. Einwohner 5 Regionalflughäfen.

Offensichtlich gibt es beim Ausbau des Flughafenetzes starke Diskrepanzen zwischen dem europäischen Ansatz und den nationalen Aktivitäten. Der ohnehin überwiegend unrentable und auch von den Fluggesellschaften oftmals nur zur Erhaltung der historisch erworbenen Start- bzw. Landerechte angebotene Kurzstreckenflugverkehr kann bereits mittelfristig durch geeigneteren Verkehrsträger substituiert werden⁸. Eine Abstimmung zwischen der europäischen und

⁸ Die Einführung der direkten Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Paris und Frankfurt am Main bzw. Stuttgart in diesem Jahr führte zur fast vollständigen Aufgabe der bislang auf diesen Relationen angebotenen Flugverbindungen.

der nationalen Verkehrspolitik ist an dieser Stelle dringend erforderlich, um Ineffizienzen zu vermeiden bzw. abzubauen.

Merkmale des Netzes für den kombinierten Verkehr

Das Netz für den kombinierten Verkehr umfaßt Wasserstraßen und Eisenbahnstrecken, die mit ihrem eventuellen Vor- und/oder Nachlauf auf der Straße die Bedienung aller Mitgliedstaaten im Güterfernverkehr ermöglichen. Es umfaßt auch Einrichtungen für den Umschlag zwischen den einzelnen Netzen. [EU-04II]

Keiner der vorhandenen Verkehrsträger kann die mit weiter wachsenden Verkehrsleistungen einhergehenden künftigen Mobilitätsansprüche in befriedigender Art und Weise allein bewältigen. Neue Verkehrsträger, die diese Aufgabe umfassend übernehmen könnten, gibt es nicht. Demzufolge besteht der Schwerpunkt der weiteren Verkehrssystemgestaltung zwangsläufig in einer integralen Verknüpfung der verfügbaren Verkehrsträger, so daß deren spezifische Nachteile weitgehend kompensiert und deren Vorteile besonders vorteilhaft genutzt werden können. Dies erkannte Wiens bereits 1937: „Die Eisenbahnen befinden sich heute in einer Verteidigungsstellung gegenüber anderen Verkehrsmitteln. Wer sich verteidigt kann nie gewinnen, sondern nur verlieren. (Aus dieser Erwägung heraus kann auch die Kraftwagenfrage von Eisenbahn-Unternehmen nur durch Aufnahme eines eigenen Kraftverkehrs gelöst werden.)“ [WI-39]

Die gegenwärtige Einordnung als zusätzliche Komponente im europäischen Verkehrssystem wird der (durch die eingeschränkte Netzbildungsfähigkeit von Eisenbahn und Binnenschifffahrt bedingten) wachsenden Rolle des kombinierten Verkehrs nicht ausreichend gerecht. Eine signifikante Verkehrsverlagerung des Güterverkehrs von der Straße weg wird unter Berücksichtigung der Güterfeinverteilung langfristig nur möglich sein, wenn kombinierte Verkehrsformen dominant werden. Somit erscheint es nicht zielführend, den kombinierten Verkehr gesondert zu betrachten. Vielmehr sollte die Verbesserung der Kombinationsfähigkeit als wesentliches Kriterium für jede Maßnahme des entsprechenden Verkehrsträgers eingehend geprüft und bewertet werden.

Merkmale der Informations- und Managementnetze

Das Informations- und Managementnetz umfaßt Küsten- und Hafenverkehrsdienste, Schiffsortungssysteme, Meldesysteme für Schiffe mit gefährlichen Gütern sowie Seenotruf- und -rettungssysteme.

Das Flugverkehrsmanagementnetz besteht aus dem Flug navigationsplan (Luftraum für den allgemeinen Luftverkehr, Flugstrecken und Flug navigationshilfen), der Verkehrsflußregelung und der Flugsicherung.

Die satellitengestützten Ortungs- und Navigationssysteme sowie die im Rahmen des künftigen europäischen Funknavigationsplans festgelegten Systeme bilden das Ortungs- und Navigationsnetz. [EU-04II]

Die Klassifizierung der Kategorie Informations- und Managementnetze zeigt deutlich die Grenzen der aktuellen europäischen Verkehrspolitik. Die Beschränkung auf den Schifffahrts- und Flugverkehr, ergänzt um das separat dargestellte Ortungs- und Navigationsnetz, widerspricht dem Kerngedanken einer integrativen europäischen Verkehrssystemgestaltung. Beim Verkehrsträger Eisenbahn wird ein Teil des Informations- und Managementsystems direkt in die Funktionalität des Eisenbahnnetzes integriert. Die zugrundeliegende Idee, die verkehrsträgerspezifische Gestaltung einzelner Funktionen den marktwirtschaftlichen Mechanismen zu überlassen und über kommerziell nutzbare Dienste zu implementieren, dürfte erfahrungsgemäß scheitern, da sich die gezielten Bemühungen um Interoperabilität beispielsweise im Bereich der Eisenbahn nur äußerst mühevoll in der Praxis umsetzen lassen und die vielfältigen europäischen bzw. nationalen technischen Spezifikationen innerhalb der einzelnen Verkehrsträger einer betriebswirtschaftlichen Nutzung entgegenstehen. Zielführender wäre die Konzeption eines europäisch ausgerichteten, verkehrsträgerübergreifenden, ganzheitlichen Informations- und Managementsystems, welches mit speziellen verkehrsträgerspezifischen Ausprägungen ergänzt werden kann.

3 Entwicklungspotential – Wunsch und Wirklichkeit

„Das Erste, was den Menschen zur EU einfällt, sind die zigtausend Vorschriften, die aus Brüssel stammen. ... Als Zweites denkt man an einen Haushalt, in dem die Agrarausgaben bestimmend sind. Auch das kann nicht sein. Wir stehen am Ende des Industriezeitalters – nicht am Anfang!“ [HE-07] Dieses Zitat des Altbundespräsidenten Roman Herzog zeigt das Dilemma europäischer (Innen-)Politik und dessen Wirkung gerade im Verkehrsbereich deutlich auf. Den in vielfältiger Form nachdrücklich zum Ausdruck gebrachten Absichten und rechtsverbindlich geregelten Richtlinien bzw. Leitlinien (vgl. Kapitel 2) stehen nur sehr eingeschränkte, unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten⁹ und Förderinstrumente gegenüber. Nachfolgend werden einige aktuelle Aspekte der Wirkung europäischer Verkehrssystemgestaltung primär für Deutschland diskutiert.

⁹ Von 20,35 Mrd. EUR Zuschuß für alle TENProjekte (auch Straße) im Haushaltsentwurf der EU-Kommission sind für den Zeitraum 2007 bis 2013 nur 8,9 Mrd. EUR eingestellt! Die Gesamtsumme der Subventionen in der EU beläuft sich hingegen in diesem Zeitraum auf 866,4 Mrd. EUR [SN-07]. Somit beträgt der Anteil zur Gestaltung eines europäischen Verkehrssystems ca. 1 % des Gesamthaushalts.

Die 1991 mit [EG-91] eingeleitete Liberalisierung der Eisenbahnen muß als Kernstück europäischer Verkehrspolitik betrachtet werden. Neben maßgebenden Impulsen für eine interoperable Gestaltung des europäischen Eisenbahnsystems sollen mit dieser Richtlinie auch Grundlagen zur signifikanten Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene geschaffen werden. In Deutschland wurden die Vorgaben dieser Richtlinie bereits 1994 mit der Bahnstrukturreform weitgehend umgesetzt. Dabei wurden folgende Zielstellungen zugrunde gelegt:

- Entschuldung
- Privatisierung
- Marktöffnung
- Regionalisierung

Die Erhöhung der Marktanteile der Wettbewerber gegenüber der Deutschen Bahn AG innerhalb der Eisenbahn in Deutschland zwischen 2000 und 2005, bezogen auf Personen- bzw. Tonnenkilometer, von 2,6 % auf 6,8 % im Nahverkehr und von 1,9 % auf 15,1 % [SO-07] zeigt die grundsätzliche Wirksamkeit der Bahnstrukturreform.

Die Monopolkommission der Bundesregierung befaßt sich in ihrem aktuellen Sondergutachten [SO-07] auch mit den Verlagerungseffekten infolge der Bahnstrukturreform und stellt fest: „Die Substituierbarkeit verschiedener Verkehrsträger bei der Transportleistungserstellung setzt voraus, daß die Anforderungen der Verkehrsnachfrager bzw. der Transportgüter an das Qualitätsprofil und den Preis der Verkehrsleistung von den verschiedenen Verkehrsträgern ähnlich gut erfüllt werden:

- Transportdauer bzw. Schnelligkeit
- Berechenbarkeit bzw. zeitliche Zuverlässigkeit
- Flexibilität
- Netzbildungsfähigkeit
- Massenleistungsfähigkeit
- Sicherheit
- Bequemlichkeit
- Umweltverträglichkeit
- Preis“

Obwohl die ursprünglichen Erwartungen zur Erhöhung der Marktanteile der Eisenbahn gegenüber anderen Verkehrsträgern und der damit einhergehenden Verkehrsverlagerung bisher nicht erfüllt wurden, sind entsprechende Effekte doch unübersehbar. Ein wesentlicher Grund für die verzögerte Wirkung der Effek-

te aus der Bahnstrukturreform ergibt sich zweifellos aus dem unterschiedlichen Grad der erreichten Liberalisierung und Marktöffnung in den einzelnen Mitgliedsstaaten (vgl. Abbildung 1). Darüber hinaus liegt es auf der Hand, daß die Steuerbelastung der Eisenbahn in Deutschland mit Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer und Emissionshandel gegenüber dem Flug- bzw. Straßenverkehr Verkehrsverlagerungsbestrebungen entgegenwirkt. Europäische Rahmenrichtlinien zu wettbewerbskonformen Grundsätzen der Besteuerung der Verkehrsträger können nachhaltige Impulse zur beschleunigten praktischen Umsetzung der verkehrspolitischen Zielstellungen geben.

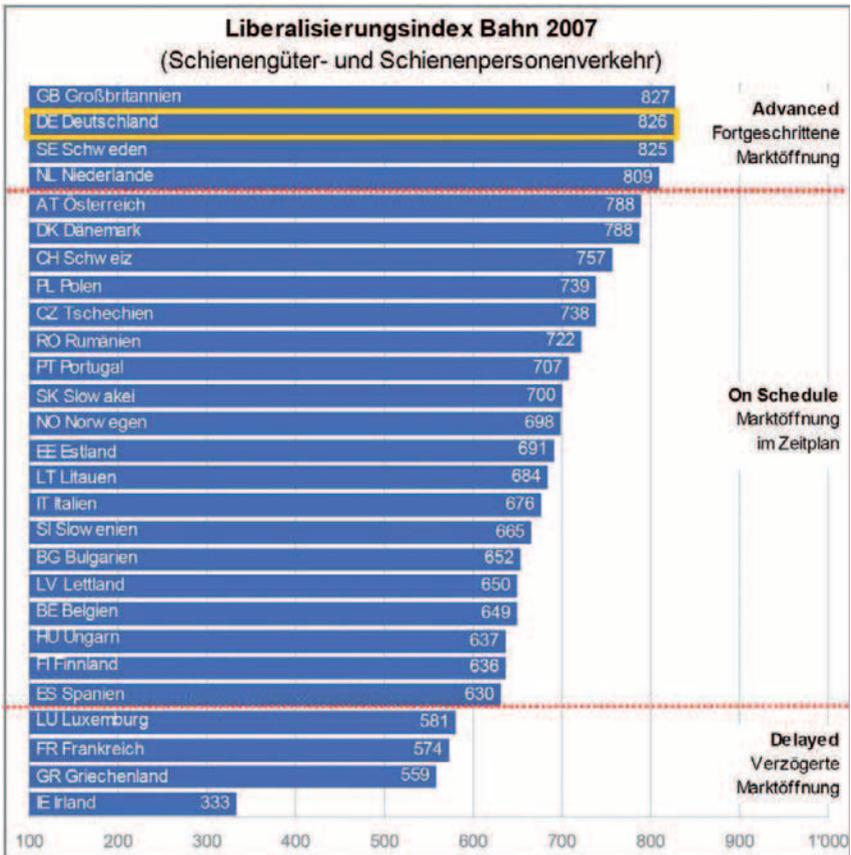


Abbildung 1: Liberalisierung und Marktöffnung. Eisenbahnmärkte der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Schweiz und Norwegens im Vergleich [IB-07]

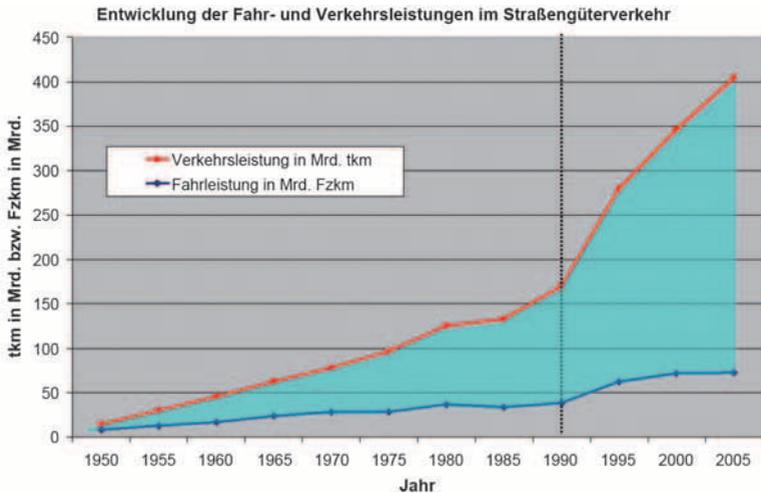


Abbildung 2: Vergleich Verkehrsleistung und Fahrleistung des Straßengüterverkehrs in Deutschland [VZ-91, VZ-07] (Fahrleistung 1950: Wert von 1952)

Während im Straßengüterverkehr, ausgelöst durch den politischen und wirtschaftlichen Druck, in den letzten Jahren enorme Effektivitätssteigerungen erreicht wurden (vgl. Abbildung 2), lassen sich im Bereich der Eisenbahn und beim Zusammenwirken der Verkehrsträger noch erhebliche Potentiale erschließen.

Zwischen 1960 und 2005 hat sich die Fahrleistung im Straßengüterverkehr etwa verdreifacht. Die Verkehrsleistung ist im selben Zeitraum auf das Achtfache gestiegen. Dagegen hat sich beispielsweise die Güterwagenumlaufzeit der Eisenbahn in Deutschland von einer Beladung bis zur erneuten Wiederbeladung im Zeitraum zwischen 1960 und 1998 von 4,5 Tagen kontinuierlich auf 7,8 Tage erhöht. [VZ-91, VZ-07]

Eine aktuelle Untersuchung [MA-08] zeigt, daß der Zeitanteil der tatsächlichen Fahrzeugbewegung, also des eigentlichen Transports, lediglich etwa 12% ausmacht, während über zwei Drittel des Zeitbedarfs auf Stand-, Be- und Entladezeit entfallen (vgl. Abbildung 3). Darüber hinaus wird erkennbar, daß der Grenzübertrettswiderstand beim Wechsel zwischen den Eisenbahnsystemen mit einem Zeitanteil von unter 1% eher überschätzt wird und kaum einen Einfluß auf die geringe durchschnittliche Transportgeschwindigkeit von 2,9 km/h hat.

Als stark effektivitätshemmend wurden insbesondere die Nutzung der Güterwagen als billiger Lagerraum, technische und technologische Ineffizienzen sowie die Reduzierung der Zugangspunkte (vgl. [MA-04]) erkannt. Beispielfhaft

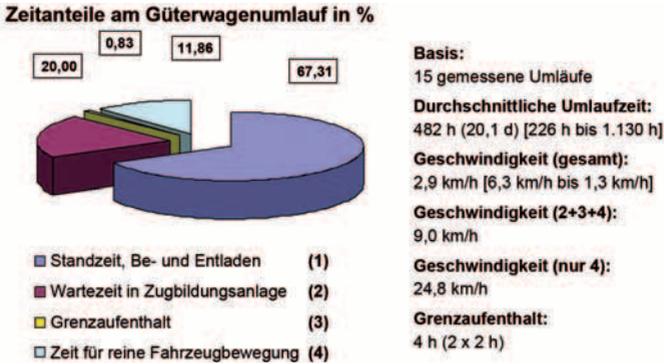


Abbildung 3: Güterwagenumlauf zwischen Bad Wimpfen (D) und Abergement la Ronce (F), Gesamtstrecke 1.413 km (2 x 706,5 km) [MA-08]

seien an dieser Stelle die seit über einhundert Jahren veralteten Kupplungssysteme und mangelhafte betriebliche Organisation genannt.

In Ländern mit einem gut ausgebauten Eisenbahnnetz, die frühzeitig die Umstellung auf ein modernes Kupplungssystem vollzogen haben, besitzt die Eisenbahn einen deutlich höheren Marktanteil (vgl. Abbildung 4). So erreicht der Marktanteil der Eisenbahn in den USA trotz einem historisch bedingt gut ausgebauten Binnenwasserstraßennetz im Jahr 2000 fast 50 % bei kontinuierlich weiter steigender Tendenz. Verglichen mit etwa 15 % Marktanteil der Eisenbahn in den 15 Mit-

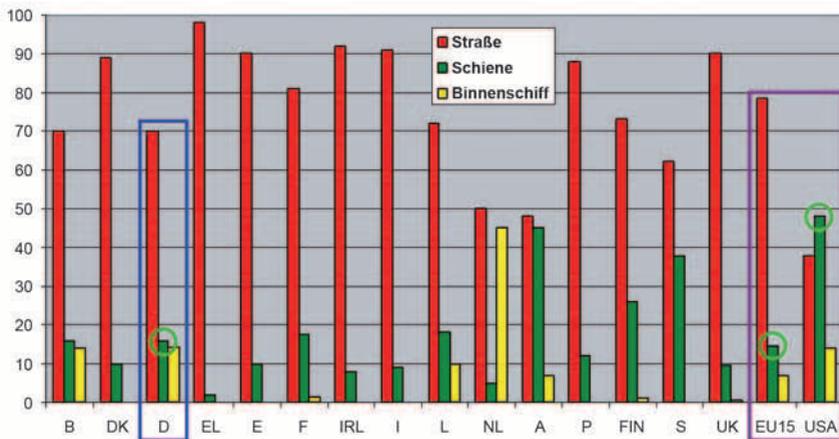


Abbildung 4: Marktanteile der Verkehrsträger im Güterverkehr im Jahr 2000 in v.H. [IR-04]

gliedsstaaten der Europäischen Union im Jahr 2000 wird (auch unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede) das erschließbare Potential erkennbar.

Eine stärker fahrzeugorientierte Förderung würde somit nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahn verbessern, sondern auch den Finanzbedarf zum Infrastrukturausbau dämpfen.

Wenn eine intelligente Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger zwingend notwendig ist (wie bereits gezeigt wurde) und die Europäische Union sich in ihrer Verkehrspolitik auch grundsätzlich dazu bekennt, bleibt die Frage offen, warum die praktische Umsetzung dann eher eine untergeordnete Rolle spielt. Im Personenverkehr wird explizit nur im Flugverkehr auf die schrittweise Anbindung der Knotenpunkte an das Hochgeschwindigkeitsbahnnetz verwiesen (vgl. Kapitel 2). Der öffentliche Personennahverkehr wird in diesem Zusammenhang nicht betrachtet. Es ist sicher auch nicht sinnvoll, die konkrete Gestaltung der Nahverkehrssysteme zentral durch die Europäische Union zu steuern. Allerdings wäre die bewertbar darzustellende Verknüpfung der Verkehrsträger durchaus ein wichtiges Kriterium für die europäischen Verkehrsprojekte. Darüber hinaus wäre eine europäische Definition grundlegender Standards auch für den öffentlichen Personennahverkehr nicht nur hilfreich für die Nutzer, sondern auch effektivitätssteigernd durch die damit einhergehende Vergrößerung der Lose bei den Herstellern bei entsprechend sinkenden Herstellungs- und Instandhaltungskosten. Gerade im flächig und dicht besiedelten Deutschland wären mittel- und langfristig positive Effekte zu erwarten, wie das Beispiel des im nationalen Rahmen bereits vor längerer Zeit definierten „Standard-Linienbusses“ zeigt.

Richtigerweise wird im Güterverkehr übereinstimmend in Deutschland und Europa der Schwerpunkt auf den kombinierten Verkehr gelegt. Die aktuelle Entwicklung wird jedoch den Bedürfnissen in diesem Bereich keinesfalls gerecht. Während das Güterverkehrsaufkommen des kombinierten Verkehrs im Bereich der Seeschifffahrt rasant wächst, können die umweltfreundlichen Verkehrsträger Eisenbahn und Binnenschifffahrt trotz gewissen Zuwächsen diese zusätzlichen Güter nicht in ausreichendem Maße übernehmen (Abbildung 5). Das verkehrsträgerspezifische Defizit wird deutlich sichtbar, wenn der Anteil des Aufkommens im kombinierten Verkehr am gesamten Verkehrsaufkommen für die einzelnen Verkehrsträger betrachtet wird (Abbildung 6). Bei der Seeschifffahrt ist der Anteil zwischenzeitlich auf über 45 % gestiegen. Der kombinierte Verkehr erreicht im Eisenbahngüterverkehr dagegen nur etwas mehr als 10 % und lediglich ca. 5 % im Bereich der Binnenschifffahrt.

Das grundsätzlich erschließbare Potential zeigt der Blick in die Schweiz (Abbildung 7). Der kombinierte Verkehr hat bereits einen Anteil von 42 % im gesamten transalpinen Güterverkehr erreicht. Nicht zuletzt durch eine konsequente Verkehrspolitik in diesem Bereich kann besonders die Eisenbahn mit einem

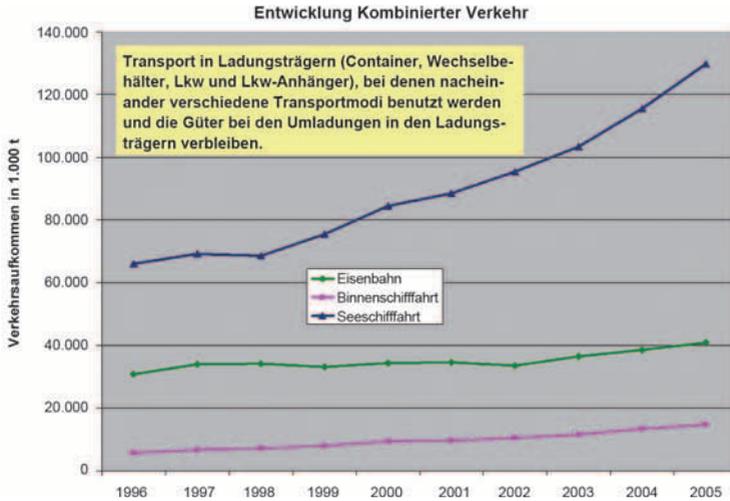


Abbildung 5: Entwicklung des Aufkommens im kombinierten Verkehr in Deutschland [VZ-07]

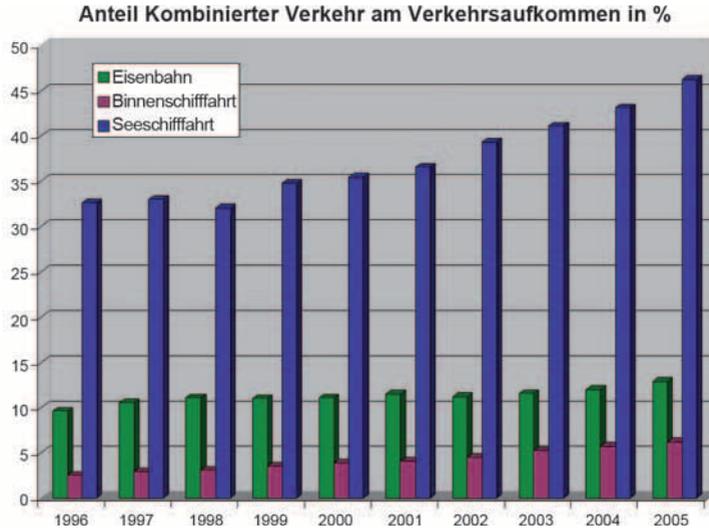


Abbildung 6: Anteil des Aufkommens im kombinierten Verkehr am gesamten Verkehrsaufkommen des jeweiligen Verkehrsträgers in Deutschland [VZ-07]

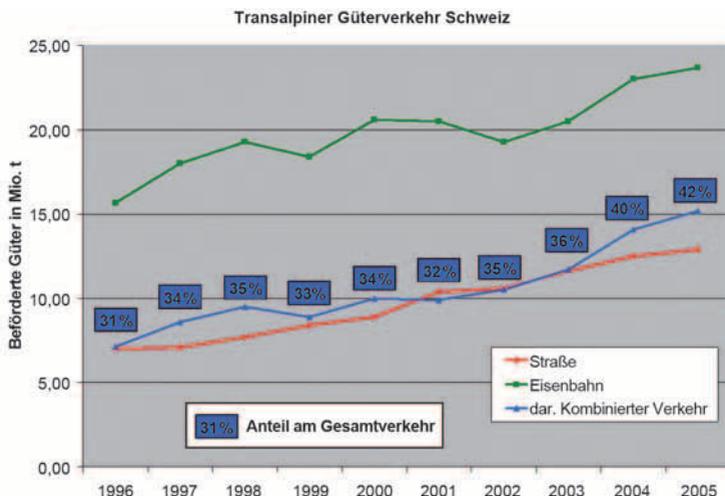


Abbildung 7: Anteil des Aufkommens im kombinierten Verkehr am gesamten Verkehrsaufkommen der Eisenbahn im transalpiner Güterverkehr der Schweiz [VZ-07]

Anteil von ca. zwei Dritteln kombinierter Verkehr von dieser Entwicklung profitieren. Es erscheint somit durchaus lohnenswert, den kombinierten Verkehr – wie bereits im Kapitel 2 erwähnt – integrativ bei der Netzkonzeption, den Verknüpfungspunkten und den Fahrzeugen in die Verkehrssystemgestaltung in Deutschland einzubeziehen.

Die Umweltwirkungen des Verkehrs werden mehr oder weniger direkt wahrgenommen, und zweifellos muß auch der Verkehr einen essentiellen Beitrag zur Verringerung bzw. Vermeidung negativer Umweltwirkungen leisten. Eine objektive Betrachtung verdeutlicht, daß gerade im Verkehr durch technische Innovationen in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt wurden. So sank die verkehrsbedingte Luftverunreinigung bezogen auf das Jahr 1991 in Deutschland in fast allen Schadstoffbereichen deutlich, obwohl die Verkehrsleistung erheblich gestiegen ist (Abbildung 8). Die Schwefeldioxidbelastung kann bereits weitestgehend vermieden werden. Problematisch ist allerdings der nach wie vor leicht steigende Kohlendioxidausstoß. Einer kurzfristigen signifikanten Reduzierung sind bei direkter und indirekter Verwendung von Verbrennungsenergie für den Transportvorgang enge Grenzen gesetzt. Am ehesten läßt sich eine Kohlendioxidreduktion durch eine Effektivitätssteigerung (vgl. Abbildung 2 und entsprechenden Text) der einzelnen Teilsysteme erreichen.

Wird der Anteil, den der Verkehr verursacht, auf den Gesamtschadstoffausstoß der unterschiedlichen Schadstoffe bezogen, so ist dessen innovative Rolle

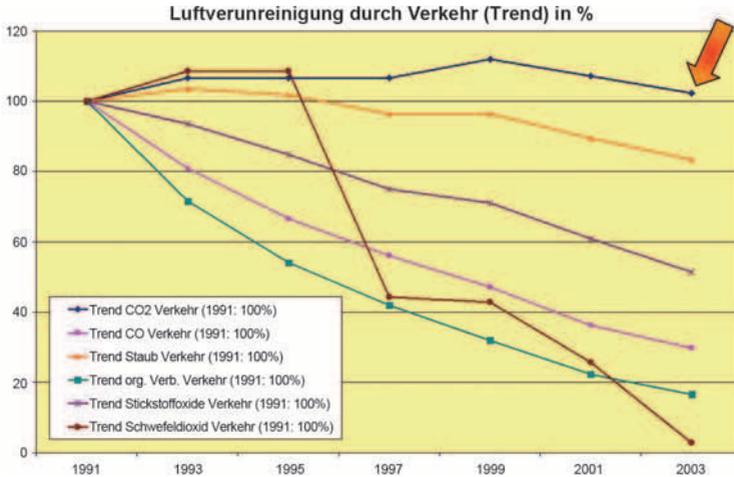


Abbildung 8: Trend der verkehrsbedingten Luftverunreinigung in Deutschland [VZ-07]

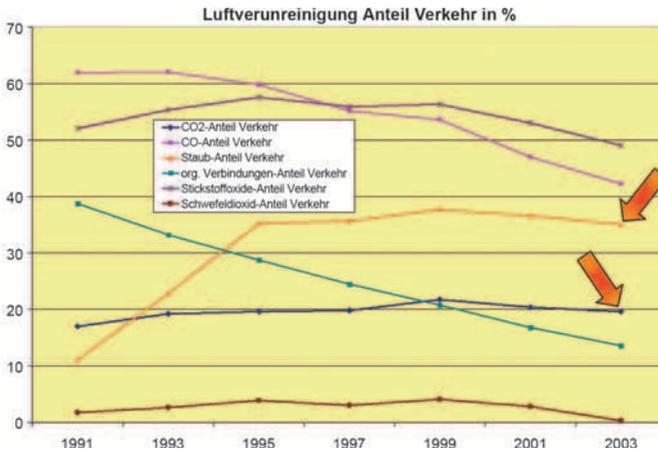


Abbildung 9: Anteil der verkehrsbedingten Luftverunreinigung in Deutschland [VZ-07]

erkennbar (Abbildung 9). Bei allen Schadstoffarten bis auf Feinstaub und Kohlendioxid ist der Anteil deutlich gesunken. Das bedeutet, daß die Schadstoffreduktion im Verkehrsbereich deutlich stärker war als bei anderen Emittenten. Obwohl Feinstaub heute als Schadstoff allgemein anerkannt ist, besteht hinsichtlich der Wirkung und methodischen Erfassung erheblicher Forschungsbe-

darf, so daß derzeit eine objektive Bewertung nur sehr eingeschränkt möglich ist. Auch in dieser Darstellung bestätigt sich Kohlendioxid als Schwerpunkt der negativen Umweltwirkungen im Verkehrsbereich, zu dessen Reduzierung es fortgesetzter, besonderer Anstrengungen bedarf.

Eine weitere negative Umweltwirkung ist der Verkehrslärm. Auch im Bereich der Lärmreduzierung wurden beachtliche Erfolge erzielt. Da sich Veränderungen in diesem Bereich jedoch eher allmählich vollziehen, werden die Innovationen subjektiv kaum wahrgenommen. Das Beispiel des spektakulären Fluglärms veranschaulicht dieses Phänomen (Abbildung 10).

Obwohl sich die Flugbewegungen von 1984 bis 2006 mehr als verdoppelt haben, ist der auf logarithmischer Skala erfaßte Fluglärm im selben Zeitraum von über 60 dB(A) auf 54 dB(A) deutlich gesunken. Eindrucksvoll wird diese Lärmreduzierung in der Veränderung der Fluglärmkontur zwischen 1978 und 2005 im Umfeld der Start- und Landebahn erkennbar (Abbildung 11).

Auch um die Akzeptanz einer notwendigen Weiterentwicklung der Verkehrssysteme zu erhöhen, sind gezielte weitere, europäisch abzustimmende Aktivitäten zur Reduzierung des Verkehrslärms erforderlich. National ausgerichtete, territorial begrenzte Anreizmechanismen können bei zunehmend europäisch ausgerichteten Verkehrsträgern wie der Eisenbahn schnell kontraproduktiv wirken. So sind beispielsweise national ausgerichtete, lärmabhängige Trassenpreise abzulehnen. Gerade im Hinblick auf die Reduzierung negativer Umweltwirkungen muß mit allem Nachdruck auf die Vorteilhaftigkeit einer primären Verkehrsmittelförderung hingewiesen werden (vgl. u. a. [MA-07]). Neben einer sofortigen, netzweiten Wirkung fahrzeugbezogener Maßnahmen kommt die gegenüber der Infrastruktur deutlich höhere Innovationsrate zur Wirkung bei gleichzeitiger Reduzierung volkswirtschaftlicher Kosten.

Mit knapp einem Drittel beansprucht der Verkehr einen beachtlichen Anteil am gesamten Endenergieverbrauch (Abbildung 12), der direkt mit dem Kohlendioxidausstoß korreliert. Da eine drastische Reduzierung des Verkehrs die gesamte weitere europäische Entwicklung empfindlich hemmen würde, müssen andere Wege zur effektiveren Energienutzung beschritten werden. Vergleicht man die Anteile der Verkehrsleistung einzelner Verkehrsträger [VZ-07] mit deren Anteil am Endenergieverbrauch, so lassen sich signifikante Disparitäten feststellen. Der Straßengüterverkehr erbringt ca. 70 % der Verkehrsleistung und benötigt dafür über 82 % des Endenergieverbrauchs. Die Eisenbahn benötigt für 17 % der Verkehrsleistung nur knapp 3 % der Endenergie. Bei der Binnenschifffahrt genügt ein Anteil von 1,4 % der Endenergie, um knapp 10 % der Verkehrsleistung zu erbringen. Dieser Zusammenhang erklärt das sinnvolle verkehrspolitische Ziel einer Verkehrsverlagerung hin zu Eisenbahn und Binnenschifffahrt.



Abbildung 10: Entwicklung Flugbewegungen und Lärm am Beispiel des Flughafens Stuttgart, Auswertezeitraum jeweils Mai bis Oktober (Quelle: Flughafen Stuttgart GmbH)

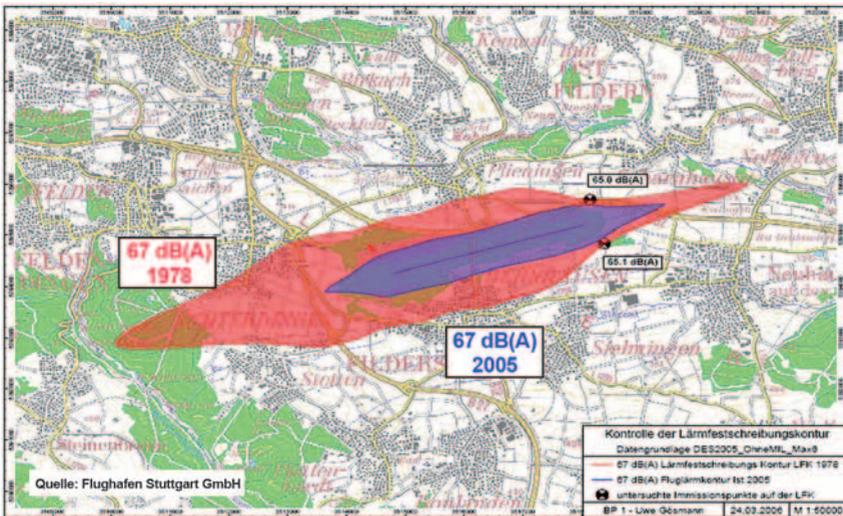


Abbildung 11: Fluglärmkontur am Beispiel des Flughafens Stuttgart im Vergleich 1978 und 2005 (Quelle: Flughafen Stuttgart GmbH)

Ein europäisches Verkehrssystem als Grundlage für ein erfolgreich zusammenwachsendes Europa

Anteil des Verkehrs am gesamten energetischen Endverbrauch, EU-25, 2004, in % der t Roh-Öl-Äquivalente

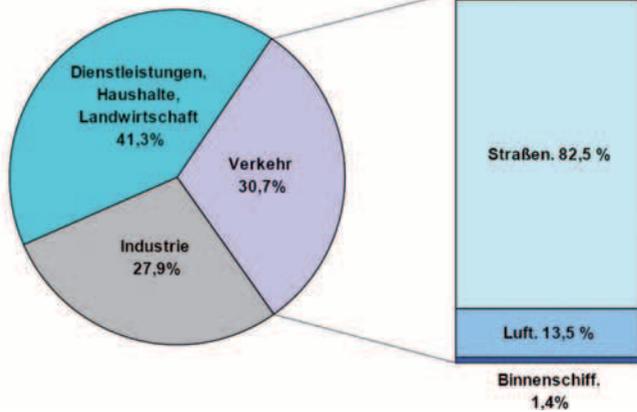


Abbildung 12: Anteil des Verkehrs am gesamten energetischen Endverbrauch, EU-25, 2004, in % der t Roh-Öl-Äquivalente (Quelle: Eurostat - Energie)

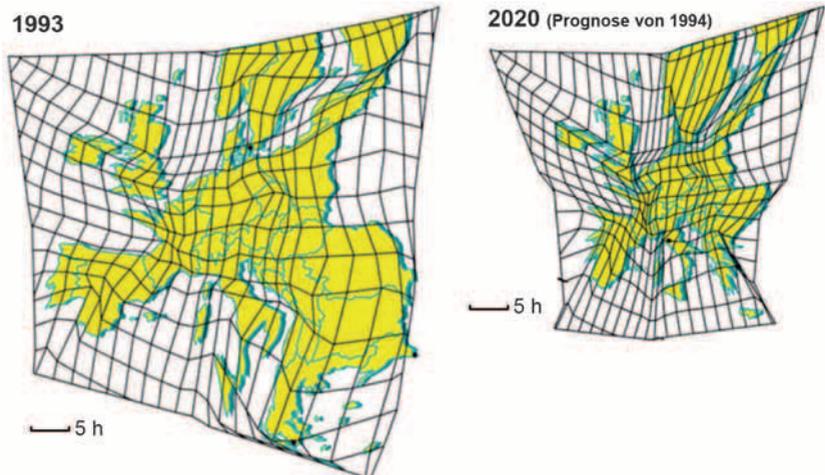


Abbildung 13: Isochronen der Eisenbahnreisezeit mit Auswirkung des Hochgeschwindigkeitsnetzes auf die Raum-Zeit-Struktur in Europa [SW-94]

Anreize zur weiteren innovativen Verringerung der Umweltwirkungen und zur Dämpfung des Energieverbrauchs im Verkehrsbereich sollten wettbewerbsneutral eingebettet in den europäischen Kontext der Verkehrssystemgestaltung auch in Deutschland ziel- und ergebnisorientiert weiterentwickelt werden.

Die Effekte einer integrativen europäischen Verkehrssystementwicklung sind bereits heute für jeden erkenn- und erlebbar. Sehr prägnant ist der Vergleich von Isochronen im Verlauf der Entwicklung (Abbildung 13). Der Vergleich, welche Strecke mit der Eisenbahn jeweils in fünf Stunden zurückgelegt werden kann, verdeutlicht, daß Europa durch „schrumpfende“ Entfernungen tatsächlich allmählich zusammenwächst. Die Bemühungen um eine einheitliche europäische Verkehrspolitik sind auch für Deutschland in ihren Wirkungen bereits praktisch nachvollziehbar.

Die weitere Gestaltung eines europäischen Verkehrssystems als Grundlage für ein erfolgreich zusammenwachsendes Europa erfordert zusammenfassend

- die verstärkte, grundsätzlich degressiv ausgelegte Förderung von Maßnahmen und Aktivitäten im Verkehrssektor,
- vorzugsweise fahrzeugorientiert und unter Beachtung der Infrastrukturentwicklung als politisches Gestaltungsinstrument,
- gezielt im Hinblick auf die Steigerung von Effektivität und Effizienz eines zukunftsorientierten europäischen Verkehrssystems,
- in umweltgerechter, ressourcenschonender, innovationsorientierter und wirtschaftlich stimulierender Form,

denn: „Der wohlfeile, schnelle, sichere und regelmäßige Transport von Personen und Gütern ist einer der mächtigsten Hebel des Nationalwohlstandes und der Zivilisation nach allen ihren Verzweigungen.“ [LI-38]

Quellenangaben:

[DV-07] Mehr CO₂ im Güterverkehr erwartet. In. Deutsche Verkehrszeitung – DVZ (gm) vom 27.10.2007

[EG-51] Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS-Vertrag vom 18. April 1951

[EG-57] Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957

- [EG-85] Schengener Abkommen – Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 14.06.1985
- [EG-91] RICHTLINIE DES RATES zur Entwicklung der Eisenbahnunternehmen der Gemeinschaft (91/440/EWG) vom 29. Juli 1991
- [EG-92] Vertrag von Maastricht über die Europäische Union vom 7. Februar 1992
- [EU-01] Europäische Kommission (Hrsg.): Weißbuch – Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2001
- [EU-04I] Entwurf zum Vertrag über eine Verfassung für Europa vom 29.10.2004. veröffentlicht im Amtsblatt der EU Reihe C Nr. 310 am 16.12.2004
- [EU-04II] Entscheidung Nr. 884/2004/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 29. April 2004
- [EU-07] Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Transeuropäische Netze: Entwicklung eines integrierten Konzepts [KOM(2007) 135 endg. vom 21. März 2007
- [EU-96] Entscheidung Nr. 1692/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes vom 23. Juli 1996
- [FO-07] FOCUS online: Keine Riesenlasten in Deutschland. www.focus.de 10.10.2007
- [FÜ-18] Fürst, Artur: Die Welt auf Schienen. Albert Langen Verlag. München 1918
- [GÜ-27] Günther, Hanns: Das Buch von der Eisenbahn. GeraMond. München 2006 (Reprint 1927)
- [HE-07] Herzog, Roman. In: Welt am Sonntag Nr. 42, 21.10.2007, S. 6
- [IB-07] Liberalisierungsindex Bahn 2007. Studie der IBM Global Business Services in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dr. Christian Kirchner, Humboldt-Universität zu Berlin. Brüssel, 17. Oktober 2007

- [IR-04] Nicht alle Träume täuschen: Eine wirtschaftliche Analyse des Marktpotenzials des Schienengüterverkehrs. In: Rail International Schienen der Welt 07/08 2004, S. 19
- [LI-33] List, Friedrich: Über ein sächsisches Eisenbahn-System als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahn-Systems, 1833
- [LI-38] List, Friedrich: Das deutsche National-Transport-System in volks- und staatswirthschaftlicher Beziehung. Hammerich, Altona und Leipzig 1838
- [LI-41] List, Friedrich: Das deutsche Eisenbahnsystem als Mittel zu Vervollkommnung der deutschen Industrie, des deutschen Zollvereins und des deutschen Nationalverbandes überhaupt (mit besonderer Rücksicht auf württembergische Eisenbahnen). Stuttgart/Tübingen : Cotta, 1841
- [MA-04] Martin, Ullrich: Braucht die moderne Bahn noch Anschlußbahnen? Eisenbahntechnische Rundschau – ETR, 53 (2004) 3, Seiten 133–142
- [MA-06] Martin, Ullrich: Ziele des Verkehrs im Spannungsfeld von technischer und gesellschaftlicher Entwicklung (Versuch einer Analyse) – Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig/S. Hitzel Stuttgart/Leipzig 2006
- [MA-07] Martin, Ullrich: Der Eisenbahnverkehr im Spannungsfeld zwischen Umwelt- und Verkehrspolitik. Scholl (Hrsg.), Langfristperspektiven für eine integrierte Raum- und Eisenbahnentwicklung am Hochrhein und Oberrhein. Arbeitsbericht des Instituts für Städtebau und Landesplanung, Universität Karlsruhe (TH). Universitätsverlag Karlsruhe, Karlsruhe 2007
- [MA-08] Martin, Ullrich; Dobeschinsky, Harry; Raubal, Bernd: Projekt CORRECT, Corridor for Rail Equilibrium and Cooperation in Transport. Abschlußbericht Stuttgart 5/2008
- [SC-07] Schubert, Uli: Gemeindeverzeichnis Deutschland. <http://gemeindeverzeichnis.de> am 15.10.2007
- [SO-07] Sondergutachten der Monopolkommission der Bundesregierung, Bonn, im April 2007
- [SN-07] Vorrangige Schienenprojekte für EU-Förderung. In: Stuttgarter Nachrichten vom 15.04.2006

- [ST-06] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2006 – Für die Bundesrepublik Deutschland. SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH. Wiesbaden 2006
- [SW-94] Spiekermann, Klaus, Wegener, Michael (1994): Europa – schrumpfender Kontinent. Tages-Anzeiger (Zürich) vom 31. Oktober 1994, 51.
- [TS-02I] Entscheidung der Kommission (2002/730/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Instandhaltung“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 96/48/EG vom 30. Mai 2002
- [TS-02II] Entscheidung der Kommission (2002/731/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 96/48/EG vom 30. Mai 2002
- [TS-02III] Entscheidung der Kommission (2002/732/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Infrastruktur“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 96/48/EG vom 30. Mai 2002
- [TS-02IV] Entscheidung der Kommission (2002/733/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Energie“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 96/48/EG vom 30. Mai 2002
- [TS-02V] Entscheidung der Kommission (2002/734/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Betrieb“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 96/48/EG vom 30. Mai 2002
- [TS-02VI] Entscheidung der Kommission (2002/735/EG) vom 30. Mai 2002 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 96/48/EG
- [TS-05I] Verordnung (EG) Nr. 62/2006 der Kommission über die technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Telematik-anwendung für den Güterverkehr“ des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems vom 23. Dezember 2005

- [TS-05II] Entscheidung der Kommission (2006/66/EG) über die Technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Fahrzeuge – Lärm“ des konventionellen transeuropäischen Bahnsystems vom 23. Dezember 2005
- [TS-06I] Entscheidung der Kommission(2006/679/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Zugsteuerung/Zugsicherung und Signalgebung“ des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems vom 28. März 2006
- [TS-06II] Entscheidung der Kommission (2006/861/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Fahrzeuge – Güterwagen“ des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems vom 28. Juli 2006
- [TS-06III] Entscheidung der Kommission (2006/920/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Verkehrsbetrieb und Verkehrssteuerung“ des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems vom 11. August 2006
- [TS-06IV] Entscheidung der Kommission (2006/860/EG) über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems und zur Änderung von Anhang A der Entscheidung 2006/679/EG vom 28. März 2006 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung“ des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems vom 7. November 2006
(Anmerkung: Mit dieser Entscheidung wurde die unter [TS-02II] angeführte Entscheidung 2002/731/EG für das transeuropäische Hochgeschwindigkeitsbahnsystem weitgehend aufgehoben, und es wurde die unter [TS-06I] angeführte Entscheidung 2006/679/EG für das konventionelle transeuropäische Hochgeschwindigkeitsbahnsystem bezüglich Anhang A geändert.)
- [TS-07] Entscheidung der Kommission (2007/153/EG) zur Änderung von Anhang A der Entscheidung 2006/679/EG über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung“ des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems und zur Änderung von Anhang A der Entscheidung 2006/860/EG über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsys-

tems „Zugsteuerung/Zugsicherung und Signalgebung“ des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems vom 6. März 2007

- [VZ-91] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Verkehr in Zahlen 1991. Deutscher Verkehrs-Verlag GmbH. Hamburg 1991
- [VZ-07] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Verkehr in Zahlen 2006/2007. Deutscher Verkehrs-Verlag GmbH. Hamburg 2007
- [WI-39] Wiens, Günther: Das Problem der Verkehrsverteilung auf Schiene, Straße und Wasserweg und ein Beitrag zu seiner Lösung. Druckerei wissenschaftlicher Werke Konrad Triltsch. Würzburg Aumühle 1939

